

17. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG
Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Öffentlicher Teil

16. Sitzung

Freitag, 21. Juli 2023, 9:30 Uhr

Stuttgart, Haus des Landtags

Plenarsaal
Videokonferenz

Beginn: 9:34 Uhr (Mittagspause: 13:41 bis 14:46 Uhr) Schluss: 17:36 Uhr

T a g e s o r d n u n g

Teil I – öffentlich

Öffentliche Anhörung

zum Thema „Gesellschaftliche Polarisierung und gesellschaftlicher Zusammenhalt“ S. 2

Teil II – nicht öffentlich.....(gesondertes Protokoll)

1. Bestimmung des in der Sitzung der Enquetekommission am 13. Oktober 2023 zu behandelnden Themas
2. Bestimmung der in der Sitzung der Enquetekommission am 13. Oktober 2023 anzuhörenden Sachverständigen
3. Abstimmung über Entwurf für die Gliederung des Abschlussberichts und „Dokumentation der Anhörungen“ (3. bis 12. Sitzung)
4. Verschiedenes

**Öffentliche Anhörung
der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“
zum Thema „Gesellschaftliche Polarisierung und gesellschaftlicher
Zusammenhalt“**

am Freitag, 21. Juli 2023, 09:30 Uhr
Plenarsaal (Haus des Landtags)

A b l a u f p l a n

(Stand 17.7.2023)

Uhrzeit	Sachverständige / Funktion
09:30 Uhr	Alexander Salomon MdL, Vorsitzender der Enquetekommission
09:35 Uhr	Dr. Alexander Yendell , Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Standort Leipzig; Vorstandsmitglied des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung, Universität Leipzig
09:55 Uhr	Dr. Kai Unzicker , Senior Project Manager Demokratie und Zusammenhalt, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
10:15 Uhr	40-minütige Fragerunde
10:55 Uhr	Dr. Janina Pawelz , Projektleiterin „Muster u. Dynamiken von Verschwörungstheorien u. rechtsextremen Ideologien in Krisenzeiten“, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Universität Hamburg
11:15 Uhr	Prof. Dr. Andreas Zick , Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Professor für Sozialisation und Konfliktforschung, Universität Bielefeld
11:35 Uhr	Mathieu Coquelin , Leiter der Fachstelle Extremismuskonstanzierung, Stuttgart
11:55 Uhr	60-minütige Fragerunde
12:55 Uhr	Mittagspause
14:30 Uhr	Ernst-Wilhelm Gohl , Landesbischof der Evangelischen Landeskirche Württemberg
14:50 Uhr	Frank Dittrich , stv. Amtsleiter des Landesamtes für Verfassungsschutz, Leiter der Abteilung Rechtsextremismus und -terrorismus, Reichsbürger und Selbstverwalter, Stuttgart
15:10 Uhr	40-minütige Fragerunde
15:50 Uhr	Yotrana Youkhana , Sachgebietsleiterin Förderung Bürgerschaftliches Engagement, Stadt Stuttgart
16:10 Uhr	Matthias Dorn , Geschäftsführer Squadhouse Media GmbH & Co. KG, Tuttlingen
16:30 Uhr	40-minütige Fragerunde
~17:10 Uhr	Ende der öffentlichen Anhörung

Teil I – öffentlich (Beginn: 9:34 Uhr)

Vorsitzender Alexander Salomon: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Sie alle heute Morgen recht herzlich begrüßen. Ich darf auch die Personen, die uns per Livestream folgen, die Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien sowie die Besuchergruppe oben auf der Besuchertribüne sehr herzlich begrüßen; schön, dass Sie uns heute folgen.

Frau Dr. Aschhoff beglückt uns an ihrem Geburtstag mit ihrer Anwesenheit. Wir dürfen Sie recht herzlich beglückwünschen

(Beifall)

und freuen uns darauf, wenn es später einen Umtrunk oder zumindest Kuchen gibt. Wir sind gespannt, Frau Dr. Aschhoff, was wir alles bekommen.

Wir kommen nun zur Tagesordnung für die heutige Sitzung. Gibt es Änderungsanträge oder -wünsche zur Tagesordnung? – Ich habe vernommen, dass wir die nicht öffentliche Sitzung direkt vor Eintritt in die Mittagspause machen und nicht erst im Nachgang zur Sitzung. Ist das in Ordnung? – Ich sehe Nicken und höre keinen Widerspruch. Dann machen wir es so.

Wir kommen nun zu Teil I der heutigen Sitzung:

**Öffentliche Anhörung
zum Thema „Gesellschaftliche Polarisierung und
gesellschaftlicher Zusammenhalt“**

Wir haben für die erste Runde zwei Sachverständige eingeladen. Zunächst hören wir Herrn Dr. Alexander Yendell, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt am Standort Leipzig und Vorstandsmitglied des Kompetenzzentrums für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung der Universität Leipzig. Sie haben jetzt 20 Minuten Zeit für Ihren Vortrag.

(Eine Präsentation [*Anlage 1*] wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Dr. Yendell: Vielen Dank für die Einladung. – Ich bemühe mich, die 20 Minuten einzuhalten.

Ich werde heute ein wenig über ein Forschungsprojekt berichten und zusammenfassen, wozu wir in den letzten Jahren geforscht haben. Dabei geht es vor allem um

Ursachen bzw. Indikatoren, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt erklären können – oder auch nicht. Es geht vor allem um Zersetzungspotenziale. Ich gehe eher vom Negativen aus und werde daraus am Ende Handlungsempfehlungen ableiten.

Diese Forschung ist im Rahmen des Projekts „Politischer Kulturwandel? – Legitimität der Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten verstärkten Populismus und steigender Islamablehnung“ entstanden. In den letzten Jahren haben wir zu Vorurteilen, Rassismus, insbesondere Islamablehnung und Muslimfeindlichkeit, antidemokratischen und rechtsextremen Einstellungen sowie Verschwörungsglauben und Verschwörungsmentalität geforscht. Neue Themen sind die Klimawandelleugnung und die Gewaltbefürwortung, insbesondere bei Jugendlichen, aber auch die generelle Befürwortung von Kriegen. Dabei geht es nicht nur darum, dass man für Waffenlieferungen ist oder nicht.

Ich ergänze das Ganze mit ein paar Analysen zu Wertorientierungen bei Jugendlichen, bei denen es eher um das Positive geht: Was beeinflusst Jugendliche, sich dafür einzusetzen, etwas für die Gesellschaft zu tun?

Die These ist, dass Vorurteile, Rassismus, Muslimfeindlichkeit und Islamablehnung, antidemokratische und rechtsextreme Einstellungen, Verschwörungsmentalität und Klimawandelleugnung den gesellschaftlichen Zusammenhalt schwächen, da alle diese Phänomene mit mangelnder demokratischer Unterstützung und der Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen einhergehen. Die Erforschung der Ursachen für diese Phänomene, um die es gleich gehen wird, erlaubt die Ableitung von politischen Handlungsempfehlungen, auf die ich am Ende eingehen werde.

Der theoretische Hintergrund ist zunächst einmal die politische Kulturforschung, insbesondere das Modell der politischen Unterstützung. Man geht davon aus, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt etwas mit der Unterstützung des demokratischen Systems zu tun hat. Ich konzentriere mich heute vor allem darauf. Nachher wird noch jemand von der Bertelsmann Stiftung vortragen. Die Bertelsmann Stiftung nutzt einen etwas weiteren Begriff, sodass sich die Vorträge hoffentlich gut ergänzen. Jetzt geht es vor allem um das Modell der politischen Unterstützung. In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig, wer überhaupt zum politischen System gehört und wer nicht. Rechtspopulisten haben dazu eine andere Meinung als Liberale.

In meiner Forschung geht es immer darum – meistens quantitativ – verschiedene Theorien zu überprüfen. Wir leiten daraus Indikatoren bzw. Fragen ab, die wir dann mittels Bevölkerungsumfragen abfragen, und schauen anschließend: Ist das statistisch signifikant, ja oder nein? Wie stark ist dieser Zusammenhang?

Wir beziehen uns in unserer Forschung vor allem auf die klassische Autoritarismusforschung, die autoritäre Persönlichkeit bzw. das autoritäre Syndrom. Das geht zurück auf die frühe sozialpsychologische Forschung von Reich, Horkheimer und Adorno. Zentral war die These, dass es bestimmte autoritäre Denkstrukturen gibt, die zu einer

Affinität zu faschistischen, ethnozentrischen und antisemitischen Einstellungen führen können.

Die autoritäre Persönlichkeit zeichnet sich durch Machtorientierung, Intellektuellenfeindlichkeit – dies haben wir in den letzten Jahren häufig gesehen –, Wissenschaftsfeindlichkeit und eine Identifikation mit einem starken Führer bzw. Diktator, weil die autoritäre Persönlichkeit eigentlich schwach ist, aus. Sie hat ein schwaches Selbstwertgefühl, ist also „ich-schwach“; so hat Adorno das bezeichnet. Da man sich mit einem starken Führer identifiziert und ihn befürwortet, kann man als schwache Person an der Stärke und Gewalt dieser Person, dieses Führers teilnehmen.

Die autoritäre Persönlichkeit buckelt nach oben und tritt nach unten, vor allem gegen Schwächere und Minderheiten. Zentral für die autoritäre Persönlichkeit sind die Sündenbocksuche und Projektionen. Im Nationalsozialismus waren das vor allem die Juden. Heutzutage ist insbesondere in Deutschland die Ablehnung des Islam und der Muslime sehr hoch.

Zentral für autoritäre Persönlichkeiten ist auch, dass sie, weil sie einem Zwang unterstellt sind, ihr Leben eigentlich nicht leben können und deswegen das Leben von anderen Menschen hassen.

Teil des autoritären Syndroms ist für uns auch die Verschwörungsmentalität. Dabei geht es weniger um Projektionen, sondern darum, dass man die Realität seinen eigenen Wünschen anpasst und die Realität umdeutet. Dabei geht es immer um Fremde oder Mächte, die im Geheimen etwas absprechen und die Gesellschaft bis ins kleinste Detail, bis in die kleinste Einheit hinein lenken und manipulieren.

In diesem Zusammenhang fragen wir auch Persönlichkeitsaspekte ab: Dunkle Triade, Narzissmus, Machiavellismus und Psychopathie. Unter Narzissmus können Sie alle sich wahrscheinlich etwas vorstellen. Machiavellismus bedeutet, dass man sehr egoistisch seine eigenen Ziele mit allen Mitteln durchbringt. Bei der Psychopathie kommen noch Impulsivität, Kaltblütigkeit und eine noch stärkere Empathielosigkeit hinzu.

Eine weitere Theorie ist die soziale Dominanzorientierung. Dabei geht es darum, dass Menschen, die hohe Werte haben, dazu neigen bzw. eine Affinität dazu haben, alles in Hierarchien zu sehen oder Hierarchien zu befürworten. Ältere haben mehr Privilegien als Jüngere, Männer mehr als Frauen. Dann gibt es noch willkürliche Hierarchien, beispielsweise das Kastensystem in Indien.

Sie kennen die Deprivationsthese. Dabei geht man davon aus, dass Zugewanderte im Kampf um knappe Ressourcen abgewertet werden, weil eine Konkurrenzsituation entstanden ist. Da unterscheidet man üblicherweise zwischen objektiver Deprivation bzw. Benachteiligung, beispielsweise Arbeitslosigkeit und niedriges Einkommen, und subjektiver oder relativer Deprivation, sprich: dem Gefühl, im Vergleich zu anderen

benachteiligt zu sein. Darüber hinaus gibt es noch die kollektive Deprivation, bei der das Gefühl besteht, die eigene Gruppe – in Deutschland wären das die Deutschen – werde benachteiligt.

Dann gibt es noch die Kontakthypothese: Kontakte – das ist sehr banal – bauen Vorurteile ab. Das haben wir mehrfach nachgewiesen.

Die Theorie der sozialen Identität geht davon aus, dass sich Menschen mit einer Gruppe identifizieren. Das kann eine Nation, eine Religionsgemeinschaft, aber auch ein Fußballverein oder Ähnliches sein. Zur Steigerung des Selbstwertgefühls identifiziert man sich sehr stark damit. Um den Selbstwert noch zu erhöhen, wertet man andere Gruppen ab nach dem Motto: Meine Gruppe ist besser als die andere Gruppe. – In- und Outgroup, das ist immer die Unterscheidung.

Wir machen theoriegeleitete quantitative Studien. Das sind üblicherweise repräsentative Bevölkerungsumfragen, aber teilweise auch stichprobengesteuerte Online-Access-Panels. Ich fasse jetzt die Ergebnisse zusammen, die wir herausgefunden haben, um später die Handlungsempfehlungen daraus abzuleiten.

Ich komme zunächst zu ausgewählten Ergebnissen zum Thema „Muslimfeindlichkeit und Ablehnung des Islam“. Wir finden immer wieder heraus: Einer der wichtigsten Indikatoren sind Kontakte. Kontakte bauen Vorurteile ab. Dabei kommt es vor allem auf die Häufigkeit der Kontakte zu Muslimen an. Ich habe das einmal für verschiedene Bundesländer ausgerechnet. Dabei schnitten beispielsweise Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen relativ gut ab, was die Kontakte betrifft, während es vor allem in den neuen Bundesländern nur zu sehr wenigen Kontakten kommt, weil dort lediglich 2 % der Muslime in Deutschland wohnen. Das erklärt auch, warum es da Ost-West-Unterschiede gibt.

Die objektive ökonomische Benachteiligung – niedriges Einkommen, Arbeitslosigkeit usw. – spielt hierbei keine Rolle, zumindest nicht in den Modellen, die wir berechnet haben. Auch das Bildungsniveau spielt nur eine untergeordnete Rolle, wenn man alle diese Indikatoren mit in eine statistische Analyse nimmt.

Die Ablehnung von Muslimen steht im Zusammenhang mit der Zustimmung zum Lus-sanguinis-Prinzip, also der Befürwortung des Abstammungsprinzips: Man kann eigentlich nur deutsch, französisch oder was auch immer werden, wenn man deutsche bzw. französische Vorfahren hatte. Leute, die so etwas zustimmen, die eine solche Form der nationalen Identität haben, nämlich dass das nur über die Vorfahren geht, lehnen Muslime eher ab als Menschen, die dem eher nicht zustimmen.

Nationalstolz – wir haben auch abgefragt, wie stolz man auf die Nation ist – kann sich – je nachdem, wie das konnotiert ist – positiv, aber natürlich auch negativ auf die Haltung zu Muslimen auswirken. Beispielsweise haben wir in den Niederlanden und in

Frankreich festgestellt, dass es sich positiv auswirken kann, wenn Leute stolz auf ihre Nation sind. Vermutlich ist das aber eher eine Art Verfassungspatriotismus und eine Befürwortung der Demokratie. Aber das kann – andersherum – oft auch negativ sein: Nationalstolz oder der Stolz auf eine Region. Wir haben herausgefunden: Wer stolz auf Sachsen ist, hat eine höhere Wahrscheinlichkeit, Muslime abzulehnen.

Weiterhin nenne ich die vermehrte Berichterstattung nach Schlüsselereignissen, beispielsweise die Silvesternacht 2015/2016 in Köln. Das war ein schlimmes Ereignis. Wir haben das einmal untersucht. Alle Untersuchungen können Sie übrigens bei mir anfragen. Ich schicke sie Ihnen zu. Es gibt auch eine Literaturliste. Wir haben festgestellt, dass sich Journalisten häufig auf ein solches Thema konzentrieren und nur noch darüber berichtet wird, obwohl vielleicht statistisch gesehen die Zahl der Vergewaltigungen gar nicht ansteigt.

Wir erleben das gerade wieder. Ich werde sehr häufig wegen der Freibad-Geschichten angerufen. Zumindest nach den Statistiken, die es dazu gibt, scheint die Zahl dieser Vorkommnisse nicht angestiegen zu sein. Aber wir alle haben natürlich den Eindruck, dass die Zahl der Vorkommnisse ansteigt, weil immer wieder darüber berichtet wird. Das führt auch dazu, dass es insbesondere bei Muslimen sehr negative Images und ein sehr negatives Framing gibt, weil im Zusammenhang mit dem Islam sehr viel auch über Terrorismus berichtet wird.

Rechtsextreme Einstellungen hängen insbesondere von autoritären Einstellungen und von Verschwörungsmentalität ab.

Eine individuelle ökonomische Benachteiligung – z. B. Arbeitslosigkeit oder niedriges Einkommen – spielt auch hier keine Rolle. Allerdings spielt die subjektive Einschätzung, ob man glaubt, dass es Deutschland jetzt und in der Zukunft schlecht geht, bei rechtsextremen Einstellungen eine Rolle.

Auch die Wahl der AfD hängt nicht von ökonomischer Benachteiligung ab. Darüber gibt es immer wieder einen Streit. Wenn man sich das multivariat, in komplexen statistischen Modellen anschaut, dann stellt man fest, dass das insbesondere von Muslimfeindlichkeit, Autoritarismus, Verschwörungsmentalität, mangelndem Vertrauen in Mitmenschen, dem Geschlecht – Männer wählen die AfD eher als Frauen –, aber auch von einer subjektiven Einschätzung der wirtschaftlichen Lage abhängt. Dabei geht es mehr um eine subjektive Einschätzung als um eine objektive Benachteiligung.

Die Unzufriedenheit mit der Demokratie hängt von Autoritarismus, Verschwörungsmentalität, dem Gefühl, als Mensch zweiter Klasse behandelt zu werden, kollektiver Benachteiligung, dass Deutschland also wirtschaftlich benachteiligt ist, und der fehlenden Anerkennung von Pluralität ab.

Wer rassistisch, ausländerfeindlich und muslimfeindlich ist, ist wahrscheinlicher unzufrieden mit der Demokratie und hat auch weniger Vertrauen in die Demokratie.

Die klassische Verschwörungsmentalität und der Glaube an Coronaverschwörungen stehen im Zusammenhang mit Rechtsextremismus, Anti-Schwarzen-Rassismus und antimuslimischem Rassismus. Der Verschwörungsglaube ist nicht harmlos. Die klassische Verschwörungsmentalität kann durch religiösen Fundamentalismus, aber auch Narzissmus und stärkeres Vertrauen in Social-Media-Posts von Freunden im Vergleich zu Experten erklärt werden. Leute, die sagen: „Ich vertraue lieber meinen Freunden auf Social Media als Experten“, haben eine höhere Wahrscheinlichkeit für eine Verschwörungsmentalität.

Ganz interessant ist: Ich habe eine Bevölkerungsumfrage für Österreich durchgeführt und dabei festgestellt, dass der Glaube an Coronaverschwörungen im Zusammenhang mit fehlender Unterstützung und fehlendem Schutz durch die Familie sowie verbalem, physischem und sexuellem Missbrauch in der Kindheit steht. Sie finden das als Tabelle in den Powerpoint-Folien. Das ist ein sehr wichtiges und auch sehr interessantes Ergebnis.

Auch die Leugnung des Klimawandels hängt von verschiedenen sozialpsychologischen Indikatoren ab: von sozialer Dominanzorientierung, Verschwörungsmentalität, Autoritarismus und der Dunklen Triade, dem Index aus Narzissmus, Machiavellismus und Psychopathie. Das Bildungslevel spielt – zumindest Daten aus Großbritannien zufolge – keine Rolle, wenn man die sozialpsychologischen Variablen berücksichtigt, die eher auf der emotional-affektiven Ebene gelagert sind.

Die Befürwortung von Gewalt unter Jugendlichen, inwieweit Jugendliche also gewaltbereit sind, kann auch durch Narzissmus, Machiavellismus und Psychopathie erklärt werden. Das haben wir mit einer Studie unter Jugendlichen zwischen 14 und 16 Jahren in Leipzig ausgerechnet, also in dem Alter, in dem sich die politischen Einstellungen manifestieren. Wir wissen, dass Rechtsextreme häufig auch gewaltbereit sind.

Die Dunkle Triade, also Narzissmus, Machiavellismus und Psychopathie, hängt wiederum von der Erziehung und der fehlenden emotionalen Wärme durch den Vater und die Mutter ab. Wir fragen nach dem erinnerten Erziehungsverhalten. Fehlende emotionale Wärme spielt eine Rolle, auch harte Strafen vor allem durch die Mutter. Wir müssen noch weiter dazu forschen, warum harte Strafen durch den Vater nicht signifikant sind. Auch Überbehütung und Kontrolle erhöhen die Wahrscheinlichkeit zu einem Dunklen-Triade-Score. Demnach besteht eine Pfadabhängigkeit zwischen ungünstigen Erziehungsbedingungen, der Dunklen Triade und der Befürwortung von Gewalt.

Ich komme zu der generellen Befürwortung von Kriegen. Wir reden viel zu wenig über die individuellen Faktoren. In Russland beispielsweise braucht es ja eine Grundlage für den Krieg. Nicht nur Wladimir Putin ist für diesen Krieg verantwortlich, sondern es

braucht auch eine Grundlage in der Bevölkerung. Das haben wir zwar nicht in Russland gefragt, sondern in Deutschland. Aber die Theorien sind immer die gleichen.

Die generelle Befürwortung von Kriegen, warum also jemand bellizistisch eingestellt ist, steht im Zusammenhang mit der Befürwortung einer Diktatur, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, autoritärer Aggression, autoritärer Unterwürfigkeit, autoritärem Konventionalismus, Verschwörungsmentalität, Antifeminismus, gewaltbezogenem Männlichkeitsideal – Männlichkeit, die gewaltbezogen ist, spielt eine große Rolle; auch das können wir in Russland ganz gut beobachten –, Gewaltbereitschaft, mangelnder Empathie, Narzissmus und Sadismus. Krieg als die schlimmste Form der Gewalt kann auch durch diese Indikatoren erklärt werden.

Ich gehe jetzt nur ganz kurz auf die Wertorientierungen ein. Wer hohe Narzissmus-, Machiavellismus- und Psychopathiewerte aufweist, hat eine sehr hohe Wahrscheinlichkeit, nach viel Geld und Anerkennung seiner Leistung zu streben. Ich war ein bisschen überrascht über diese relativ starken Korrelationen.

Umgekehrt gilt: Wer wenig Narzissmus-, Machiavellismus- und Psychopathiewerte aufweist, hat eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass er oder sie es für bedeutend erachtet, etwas Wichtiges für die Gesellschaft zu tun. Das hängt auch von der Persönlichkeit ab – nicht nur, aber wir haben einen Fokus darauf gelegt.

Niedrige Machiavellismus- und Psychopathiewerte gehen mit der Wichtigkeit einher, sich um die Umwelt zu kümmern. Da es eine Pfadabhängigkeit gibt, hat auch das wieder etwas mit der Erziehung in den Familien zu tun.

Aufgrund der Bedeutung der sozialpsychologischen Faktoren und der emotional-affektiven Ebene im Zusammenhang mit Vorurteilen, Rechtsextremismus, Verschwörungsmentalität und Klimawandelleugnung bedarf es vor allem einer Fokussierung auf eine Prävention mit Bezug zu diesen Faktoren. Das gilt insbesondere für Autoritarismus und daran angelehnte Persönlichkeitsmerkmale wie beispielsweise die Dunkle Triade.

Die Phase der Kindheit und Jugend ist prägend für die politischen Einstellungen und das Verhalten. Die Erziehung prägt die Gesinnung. Das ist sehr wichtig. Deswegen muss der Fokus darauf liegen, Prävention im Kindes- und Jugendalter zu betreiben.

Solange Kinder vernachlässigt oder gar grausam behandelt werden, dürfen wir uns nicht über Gewalt, Extremismus und sogar Kriege wundern. Das ist eine alte Erkenntnis, die aber viel zu selten thematisiert und die sogar abgewertet wird. Sie erinnern sich an Gerhard Schröder und das „Gedönsministerium“ – dabei ist das Familienministerium, zumindest aus meiner Sicht, ein sehr wichtiges Ministerium. Wir müssen daher die Kindheit und die Erziehung in den Blick nehmen. Das gilt insbesondere beim Kampf gegen Radikalisierung und Extremismus.

Kinder ohne belastete Kindheit, die Selbstvertrauen entwickeln sowie Mut und Einfühlungsvermögen haben, sind widerstandsfähiger, resilienter als Kinder, die unter ungünstigen Erziehungsbedingungen aufgewachsen sind.

Um Menschen krisenfester zu machen, bedarf es Familienstrukturen, die den Kindern Sicherheit geben und Vertrauen bilden.

Neben funktionalen Familien – vor allem dann, wenn sie versagt haben – benötigen wir Institutionen, die jungen Menschen helfen, resilient zu werden, um in Krisen Unsicherheiten auszuhalten.

Es muss eine psychosoziale Beratung für dysfunktionale Familien geben. Es muss mehr in Kinder- und Jugendarbeit investiert werden, auch in Erlebnispädagogik. Ich glaube, da wurde sehr viel abgebaut.

Bildungsinstitutionen sollten ihren Schwerpunkt nicht nur darauf legen, wie Einzelne ihr Leben per Bildung sichern können, sondern sie sollten auch einen Fokus darauf legen, wie man den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken kann.

Kitas sind aus meiner Sicht keine Schulen. Das sind Orte, an denen es viel mehr Fürsorge geben muss. An erster Stelle sollte die Fürsorge stehen, nicht die Bildung. Wir müssen die Kinder nicht schon im Kindergartenalter für den ökonomischen Wettbewerb fit machen. Dafür benötigen wir natürlich auch mehr qualifiziertes Personal.

Die Gesellschaft muss mit Kindern und Jugendlichen würdig umgehen und deren Bedürfnisse ergründen und respektieren, was aber nicht heißt, dass Kindern nicht auch Grenzen gesetzt werden sollen und müssen; das ist ganz klar. Das gilt insbesondere auch für Kinder und Jugendliche, die nicht privilegiert sind.

Politische Bildung ist wichtig. Aber in Bezug auf den Abbau von rechtsextremen Einstellungen und Vorurteilen ist sie nicht besonders wirksam. Dazu gibt es Evaluationsstudien von Andreas Beelmann, die ich sehr empfehlen kann. Nachweislich wirksamer sind Empathietrainings in Schulen, das Lernen durch Perspektivwechsel und interkulturelle Begegnungen, die auf Kooperationen beruhen und nicht auf Wettbewerb.

Wir sollten nicht nur den Autoritarismus von Rechtsextremen und Rechtspopulisten mit deutscher Staatsangehörigkeit in den Blick nehmen, sondern auch den von Zugewanderten – denn auch sie können autoritär, antisemitisch usw. sein –, damit es nicht zu Co-Radikalisierungen bei Rechtsextremen und Islamisten kommt, die sich strukturell zum Teil sehr ähnlich sind. Programme zur Deradikalisierung spielen in diesem Zusammenhang eine sehr wichtige Rolle.

Wir brauchen auch einen Diskurs um Werte, vielleicht weniger Leistungsprinzip und mehr Kooperation, Solidarität und Hilfsbereitschaft.

Wir brauchen aber auch einen Diskurs über die Rolle der Medien, die immer sehr negativ berichten und Ängste schüren. Wir müssen natürlich auch die Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen schulen.

Was im Sinne der Theorie der sozialen Identität nicht helfen wird – darüber haben wir im Vorgespräch gesprochen –, ist aus meiner Sicht eine neue europäische Identität, weil sich bereits rechtsextreme Bewegungen in Abgrenzung zum Islam auf eine solche berufen.

Fazit: Eine demokratische Gesellschaft braucht Empathie. Ein wichtiger Schwerpunkt sollte darauf liegen, diese zu ermöglichen. Das können wir am besten noch im Kinder- und Jugendalter tun. Ich bin nicht so sehr auf die Erwachsenen eingegangen, weil es bei ihnen oft schon zu spät ist.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Herr Dr. Yendell, vielen Dank für Ihren Vortrag.

Jetzt kommt Herr Dr. Kai Unzicker, Senior Project Manager Demokratie und Zusammenhalt bei der Bertelsmann Stiftung, an die Reihe. Er ist uns digital zugeschaltet und hat jetzt 20 Minuten zur Verfügung.

(Eine Präsentation [*Anlage 2*] wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Dr. Unzicker: Ganz herzlichen Dank für die Einladung. – Ich werde mich bemühen, in den 20 Minuten zu bleiben.

Ich könnte es ganz kurz machen und sagen: „Alexander Yendell hat recht. Unsere Daten bestätigen das.“ Ich zeige Ihnen die Daten aber trotzdem.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Wir haben mit Unterstützung des Sozialministeriums Baden-Württemberg letztes Jahr eine Studie durchgeführt, bei der wir uns auch Daten zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Baden-Württemberg aus der Vergangenheit angeschaut haben. Wir haben Daten aus 2017, 2019 und zum Jahreswechsel 2021/2022. In dieser Studie haben wir uns auf der einen Seite darauf fokussiert: Was hat die Coronapandemie mit dem gesellschaftlichen Zusammenhalt gemacht? Der zweite Fokus lag darauf: Was hat das mit der Lebenssituation von Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen gemacht? Hier sieht man bereits den Bogen zu Alexander Yendells Vortrag, der sehr stark auf die Lebens- und Aufwuchsbedingungen von Jugendlichen hingewiesen hat.

In der Studie fällt etwas ganz pauschal auf: Wenn wir die Menschen fragten: „Wie schätzen Sie eigentlich den gesellschaftlichen Zusammenhalt ein?“, hatten wir in der Vergangenheit – 2017 und 2019 – das Phänomen: Auf der einen Seite glaubte ein relativ großer Teil der Menschen, der gesellschaftliche Zusammenhalt ist gefährdet. Dieser Teil steigt über die Zeit hinweg an. Auf der anderen Seite sagte ein deutlich größerer Teil der Bevölkerung: „In meinem Umfeld, in meiner Wohngegend ist der gesellschaftliche Zusammenhalt in Ordnung. Er ist sehr gut oder gut.“

Das änderte sich mit der Pandemie. In der Pandemie gab es einen Anstieg dadurch, dass der Eindruck vermittelt wurde, beim gesellschaftlichen Zusammenhalt gebe es Probleme. Laut dieser Studie sagen inzwischen 48 %, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet ist. Mittlerweile gibt es weitere Erhebungen, auch von anderen Instituten. Der Eindruck, dass da gerade etwas ganz Problematisches passiert, verfestigt sich. Gleichzeitig – das ist das Überraschende – kommt das jetzt auch bei den Leuten in Bezug auf ihre eigenen Wohngegenden an. Die Pandemie und auch die Krisen, die wir danach erlebt haben, finden zum allerersten Mal vor den Haustüren der Leute statt. Dabei haben sie den Eindruck, jetzt verändere sich etwas in ihrem Leben, in ihrem eigenen Alltag. Da entstehen Probleme, zumindest in der Wahrnehmung der Menschen.

Wir haben im Verlauf der Pandemie deutlich festgestellt – das hat sich auch danach weiter fortgesetzt; hier sind die letzten Daten vom Mai 2022 –: Die Menschen haben mehr Zukunftssorgen. Sie sind unsicher, was die Zukunft bringt – sowohl für sich selbst als auch für die Gesellschaft insgesamt. Der Anstieg der Zukunftssorgen ist für die letzten zwei, drei Jahre sehr kennzeichnend.

Das ist, wenn man so will, das Gesamtbild. Deswegen reden wir auch so viel über gesellschaftlichen Zusammenhalt: weil die Menschen sich Sorgen machen, weil die Zukunft eingetrübt ist und weil sie vor ihrer eigenen Haustür erleben, dass gesellschaftlich etwas in Bewegung geraten ist.

Der Begriff „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ ist ein sehr blumiger Begriff. Herr Yendell stammt aus einem Forschungsinstitut, das unter der großen Überschrift „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ agiert. Die Bertelsmann Stiftung arbeitet schon mehr als ein Jahrzehnt dazu. Man muss auch einmal sagen, was man mit dem Begriff „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ eigentlich meint.

Wir machen das in drei großen Bereichen. In meinen Untersuchungen wird gesellschaftlicher Zusammenhalt anhand drei unterschiedlicher Bereiche ausgemacht. Das sind erstens die stabilen und vertrauensvollen sozialen Beziehungen: Wie gehen die Menschen miteinander um? Haben sie Kontakt zueinander? Vertrauen sie einander? Sind diese Kontakte auch für Unterschiedlichkeit offen, oder sind das nur Kontakte zwischen Menschen, die sich in ihrer politischen Einstellung, in ihrer Herkunft oder in ihrer Religiosität ähnlich sind?

Der zweite Punkt, den wir anschauen, ist das Gefühl von Verbundenheit und Zugehörigkeit: Fühlen sich Menschen als Teil des Gemeinwesens? Identifizieren sie sich mit dem Gemeinwesen? Vertrauen sie den Institutionen, beispielsweise den Parlamenten, die die Gesellschaft repräsentieren? Haben sie den Eindruck, in dieser Gesellschaft gerecht behandelt zu werden?

Der dritte Aspekt, den wir uns anschauen, ist das, was wir ausgeprägte Gemeinwohlorientierung nennen. Dabei geht es darum: Wie verhalten sich die Menschen? Verhalten sie sich solidarisch und hilfsbereit? Engagieren sie sich ehrenamtlich? Übernehmen sie Verantwortung für das Gemeinwesen?

Wenn alle drei Punkte zusammenkommen und stark ausgeprägt sind, dann sprechen wir von einem starken gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir machen zahlreiche Untersuchungen und haben das bei einer Befragung in Baden-Württemberg zu drei Messzeitpunkten untersucht.

Die Frage ist: Wie steht es eigentlich um den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Bevor ich Ihnen die Einzelergebnisse vorstelle, gebe ich Ihnen zunächst einen Überblick. Dazu müssen Sie wissen: Wir machen Fragebogenbefragungen. Die Leute beantworten zahlreiche Fragen zu diesen drei Bereichen und den jeweiligen Unterdimensionen. Das fassen wir dann in Indizes zusammen. Wir versuchen, das in einzelne Kennzahlen zu überführen, die von „0“ bis „100“ reichen. 100 bedeutet, die Leute haben maximal stark geantwortet. Das spricht für einen besonders starken Zusammenhalt. 0 ist ein besonders schwacher Zusammenhalt.

Auf dieser Folie sehen Sie die Übersicht über die Kennzahlen. Schauen wir einmal in die oberste Zeile. Dort steht der Gesamtindex für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Baden-Württemberg für die Jahre 2017, 2019 und 2022. Wir haben, wie gesagt, Werte von 0 bis 100. 100 ist das Maximum. Die Werte von 63 und 63,8 waren in diesen Jahren mit die besten Werte in Deutschland, die wir in unterschiedlichen Bundesländern gefunden haben.

In all unseren Untersuchungen, die wir international, in Deutschland, in unterschiedlichen Regionen und auch auf lokaler Ebene gemacht haben, ist typisch: Die Veränderung zwischen 2017 und 2019, die sehr minimal war und leicht angestiegen ist, war das typische Bild. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist keine Geschichte des Niedergangs und vor allem auch keine Geschichte großer Fluktuation gewesen, sondern da gab es eine hohe Stabilität. In der Tendenz hat der gesellschaftliche Zusammenhalt minimal zugenommen.

Wir sehen dann mit dem Sprung in das Jahr 2022, in der Endphase der Pandemie, einen deutlichen Abfall des Werts um zehn Punkte. Das ist der höchste Rückgang, den wir überhaupt in irgendeiner Studie, in denen wir Zeitvergleiche haben, jemals festgestellt haben. Daran sieht man: Die Pandemie hatte einen ganz deutlichen und ganz erheblichen Effekt.

In der letzten Spalte sehen Sie überall Minuszeichen. Die Werte sind teilweise recht hoch. Das betrifft alle Dimensionen von gesellschaftlichem Zusammenhalt, die wir uns angeschaut haben. Bei jedem Aspekt, den wir uns angeschaut haben, sinken die Werte, teilweise ein bisschen unterschiedlich. Aber das ist ein umfassendes Phänomen.

Schauen wir uns das Ganze jetzt einmal im Detail für die drei Bereiche an, die ich am Anfang beschrieben habe. Ich möchte Ihnen das kurz an ein paar Einzelfragen erläutern.

Das eine, was wir sehen, ist: Die Netzwerke sind kleiner geworden, und das Vertrauen hat in der Krisenphase abgenommen. Verdoppelt hat sich der Anteil derjenigen, die sagen, sie haben einen kleinen oder sehr kleinen Freundeskreis. Mehr als verdoppelt hat sich der Anteil derjenigen, die sagen: Ich habe nicht mal mindestens eine Person außerhalb meines Haushalts, meiner Familie, auf die ich mich verlassen kann, wenn ich mal in einer Notsituation bin.

Man sieht in der unteren Zeile, dass auch die Vertrauenswerte zurückgehen. Verdoppelt hat sich auch der Anteil derjenigen Personen, die glauben, andere Menschen haben keine guten Absichten. Mehr als eine Verdopplung, fast eine Verdreifachung gibt es bei denjenigen, die sagen, man kann sich auf niemanden mehr verlassen. Da gibt es kein Zutrauen mehr.

Die oberen beiden Werte kann man noch relativ gut erklären. Ganz viele Maßnahmen, die getroffen wurden, um die Pandemie zu bekämpfen, haben darauf beruht, Kontakte zu reduzieren und nicht mehr in der Öffentlichkeit mitzuwirken. Das hat gerade bei denjenigen Personen, für die es sowieso schon schwierig war, Kontakte zu halten und Freundschaften zu pflegen, dazu geführt, dass es für sie noch schwieriger wurde, Kontakte zu halten. Das kann sich auch wieder auflösen. Es kann sein, dass wir da heute schon wieder viel besser dastehen, weil es ein Jahr später einen Nachholbedarf gegeben hat.

Bei den Vertrauenssachen ist es ein bisschen problematischer. Sie alle wissen: Wenn Vertrauen erst einmal verloren gegangen ist, ist es deutlich schwieriger, es wieder aufzubauen. Da muss dann schon ein bisschen mehr passieren.

Schauen wir uns die Frage der Verbundenheit und der Identifikation an. Hier sehen wir sehr deutlich: Bei der Verbundenheit mit dem Wohnort gibt es einen ganz deutlichen Abfall. Das haben wir aber auch bei der Nachbarschaft, bei der Region, beim Bundesland und bei Deutschland insgesamt. Man sieht: Das Verbundenheitsgefühl ist zurückgegangen. Das hat vielleicht auch damit etwas zu tun, dass man in der Phase, in der wir erhoben haben, nicht mehr so viel am sozialen Leben teilgenommen hat. Man zieht sich dann eher auf das Eigene zurück und fühlt sich nicht mehr so stark eingebunden und nicht mehr als Teil einer Gesellschaft. Ich bin ganz zuversichtlich, dass sich das wieder in die Gegenrichtung entwickeln wird.

Beim Vertrauen in die Institutionen bin ich etwas skeptischer. Wir sehen auf dieser Folie Werte zum Vertrauen in die Polizei und in die Regierung. Wir haben auch noch ganz viele andere Institutionen abgefragt. Überall sehen wir einen deutlichen Rückgang. Wir sehen diesen Trend auch gegenüber regulativen Institutionen, bei der Polizei und bei Gerichten, die traditionell eher deutlich höhere Vertrauenswerte haben, die nicht ganz so stark fluktuieren, wie das bei politischen Institutionen der Fall ist.

In einem Buch von Oliver Nachtwey und Carolin Amlinger wird in Bezug auf die Pandemie folgende These formuliert: Für ganz viele Menschen war die Pandemie die erste Situation, in der sie dem Staat als kontrollierende Instanz begegnet sind. Die haben vielleicht früher mal ein Knöllchen bekommen. Aber jetzt musste man sich ausweisen, und man wurde kontrolliert. Es gab Sachen, die verboten waren. Dann schätzt man vielleicht auch die regulativen Behörden etwas kritischer ein.

Die Vertrauensverluste in politische Institutionen, die sich in der Pandemie noch verschärft haben, sehen wir als langfristigen Trend.

Letztlich sehen wir auch bei der Gemeinwohlorientierung einen negativen Effekt. Es gibt subjektive Einschätzungen: Die Menschen kümmern sich nicht mehr umeinander. Sie werden unsolidarisch. Diese Wahrnehmung hat deutlich zugenommen. Die Leute fühlen sich in ihrem Umfeld etwas unsicherer. Das ist allerdings noch immer auf einem hohen Niveau. 80 % der Mitmenschen fühlen sich sicher. Aber das waren einmal deutlich über 90 %.

Wir sehen auch beim Engagement Veränderungen. Das eine ist: Die Leute sind nicht weniger engagementbereit als früher und engagieren sich weiterhin. Aber sie engagieren sich weniger intensiv und weniger häufig. So ist beispielsweise der Anteil derjenigen, die mindestens einmal in der Woche irgendetwas machen, deutlich zurückgegangen. Viele Leute haben in der Phase der Pandemie, in der in vielen Organisationen, Verbänden, Vereinen und Institutionen nicht so viel passiert ist, ihre Mitgliedschaften gekündigt, auf der einen Seite vielleicht, um Geld zu sparen, auf der anderen Seite, weil sie in dem Moment gemerkt haben, dass es nicht mehr so wichtig war. In unterschiedlichen Untersuchungen zu der Frage „Wie hat sich das weiterentwickelt?“, sieht man einen gewissen Erholungseffekt. Aber ob man das Niveau von vor der Pandemie erreicht, ist noch fraglich.

Das, was ich eben beschrieben habe, soll das Gesamtbild darstellen. Wir haben uns in der Untersuchung für Baden-Württemberg aber Folgendes genauer angeschaut: Gibt es bestimmte Gruppen, die besonders auffallen und bei denen wir das Gefühl haben, die könnten tatsächlich stärker durch das Raster fallen als andere? Wir sehen in der Regressionsanalyse: Das sind Frauen eher als Männer, Menschen mittleren Alters, die nach der Familienphase, aber noch im Beruf sind, Menschen mit geringer Bildung, Menschen ohne Erwerbstätigkeit und Einkommensarme, Alleinerziehende und Paare ohne Kinder sowie chronisch Kranke und Personen, die sich politisch

vernachlässigt fühlen. Auf die letzte Gruppe möchte ich noch ein bisschen intensiver eingehen.

Wir haben die Gruppe der politisch Vernachlässigten in dieser Studie gefragt, ob sie den Eindruck hatten, dass die Politik in der Coronapandemie nicht genug für Menschen wie sie getan habe. Dem haben 60 % der Menschen in Baden-Württemberg 2022 zugestimmt. Wir haben im letzten Jahr noch eine zweite Untersuchung gemacht. Da haben wir anders, ein bisschen allgemeiner gefragt, ob sich Politik ausreichend um Leute wie sie kümmere. Nur 20 % der Menschen haben den Eindruck, die Politik kümmere sich ausreichend um sie.

Welche unterschiedlichen Gruppen sind das? Frauen haben das häufiger gesagt. Das sind eher die jüngeren Befragten, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit geringer Bildung sowie nicht erwerbstätige und arme Menschen. Rentner sagen das besonders selten. Bei dem Bild, um wen sich die Politik, um wen sich der Staat kümmert, gibt es ein Muster von unterschiedlichen Personengruppen, die besonders auffallen, bei denen auch der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdeter ist und die da eher durchrutschen.

Das ist anschlussfähig an das, was Alexander Yendell gesagt hat: Bei dieser Gruppe kommen andere Dinge dazu, nämlich eine größere Unzufriedenheit mit der Politik und eine stärkere Neigung, Verschwörungserzählungen zuzustimmen. Auch die Neigung zur Verschwörungsmentalität haben wir in dieser Studie gemessen.

In dieser Grafik sehen Sie die Werte für die einzelnen Items. Ich gehe nicht auf diese ein. Das sind teilweise erschreckend hohe Werte. Wenn man aber schaut, was der Kern der Menschen ist, die eine nennenswerte Zustimmung zu allen diesen Fragen haben, dann stellt man fest, dass nur knapp ein Fünftel der Befragten eine starke oder ausgeprägte Neigung zur Verschwörungsmentalität haben. Ein bisschen weniger als ein Drittel antworten gar nicht positiv darauf. Das heißt, die könnte man, wenn man so will, als immun gegenüber Verschwörungserzählungen bezeichnen. Da ballt sich auch etwas. Ich habe es eben schon angedeutet. Deswegen schauen wir darauf.

Wir haben hier ein großes Gefühl der politischen Vernachlässigung. Wir haben starke subjektive Berichte von Betroffenheiten aufgrund der Pandemie. Egal, ob das eine Infektion oder die wirtschaftliche Belastung ist oder ob man gesagt hat: Ich leide unter den Maßnahmen usw., das ist sehr stark darin enthalten.

Es gibt einen ganz klaren Zusammenhang mit Verunsicherung und pessimistischem Blick in die Zukunft. Auch gibt es einen Zusammenhang mit Bildung: Je geringer die formale Bildung ist, desto größer ist die Neigung zur Verschwörungsmentalität. Das ist ein Problem. Die Pandemie hat dazu geführt, dass sich eine große Gruppe politisch vernachlässigt fühlt. Bei denjenigen, die sich politisch vernachlässigt fühlen, ist die Neigung, an ein Verschwörungsnarrativ zu glauben, stärker ausgeprägt. Die Unzufriedenheit wird größer. Da ballt sich einiges zusammen.

In diesem Zusammenhang möchte ich zwei positive Befunde nennen. Wenn die Personen, auf die das im Groben zutrifft, also die soziodemografische Grundsituation, dennoch sozial eingebunden sind – wenn sie viele Kontakte haben, wenn sie in Vereinen und Organisationen sind –, dann ist das ein Schutzfaktor vor der Verschwörungsmentalität. Dann ist sie weniger stark ausgeprägt.

Wir haben das regional untersucht, also unterschiedliche Regionen in Baden-Württemberg miteinander verglichen, und gesehen: Wenn der Anteil der Personen, die immun gegen Verschwörungserzählungen sind, besonders hoch ist, dann hilft das, insgesamt die Ausprägung der Verschwörungsmentalität etwas einzudämmen. Man könnte sagen, dass es etwas damit zu tun hat, ob es genug Gegenpositionen gibt bzw. ob es Menschen gibt, die gegenargumentieren und andere Informationen anbieten.

Ich werde jetzt noch ganz kurz auf das Thema Jugend eingehen, weil das in der Studie enthalten war und meiner Ansicht nach ganz wichtig ist.

Wenn Sie auf dieser Folie die hellen und dunklen Balken vergleichen, dann sehen Sie, dass die jungen Menschen im Alter von 16 bis 24 Jahren bei all diesen Belastungsindikatoren schlechter abschneiden als die älteren. Die Belastungssituation der jungen Menschen war aufgrund der Pandemie besonders hoch. Das führt auch dazu, dass gerade junge Menschen besonders kritisch bewerten, wie die Politik und die Gesellschaft mit der Pandemie umgegangen sind. Sie haben eher einen negativen Eindruck, nämlich dass die Gesellschaft geschwächer daraus hervorgeht.

Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung – ich glaube, vom Ende des letzten oder Anfang dieses Jahres – zeigt, dass es bei jungen Menschen einen deutlichen Rückgang bei der Demokratieunterstützung gibt. Das kann beispielsweise auch etwas mit den Erfahrungen in der Pandemie zu tun haben: dass man die Belastungen nicht gut verarbeitet.

Ich komme jetzt zu meinem Fazit. Der Zusammenhalt ist geschwächt, aber nicht schwach. Wir haben hier eine negative Tendenz. Aber das führt nicht dazu, dass wir jetzt sagen müssten, das alles sei ganz dramatisch.

Das nächste Problem ist die Krise. Das war eine Studie zur Pandemie. Wir haben danach den Ukrainekrieg, die Inflation, Flüchtlinge, die Haushaltslage in den Städten und Gemeinden usw. Die Krisen, die es auch zukünftig geben wird, werden weiterhin ein Risiko für den Zusammenhalt und die Demokratie sein, weil darin ein Potenzial für Verunsicherung liegt. Dazu braucht es eine aktive Gestaltung.

Ich habe jetzt noch sechs Handlungsempfehlungen für Sie, die ich ganz schnell durchgehen werde:

Alles, was den vulnerablen Gruppen, den Risikogruppen, die ich genannt habe, hilft, hilft auch dem gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Mehr Dialog und Begegnungen müssen ermöglicht werden. Das schließt ein bisschen an die Ausführungen von Herrn Yendell an. Ganz wichtig ist: Es gibt einen Vertrauensverlust. Die Leute müssen wieder miteinander ins Gespräch kommen. Dafür brauchen wir Orte, Gelegenheiten und auch Aktivitäten vor Ort. Die müssen sichergestellt sein.

Die ganze Verunsicherungs- und Krisensituation ist das Einfallstor für Verschwörungserzählungen und Desinformationen. Deswegen ist es besonders wichtig, konsequent dagegen vorzugehen und noch mehr Aufmerksamkeit darauf zu richten.

In unsicheren und krisenhaften Situationen brauchen wir eine bessere und eine transparentere Kommunikation, auch eine bessere und transparentere politische Kommunikation: Was sind die Ziele? Wie will man sie erreichen? Wo steht man gerade? Was passiert im Hintergrund? Alles, was gut kommuniziert ist, schützt davor, dass Diskurse entgleiten.

Wir sehen Veränderungen beim Engagement. Man muss darüber nachdenken: Welche anderen Formen des Engagements, welche alternativen Formen kann man noch besser unterstützen? Wir können in der Diskussion noch darauf eingehen.

Der letzte Punkt – auch das ist ganz wichtig –: Wir brauchen mehr Teilhabemöglichkeiten und Unterstützungsangebote für junge Menschen. Sie sind weiter auszubauen und verstärkt in den Blick zu nehmen. Das hilft.

Auf der nächsten Folie sehen Sie die Publikationen, in denen Sie das alles nachlesen können.

Ganz herzlichen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dr. Unzicker. – Wir kommen jetzt zur Fragerunde. Als Erster hat Herr Dr. Kroll das Wort.

Dr. Stefan Kroll, stellv. externes Mitglied: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Vielen Dank, Herr Dr. Yendell und Herr Dr. Unzicker, für die beiden Vorträge.

Das Thema der Enquetekommission ist die krisenfeste Gesellschaft. Wir sind uns vermutlich fast alle hier darüber einig, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt eine wichtige Voraussetzung dafür ist, eine krisenfeste Gesellschaft zu bilden.

Herr Dr. Yendell, wir haben von Ihnen gehört, dass dieser Zusammenhalt vor allem von den Rändern her gefährdet ist. Sie haben uns die Kriterien, die Indikatoren der entsprechenden Untersuchung genannt. Für uns wäre jetzt noch wichtig zu hören, wie die Unterstützung in der Gesamtbevölkerung für die Haltungen ist, die Sie beschrieben haben und die den Zusammenhalt gefährden.

Meine zweite Frage ist – auch an Sie, Herr Dr. Yendell –: Sie haben angedeutet, aber in Ihrem Vortrag nicht ausgeführt, dass der Zusammenhalt in Teilgruppen der Gesellschaft stark ist – vielleicht stärker als in der Gesamtgesellschaft. Ist der Eindruck richtig, dass wir einen Zusammenhalt in Teilgruppen haben, der den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden könnte? Wie können wir das überwinden und den Zusammenhalt auch zwischen den Gruppen stärken, um zu einem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt zu kommen?

Herr Dr. Unzicker, es war sehr vielversprechend zu hören, dass der Zusammenhalt zwar geschwächt, aber nicht schwach ist. Dazu die Frage: Sehen Sie trotzdem Tendenzen, dass es vielleicht doch zu einer Spaltung kommen kann? In den Medien ist häufig von einer Spaltung der Gesellschaft die Rede. Dies beobachten wir aber mit Blick auf die Zahlen zum Glück noch nicht. Das ist die Tendenz der Polarisierung. Wie sehen Sie das Potenzial an?

Das Zweite ist: Sie sind vor allem auf Gruppen in der Bevölkerung eingegangen. Das war für uns sehr erhellend. Die Frage ist: Gibt es bestimmte Themen, die in besonderer Weise polarisieren und deshalb auch eine besondere politische Überarbeitung brauchen? Sie haben über Corona gesprochen. Aber was ist mit den Themen Klima und Migration, die in besonderer Weise Potenzial haben und auf die auch in besonderer Weise reagiert werden müsste?

Vielen Dank.

Abg. Christiane Staab CDU: Herr Dr. Yendell, ich musste eben bei Ihrem Vortrag ein bisschen schmunzeln, weil ich als überzeugte stillende Mutter immer gesagt habe: Kinder, die böse sind, sind zu kurz gestillt worden.

Ich sage Ihnen ganz offen: Ich bin sehr froh darüber, dass wir endlich mal den Fokus auf die ganz frühe Kindheit richten. Das treibt mich auch mit großer Sorge um. Deswegen habe ich eine Frage sowohl an Sie als auch an Herrn Unzicker, weil die Bertelsmann Stiftung aufzeigt, wie schwach wir derzeit in der frühkindlichen Bildung institutionell aufgestellt sind. Da fehlt viel Personal. Das heißt, die Aufgaben, die Sie uns gerade aufgezeigt haben, werden wir in Zukunft eher schlechter erfüllen können. Das ist auch Inhalt meiner Frage an Herrn Unzicker.

Wir bekommen von der Bertelsmann Stiftung regelmäßig aufgezeigt, wie sich das Gap im frühkindlichen Bereich, insbesondere in den Kitas und in den Krippen, entwickelt

und vergrößert. Wir versuchen jetzt, dem mit vielen Maßnahmen entgegenzusteuern. Aber ich sage auch ganz offen: Ich weiß nicht, ob wir da so erfolgreich sein werden, wie wir alle uns das wünschen. Was können wir diesem Thema entgegen? Ich glaube, wir bräuchten dafür ein bisschen mehr als nur den Hinweis, wie viele Personalstellen uns da immer fehlen. Vielleicht gibt es auch Ansätze aus anderen Ländern, wie man das Thema „Frühkindliche Bildung“ angehen kann.

Jetzt schlage ich den Bogen zu Herrn Dr. Yendell. Vielleicht braucht man weniger Bildung, sondern viel mehr Bindungsarbeit. Wie können wir diesem Thema in den Einrichtungen angesichts des drastischen Personalmangels, auf den wir zurauschen, in Zukunft gerecht werden?

An Sie, Herr Dr. Yendell, habe ich noch eine Frage. Das Thema Bindung wird in Deutschland wenig erforscht, in anderen Ländern hingegen schon sehr intensiv. Wie gehen andere Länder mit der ganz frühen Elternbildung um? Welche Erfahrungen gibt es aus den Early-Excellence-Centern, die es mittlerweile schon eine lange Zeit gibt? Was können wir nach Deutschland übertragen?

Ich bin der Meinung – dazu wäre ich auf eine Antwort von Ihnen gespannt –, dass wir das Thema Elternbildung in Deutschland überhaupt nicht systematisch angehen, sondern nur mit Gutscheinen und PEKiP-Gruppen. Wir haben da einen unglaublichen Flickenteppich. Mir fehlt eine systemische Elternbildung. Ich bin auf eine Aussage von Ihnen gespannt und sehr dankbar für eine Antwort, wie man das Thema „Systemische Elternbildung“ ganz frühzeitig angehen könnte.

Abg. Florian Wahl SPD: Sehr geehrter Herr Dr. Yendell, sehr geehrter Herr Dr. Unzicker, herzlichen Dank für Ihre Vorträge. – Ich habe eine Frage anknüpfend an die Ausführungen der Kollegin Staab, weil Sie von frühkindlicher Bildung gesprochen hat, inwiefern Sie diesen Begriff überhaupt teilen. Denn Sie haben ja gesagt, dass Sie eigentlich keine frühkindliche Bildung, sondern Fürsorge wollen. Das wäre natürlich eine fundamental andere Arithmetik und Herangehensweise, als wir das momentan in unserer Gesellschaft leben, die ich, ehrlich gesagt, für richtig halte.

Ich habe eine Frage an Sie, Herr Dr. Yendell: Wie können Empathietrainings in der Schule konkret ausgestaltet werden? Davon haben wir auch gelesen. Ich möchte das auch vor dem Hintergrund Ihrer Aussage wissen, dass politische Bildung keine besondere Wirkung auf den Aufbau von antidemokratischen Einstellungen und Urteilen hat. Das ist etwas, das für uns ganz interessant zu wissen wäre.

An Herrn Dr. Unzicker haben wir die Frage: In Ihrer Studie „Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg“ aus dem Jahr 2022 haben Sie festgestellt, dass erstmals eine Mehrheit den Zusammenhalt in der eigenen Wohngegend skeptisch betrachtet. An welchen Parametern können wir das festmachen?

Sie haben auch eine Dimension betrachtet, die hier, glaube ich, noch nicht zur Sprache gekommen ist. Das eigene Wohnquartier und die eigene Wohngegend spielen wahrscheinlich für Menschen unterschiedlich wichtige Rollen. Gerade bei der jüngeren Generation könnte es eventuell sein, dass aufgrund des digitalen Raums, den man ja auch sehen kann, die Relevanz des eigenen Lebensumfelds ganz massiv weggenommen worden ist. Für Menschen, die nicht in dieser Form partizipieren, ihre Community suchen oder Ähnliches, könnte es dann allerdings noch einsamer werden, sodass wir auch noch einen digitalen Gap bekommen.

Allgemein zu Ihrer Untersuchung: Sie haben Ihre Handlungsfelder dargelegt. Aber was können wir eigentlich konkret landespolitisch tun, und wen können wir erreichen?

Des Weiteren ist für uns, die SPD, natürlich auch immer die soziale Dimension bzw. auch die ökonomische Frage wichtig; denn auch da wird es sicherlich noch große Unterschiede geben. Inwiefern spielt das eine Rolle?

Im Hinblick darauf frage ich noch: Wie sollen die angedachten Begegnungsorte implementiert werden? Was können die Kommunen da ganz konkret tun?

Welche Maßnahmen schlagen Sie für die Bevölkerungsgruppen vor, die einen schwächeren Zusammenhalt erleben, z. B. wenn es um den Abbau von Benachteiligungen von Frauen oder um mehr Beteiligung für Menschen mit Migrationshintergrund geht?

Herzlichen Dank.

Abg. Nikolai Reith FDP/DVP: Auch von unserer Seite zunächst einmal vielen Dank für Ihre Impulse.

Herr Dr. Yendell, Sie haben die Familie an vielen Stellen in den Mittelpunkt gestellt – zu Recht, wie ich finde. Sie haben davon gesprochen, Familien seien die Keimzellen der Demokratie. Sie sind natürlich auch die Keimzellen der Antidemokratie. Das macht uns klar, wie wichtig das ist.

Die Entwicklung – das sage ich ohne Bewertung, aber das muss man einfach feststellen – geht hin zu Ganztagsbetreuung und Ganztagschule. Das heißt, die Zeit in der Familie wird immer weniger. Insofern beißt sich das aus meiner Sicht etwas. Vielleicht können Sie etwas dazu sagen. Die Bedeutung der Zeiten, in der die Kinder, die Jugendlichen nicht in der Familie sind, wird größer. Darauf müssen wir aus meiner Sicht reagieren.

Sie haben von einer dysfunktionalen Familie gesprochen, die mehr psychosoziale Angebote braucht. Wie können wir das feststellen? Sie haben an den vorherigen Fragen schon sehen können, dass wir in der Enquetekommission daran interessiert sind, ganz konkret zu werden. Eine wichtige Grundlage für uns ist: Woran liegt das? Welche

Entwicklungen müssen festgestellt werden? Was können wir ganz konkret tun? Ich glaube, es ist ziemlich schwierig, eine Dysfunktion festzustellen und daraus dann Angebote abzuleiten.

Ein zentraler Punkt in unserer heutigen Zeit – der hat mir bei beiden Vorträgen ein bisschen gefehlt – sind die sozialen Medien. Das ist ein wesentlicher Faktor, wodurch sich Kinder und Jugendliche informieren. Daher würde mich Ihre Position zu folgenden Fragestellungen interessieren: Wie gehen wir damit um? Ich glaube, dort gibt es eine große Chance einzuwirken. Aber: Wie tun wir das? Was machen wir? Was setzen wir da entgegen? Denn gerade auch dort werden Verschwörungstheorien entwickelt und verbreitet – News, Fake News, was auch immer, und das ungefiltert. Ich glaube, das ist eine große Herausforderung.

Herr Dr. Unzicker, mich würde interessieren, inwieweit das Thema „Social Media“ in Ihren Untersuchungen eine Rolle gespielt hat.

Mich würde auch noch interessieren: Haben Sie Erfahrungen, haben Sie Zahlen, wie sich die Faktoren, die Sie untersucht haben, in früheren Krisen entwickelt haben? Ist das jetzt eine Entwicklung, bei der wir entspannt sein können, weil das auch schon in früheren Krisen so war – es überrascht ja nicht, dass dann, wenn wir eine Krise haben, die Werte zurückgehen, wie Sie es beschrieben haben –, oder hat das jetzt einen ganz anderen Charakter als bei früheren Krisen? Vielleicht könnten Sie dazu etwas sagen.

Mich hat eine Zahl überrascht, die sich nach meinen Gesprächen nicht bestätigt hat, zumindest wenn ich mit Vereinsvertretern vor Ort spreche. Aus Ihren Zahlen lese ich heraus: 40 % weniger Menschen engagieren sich einmal pro Woche ehrenamtlich. Auch die Zahl der Mitgliedschaften in ehrenamtlichen Organisationen ist um 40 % zurückgegangen. Das kann ich aus meinen Gesprächen nicht bestätigen. Bei mir vor Ort im Wahlkreis ist das sehr stabil und geht nicht zurück, vor allem nicht um 40 %. Auch vor dem Hintergrund, was man für ganz Baden-Württemberg nachlesen kann, kann ich diesen hohen Rückgang nicht bestätigen.

Vielen Dank.

Abg. Emil Sänze AfD: Vielen Dank an die Vortragenden. – Herr Yendell, ich habe leider einen Teil Ihres Vortrags nicht wahrnehmen können. Aber ich habe wenigstens ihre Unterlagen gelesen. Sie entwickeln darin aus unserer Sicht etwas wilde Thesen. Sie sagen, die Erziehung präge die politische Konditionierung, wenn ich Sie richtig verstanden habe. Daher frage ich Sie: Wie erklären sich dann die sehr autokratische Erziehung der 68er-Generation und die Friedenseinstellung, die sich aus dieser Generation mehr oder weniger gebildet hat?

Meine weitere Frage dahin gehend ist: Hat Ihre Beobachtung auch berücksichtigt, dass wir einen kulturellen Wandel haben, auch in Bezug auf die ethnische

Zusammensetzung unserer Bevölkerung? Wie bildet sich das dann in extremistischen Grundeinstellungen ab?

Sie haben des Weiteren von der Bereitschaft gesprochen, bellizistischen Einstellungen anzuhängen. Wie kann es dann sein, dass ausgerechnet die jetzige Situation von sehr viel Kriegsintention geprägt ist? Da gibt es auch einen Wandel.

Eine weitere Frage an Sie ist: Wie nehmen Sie die Einschätzung der Bevölkerung wahr, dass sich die politischen Ebenen – Exekutive, Judikative und Legislative – immer mehr vermischen und dass das von der Bevölkerung nicht so wertgeschätzt wird?

Das sind die Fragen an Sie.

An Herrn Dr. Unzicker habe ich auch eine Frage. Es sind zwei gruppendynamische Prozesse feststellbar: zum einen intragruppendynamische Prozesse und zum anderen intergruppendynamische Prozesse, die sich gerade in der Pandemie sehr unversöhnlich entgegenstanden. Hinsichtlich der Zusammensetzung dieser Gruppen konnte ich persönlich feststellen, dass sich dort plötzlich Menschen wiederfanden, die sich vorher nicht in der beschriebenen politischen Situation befanden, sondern Erfahrungen der Ausgrenzung und der Bevormundung durch Regierungsmaßnahmen gemacht haben. Glauben Sie nicht, dass das den Prozess des unversöhnlichen Gegenübers beschleunigt hat? Was können wir tun, um das wieder herauszunehmen? Haben Sie in Ihrer Studie feststellen können, dass es Methoden gibt, die die Zusammenführung der Gesellschaft wieder ermöglichen?

Vielen Dank.

Vorsitzender Alexander Salomon: Wir kommen jetzt zur Antwortrunde. Ich rufe als Ersten Herrn Dr. Yendell auf. Wenn Sie es schaffen, alle aufgeworfenen Fragen in zehn Minuten zu beantworten, wäre das sehr wünschenswert. Ich weiß, dass das nicht ganz einfach wird. Aber probieren Sie es nach Möglichkeit. – Bitte.

Sv. Herr Dr. Yendell: Ja, das wird nicht ganz einfach sein, weil auch Fragen zu politischen Handlungsempfehlungen gestellt wurden, wozu Sie vielleicht mehr Expertise haben als ich. Aber ich versuche es einfach mal.

Ich fange mit der Frage zu der 68er-Generation und der Friedensbewegung an – die fand ich sehr interessant –, wie das zustande gekommen ist und wie man das erklären kann. Ich hoffe, ich habe das richtig verstanden. Das war ja die Auseinandersetzung mit der Elterngeneration und dem Nationalsozialismus und ist die Erklärung dafür, warum so etwas zustande gekommen ist. Die Erklärung von z. B. autoritärer Persönlichkeit – Adorno und Co.; das habe ich heute vorgetragen – spielt noch immer eine wichtige Rolle für die Frage, warum Menschen Migranten gegenüber negativ eingestellt sind, bis hin zur Gewaltausübung. Die Menschen damals haben sich damit beschäftigt

und sich damit auseinandergesetzt. Die haben reflektiert, was da passiert ist. Ich kann nur empfehlen, das zu tun. Die haben in dieser Zeit Adorno und Klaus Theweleit gelesen und sich kritisch mit der Schuld bzw. der Verantwortung der Deutschen auseinandergesetzt. Ich glaube, dass das sehr wichtig war und noch immer wichtig ist. Sicherlich stärkt es den gesellschaftlichen Zusammenhalt, wenn wir das weiterhin tun.

Dann gab es noch eine Frage zum Krieg. Bei mir ging es um generelle Kriegsbefürwortung, ob man also glaubt, dass Kriege eine Maßnahme sind, um Konflikte zu lösen. Mir ging es nicht darum – das habe ich zumindest in einem Nebensatz gesagt –, zu erklären, wie man die Waffenlieferungen in die Ukraine rechtfertigt. Das funktioniert nicht mit den Indikatoren, die ich vorgetragen habe. Bei mir ging es um die generelle Kriegsbefürwortung, ob jemand es sozusagen toll findet, dass es Kriege gibt.

Die letzte Frage an mich bezüglich der Vermischung der Legislative, Exekutive und Judikative habe ich, ehrlich gesagt, nicht verstanden. Das kann ich so auch nicht bestätigen. Ich habe mich nicht damit beschäftigt und teile diesen Eindruck auch nicht.

Die Frage von Stefan Kroll war, wie hoch die Einstellungsmuster – so habe ich das verstanden – in Bezug auf die Phänomene sind, die ich beschrieben habe. Erst einmal: Die Zahl derjenigen mit einem geschlossen rechtsextremen Weltbild, sozusagen das extremste, ist nach der neuesten Leipziger Autoritarismusstudie sogar ein bisschen rückläufig. Die rechtsextremen Einstellungen bewegen sich immer zwischen 4 und 8 %, wenn ich es jetzt richtig in Erinnerung habe. Das schwankt immer ein bisschen. Tendenziell sind sie seit 2002 in der Gesamttendenz sogar rückläufig gewesen. Aber dabei geht es um Einstellungen, nicht um Verhaltensweisen.

Wir haben beispielsweise festgestellt, dass es während der sogenannten Flüchtlingskrise eine Polarisierung und zum Teil auch eine Radikalisierung gerade von Menschen mit einem rechtsextremen Weltbild gegeben hat. Während Rechtsextreme früher vorwiegend SPD und CDU gewählt haben, wählen sie jetzt die AfD. Nicht jeder AfD-Wähler ist rechtsextrem. Aber Menschen mit rechtsextremem Weltbild wählen vorwiegend die AfD. Das Wahlverhalten hat sich geändert.

Auch sind autoritäre, rebellische und ressentimentgeladene Milieus gewaltbereiter, als das noch vor 15 Jahren der Fall war. Das heißt, die sind jetzt bereit, Gewalt anzuwenden.

Im Zeitraum der Flüchtlingskrise gab es sogar mehr Solidarität mit der Demokratie. Mehr Menschen haben sich da solidarisiert und mehr Vertrauen in demokratische Institutionen gewonnen. Das muss man auch sehen. Aber die kleine Gruppe von Rechtsextremen kann den gesellschaftlichen Zusammenhalt durch im schlimmsten Fall terroristische Anschläge gefährden. – So viel dazu.

Wie soll man das bekämpfen? Dazu habe ich schon viel gesagt, vor allem über den Abbau von Vorurteilen. Das bezieht sich insbesondere auf den Islam und die Muslime. Die werden sehr negativ wahrgenommen. Die ablehnende Einstellung in der Bevölkerung liegt – je nachdem, welche Aussage man den Befragten vorlegt – zwischen 40 und 60 %. Das ist sehr, sehr hoch. Das hat natürlich auch etwas mit dem islamistischen Terrorismus, den negativen Images und den Erklärungen zu tun, die in der Gesellschaft immer herumschwirren.

Dass man die Gewaltneigung mit dem Islam erklärt, ist aus meiner Sicht nicht richtig und lässt sich empirisch auch nicht bestätigen, sondern das hat eher etwas mit dem Erziehungsverhalten zu tun. Man darf aber natürlich fragen, ob bestimmte autoritäre Erziehungsmuster unter Zugewanderten häufiger und auch problematisch sind. Ob die zugewandert oder – ich sage es mal etwas plakativ – „biodeutsch“ sind, spielt im Prinzip keine Rolle. Das Problem sind die Erziehungsbedingungen in Bezug auf Gewaltausübung, Extremismus usw. usf.

Zum Stillen, Frau Staab, möchte ich einwenden: Da bin ich selbst ein bisschen skeptisch, zumal man die Frauen, die nicht stillen können und das Fläschchen geben müssen, damit immer sehr stark unter Druck setzt. Da sollte man ein bisschen vorsichtig sein. Das Fläschchen führt zwar dazu, dass Menschen vielleicht nicht die allerbeste Milch bekommen, aber sie bekommen zumindest die zweitbeste Milch und können sich auch zu anständigen Menschen entwickeln.

Sie haben natürlich recht: Die frühkindliche Entwicklung spielt eine große Rolle. Vertrauen beispielsweise in Mitmenschen – das habe ich ja gesagt – steht im Zusammenhang mit der Wahl der AfD. Mangelndes Vertrauen in Menschen bildet sich schon in frühester Kindheit aus. Da sind wir als Sozialwissenschaftler allerdings etwas überfragt; denn wir können Säuglinge nicht befragen und sind auch nicht dabei. Insofern ist das Ganze ein bisschen schwierig. Trotzdem ist das sehr wichtig.

In Bezug darauf, wie das dann konkret umgesetzt werden soll, weisen Sie wahrscheinlich mehr Expertise auf als ich. Meiner Ansicht nach ist klar, dass wir einen Notstand in den Kitas haben. Es gibt zu wenig Personal. Die Kita fällt sehr oft aus, weil das Personal fehlt. Bei den Kitas geht es aber nicht nur um die Anzahl der Personen, sondern auch um die Qualität der Bindungserfahrung, die Kinder dort machen. Ich glaube, dafür brauchen wir überhaupt erst mal einen Diskurs darüber; wir brauchen auch Untersuchungen darüber. Ich nehme wahr, dass es bislang eher populärwissenschaftliche Abhandlungen darüber gibt, wie gut das in den Kitas funktioniert. Wir müssen das erst einmal erforschen. Aber dass es dort einen Notstand gibt, das steht fest. Man muss, wie immer, mehr investieren, mehr qualifiziertes Personal ausbilden und es natürlich auch gut bezahlen.

Wir brauchen erst mal einen Diskurs darüber, wie wichtig uns Erziehung und Familien sind. Der SPIEGEL hat das letzte Woche, glaube ich, als Titelthema gehabt. Ich habe das selbst nicht gelesen. Aber es ist schon mal schön, dass es einen Anstoß dazu gibt,

damit wir mehr darüber reden. Für mich als Wissenschaftler ist es immer das Wichtigste, erst mal in den Diskurs darüber zu kommen. Dazu, wie das dann im Einzelnen aussieht, kann ich nicht viel sagen. Ich bin nicht Experte genug für solche pädagogischen Maßnahmen.

Mit Early-Excellence-Maßnahmen in anderen Ländern habe ich mich nicht beschäftigt. Dazu kann ich nicht viel sagen. Es würde wahrscheinlich Sinn machen, einmal jemanden einzuladen, der etwas darüber sagen und auch berichten kann, warum das in anderen Ländern – die skandinavischen Länder werden immer als Vorbild herangeholt – besser funktioniert, in denen auch die Väter mehr Zeit haben. Wir leben ja in einer Gesellschaft, in der die Väter eine sehr geringe Rolle spielen und in der das auch nicht mehr so wertgeschätzt wird. Auch darüber müssen wir reden; denn wir stellen fest, dass die Väter eine ebenso große Rolle spielen, was beispielsweise die emotionale Wärme betrifft.

Wie gesagt: Wir müssen erst mal in einen Diskurs darüber kommen. Über einzelne Ansätze wissen Sie mehr Bescheid als ich.

Dann war noch die Frage „Bildung versus Fürsorge“ und wie ich den Begriff „Frühkindliche Bildung“ finde. Ich bin jetzt nicht so streng, dass ich auf einzelnen Begrifflichkeiten herumreite. Aber ich habe in der Tat gesagt: „keine Bildung in den Kitas“, also im Sinne von: Wir machen die Kinder schon für den Wettbewerb fertig. Die sollen am besten bereits in den Kitas eine Fremdsprache lernen usw. Vielmehr geht es in den Kitas eher um Bindung, Fürsorge, Einfühlung, Empathie und auch um die Anerkennung der Bedürfnisse von Kindern. Wir leben in einer Gesellschaft, in der Kinder und Jugendliche unter einen Zwang gestellt werden, weil man ihnen gar nicht die Möglichkeit der Wahl lässt, wie es vielleicht sein sollte.

Ich habe auch gesagt: Uns sollte wichtig sein, dass wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Auch das sollte ein Bildungsziel in den Schulen sein. Dazu gehören als Maßnahme auch Empathietrainings und das Lernen von Perspektivwechseln. Wie das dann konkret umgesetzt werden kann, dazu schlage ich vor, dass Sie einmal schauen, wie das in verschiedenen Bundesländern schon gehandhabt wird.

Empathietrainings sind laut den Evaluationsstudien, den Metaanalysen von Andreas Beelmann äußerst wirksam. Dazu kommen interkulturelle Begegnungen, beispielsweise das ERASMUS-Programm. Das betrifft zwar eher das Studentenalter, aber davon sollten auch Leute profitieren, die nicht studieren. Auch so etwas sollte es geben, damit es mehr interkulturellen Austausch gibt, man die Perspektiven wechselt und auch feststellt, dass die Unterschiede zwischen verschiedenen Kulturen gar nicht unbedingt so groß sind. Wir diskutieren immer sehr viel über die Unterschiede. Aber es gibt natürlich auch viele Gemeinsamkeiten, weil alle Menschen die gleichen Grundbedürfnisse haben.

Zu der Frage, wie man an dysfunktionale Familien herankommt: Ich glaube, auch da brauchen wir erst mal wieder einen Diskurs darüber, dass es völlig in Ordnung ist, sich Hilfe zu holen. Man muss das ja nicht gleich pathologisieren. Wir leben noch immer in einer Gesellschaft, in der es z. B. ein Tabu ist, sich psychotherapeutische Hilfe zu holen. Das ist bei Männern stärker ausgeprägt als bei Frauen. Frauen gehen häufiger zur Psychotherapie, weil sie vielleicht auch selbstreflektierter sind und sich eher Schwächen eingestehen, als Männer das tun.

Das alles sind Aspekte, über die wir reden müssen. Es muss entsprechende Angebote geben. Davon gibt es viel zu wenig. Auch Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten und -therapeuten gibt es viel zu wenig. Die Leute warten viel zu lange auf einen Therapieplatz. Nach meinem Dafürhalten müssen wir da noch wesentlich mehr investieren.

Noch ein wichtiger Punkt ist, dass wir, wenn Sie Politik machen, nicht immer in den einzelnen Ressorts denken dürfen: Das ist Familie; das ist Gesundheit; das ist Bildung. Vielmehr sind das Policy-Felder, die man zusammen denken muss und aus denen man Maßnahmen entwickelt. Das Thema Zusammenhalt oder auch das Thema „Innere Sicherheit“ – das sage ich immer dazu – sind für mich nicht nur Themen für das Innenministerium, sondern auch für die Ministerien für Gesundheit, Bildung und Familie, weil es bei Kriminalität, Terrorismus bzw. Extremismus, wie ich gezeigt habe, auch immer um die dysfunktionalen Strukturen geht.

Sv. Herr Dr. Unzicker: Eine Frage war, ob wir das, was ich geschildert habe, in der Form auch schon bei früheren Krisen gesehen haben. Wir haben in unterschiedlichen Studien in Deutschland Zeitreihen von 1989 bis 2020. Wir haben ein paar Krisensituationen gehabt: von 9/11 über die Wirtschafts-, EU- und Finanzkrise bis hin zur sogenannten Flüchtlingskrise. Keines dieser Ereignisse hatte einen ähnlichen Effekt, sondern da hatten wir – das habe ich ja geschildert – eine hohe Stabilität bei den Werten und tendenziell sogar leichte Anstiege. Insofern fällt die Pandemie da tatsächlich aus der Reihe. Sie ist anders als alles, was wir bisher in unseren Daten gesehen haben, zumindest für den eben genannten Zeitraum.

Die erste Frage betraf die Tendenz bezüglich Spaltung und Polarisierung. Ich möchte zunächst einmal zwischen Spaltung und Polarisierung unterscheiden. Der Begriff „Spaltung“ beinhaltet die Vorstellung: Da ist irgendwo ein Riss in der Gesellschaft, da stehen sich zwei große Gruppen fundamental gegenüber und unterscheiden sich in ganz vielen Einstellungen sehr konsequent. Polarisierung bedeutet, die Extrempole sind weit auseinander und stark besetzt, aber in der Mitte kann es trotzdem eine große Mehrheit geben.

Ich würde sagen: Wir erleben gerade mehr oder weniger in allen westlichen Gesellschaften eine starke Polarisierung, in einigen Gesellschaften auch schon starke Spaltungen. Die USA sind ein stark gespaltenes Land. Polen hat eine starke Spaltung in vielen Einstellungsmustern. In Großbritannien sieht man ähnliche Muster.

Solche Spaltungsmuster sehen wir in Deutschland im Großen und Ganzen noch nicht. Aber wir sehen eine Polarisierung. In einer aktuellen Studie vom Forum MIDEM der TU Dresden hat man sich Polarisierungstendenzen angeschaut. Darin sieht man: Die Extrempole bei unterschiedlichen Themen sind in Deutschland stark besetzt. Darin steckt ein Potenzial, dass daraus über lange Zeit irgendwann einmal eine Spaltung wird. Das hat sehr viel damit zu tun, wie wir mit den Konfliktthemen umgehen.

Hans Vorländer und Kollegen aus Dresden sagen: Für Deutschland sind typischerweise die Einwanderung und der Islam ein klassisches Spaltungs- oder Polarisierungsthema, auch der Klimawandel und die Pandemie. Das sind auch keine überraschenden Themen.

Ich habe vor einiger Zeit mit einer Kollegin eine Studie gemacht. Darin konnten wir für genau diese Themen relativ klar zeigen: Es gibt eine starke Mitte. 60 bis 75 % der Leute gehören nicht zu den Menschen mit polarisierten Einstellungen, die auf der einen oder der anderen Seite stehen. Vielmehr bilden sie die Mitte. Ich würde sagen, da steht Deutschland im internationalen Vergleich noch gut da. Ein Risiko ist vorhanden. Das sind die Themen, um die da gestritten wird.

Dann war die Frage: Bildung und Betreuung für Kinder und Jugendliche sind wichtig, aber was kann man jetzt tun, außer immer zu sagen, dafür braucht es mehr Personal und mehr Geld? Ehrlich gesagt: Es braucht mehr Personal und mehr Geld.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Das ist eine politische Werteentscheidung. Die Frage ist: Was ist uns das wert? Ich weiß nicht, wie häufig schon Bildungsrepubliken in Deutschland ausgerufen wurden. Aber gemacht wurde dann doch nichts.

Es gibt eine ganz klare Schiefelage dergestalt, die sekundäre und tertiäre Bildung zu stärken und bei der primären und frühkindlichen Bildung eher zu sparen. Das heißt, Erzieherinnen und Erzieher werden erheblich schlechter bezahlt als Gymnasiallehrerinnen und -lehrer. Das passt nicht, zumindest nicht in dieser Dimensionalität. Denn alles, was in den ersten Schuljahren oder auch noch in der Kita an sozialen Kompetenzen usw. nicht vermittelt wird, erzeugt Probleme im weiteren Verlauf. Das ist eine politische Entscheidung. Sie sitzen in dem Raum, in dem Sie dazu eine wichtige Entscheidung treffen könnten. Die Entscheidungen heißen: mehr Geld, mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen.

Die nächste Frage betraf die Rolle des Wohnorts. Darüber will ich gar nicht lange reden. Wir haben im Jahr 2019 eine Vorgängerstudie für Baden-Württemberg gemacht. Dabei haben wir uns intensiv den Aspekt der Abhängigkeit von der Ausstattung am Wohnort angeschaut. Man sieht, dass die soziale Infrastruktur am Wohnort eine Rolle dafür spielt, wie der gesellschaftliche Zusammenhalt dort ausgeprägt ist. Es spielt auch

eine Rolle, ob bestimmte sozialpolitische Maßnahmen vor Ort ankommen, ob also die Leute davon wissen, dass es Unterstützungsangebote gibt, dass sie sich helfen lassen können, und ob sie damit zufrieden sind. Dort, wo die Leute das wissen und zufrieden sind, ist auch der gesellschaftliche Zusammenhalt stärker. Das, was das Land in die Fläche trägt und den Leuten vor Ort an Leistungen anbietet, wirkt sich tatsächlich aus.

Die jüngeren Menschen haben wir in der Studie aus dem Jahr 2022 auch danach gefragt, wie sie den Wohnort einschätzen. Sie alle sind mit dem Aufwachsen und dem Leben an ihrem Wohnort relativ zufrieden. Wenn wir aber konkreter fragen: „Habt ihr Unterstützungsangebote bei Problemen? Gibt es dafür Ansprechpersonen? Gibt es gute Orte, an denen ihr euch aufhalten und eure Freizeit verbringen könnt?“, dann schaut es trübe aus. Damit ist nur noch ein Drittel zufrieden.

In diesem Zusammenhang ist auch die sozialpolitische Frage gestellt worden. Die Unzufriedenheit wächst, je prekärer die Lebenssituation der Befragten ist. Eine Alleinerziehende bewertet die Unterstützungsangebote kritischer als jemand in einer Familiensituation mit hohem Einkommen. Das heißt, gerade für diejenigen Leute, die Unterstützungsangebote brauchen, sind die lokal verfügbaren Unterstützungsangebote besonders wichtig. Ihnen kann man helfen.

Dann war die Frage nach den sozialen Medien. Das ist insofern schön, als das mein aktueller Arbeitsfokus ist. Auch wir haben gesagt: Das, was gerade in den sozialen Medien, im digitalen Diskurs passiert, ist eine entscheidende Größe. Sie können gern einmal auf „Upgrade Democracy“ gehen. Das ist das neue Projekt dazu.

Es zeigt sich: Diskussionen und Debatten in sozialen Medien führen in ihrer technologischen Struktur, so, wie sie stattfinden, zwangsläufig eher zu einer polarisierten Debatte. Soziale Medien verstärken die Konflikte und führen weniger dazu, dass lösungsorientiert an etwas herangegangen werden kann. Das bedeutet: Man muss die Betreiber sozialer Plattformen dazu bringen, mehr Content-Moderation zu machen, also zu schauen, wo Diskussionen aus dem Ruder laufen, wo Falschinformationen geteilt werden und wo Hass und Hetze stattfinden. Auf Bundesebene wird gerade darüber diskutiert, ganz viele Unterstützungsangebote für Betroffene von Hassrede zu kürzen. Das könnte in der aktuellen Situation ein Problem darstellen.

Das bedeutet umgekehrt – wir haben eben über Bildung geredet –: Wir brauchen Nachrichten- und Medienkompetenz. In den sozialen Medien ist sehr schwer zu erkennen: Was stimmt? Was stimmt nicht? Was ist aus dem Kontext gerissen? Was ist zu sehr zugespitzt und skandalisiert? Um das erkennen zu können, muss man Nachrichten- und Medienkompetenz vermitteln.

Das Problem ist: Nicht unbedingt die jungen Menschen brauchen Nachrichten- und Medienkompetenz. Die können das teilweise besser als die älteren. Tendenziell neigen eher die mittelalten Menschen dazu, Fake News zu teilen, weil sie das nicht erkennen. Sie haben gelernt: Wenn etwas aussieht wie eine Zeitung, dann stimmt das,

was darin steht; denn in der Zeitung steht ja die Wahrheit. Man muss aber erkennen, ob die Zeitungsseite oder der Artikel gefälscht ist. Gleichzeitig muss man stärker über diese ganzen Problematiken aufklären.

Zum Rückgang des Engagements und zu der Dimension: Ich glaube, das war ein Missverständnis. Die Werte sind nicht um 40 % gesunken, sondern das ist ein Rückgang um 10 oder 15 Prozentpunkte gewesen. Ich möchte bei diesem Punkt noch an zwei Sachen erinnern. Das eine ist: Die Erhebung ist aus dem letzten Jahr. Das ist im Nachlauf der Coronapandemie gewesen. Ich glaube, wenn man heute fragt, wird man sehen, dass die Erholung beim Engagement schon größer ist. Aber diese Grundtendenz steht im Einklang zu allen anderen Studien. Sowohl der Freiwilligensurvey als auch der ZiviZ-Survey zeigen eine ähnliche Tendenz. Die zeigen: Die Engagementbereitschaft ist hoch. Die Leute wollen sich engagieren. Sie haben aber weniger Zeit, sich zu engagieren. Die Häufigkeit, wie oft man an etwas teilnimmt, oder die Bereitschaft, irgendwo in Ämter zu gehen, sinken schon seit Jahren. Das hat in der Pandemie kurz zugenommen. Dazu gibt es relativ viel Empirie.

Dann wurde gefragt, ob wir in der Pandemie Spaltungstendenzen wahrgenommen haben. Das haben wir uns in der Studie angeschaut. Wir stellen einen Vertrauensverlust fest. Vertrauen in Mitmenschen lebt sehr davon, dass man davon ausgeht, dass die Leute, denen man begegnet, ähnlich ticken wie man selbst und dass sie erwartbar reagieren. Wahrscheinlich haben sich viele Menschen früher nicht mit ihren Nachbarn, Arbeitskollegen, Freunden und Bekannten darüber unterhalten, ob man an Impfungen glaubt oder nicht, und war dann doch erschrocken, als die Leute dachten: „Da hat ein IT-Unternehmen das Ziel, den Menschen Chips einzupflanzen. Oh, das ist aber überraschend. Wer weiß, was andere Leute noch so denken.“ Ich glaube, da ist viel Vertrauen kaputtgegangen und zerstört worden, weil man überhaupt erst mal gemerkt hat, wie bestimmte Einstellungsmuster in der Gesellschaft verbreitet sind.

Wir haben u. a. gefragt, ob Leute im Streit über die Coronapandemie Freunde verloren haben und ob Freundschaften daran zerbrochen sind. Das ist hauptsächlich bei denjenigen Personen passiert, die eine stark ausgeprägte Verschwörungsmentalität hatten und mit der Politik sehr unzufrieden waren. Das heißt, im sehr aufgeregten, sehr verunsicherten, polarisierten und von Verschwörungstheorien geprägten Rand sind Bindungen gebrochen. Der Großteil der Gesellschaft konnte mit den Konflikten insgesamt ganz gut umgehen. Ich glaube, das hat man auch wieder kitten können.

So weit zu den Fragen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dr. Unzicker. Vielleicht noch die Frage: Wann ist man denn nach Ihrer Ansicht mittelalt? Das würde mich noch interessieren. Sie haben gesagt, die seien für Fake News besonders anfällig.

Sv. Herr Dr. Unzicker: Die Altersgruppe, die bei uns besonders auffällt, sind die 45- bis 65-Jährigen. Das ist, wenn man so will, die Gruppe, die mitten im Leben steht.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. Einige sind jetzt froh, andere nicht so. – Wir kommen jetzt zur zweiten Fragerunde. Als Erste hat Frau Abg. Dr. Kliche-Behnke für die SPD-Fraktion das Wort.

Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD: Ich könnte meine Frage eigentlich zurückziehen, weil Sie bereits darauf eingegangen sind, Herr Dr. Yendell. Trotzdem noch ganz kurz ein Aspekt; ich mache es wirklich kurz.

Die Ausführungen, die Sie zur frühkindlichen Bildung gemacht haben, also Fürsorge versus Bildung, sind nicht ganz haltbar; denn das ist ein Bildungsbegriff, der implementiert, dass Bildung immer auf Ökonomisierung abzielt. Aber in der Forschung zur frühkindlichen Bildung geht man nicht von einem solchen Bildungsbegriff aus. Wenn Sie von Fürsorge sprechen, dann muss man sagen, dass unsere Schulen genauso Schutzräume und Orte von Fürsorge sein sollten. Ich wollte nur noch ein Fragezeichen dranhängen.

Zur Bildung gehört auch eine Form von sozialer Interaktion, Herzensbildung, würden manche sagen, usw. Es ist bekannt, dass Kinder vom Lernen begeistert sind. Insofern sollte dem auch Ausdruck verliehen werden, beispielsweise in Kitas.

Ich wollte einfach dieses Fragezeichen setzen. Ansonsten vielen Dank für die Ausführungen.

Sv. Herr Dr. Yendell: Ich stimme dem zu, wie Sie es gesagt haben. Alles in Ordnung.

Ich würde noch gern etwas zur Medienkompetenz ausführen, weil Herr Reith mich vorhin darauf angesprochen hatte. Alles, was Herr Unzicker gesagt hat, unterstütze ich voll und ganz. Medienkompetenz brauchen wir bei Jugendlichen auf jeden Fall. Es gibt auch eine Studie darüber, wer Hatespeech in sozialen Medien macht. Der Indikator „Sadismus“, also das Bedürfnis, andere Menschen zu quälen und zu demütigen, ist ein starker Indikator, um das zu erklären. Sie ahnen, was ich sagen will: Sadismus lässt sich auch wieder sehr gut durch Erfahrungserklärungen erklären.

In Bezug auf Medien gibt es beispielsweise die Media-Effekt-Theorie, dass Medien einen direkten Einfluss haben, aber auch den Selective Exposure Approach, dass man sich bestimmte Medien vor dem Hintergrund bestimmter Persönlichkeitsstrukturen aussucht. Autoritäre Persönlichkeiten schauen anderes Fernsehen als Menschen mit geringen Autoritarismuskennwerten. Man kann nicht immer nur einseitig die Medien verantwortlich machen.

Wir brauchen natürlich auch Leute, die kritisch damit umgehen. Jemand, der eine wirre Verschwörungstheorie im Internet liest, sagt, wenn er nicht einigermaßen normal ist: „Oh, toll! Das hört sich super an, was hier steht, dass im Deep State irgendwelchen Kindern das Blut ausgesaugt wird.“ Die meisten Menschen halten das für Quatsch, ich

glaube, auch die meisten Kinder und Jugendlichen, die einigermaßen normal sind – was auch immer Normalität ist – bzw. die zumindest psychisch nicht besonders auffällig sind.

Das nur ganz kurz als Bemerkung dazu.

Vorsitzender Alexander Salomon: Herr Albiez hat sich noch für eine weitere Frage gemeldet.

Thomas Albiez, externes Mitglied: Vielen Dank. – Ich habe eine Nachfrage an Herrn Dr. Unzicker. Sie haben völlig zu Recht gesagt, es fehlt an Ressourcen, Personal und Geld. Was andere Expertinnen und Experten in dieser Runde noch als weiteren Punkt ergänzt haben, war, dass es zu viel Bürokratie gibt. Personalressourcen und Bürokratie ziehen sich wie ein roter Faden durch die meisten Expertenvorträge. Meine These ist: Daran wird sich demnächst wenig ändern.

Die Frage an Sie beide ist: Müsste man in Ihren Handlungsempfehlungen, in Ihren Vorschlägen nicht sogar noch ein Stück weitergehen, indem man sagt: „Wir finden uns damit ab, dass die Ressourcenknappheit bleibt, und wir brauchen vielleicht noch weitreichendere Vorschläge, wie wir diese Probleme lösen, vielleicht auch mit anderen Modellen“? Beispielsweise waren Ganztagschulen oder Campusschulen einmal ein Thema. Das ist aber wiederum ein Widerspruch zum familiären Umfeld. Müssten wir nicht noch einen zweiten Schritt gehen und sagen: „Wir finden uns damit ab, dass wir eine Ressourcenknappheit haben“, und brauchen wir vielleicht ein ganz neues Denken?

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank für die Nachfrage. – Gibt es noch weitere Fragen hier vor Ort oder im digitalen Raum? – Herr Abg. Sänze, bitte, für die AfD-Fraktion.

Abg. Emil Sänze AfD: Herr Dr. Yendell, ich habe noch eine Frage. Ich hänge noch immer Ihrer Konditionierungstheorie nach und teile sie auch zum Teil. Ich sage nur: Der Einfluss ist vielleicht nicht so groß.

Wir stellen ja fest, dass in manchen Regionen und Gebieten sowohl in den Kindergärten als auch in den Grundschulen bestimmte ethnische Einstellungen dominieren und dass die für den staatlichen Zusammenhalt bzw. für das Weltbild, das wir hier transportieren, kontraproduktiv sind. Mich würde interessieren: Sehen Sie eine Lösung, indem man da eingreift und eine Durchmischung fordert, sodass eine bestimmte Meinung keine Dominanz hat? Wie sehen Sie da den Einfluss?

Sv. Herr Dr. Yendell: Vielleicht könnten Sie das noch konkretisieren. Was meinen Sie mit „bestimmten ethnischen Einstellungen“? Ich muss schon wissen, was das genau ist.

Abg. Emil Sänze AfD: Sie sprechen z. B. über den muslimischen Einfluss. Wir wissen, dass da das Männerbild ein anderes ist, als es zum Teil in unserer Gesellschaft abgebildet wird. Auch ich stelle fest, dass sich sogar die Jugendsprache in diese Richtung verändert und dass auch Biodeutsche, wie Sie gesagt haben, diese Sprache annehmen. Ich stelle die Frage: Nehmen Sie auch die Einstellung der Einwanderungsgeneration mit an?

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich möchte erst Herrn Dr. Unzicker das Wort geben. In der Zwischenzeit können Sie, Herr Dr. Yendell, sich noch Gedanken darüber machen, was Sie darauf antworten möchten. – Herr Dr. Unzicker, bitte.

Sv. Herr Dr. Unzicker: Ich bin mir nicht hundertprozentig sicher, ob ich der richtige Ansprechpartner dafür bin, was große Strukturreformen im Bildungswesen usw. angeht. Da müsste ich bei den Kolleginnen bei uns im Haus anfragen, die sich intensiver damit beschäftigen.

Ich glaube, dass das Grundproblem, das da drinsteckt und das Sie angesprochen haben, auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt relevant ist. Wir wissen: Bildung ist wichtig. Wir wissen auch: Kinder und Jugendliche, die im Bildungssystem Probleme haben, scheitern am Ende und haben keine guten Zukunftsperspektiven. Das ist ein Problem. Wir stellen fest: Eltern sind besonders unzufrieden damit, dass die Schulen nicht in Ordnung sind und Stunden ausfallen. Dann haben wir noch all die Probleme, die Alexander Yendell geschildert hat.

Da in Sonntagsreden immer wieder gesagt wird: „Bildung ist wichtig. Kinder sind unser höchstes Gut. Wir haben keine Ressourcen“, wird der Politik immer weniger zugetraut, Probleme zu lösen, weil offensichtliche Probleme über Jahrzehnte hinweg weiter fortbestehen, obwohl, wie Sie eben so schön gesagt haben, in Anhörungen immer wieder dasselbe gesagt wird.

Wenn wir uns fragen: „Woher kommt denn plötzlich die Unzufriedenheit mit der Politik? Woher kommt denn der Vertrauensverlust in die Politik?“, dann sehen wir, dass das in den Themen begründet liegt, die über Jahre und Jahrzehnte hinweg weitertransportiert werden. Ob es jetzt der große Systemwechsel sein muss oder ob das einfach eine Reallokation von Mitteln im Landes- oder Bundshaushalt ist, das weiß ich nicht.

Am Bildungswesen kann man sehr gut erkennen: Politik kann sehr viel für die eigene Unterstützung und das eigene Vertrauen erzeugen, wenn sie die Probleme ernsthaft angeht und es vielleicht zu Systemwechseln kommt oder wenn sie deutliche Entscheidungen trifft und Schwerpunktsetzungen vornimmt.

Sv. Herr Dr. Yendell: Vielen Dank, Herr Sänze, für die Frage, für die ich sehr dankbar bin. – In vielen Studien findet man heraus, dass mit dem Migrationshintergrund oder dem Islam nicht erklärt werden kann, warum Menschen gewaltbereit sind oder nicht.

Die Gründe hierfür sind vielmehr, wie ich schon mehrfach gesagt habe, autoritäre Strukturen und ungünstige Erziehungsbedingungen. Darüber müssen wir reden. Wir müssen natürlich auch über gewaltbezogene Männlichkeitsideale reden. Ob das Deutsche, Muslime oder zugewanderte Muslime, die keinen oder einen deutschen Pass haben, sind, das ist völlig egal. Wir müssen über gewaltbezogene Männlichkeitsideale reden.

Die Zustimmung bei Männern in der deutschen Bevölkerung, die sagen: „Ich würde eine Frau vergewaltigen, wenn das nicht herauskommen würde“, ist unglaublich hoch. Ich glaube, der Wert liegt zwischen 20 und 30 %. Bitte korrigieren Sie mich, wenn das falsch ist. Wir haben auch unter Deutschen ein Problem mit gewaltbezogenen Männlichkeitsidealen und Sexismus. Diese Probleme müssen wir angehen: Sexismus, Homophobie und Antisemitismus.

Ich habe in meinen Folien deutlich gemacht, dass es nicht darum gehen kann, den Autoritarismus nur bei den deutschen Rechtsextremen, Rechtspopulisten usw. abzubauen. Vielmehr muss das auch bei den Zugewanderten gemacht werden. Oftmals gibt es auch unter ihnen welche, die sehr ähnliche Einstellungsmerkmale haben wie diejenigen, die sie nicht einwandern lassen wollen. Das heißt, wir müssen auch über den Autoritarismus und den Rechtsextremismus bei Zugewanderten reden, natürlich auch über den Islamismus. Wir müssen über die einzelnen Phänomene wie Homophobie, gewaltbezogene Männlichkeitsideale, Antisemitismus usw. sprechen, nicht darüber, ob der Koran oder die religiöse Lehre irgendetwas beeinflusst. Das ist nachweislich nicht der Fall. Terroristen beispielsweise sind oft religiös und sehr unmusikalisch.

Herr Sänze, Sie tippen auf Ihrem Handy herum, wenn ich rede. Anscheinend interessiert Sie meine Antwort nicht mehr.

(Abg. Emil Sänze AfD: Ich schreibe mir das auf!)

– Das ist gut.

Deswegen macht es wenig Sinn, die Gruppenzugehörigkeit so großartig zu thematisieren, zumal wir in Deutschland Religionsfreiheit haben und der Islam und die Muslime zu uns gehören, wie alle anderen auch.

Abg. Emil Sänze AfD: Das habe ich aber nicht gemeint. In archaischen Kulturen ist der Männlichkeitswahn höhergestellt als in unserem mitteleuropäischen Bild. Das war früher auch nicht der Fall.

Sv. Herr Dr. Yendell: Ich finde es okay, dass man über patriarchale Strukturen redet. Natürlich gibt es Kulturen oder Länder, in denen das stärker ausgeprägt ist als in anderen. Aber wir müssen auch über die Strukturen bei uns reden, die noch immer

vorhanden sind, auch wenn sie vielleicht graduell etwas weniger sind, weil wir schon eine längere Tradition haben, darüber zu reden. Aber es macht wenig Sinn, das nur bei einer bestimmten religiösen Gruppe zu thematisieren. Das ist doch Quatsch.

Abg. Emil Sänze AfD: Nein, Herr Yendell.

Vorsitzender Alexander Salomon: Herr Sänze, wir führen jetzt kein Zwiegespräch. Ich glaube, das ist verstanden worden. Sie haben eine unterschiedliche Sichtweise auf diese – –

Abg. Emil Sänze AfD: Nein. Wir haben keine unterschiedlichen Sichtweisen, sondern unterschiedliche Erfahrungen. Die Erfahrungen, die heute beschrieben werden, habe ich in meiner Jugend auch gemacht. Damals gab es einen Konflikt zwischen den Vertriebenen und den Einheimischen. Da gab es eine Dominanz von jeder Glatze. Die Gruppe, die eine stärkere Dominanz hat, hat mehr oder weniger auch die Konditionierung bestimmt.

Sv. Herr Dr. Yendell: Aber der Unterschied zwischen uns beiden ist, dass ich empirischer Sozialforscher bin, Daten sammle und nicht nur das glaube, was ich erfahre oder sehe. Ich finde, das sollte man auch tun.

(Beifall – Abg. Emil Sänze AfD: Es wäre aber schlimm, wenn Erfahrungen nicht eingingen!)

Vorsitzender Alexander Salomon: Herr Abg. Sänze, ich rate Ihnen, das an der Stelle einfach stehen zu lassen. – Zusätzlich gebe ich Ihnen allen noch den Hinweis: Wir lassen aufwendig ein Protokoll über diese Sitzung erstellen. Alles wird aufgenommen. Insofern müssen Sie während der Sitzung nichts mitschreiben. Sie können alles nachlesen, wenn Sie möchten. Das ist nur ein Hinweis. Es ist Ihnen überlassen, wie Sie es machen.

(Abg. Emil Sänze AfD: Eine Bewusstseinsweiterung werden Sie mir noch zugestehen!)

Wir kommen jetzt zum Ende des ersten Sachverständigenblocks. Herr Dr. Yendell, Herr Dr. Unzicker, vielen Dank, dass Sie uns Rede und Antwort gestanden und uns sehr viel weitergebracht haben. Das darf ich an dieser Stelle sagen. Die komplette Enquetekommission dankt Ihnen.

(Beifall)

Sie dürfen aber selbstverständlich noch hier bleiben.

Wir gehen direkt in den nächsten Sachverständigenblock über und kommen zunächst zu Frau Dr. Janina Pawelz, Projektleiterin „Muster und Dynamiken von Verschwörungstheorien und rechtsextremen Ideologien in Krisenzeiten“ am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. Sie ist uns digital zugeschaltet. Auch Sie haben jetzt 20 Minuten Zeit, Frau Dr. Pawelz.

(Eine Präsentation [Anlage 3] wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Frau Dr. Pawelz: Vielen Dank. – Ich danke für die Einladung und die Möglichkeit, heute digital dabei zu sein. Mein Name ist Janina Pawelz. Ich arbeite am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg zu den Themen Radikalisierung, Verschwörungstheorien und Rechtsextremismus.

Ich möchte Ihnen zunächst unser Forschungsprojekt vorstellen und anschließend auf die aktuellen Dynamiken im Feld eingehen sowie die Funktionsweisen von Verschwörungstheorien ansprechen. Am Ende der Präsentation möchte ich noch auf die Möglichkeiten des Umgangs mit Verschwörungstheorien eingehen.

Kurz zu unserem Forschungsprojekt „NEOVEX: Muster und Dynamiken von Verschwörungstheorien und rechtsextremen Ideologien in Krisenzeiten“: Es wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Zuge der Bekanntmachung „Zivile Sicherheit – Gesellschaften im Wandel“ finanziert. Wir haben am 1. Januar 2022 angefangen. Das Projekt hat eine Laufzeit von drei Jahren. Wir haben insgesamt 1,8 Millionen € bekommen.

Wenn ich „wir“ sage: Wir sind ein Verbundprojekt. Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, IFSH, hat die Konsortialführung. Mit an Bord sind die TU München, das Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft, die FU Berlin und das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft, IDZ, in Jena.

Wir sind mitten in unserer Projektphase, haben aber auch schon erste Forschungserkenntnisse, die wir auf unserem Blog bereitstellen. Wenn Sie sich beispielsweise für die Plattformregulierungen interessieren, können Sie sich an meine Kolleginnen und Kollegen vom IDZ wenden. Hinsichtlich der Frage, wie Verschwörungstheorien über soziale Medien von einem Medium zum anderen greifen, verweise ich auf meine Kolleginnen und Kollegen vom Weizenbaum-Institut.

Zum Lagebild: Verschwörungstheorien bauen auf Misstrauen, Skepsis und Elitenkritik. Es gibt das Potenzial, in weiten Teilen der Gesellschaft auch Gläubige zu finden, und zwar aufgrund der Annahme eines unsichtbaren Feindes, der im Geheimen handelt und nur selten sichtbare Symptome zeigt. Verschwörungstheorien sind schwer zu widerlegen und deshalb auch eine Blaupause für Mobilisierungen jeglicher Art.

„Im Misstrauen vereint?“ Die Coronapandemie hat eine heterogene verschwörungsideologische Mischszene gezeigt, der eine Staats- und Demokratiefeindlichkeit gemeinsam war. Die Querdenkerszene und die Proteste gegen staatliche Coronamaßnahmen haben eine Melange an Szenen, Symbolen und Fahnen gezeigt, die auch medial vielfach diskutiert wurden.

Die Sicherheitsbehörden taten sich zunächst schwer, die während der Coronapandemie in Erscheinung getretene Mischszene in bestehende Kategorien einzuordnen. Später entstand der Begriff der verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates. Die Phänomene werden unter die politisch motivierte Kriminalität gefasst, die nicht zuzuordnen ist. Auch der Begriff des „Salatbarextremismus“ kam öfter vor. Das ist ein Begriff, der ursprünglich von US-Sicherheitsbehörden geprägt wurde und darauf hinweist, dass sich Ideologiefragmente überlappen, aufeinander aufbauen und teils neue wiederbelebende Weltbilder entstehen.

Aus politikwissenschaftlicher Perspektive ist zu beobachten, dass die Abgrenzung zwischen den Theorien und den Szenen ein zunehmend schwieriges Unterfangen ist. Es gibt Narrative, die sich auf rechtsextreme und verschwörungsideologische Annahmen und Grundmuster stützen. Wir beobachten einen Austausch und wie sie neu aufbereitet und zu einem neuen Ganzen zusammengesetzt werden. Das ist eine zunehmende Verwebung. Es entstehen Brückennarrative. Einige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bezeichnen diese als „Superverschwörungstheorien“ oder „Metaverschwörungstheorien“, unter denen sich dann wiederum viele einzelne Erzählungen zusammenfassen lassen. Einige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bezeichnen dieses Phänomen als „narrative Konvergenz“.

Ein weiterer Trend, der auf jeden Fall sichtbar ist, wenn man historische und klassische Verschwörungstheorien mit den aktuellen vergleicht, ist, dass sie sich nicht gegen marginalisierte Gruppen und Einzelpersonen richten, sondern eher gegen eine diffuse Elite und das System an sich.

Auch aus politikwissenschaftlicher Perspektive sprechen einige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sogar von einer komplett neuen Form, einem neuen Konspirationismus, einem „new conspiracism“. Sie sagen, dass es sich hierbei um eine „conspiracy without the theory“ handelt. Was soll das bedeuten? Sie haben beobachtet, dass die neueren Verschwörungstheorien fundamental anders funktionieren als die klassischen, die den Ansatz verfolgen, durch argumentative Überzeugungsarbeit alternative Erklärungen plausibel erscheinen zu lassen, während die neuen Formen eher mit haltlosen Vorwürfen und nicht falsifizierbaren, diffusen Anklagen arbeiten. Durch die dauerhafte Wiederholung derselben Botschaften sollen diese dann plausibel erscheinen. Der neue Konspirationismus ist eher an einer Delegitimierung interessiert und baut auf wenige Gegenentwürfe auf.

Neben inhaltlichen Überschneidungen gibt es auch strukturelle Gemeinsamkeiten in Bezug auf ein generalisiertes Misstrauen gegenüber der Politik sowie Politikerinnen

und Politikern im Allgemeinen. Diese Form des Misstrauens kann auch Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt haben. Meine beiden Vorredner haben das schon gut zusammengefasst.

Ein Beispiel für die Veränderungen ist die Querdenkerbewegung im Protestgeschehen und ihre Eigenwahrnehmung als Elite, die zwar viel Aktivismus, aber wenig konkrete Angebote hervorbringt. Diese Bewegung verbindet weniger der Wunsch nach sozialem Wandel, sondern ist mehr ein diffuser Flow von Widerstand.

Nun möchte ich kurz auf die Funktionsweise von Verschwörungstheorien eingehen. Um ihrer Anziehungskraft etwas entgegenzusetzen, muss zuerst ihre innere Logik und auch ihre gesellschaftliche Funktionsweise verstanden werden.

Die Kernelemente von Verschwörungstheorien sind wohl uns allen mittlerweile bekannt: die Annahme, dass es keinen Zufall gibt, es geheim agierende Personengruppen gibt, alles miteinander verbunden ist und sich alles in Gut und Böse, in Opfer und Täter teilen lässt.

Eine Funktionsweise von Verschwörungstheorien ist, dass Events gedeutet werden. Das heißt, sie beginnen oft am sichtbaren Ende und erzählen dann, was zuvor geschehen ist. Sie rekonstruieren alternative Erklärungen für Events bzw. Ereignisse, die passiert sind, wie z. B. die Coronapandemie.

Gleichzeitig wird das sichtbare Ende gar nicht in ein Ende eingebettet, sondern in einen Prozess geframt, der oftmals in apokalyptische Erzählungen, Bedrohungsszenarien und eine endzeitliche Zuspitzung mündet. Corona war ein sichtbares Ende. Es gab viele alternative Erklärungen im verschwörungstheoretischen Lager, die angeblich dahinterstecken. Gleichzeitig wurden Erzählungen weitergesponnen, die oftmals in die Übernahme der Weltherrschaft und auch in eine politische Neuordnung mündeten.

Strategische Dekontextualisierung und Anschein der Wissenschaftlichkeit: Verschwörungstheorien funktionieren besonders gut dadurch, dass sie sich auf Fakten und Belege stützen, die als Beweise neu zusammengesetzt werden, bzw. es soll eine Legitimität geschaffen werden. Sie nutzen beispielsweise existierende Strategien oder Papiere. Ein Beispiel dafür ist die Verschwörungstheorie des Great Resets, die sich auf ein Thema des Weltwirtschaftsforums und ein gleichnamiges Buch stützt. Die Zitate und Bilder wurden strategisch dekontextualisiert und zu neuen Deutungsmustern zusammengesetzt, woraus dann die Verschwörungstheorie des Great Resets entstanden ist.

Eine zentrale Funktionsweise von Verschwörungstheorien ist die erfolgreiche Kommunikation. Akteure in der Verschwörungslandschaft setzen auf effektive, multimediale und am Puls der Zeit angebrachte Medienstrategien. Sie haben beispielsweise eigene professionelle Websites, Podcasts, Interviewformate und auch Pseudo-Nachrichten-

TV-Formate. Sie nutzen Messengerdienste. Telegram war während der Pandemie das Hauptkommunikationsmedium für Verschwörungstheorien. Sie nutzen für sich auch klassische Buchpublikationen, die sehr zeitnah und auch im Onlinehandel zur Verfügung stehen.

Beispiele für seriös dargestellte Nachrichtenformate lassen sich in der rechtsesoterischen oder christlich-fundamentalistischen Verschwörungsszene finden. Da gibt es Personen, die sich „Tagesschau“-ähnlich inszenieren und Nachrichten besprechen, beispielsweise Videos über die Nachwirkungen bzw. die Tödlichkeit der Coronaimpfung. Um Ihnen einen Einblick zu geben, welche Reichweite diese Videos haben: Das Video, von dem ich spreche, hat über drei Millionen Ansichten.

Derartige Videos funktionieren deswegen so besonders gut, weil sie sich auf Insiderwissen stützen. Verschwörungstheoretiker erhöhen die Glaubwürdigkeit ihrer Aussagen dadurch, dass sie vermeintliche Aussteiger, Überlebende und Insider befragen und sie für sich sprechen lassen. Diese Leaks beinhalten vermeintliche exklusive Geheiminformationen über interne Abläufe oder geheime Pläne und böse Absichten, von denen die Allgemeinheit nichts weiß.

Interessant ist, dass, selbst wenn manche Personen oder Schriftstücke als Fälschung entlarvt werden, dies trotzdem fortbesteht und weiterhin wirkt. Das prominenteste Beispiel, das bestimmt auch Ihnen bekannt ist, ist QAnon, eine Theorie, die sich auf einen vermeintlichen US-Geheimdienstmitarbeiter stützt, der über Q-Drops, also kleine Informations-Snibbits im Internet, mit der Weltbevölkerung kommuniziert.

Ein Trend ist, Videos über Opfer und Zeugen von satanistischen Ritualen ins Internet zu stellen und mit Personen darüber zu sprechen, die sich damit auskennen. Das ist jedoch kein neues Phänomen. Ein Beispiel ist das Enthüllungsbuch mit dem Titel „Drei-Punkte-Brüder“ von Léo Taxil, der über die Freimaurerei vermeintlich ausgeplaudert hat. Trotz der Widerlegung der Verschwörungstheorien und auch mithilfe einer Person, die er extra erfunden hat, die eine vermeintliche Aussteigerin aus der Freimaurerei ist, wirkten die Verschwörungstheorien gegen die Freimaurer weiter.

Ökonomische und populäre Eigeninteressen: Verschwörungstheorien sind einerseits Graswurzelphänomene. Andererseits stecken oft auch Eigeninteressen von Einzelpersonen dahinter. Es ist wichtig, Verschwörungstheorien nicht als rein reaktive, funktionale Erscheinung zu fassen, weil auch Personen in Machtpositionen oder mit Verbindungen zu Machtpositionen Verschwörungstheorien nutzen, konstruieren oder verbreiten.

Wie eine finanzielle Bereicherung zustande kommen kann, ist Ihnen, glaube ich, selbst bekannt, wie also z. B. Proteste gegen staatliche Coronamaßnahmen gleichzeitig in eine finanzielle Bereicherung von Einzelpersonen mündeten. Aber auch das ist keine neuere Erscheinung. Auch in der Hexenverfolgung konnte man nachweisen, dass sich Personen an der Anzahl der verbrannten Menschen bereichern konnten, indem diese

erst einmal im Gefängnis untergebracht werden mussten. Auch mussten die Familien für den Henker und das Holz für den Scheiterhaufen bezahlen.

Verschwörungstheorien zielen auf zwei Ebenen: einerseits die kognitive Ebene, die mit inhaltlichen Argumenten überzeugen möchte, und andererseits die emotionale Ebene, weil Emotionen stimuliert werden können, die wiederum in eine Handlungsbereitschaft münden können

Eine besonders starke Emotion ist Angst. Deshalb ist häufig das Narrativ des Kindesmissbrauchs durch bestimmte Personengruppen in Verschwörungstheorien zu finden. Adrenochrom ist Ihnen allen bestimmt ein Begriff. Dabei geht es um die Verschleppung von Kindern und die bestialischen Morde von Menschen, die aus dem Kinderblut Verjüngungsmaterialien für die Reichen und Schönen sowie die politische Elite herstellen sollen.

Kommen wir nun zu der Frage, was wir gegen Verschwörungstheorien tun können. Wir haben es hier mit einer Besonderheit zu tun, weil Verschwörungstheorien, wie ich aufgezeigt habe, schwer zu widerlegen sind; denn sie nehmen Bezug auf reale Hintergründe, reale Personen oder auch Strategiepapiere. Das macht eine argumentative und empirische Prüfung kaum möglich. Es stellt sich die Frage, ob die Menschen einfach immun gegen Kritik sind. Ich möchte Ihnen einige Punkte aufzeigen, die beim Umgang mit Verschwörungstheorien wichtig sind.

Man muss zunächst einmal verstehen, dass Verschwörungstheorien eine Bewältigungsstrategie sind. Sie befriedigen emotionale Grundbedürfnisse wie Kontrolle, Sicherheit und Verstehen. Das ist auch der Grund, weshalb Verschwörungstheorien in Krisenzeiten aufwind erhalten. Dadurch, dass sie emotionale Grundfragen befriedigen, können Fakten nicht zur Überzeugung herangezogen werden. Neben Medienkompetenz und Zivilcourage ist ein gestärktes emotionales und soziales Selbstbewusstsein nötig. Auch darauf haben schon meine beiden Vorredner hingewiesen.

Der Umgang mit Verschwörungstheorien ist eine gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung. Wie auch meine Vorredner wunderbar illustriert haben, gibt es vielerlei Gründe, warum sich Menschen von Verschwörungstheorien angezogen fühlen. Ein Punkt ist das Gefühl der Machtlosigkeit oder ein empfundener Mangel an Einflussmöglichkeiten. Das bedeutet wiederum, dass Möglichkeiten der politischen Teilhabe und die politische Selbstwirksamkeit sehr wichtig sind.

Ein wichtiger Aspekt ist, dass der Fokus nicht nur auf die potenziellen Verschwörungsgläubigen gelegt wird, sondern auch auf das diskursive Umfeld. Ich habe aufgezeigt: Es gibt Schlüsselakteure, die strategische Ziele verfolgen, die man nicht von der Hand weisen darf. Ich glaube, es gab auch den Hinweis auf Sadisten und Narzissten. Es stecken Akteure dahinter, die die Verbreitung von Verschwörungstheorien aus menschenfeindlichen Gründen oder finanziellen Absichten fördern wollen.

Dissens und Streitkultur: Der Punkt ist, Arenen für legitime Kritik und eine aktive Opposition zu erhalten, die Gegenmeinungen einbringen kann. Das führt uns zu dem folgenden Aspekt: Wir brauchen ein transparentes Krisenmanagement, eine klare Krisenkommunikation und eine selbstreflektive Fehlerkultur.

Bei Maßnahmen ist der Zeitpunkt entscheidend. – Ich kürze jetzt aufgrund der Zeit etwas ab. – Es gibt Maßnahmen, die auf De-Bunking und Fact-Checking basieren. Wie ich bereits gesagt habe, sind sie nur dann wirksam, wenn Menschen noch nicht besonders tief überzeugt sind. Fakten sind schwierig heranzuziehen, um Verschwörungstheorien zu widerlegen. Trust-Checking ist hingegen eine vielversprechende Tendenz. Auch sollte die Verantwortung von Plattformen immer als Möglichkeit berücksichtigt werden.

Es gibt einen Trend, der mehr auf Pre-Bunking und Inoculation – Einimpfung – setzt. Das ist eine Kommunikationstechnik, die versucht, Manipulationsversuche vorab zu erkennen und dies Menschen nahezubringen. Vor ein paar Monaten startete eine Videokampagne, die das jetzt auch in Deutschland probiert.

Wir brauchen Monitoring und proaktive Forschung. Von wissenschaftlicher Seite ist ein Rechtsextremismus-Monitoring an der Uni Tübingen geplant. Das ist auf jeden Fall ein Weg in die richtige Richtung. Aber auch das zivilgesellschaftliche Monitoring ist wichtig. Ein Beispiel hierfür ist die Bundesarbeitsgemeinschaft „Gegen Hass im Netz“, die ich Ihnen gern ans Herz legen möchte. Jeder hat durch sein Dashboard die Möglichkeit, auf der Website demokratiefeindliche Tendenzen zu sehen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft veröffentlicht regelmäßig viele Studien. Auf dieser Folie sehen Sie eine Karte zur Mobilisierung in der Coronapandemie.

Ich fasse zusammen: Wir müssen die Funktionslogik von Verschwörungstheorien verstehen, die Zeitpunkte berücksichtigen und festlegen, welche Zielgruppen wir mit Maßnahmen betreuen können. Wir müssen das zivilgesellschaftliche Engagement ausbauen und die wissenschaftliche Forschung sowie das Monitoring grundfinanzieren.

Damit bin ich am Ende.

Vorsitzender Alexander Salomon: Für diesen Teil. – Frau Dr. Pawelz, vielen Dank für die Einführung.

(Beifall)

Dann gehen wir weiter zu Herrn Professor Dr. Andreas Zick, Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung und Professor für Sozialisation und Konfliktforschung an der Universität Bielefeld. – Bitte sehr.

(Eine Präsentation [Anlage 4] wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Dr. Zick: Erst einmal ganz herzlichen Glückwunsch zu der Enquetekommission; denn es hieß ja während der Coronapandemie überall, wir sollen aus Krisen lernen. Das Lernen muss man nur gestalten. Ich finde das, was Sie hier angelegt haben, eine spannende Sache.

Ich möchte über antidemokratische Orientierungen in der Mitte berichten, einige Beobachtungen schildern und Ideen für Handlungen aufzeigen.

Ich habe fünf Punkte mitgebracht, die ich Ihnen für die Enquetekommission mitteilen will. Wir können das Ganze später in den Nachfragen noch vertiefen. Das sind fünf Punkte, die mit Blick auf Ihre Kommission relevant sein könnten.

Die ersten beiden Punkte beziehen sich auf die aktuellen Entwicklungen. Aktuelle Polarisierungsphänomene sind antidemokratische Haltungen, Polarisierung und die Frage der Krisennavigation. Ich halte es für sehr entscheidend und bedeutend, wie Krisen, die uns alle ja betreffen, navigiert werden. Anschließend möchte ich kurz etwas zu inklusivem und exklusivem Zusammenhalt sagen und über das Zusammenhaltsparadoxon sprechen.

Meine Vorschläge habe ich in drei verschiedene Kategorien unterteilt. Das sind Vorschläge auf der Grundlage unserer Befunde: Resilienzstärkung durch Krisen- und Gewaltprävention und -intervention, Empowerment und Minderheitenschutz, würdevolle Räume sowie Forschung stärken, Wissen einbinden und nutzen.

Ich möchte zuerst über aktuelle Polarisierungsphänomene wie antidemokratische Haltungen reden. Wir führen die sogenannten Mitte-Studien durch. Dabei geht es um die demokratische Grundorientierung in der Mitte. Das machen wir schon seit vielen Jahren. Vorher haben wir die Reihe „Deutsche Zustände“ durchgeführt. Das heißt, wir haben jetzt einen Datensatz von 22 Jahren. Ich habe keine Reanalyse über Baden-Württemberg gemacht. Das könnten wir tun. Ich leite ein drittmittelbasiertes Forschungsinstitut und habe keine eigenen Mittel. Es ist wichtig, bei einer Forschungslogik auch zu verstehen, wie Forschung überhaupt operieren kann. Dafür haben wir jedoch noch keinen Auftrag gehabt.

Die letzte Studie, die im zweiten Lockdown durchgeführt worden ist, zeigt, dass die demokratische Grundorientierung – zumindest im Selbstbild der Deutschen – relativ gut ist. 73 % sagen: „Ich bin ein überzeugter Demokrat/eine überzeugte Demokratin.“ Nur 9,5 % lehnen dieses Selbstbild ab. 88 % sagen: „In einer Demokratie sollten die Würde und Gleichheit aller an erster Stelle stehen.“ 5 % lehnen das ab.

Zugleich haben wir nach den Daten – das sind nicht meine Daten, sondern die Hellfelddaten des Innenministeriums und des BKA aus dem Jahr 2021 – bei der Hasskriminalität einen Anstieg von 116 %. Auffallend ist, dass vor allem die Gewalt gegenüber Menschen mit Behinderungen sowie auch gegenüber Menschen aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit oder ihrer sexuellen Orientierung zugenommen hat.

Was uns in den Mitte-Studien – sie sind alle zugänglich; Sie können sie nachlesen – im Besonderen interessiert, ist: Demokratien werden instabil, wenn in der Mitte bestimmte Orientierungen geteilt werden. Dabei konzentrieren wir uns auf rechtsextreme Orientierungen und Rechtspopulismus.

Im Zentrum steht die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, also das ganze Syndrom der Herabwürdigung von unterschiedlichen Gruppen. Wir wissen, die sind miteinander verbunden. Wir können nicht über den Antisemitismus reden, ohne gleichzeitig auch über Muslimfeindlichkeit zu sprechen, über die Abwertung von Menschen, die eine Behinderung haben, Sexismus usw. Was wir jetzt auch beobachtet haben, sind sogenannte neurechte Orientierungen. Ich gehe später darauf ein. Wir haben Hinweise darauf, dass antidemokratische Einstellungen in der Mitte geteilt werden.

Auf dieser Folie möchte ich Ihnen die Zustimmungswerte zu drei Aussagen zeigen. „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.“ Dazu haben wir 2020/2021 eine Zustimmung von 18 % gehabt. Ich habe auch die Teils-teils-Zustimmung aufgeführt. Wir haben statistisch analysiert – das kann man machen –, von wem die Teils-teils-Antworten stammen: Sind das jene, die ambivalent sind, oder sind das jene, die auch in anderen Aussagen menschenfeindlichen Einstellungen usw. zustimmen würden? Das ist ein großer Teil. In Rot sehen Sie die Antworten der Befragten unter 30 Jahren, also der Jugend. Die Jugend ist ja immer aufgeklärter. Aber das trifft nicht unbedingt zu.

„Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.“ 7 % stimmen dem zu. Sie sehen, das ist etwas rückläufig. Dafür ist der Teils-teils-Bereich etwas höher, die Grauzone, und wird auch unter den Jungen weit geteilt.

„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“ Das widerspricht dem Gleichheitsgrundsatz. Dem stimmen 7 % zu. 9 % sind der Meinung, das stimmt teils-teils.

Das alles korreliert miteinander. Das sind drei Aussagen aus der Rechtsextremismuskala. Wir haben heute schon etwas darüber gehört. Auch die Leipziger verwenden diese Skala bzw. haben sie entwickelt.

Ich habe mir das Ganze einmal für Baden-Württemberg angeschaut. Der Großteil lehnt rechtsextreme Einstellungen ab. Das ist eine Abbildung über einen Index. Da kann man maximal 90 Punkte und muss mindestens 18 Punkte erreichen. 90 Punkte wären ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild.

Ich habe das für die heutige Sitzung gerechnet. Wir sehen, dass Baden-Württemberg im Vergleich zu den anderen Bundesländern bei einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild leicht überdurchschnittlich ist. Das ist in dem sogenannten Graubereich, in den ein großer Teil der Teils-teils-Antworten fällt. Wie gesagt: Die Werte kommen nur zustande, wenn man 18 Aussagen zustimmt, die aus dem Bereich des Rechtsextremismus kommen.

Das Interessante ist: Wenn wir tiefer hineinbohren, sehen wir, dass Baden-Württemberg insbesondere im Bereich der Verharmlosung des Nationalsozialismus auffällt. Wir können das alles gern einmal nachrechnen, wenn wir den entsprechenden Auftrag dazu haben.

Wir wissen aus den Zahlen, die Ihnen, dem Landtag, vorliegen: Rechtsextremismus ist zwischen 2019 und 2021 weniger auffällig gewesen. Das sind die Zahlen für Baden-Württemberg, die das Land selbst ermittelt hat. Aber bei der rechtsextremistisch motivierten Kriminalität im Themenfeld Antisemitismus sehen wir in Baden-Württemberg einen signifikanten Anstieg. Das ist nicht unwichtig.

Das Innenministerium und das BKA stellen gleichzeitig fest, dass im Bereich der politisch motivierten Straftaten ein großer Teil, nämlich über 21 000 Fälle – das höchste Ausmaß hat noch immer der organisierte Rechtsextremismus –, ideologisch nicht mehr zuordenbar ist. Das ist interessant. In ideologischer Hinsicht ist das gar nicht mehr so einfach. Das geht nicht in die rechtsextreme Ideologie. Den Behörden fällt es also schwer, die Ideologie im Bereich der politisch motivierten Straftaten einzuordnen. Wenn Behörden das nicht mehr einordnen können, dann ist das für ein Land dramatisch.

Das sind unsere Daten. Wir führen diese Studien schon viele Jahre durch und messen antidemokratische Einstellungen. Wir haben gesehen: In dieser Krise entwickelte sich etwas, was wir dann sehr umständlich mit „neurechter völkisch-autoritär-rebellischer Orientierung“ bezeichnet haben. Das basiert auf vier Dimensionen. Das ist nicht mehr eindeutig identisch mit Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und anderen Formen des Extremismus. Das sind die Vertretung eines rassistischen Ethnopluralismus und des Konspirationsglaubens. Wir haben gerade etwas über Verschwörungen gehört. Die Meinungsunterdrückung gehört dazu, ebenso wie Diktatur und betrügerische Eliten.

Auf dieser Folie sehen Sie einige Zahlen zu Aussagen. „Manche Völker sind begabter als andere“: 12 % Zustimmung. „Unterschiedliche Völker sollten sich nicht vermischen“: 5 % Zustimmung. „Die deutsche Gesellschaft wird durch den Islam unterwandert“: 21 % Zustimmung.

In der Mitte stimmen 49 % der Aussage zu der Meinungsunterdrückung zu: „In Deutschland kann man nicht mehr frei seine Meinung äußern, ohne Ärger zu bekommen.“ Das ist fast jeder zweite Befragte in der Mitte-Studie. Die Wahrscheinlichkeit ist

hoch, dass auch der anderen Aussage zugestimmt wird: „In Deutschland darf man nichts Schlechtes über Ausländer sagen, ohne gleich als Rassist beschimpft zu werden.“

Diktatur: „Es ist Zeit, mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik zu zeigen.“ Ich glaube, ein wichtiger Reflex in vielen Bewegungen ist, dass sie in der Coronakrise das Symbolbild des Widerstands gegen „die da oben“ organisieren konnten. Dazu gibt es 23 % Zustimmung.

Interessant ist, welche Faktoren erklären, warum Menschen diesen neuen Einstellungen zustimmen. Wir sehen: Unter den besten Erklärungsfaktoren sind nicht die soziodemokratischen und auch nicht die Bildungsfaktoren – auch Herr Unzicker hat gerade darüber gesprochen –, sondern ein destruktives Demokratiemisstrauen. Politische Entscheidungen führen mehr zu faulen Kompromissen als zu sachgerechten Entscheidungen. Das ist ein destruktives Demokratiemisstrauen. Demokratiemisstrauen ist gut für eine Demokratie; es muss nur konstruktiv sein. Das ist auch so vorgesehen.

Die Orientierungsanomie ist ein Gefühl von Orientierungslosigkeit: Ich weiß gar nicht mehr, nach welchen Regeln und Normen die Gesellschaft überhaupt funktioniert. – Das ist ein starker Erklärungsfaktor.

Der dritte Punkt ist – das haben wir auch schon gehört – die soziale Dominanzorientierung: Macht und Einfluss. Es gibt höherwertige und minderwertige Gruppen in der Gesellschaft. Das ist normal, liegt in der Natur der Dinge und ist auch ganz richtig.

Das sind drei Erklärungsfaktoren. Interessant ist, dass die Einstellungen, die wir da finden, von Gruppen organisiert werden können. Wir haben gerade etwas von den Verschwörungsgruppen gehört. Es gibt neue Milieus, die wir auch im Netz sehen, insbesondere in digitalen Netzwerken. Wie funktioniert das? Man bekommt ein Angebot auf eine exklusive Identität: „Du gehörst zu uns.“ Man bekommt Moral, Obligation und Legitimierung. Von gutem Leben und Reinheit war die Rede, auch während der Coronazeit. Da gab es Ideen wie Heilsbilder von Reinheit. Das Bürgerliche wird besetzt – Kinder, Geschlechterideologien, Affektkulturen. Wir sehen: Die Emotionalisierung im Netz gehört dazu.

Es gibt auch richtige Wettbewerbe zwischen organisierten politisch misstrauischen und demokratiedistannten Gruppen um eine Emotionalisierung. Das ist ein Problem der digitalen Netzwerke. Wenn die eine Gruppe etwas postet, muss die andere Gruppe etwas drauflegen. Dann gibt es Empathie für die eigene Gruppe. Das führt auch dazu, dass wir demokratische Beteiligung und Distanzen in der Mitte der Gesellschaft sehen.

„Ich habe in meinem Umfeld die Möglichkeit, mich politisch zu beteiligen.“ Im Bundesdurchschnitt lehnen 37 % die Aussage ab. Das heißt, sie sehen diese Möglichkeit nicht. In Baden-Württemberg sind das 31 %; das ist ein Drittel. Ein Drittel in Baden-

Württemberg gibt das an. Das ist aber nur eine Stichprobe. Man muss das alles mit Vorsicht genießen. Das ist keine repräsentative Studie für Baden-Württemberg. Das könnten wir machen, indem wir Daten aggregierten. Aber wir haben diese Daten nicht.

„Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren.“ Dem stimmen 21 % im Bundesdurchschnitt und 23 % in Baden-Württemberg zu.

Dann sehen Sie die Distanzen. 31 % sagen: „Die demokratischen Parteien betrügen das Volk.“ In Baden-Württemberg stimmen dem 29 % zu. Das sind nicht wenige.

„Im nationalen Interesse können wir nicht allen die gleichen Rechte gewähren.“ Im Bundesdurchschnitt stimmen dem 22,5 % zu, in Baden-Württemberg 27 %. Nicht wenige stellen diesen Gleichheitsgrundsatz infrage.

Schauen wir uns jetzt die Polarisierung an. Bei der Polarisierungsdebatte müssen wir sehr vorsichtig sein. Sie hat unterschiedliche Phänomene und unterschiedliche Ebenen. Polarisierung kann in den Strukturen stecken. Das heißt, das Armuts-Reichtums-Gefälle, das in der Pandemie angestiegen ist, kann für uns eine Polarisierungsgrundlage sein, weil Menschen das sehen. Das wird auch immer sichtbarer. Wir leben in Gesellschaften, in denen immer mehr sichtbar wird. Das taucht auch medial in einer Hochgeschwindigkeit auf.

Es kann aber auch in den Ideologien liegen. Auf einer soziologischen Linse, in den Ansichten und im kollektiven Verhalten können Polarisierungen stecken.

Wir haben heute sehr viel über die Gruppenebene gehört. Diese verdichtet das Ganze in ständigen Wettbewerben und Konflikten zwischen Gruppen noch enger.

Polarisierungsphänomene können auch in individuellen Einstellungen, Beziehungen, Ansichten usw. sein. Wir können sie in den Dispositionen suchen.

Wir müssen aufpassen, auf welcher Ebene wir die Polarisierung diskutieren. Wenn wir von Polarisierung reden, stellen sich auch die Fragen: Ist sie individuell? Reden wir von individuellen oder von kollektiven Polarisierungsphänomenen? Die meisten Polarisierungsphänomene im politischen Bereich sind kollektiv. Ist die Polarisierung intentional? Man kann mit Polarisierung und auch mit bestimmten Spaltungsthese Gewinne machen. Da gibt es Polarisierungsakteure. Reden wir von einer affektiven oder von einer gefühlten Polarisierung?

Wichtig ist: Emotionen werden immer politischer. Beim Fußball nehmen wir das hin: pure Emotionen. Aber im politischen Bereich sind wir alle damit konfrontiert, dass jetzt in der modernen politischen Kommunikation auch die Emotionen dazugehören. Oder ist die Polarisierung ideologisch oder im Verhalten begründet? Wir müssen schauen, wie das im Zeitverlauf ist. Auch dazu gab es Fragen.

Schauen wir jetzt einmal auf die Ursachen. Dazu gibt es unterschiedliche Thesen. Das können Demokratieenttäuschung sowie Vertrauenskrisen und -verluste sein. Es gibt die Wahrnehmung von Verkrustung und Intransparenz. Ein Parteiengeschacher wird unterstellt. Auch Ansprüche und Bequemlichkeiten sind Gründe.

Polarisierung unterliegt aber auch Konflikten um Ressourcen und Eigeninteressen. Armut und Ungleichheit werden nicht nur sichtbarer, sondern sind auch tatsächlich vorhanden. Angst vor dem sozialen Abstieg. Relative Deprivation: Mir geht es schlechter als den anderen. Im Vergleich zu den anderen bekomme ich weniger. – Die individuelle Deprivation ist in allen unseren Studien in der Regel relativ gering. Aber die relative Deprivation auf der Gruppenebene ist hoch. – Ich nenne auch noch die Anomie.

Identitätskonflikte und Spaltung erklären die Polarisierung – kollektiver Selbstwert über exklusive Zugehörigkeit –, wie auch der Konflikt in Werthaltungen.

Ein Einstiegspunkt ist die Singularisierung. Wir leben in einer modernen Gesellschaft, in der es nicht nur das Gefühl des Singularisierungsprozesses gibt, sondern wir erleben dies auch. Das geht mit der Globalisierung einher. Das erzeugt auf vielen Seiten das Gefühl, Opfer zu sein. Das erleichtert das Ganze.

Auch Legitimationskonflikte und -krisen gehören zu den Polarisierungsursachen.

Wir leben nun einmal in Krisenzeiten, in Zeiten von Polykrisen. Wir hatten die Coronapandemie. Jetzt haben wir die Inflation, die die Menschen natürlich merken. Es gibt Spaltungen in anderen Ländern, die auch wir wahrnehmen. Es gibt die Klimafrage, Versorgungsengpässe usw.

Wenn wir uns jetzt einmal genauer anschauen, was die Zukunftssorgen der Deutschen sind – das sind nicht unsere Daten, sondern Daten, die gerade vom Kollegen Best und anderen an der Universität Jena veröffentlicht worden sind –, dann sehen wir, dass diejenigen Themen, die affektiv eine Polarisierung erzeugen, gar nicht die wichtigsten Zukunftssorgen von Bürgerinnen und Bürgern sind, sondern das sind Klima, Hass und Feindseligkeit, Krieg und Verlust sozialer Sicherheit. Die stehen ganz vorne an. Das ist nicht unwichtig; denn diese Sorgen entsprechen nicht dem, was Menschen vielleicht als affektive Polarisierung erleben oder bei dem sie polarisiert werden können.

Ein wesentlicher Punkt, wenn man Polarisierung erklären will, ist, dass wir in Zeiten von Polykrisen leben. Die Ungewissheit, wie es weitergeht und wie die Faktenlage ist, ist für alle ziemlich gleich. Als der Krieg in der Ukraine begonnen hat, haben wir in einer Studie ermittelt – egal, ob proukrainisch oder prorussisch –: Die Ungewissheit, die damit verbunden ist, ist für alle sehr ähnlich.

Dass Menschen abschätzen: „Wie betroffen bin ich eigentlich?“, das ist die eigentliche Krisenwahrnehmung. Der zentrale Punkt, der die Polarisierung, Ideologisierung usw.

erklärt, ist, wie wir die Ungewissheit und auch die Betroffenheit navigieren: Was wird uns aus unserer Umwelt angeboten, wie wir jetzt damit umgehen? Die Menschen schauen sich dann um. Das erzeugt Erosion in der Bindung. Menschen stellen eine Ungewissheit fest: Ich kann die Gewissheit nicht mehr erreichen, nicht mehr erzielen, weil mir bestimmte Bindungen fehlen. Mir fehlt die institutionelle Einbindung. Ich bin in einem Desintegrationsprozess. Oder die Menschen verfallen zur Kontrolle von Ungewissheit in eine Herabwürdigung von anderen Gruppen: Ich gehöre doch zu denen, die besser sind, die höherwertig sind, die schon immer hier waren usw. Diese Konstellationen erzeugen dann eine Scheingewissheit oder einen Autoritarismus und eine Dominanz.

Wir haben einen Modus im Umgang mit Ungewissheit, der in der Demokratie auch bedeutet: Wir können die Ungewissheit zulassen. Wir lassen sie auch zu. Was machen wir dann? Wir reden über den Zusammenhalt. Das macht die Enquetekommission. Wir reden über die Frage der Solidarisierung mit denjenigen, die am meisten unter den Krisen leiden. Wenn wir selbst nicht wissen, wie es weitergeht, dann schauen wir: Wer ist besonders betroffen oder engagiert?

Wir können relativ gut zeigen, wohin Navigationsprozesse führen. Die einen schließen die Reihen und sagen: Dann gibt es eben einen exklusiven Zusammenhalt nur für wenige. Der andere Modus wäre die Öffnung dafür.

Inklusiver und exklusiver Zusammenhalt sowie das Zusammenhaltsparadoxon: Herr Unzicker hat es schon genannt. In unserer letzten Studie haben 37,5 % in Baden-Württemberg gesagt: „Der Zusammenhalt der Deutschen ist gefährdet.“ Dabei geht es um die Wahrnehmung des bedrohten Zusammenhalts. In Deutschland waren das 35 %, also leicht darüber.

Das Interessante ist: Menschen mit neurechten autoritär-rebellischen Einstellungen, Menschen, die den Zusammenhalt in Deutschland als gefährdet betrachten – das ist das Paradoxon –, neigen auch dazu, andere Gruppen abzuwerten und herabzuwürdigen, zu unterstellen, dass sich politische Eliten nur selbst bereichern usw. Das ist ein Paradoxon. Die Frage ist: Über welchen Zusammenhalt reden wir eigentlich? Das ist ein exklusiver Zusammenhalt, den wir herstellen, kein inklusiver Zusammenhalt.

Erwartungen an die Migration: Wir haben eine ZuGleich-Studie zur Gleichwertigkeit und zu der These durchgeführt: „Das Zusammenleben mit Migranten wird den Zusammenhalt in Deutschland stärken.“ Die Erwartungen sind relativ hoch: 53 %. Das ist eine paradoxe Situation. Wir erwarten eine Stärkung des Zusammenhalts, stellen dann aber sehr schnell fest: Der Zusammenhalt ist gefährdet.

Jetzt folgen drei Empfehlungen: Resilienzstärkung durch Krisen- und Gewaltprävention. Ich glaube, dass wir in allen Bereichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen adressieren können. Wir können genau ermitteln: Wo sind Stereotype, Vorurteile und Rassismus?

Wir sind der Meinung, dass politische Bildung allen zugänglich gemacht werden muss. Wir müssen an die Orte, an denen politische Bildung fehlt. Das Ganze muss mobiler sein. Man muss vor Ort gehen.

Wir müssen Projekte auf die Abschottung von Parallelgemeinschaften hin ausrichten und schauen, ob die soziale Arbeit und die Pädagogik dafür ausreichen. Wir brauchen auch digitale Demokratiewerkzeuge.

Auch müssen wir die zivilgesellschaftliche Bildung fördern. Wir haben in unseren Studien immer wieder festgestellt: Herabwürdigungen sind oft subtil und versteckt. Gerade in der Mitte haben wir subtile, versteckte Formen von Herabwürdigungen.

Demokratie- und Erinnerungskultur stärken: Wir führen auch einen Erinnerungsmonitor durch. Der zeigt, dass viele Menschen historische Erfahrungen nicht für das verwenden, was wir aktuell an Vorurteilmustern und Menschenfeindlichkeit haben.

Risikoermittlung und kommunales Konfliktmanagement: Wir rufen in Bielefeld gerade eine Konfliktakademie ins Leben, in der wir kommunales Konfliktmanagement systematisch entwickeln und es Kommunen anbieten. Das haben wir beispielsweise in Rheinland-Pfalz gemacht. Auf diese Weise können wir in Kommunen vor Ort gehen und die Politik unterstützen.

Stärkung von Vereinsinitiativen: Vereine sind ein guter Vermittlungsfaktor.

Wir können ein Mapping der Projektlandschaft erstellen. Wir haben das selbst gemacht und eine intelligente Onlinelandkarte erstellt. Das haben wir im Bereich der Deradikalisierung und des islamistischen Extremismus angeboten. Auf den Seiten können Sie sehen: Wer macht was? Wo gibt es welches Angebot? Wo sind Lehrstellen? Das können Sie selbst analysieren.

Stabilisierung von laufenden Projekten, flexible, bedarfsorientierte Projektförderung, Konfliktmanagement, Digitalstrategie, Bürgerbeteiligung, Transparenz der Bearbeitung. Eine Stadt hat jeden Vorschlag, den wir gemacht haben, kommentiert und gesagt, was sie dort tun kann. Das hat die Politik dort sehr transparent gemacht. Das war schon sehr konfliktbremsend.

Empowerment, institutionelle Formen von Diskriminierung, auch die Veränderung von anderen, Ermittlung institutioneller Formen von Einsamkeit. Wir haben neue Befunde, die zeigen, dass Menschen, die während der Coronapandemie einsam geworden sind, eine Neigung dazu haben, antidemokratische Einstellungen zu entwickeln. Das ist ein interessanter Effekt. Man muss dann schauen, wo die Einsamkeit vorhanden ist. Vernetzte Beratungslandschaft aufbauen, Gruppen bei der Antragsentwicklung helfen. Wir haben viele Gruppen, die schlichtweg keinen Antrag für ein bestimmtes Projekt

stellen können und dabei Hilfe brauchen. Entwicklungsnischen aufbauen, Zusammenhaltskräfte stärken, würdevolle Räume schaffen.

Die Forschung stärken: Wir haben eine ganze Reihe von Möglichkeiten in der Forschung. Wir können eine Risikoabschätzung bis hinunter auf die kommunale Ebene machen und Exklusion systematisch analysieren. Baden-Württemberg ist in der Gewaltforschung nicht so stark aufgestellt. Aber wir haben viele Gewaltphänomene. Da ist sicherlich etwas nachzulegen.

Auch bei der Wissenschaftstransferkommunikation brauchen wir Hilfe.

Wir haben eine ganze Reihe von Daten, die wir auswerten können. Wir haben keinen Datenmangel, sondern schlichtweg nicht die Möglichkeit und die Kapazitäten, alle Daten auszuwerten. Es gibt relativ viele Daten zum Land Baden-Württemberg, die noch ausgewertet werden können.

Als Letztes: Warum erstellt man nicht einmal eine Längsschnittstudie zum Thema „Aufwachsen in Baden-Württemberg“? Man sollte die nächste Generation nach der Krise in einer Längsschnittstudie über ein paar Jahre hinweg genau analysieren und schauen, wer gut in Krisen navigieren kann und wer nicht die Möglichkeit hat, mit Krisen umzugehen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Herr Professor Dr. Zick, das war sehr erhellend. Vielen Dank an Sie.

(Beifall)

Ich darf Sie darauf hinweisen: Wir haben jetzt in Baden-Württemberg an der Universität Tübingen eine Forschungsstelle zum Thema Rechtsextremismus aufgebaut. Das wissen Sie wahrscheinlich schon. Wir werden zumindest für einen kleinen Teilbereich von dem, was Sie gerade erwähnt haben, in nächster Zeit sicherlich noch mehr Expertise für Baden-Württemberg und darüber hinaus aufbauen.

Sv. Herr Dr. Zick: Ja, das weiß ich. Das ist auch gut. Das wird auch in der Forschungslandschaft sehr positiv anerkannt.

Vorsitzender Alexander Salomon: Wunderbar. Das freut uns in Baden-Württemberg.

Wir gehen jetzt weiter zu Herrn Mathieu Coquelin. Er ist Leiter der Fachstelle Extremismusdistanzierung mit Sitz in Stuttgart. Auch Sie haben 20 Minuten Zeit. Danach gehen wir direkt in die Fragerunde.

(Eine Präsentation [Anlage 5] wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Coquelin: Erst einmal auch von mir vielen Dank, dass ich heute bei Ihnen sein darf. – Ich habe meine Präsentation so aufgebaut, dass ich die Handlungsempfehlungen schon direkt an den Anfang gestellt habe.

Vielleicht noch kurz zum Hintergrund: Ich glaube, ich habe heute ein bisschen die Exotenposition, weil ich nicht aus der Forschung komme, sondern aus der Praxis. Ich möchte das auch deswegen transparent machen, weil ich von Einrichtungen aus Baden-Württemberg quasi eigene Aktien mitbringe, wobei ich gerade gesehen habe, dass Aktien auch außerhalb von Baden-Württemberg platziert werden.

Nur der Transparenz halber: Wir sind eine Fachstelle, die sich mit der Radikalisierungsprävention beschäftigt. Wir arbeiten phänomenübergreifend und phänomenunspezifisch gleichermaßen. Das bedeutet, wir sind für alle Phänomenbereiche zuständig.

Ich bin dankbar für die Gliederung der Sachverständigen, weil ich mich in das Nest lege, das die Vorrednerin und die Vorredner gebaut haben. Ich bringe keine Studien mit. Ich glaube, schon die bisher dargestellten Ergebnisse zeigen, dass in diesen Bereich auf jeden Fall weiter investiert werden sollte.

Ich habe – lassen Sie sich von meinem Namen nicht täuschen – eine sehr schwäbische Art und werde mich heute auf Aspekte konzentrieren, die auch mit nicht steigenden Mitteln umzusetzen sind; denn ansonsten wäre das nicht sonderlich pragmatisch.

Mir wurde vorher gesagt, ich solle nicht immer „man müsste machen“ sagen, sondern „man könnte machen“ – im Konjunktiv. Diesen Hinweis nehme ich gern auf.

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass aktuell in Baden-Württemberg – ich bin dankbar für den Hinweis auf die Forschungsstelle in Tübingen – schon sehr vieles auf verschiedenen Ebenen sehr gut läuft. Insofern sind die Fach- und Beratungsstellen, die wir in diesem Themenfeld haben, zumindest in der aktuell vorliegenden Form beizubehalten – nicht, weil sie nicht mehr Mittel und Ressourcen benötigen könnten, sondern schlicht und ergreifend der Pragmatik und der Situation geschuldet, in der wir uns befinden.

Der zweite Punkt ist – das erklärt auch ein bisschen die Bilder, die ich in der Präsentation hinterlegt habe –: Diese Fach- und Beratungsstellen sind letzten Endes nicht im Land unterwegs, um ihre Arbeit an sich radikalierenden Leuten zu tun. In meiner Fachstelle arbeiten mit mir acht Personen. Ich denke, schon daraus erschließt sich, dass ich mit acht Personen nicht in ganz Baden-Württemberg sich radikalisierende Personen erreichen kann, sondern das funktioniert nur über Regelstrukturen. Ich werde nachher noch im Detail erläutern, was die Regelstrukturen im Speziellen für Baden-Württemberg bedeuten und warum es so wichtig ist, diese zu erhalten.

Der letzte Punkt dürfte vor allem für alle anderen schwäbischen Menschen – ich möchte die Badenerinnen und Badener nicht ausschließen – von Interesse sein. Ich bitte Sie, da besonders zuzuhören. In der Professionalisierung dessen, was wir aktuell tun, spielt es nicht zuletzt eine Rolle, dass wir uns immer in prekären Verhältnissen befinden. Ich bin auch dahin gehend ein Exot, weil ich wahrscheinlich der Einzige hier bin, der in einem prekären Arbeitsverhältnis steht. Durch die Projektfinanzierung leisten wir als Fach- und Beratungsstellen einen wesentlichen Bestandteil in der Zivilgesellschaft. Sie sind aber immer davon abhängig, ob die Projektfinanzierung fortgesetzt wird. Das geht mit einer fehlenden Professionalisierung des Feldes der Radikalisierungsprävention als Arbeitsfeld an sich einher.

Dies fängt schon bei banalen Dingen an – ich bin von der Ausbildung her Betriebswirtschaftler –, beispielweise dass wir als Grundlage noch nicht einmal eine vernünftige Kostenträgerrechnung vorlegen können, um zu sagen, was eine Minute in diesem Bereich kostet und dass wir vielleicht eine andere Form der Finanzierung bräuchten. Es kam ja vorhin von Ihnen, glaube ich, der Hinweis, wie viel Bürokratisierung wir mittel- oder langfristig einsparen könnten, wenn wir konkreter wüssten, was die Arbeit im Detail kostet. Auch das ist eine Perspektive, die vielleicht den Anreiz erhöht, zuzuhören.

Ich möchte mit den unterschiedlichen Ebenen der Fach- und Beratungsstellen, die wir im Land haben, weitermachen und deutlich machen, dass, wenn wir Befunde haben, die politische Bildungsarbeit oft nicht wirkt. Diese Aussage würde ich in Teilen erst einmal unterstützen. Aber letztlich kommt es darauf an, wie man sie im Detail bewertet.

Ich unterfüttere das mit einem kleinen Zitat von Christian Morgenstern – das ist nicht gerade ein neues Zitat –, dass eine Wahrheit erst wirksam werden kann, wenn der Empfänger für sie reif ist. Das heißt, wenn die Angebote, die die politische Bildung entwickelt, in einem Lehrplan zu einem Zeitpunkt kommen, zu dem diese keine Relevanz haben, dann ist das vielleicht nicht zielführend, macht aber deswegen diese Arbeit nicht obsolet. Die Kolleginnen und Kollegen aus der Landeszentrale für politische Bildung leisten eine herausragende und wichtige Arbeit. Die Krise hat vor allem gezeigt, dass wir diese spezialisierten Fachstellen brauchen, um adäquat, kurzfristig und schnell auf die jeweiligen Phänomene reagieren zu können.

Wir waren in Baden-Württemberg innerhalb des Bundesprogramms eine der ersten Stellen, die über Onlineformate schnell auf das Phänomen der Verschwörungstheorien reagiert hatten. Das hat dazu geführt, dass wir 2021 doppelt so viele Menschen über solche Formate erreicht haben. Fachkräfte aus der gesamten Bundesrepublik haben an unseren Onlineformaten teilgenommen, weil wir auch beim Aufsetzen von Lösungen sehr schnell und pragmatisch waren. Mit der Landeszentrale für politische Bildung haben wir sehr schnell geschaut: Wie können wir uns hier ergänzen? Wie können die Ziele gemeinsam erreicht werden?

Ich muss auch dazusagen, dass die Landeszentrale für politische Bildung ganz andere Regelstrukturen adressiert als beispielsweise der nächste Akteur, den ich aufrufen und

lobend erwähnen möchte, nämlich konex. Jetzt wandern wir von der Landeszentrale für politische Bildung, dem Anfang des Spektrums im Bereich der Primärprävention, an das andere Ende, nämlich zur Ausstiegsberatung, angesiedelt beim Landeskriminalamt, die natürlich eine ganz andere Regelstruktur erreicht, vor allem hinsichtlich der Polizei- und der Sicherheitsbehörden. Das ist ein notwendiger Baustein von vielen im Sinne einer ganzheitlichen Präventionslandschaft, die zusammenarbeiten müssen.

Sehen Sie mir bitte nach, dass ich auf dieser Folie unser Fachstellenlogo platziert habe. Es steht aber stellvertretend für die im Verbund des Demokratiezentrum's tätigen Träger und Fachstellen. Als einziger zivilgesellschaftlicher Akteur stellen wir das Bindeglied dar, mit ganz anderen Regelstrukturen, für die wir wirken können.

Ich bin Herrn Dr. Yendell sehr dankbar für die Formulierung und den Hinweis, wie wichtig das Familiensystem ist. Wir erleben, dass die ganze Ressource der Kinder- und Jugendhilfe im Phänomenbereich Radikalisierungsprävention selbst im bundesweiten Diskurs so gut wie nie als eine der Optionen herangezogen wird.

Damit wechsele ich schon zu der zweiten Ebene, nämlich zu den Regelstrukturen, vielleicht auch mit einer kritischen Rückschau, was wir jetzt aus acht Jahren Arbeit beobachten können, wie das Prozedere oft abläuft: An der Schule wird etwas beobachtet. Das, was beobachtet wird, reicht für unsere Fachstelle vom Hakenkreuz, das in die Schulbank geritzt wird, bis hin zu einer vermeintlichen dschihadistischen Radikalisierung, die beschrieben wird, die uns erreicht und auf die wir reagieren.

Wir erleben ganz oft: Innerhalb des Systems Schule taucht nicht nur ein Problem auf, sondern man ist auch beim Finden der Lösung auf dieses System konzentriert. Das heißt, ein Workshop mit den Schülerinnen und Schülern ist oft die einzige sinnvolle Handlung, die einem einfällt. Es findet aber kein übereinandergelagertes Agieren der verschiedenen Regelstrukturen statt, das sich eigentlich aus den Fachstellen, die ich vorhin skizziert habe, ein Stück weit fachlich sinnvoll und ganzheitlich ergibt.

Wir haben auf der einen Seite das System Schule, in dem Dinge passieren müssen, aber eben nicht nur mit den Schülerinnen und Schülern, sondern mitunter auch mit den Lehrkräften und der Schulsozialarbeit, die auch noch eine andere Rolle in diesem Feld einnehmen kann. Auf der anderen Seite können wir das Problem und die Lösungen gern auch außerhalb des Systems Schule suchen, indem wir sagen, welche Möglichkeiten es gibt, beispielsweise über Jugendhilfemaßnahmen und Erziehungsbeistandschaften.

Im Vortrag von Herrn Dr. Yendell ist auch deutlich geworden, wie marginalisierte Gruppen besonders unter der Krise leiden. Ich habe jetzt keine konkreten Daten dabei. Aber nach meiner Bauchempirie, die mich bisher, wenn ich dies überprüft habe, meistens ganz gut dastehen ließ, stellen wir bei 70 bis 80 % aller Fälle, bei denen wir es mit jungen Männern zu tun haben, bei denen eine Radikalisierung beobachtet wurde, in der Anamnese fest, dass es entweder keine männliche Vorbildfunktion innerhalb der

Lebenswelt des jungen Mannes oder eine problematische gibt. Dies wurde vorhin schon kurz erwähnt. Das heißt, Familien können ein Ort sein, an dem die Lösung stattfindet. Familien können, wenn sie dysfunktional sind, aber auch ein Ort sein, der ein Problem verschlimmbessert. Hierfür haben wir aktuell Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe, die aber in diesem Kontext so gut wie kaum stattfinden.

Das ist eine gute Überleitung zu dem Stichwort „Professionalisierung“. Ich bin jetzt seit acht Jahren in diesem Arbeitsfeld tätig. Es gibt nur eine Person, die dienstälter ist als ich. Wir sprechen hier von einem Projekt bzw. einem Ansatz, das es in Baden-Württemberg in der Historie schon seit 2008 gibt; und lediglich eine Person ist länger da als ich. Sie können sich vorstellen, wie das in einem Wirtschaftsunternehmen funktioniert, wenn man kaum Kontinuitäten hat. Neben mir ist noch eine Person mit sieben Jahren da. Der Rest sucht sich meistens nach ein, zwei Jahren aufgrund der prekären Rahmung etwas Vernünftiges. Meine Mutter hat immer gesagt: Hättest du etwas Gescheites gelernt. – Erstens ist es dafür jetzt zu spät. Zweitens bin ich davon überzeugt, dass das, was wir tun, etwas Gescheites ist.

Die fehlende Professionalisierung wirkt sich auch darauf aus, dass die sehr komplexe Landschaft der Jugendhilfe vielleicht gar nicht bei allen bekannt ist. Wir haben auch kein eigenes Arbeitsfeld, in dem wir fragen können: Wen stelle ich überhaupt in diesem Arbeitsfeld an? Stelle ich nur Politikwissenschaftler an? Stelle ich Religionswissenschaftler an? Stelle ich Islamwissenschaftler an?

Wir versuchen, uns seit 2005 sehr dafür starkzumachen, dass es wesentlich einfacher ist, jemanden mit Berufserfahrung aus dem Kontext der sozialen Arbeit anzustellen, der weiß, wie man mit Jugendlichen arbeitet. So jemand hat es wesentlich einfacher, das relevante radikalierungstheoretische Wissen zu vermitteln, als jemandem, der lange Zeit und intensiv Politik- und Geschichtswissenschaften studiert hat, zu zeigen: Das ist übrigens ein Jugendlicher. Das meine ich gar nicht despektierlich. Ich meine, das funktioniert nur mit einem sinnvollen Ineinandergreifen. Das funktioniert nur, indem wir auf die Expertise der Landeszentrale für politische Bildung zurückgreifen, weil wir die Partner und Player einfach auch kennen. Insofern können wir gemeinsam schauen: Wie bekommen wir die Inhalte, die mitunter auch sehr voraussetzungsvoll sind, vermittelt?

Ich habe mir heute Morgen, während die Expertinnen und Experten vor mir geredet haben, gedacht: Wenn jetzt Schülerinnen und Schüler einer Grund- und Werkrealschule hier gewesen wären, wie viel hätten die davon verstanden? Alles, was hier erzählt wurde, ist richtig und wichtig. Aber das ist nicht in einer Art und Weise erzählt worden, die viele Leute mitnimmt.

Ein Problem, das wir durchaus auch in den Zahlen finden, ist, dass wir oft ein Problem nicht deswegen haben, weil Diskurse nicht stattfinden, sondern weil sie in einer Art und Weise stattfinden, die exkludierend ist, und weil die Diskurse oft auch mit dem erhobenen Zeigefinger passieren. Das erleben wir in der Praxis.

Professionalisierung bedeutet, vor allem dazu zu tendieren, dass wir eine stärkere Anamnese brauchen, wenn Dinge passieren. Das heißt, wenn Fälle in der Institution Schule passieren, brauchen wir standardisierte Anamneseinstrumente.

Wir haben innerhalb eines Forschungsprojekts, das ich gerade leite und das wir in Kombination mit der Dualen Hochschule Baden-Württemberg durchführen, ein Projekt, das wir proben. Die Studierenden bekommen etwas vermittelt und müssen das dann auf Fälle anwenden. Das funktioniert nach meinem bisherigen Dafürhalten auch in Kontexten von Verschwörungstheorien, weil dann auch identifiziert wird, wie wenig der rationale Diskurs Sinn ergibt. Man braucht eher ein Adressieren des Beibehaltens der Beziehungsebene und von Unterstützungsangeboten, muss also den Zusammenhalt auch im Kleinen stärken. Dabei muss mehr als nur das System betrachtet werden, in dem eventuell ein Fall aufschlägt.

Eine der großen Baustellen, die wir hier sehen, ist – ich habe einfach das Schlagwort „Jugendhilfe“ aufgezeigt –, dass wir auch erleben, wie sinnvoll das interdisziplinäre Lernen sein kann, und zwar anhand der drei Fachstellen, die ich vorhin skizziert habe.

Einmal etwas ganz Banales: Meine Eltern kommen aus der Gastronomie und haben ein Restaurant, das auch viele Unternehmerinnen und Unternehmer besuchen. Denen ist immer klar: Tagsüber passiert viel, aber das Relevante passiert abends beim Gläschen Wein in der Wirtschaft. Warum wird dort das Relevante gesprochen? Man arbeitet schon lange Jahre in einem Arbeitsfeld. Man kennt sich und hat Vertrauen. Das sind ganz andere Möglichkeiten der Effizienz. Ich bin jetzt in dem Bereich, bei dem ich vorhin gesagt habe, Sie sollten die Ohren spitzen, bei dem wir durch eine Steigerung der Effizienz, auch mit gleichbleibenden Mitteln, mehr Dinge erreichen können, weil wir Synergien schaffen.

Wenn ich mich mit Michael Blume treffe und mit ihm innerhalb von fünf Minuten etwas ausmache, das im Bereich der Verortung des Auftrags des Antisemitismusbeauftragten vielleicht sehr viel bewegen wird, dann gelingt uns das deswegen, weil wir uns kennen und schon lange zusammenarbeiten. Das ist wiederum an die Professionalisierung und die Rahmung gebunden. Wenn man Leute nicht kennt, man womöglich Angst hat, dass man sich um die gleichen Projektgelder streitet, und eine Ellbogenmentalität herrscht, dann haben wir – das muss man sich einmal vorstellen! – eine zum Teil absurde Investition von öffentlichen Geldern in die Konkurrenz unter den zivilgesellschaftlichen Trägern. Hier wäre eine Professionalisierung mittel- bis längerfristig eine maximale Ertragssteigerung.

Gleichzeitig könnten wir Netzwerke und Regelstrukturen zusammenlegen, die sich auch unabhängig von der Förderung teilweise gegenseitig ein Stück weit auf die Füße treten. Wir haben zwischen der sozialen Arbeit und der Polizei mitunter vorurteilsbelastete Beziehungen, um das einfach mal so zu formulieren. Dabei stellen wir aber fest, dass in einem gemeinsamen Lernen und in einem Akzeptieren, warum der jeweilig andere berechtigt da ist – – Ich schaue einmal kurz in die Runde – „Dirty Dancing“

müsste allen ein Begriff sein. Eine Kollegin hat einmal ein schönes Zitat geprägt, das in meinen Augen für die interdisziplinäre Notwendigkeit in diesem Kontext wichtig ist: mein Tanzbereich, dein Tanzbereich. Wir alle vollziehen letztendlich einen Tanz, der klarmacht, dass wir gemeinsam tanzen. Nur mit gemeinsamem Tanzen kann man das Problem lösen, um einfach mal eine schönere Metapher für diesen Kontext zu wählen. Das bedeutet aber gleichzeitig, zu akzeptieren, dass der Tanz nur dann schön wirkt, wenn wir in den Bereichen bleiben und akzeptieren, dass es den anderen Bereich braucht. Man braucht eine Sicherheitsbehörde, die ab einem bestimmten Zeitpunkt etwas unternimmt. Man braucht gleichzeitig aus einer sicherheitsbehördlichen Perspektive heraus die Erkenntnis, dass man bei anderen Ansätzen vielleicht ganz bewusst nicht mit Sicherheitsbehörden zusammenarbeiten kann. Das ist ein Wesensmerkmal beispielsweise der mobilen Jugendarbeit und dient als Grundlage für die Vertrauensbildung.

Der letzte Punkt, was die Professionalisierung angeht, ist der Hinweis auf Ansätze, die es in anderen Bundesländern gibt, in denen Bundesverbände Standards erarbeitet haben. Gerade die mobile Beratung ist der Bereich, den wir auch in Anbetracht des Ausblicks, den Professor Zick gegeben hat, mit der Ausdifferenzierung von Ideologien, die alle im rechtsextremen Bereich diffundieren oder subsumiert werden können, in den Blick nehmen müssen; denn die mobile Beratung gegen Rechtsextremismus wird in den auf uns zukommenden Krisen definitiv sehr viel Arbeit haben. Insofern ist es besonders wichtig, diese hinsichtlich der eben verabschiedeten Grundsätze des Bundesverbands zu überprüfen, also dass die Dinge, die man tut, auch auf Grundlage der professionellen Standards passieren, die in dem Feld erarbeitet worden sind.

Ich komme zu meinem Fazit. Ich liege gut in der Zeit und kann insofern ein bisschen langsamer reden.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Im Rahmen des Fazits möchte ich das Wesentliche betonen. Wir sind aktuell sehr gut im Erkennen der Dinge. Man merkt auch, dass hier in den letzten Jahren viel passiert ist. Mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ werden seit 2015 noch ganz andere Summen zur Verfügung gestellt.

Wir müssen uns aber klarmachen: In dem Augenblick, in dem man Menschen sensibilisiert, Dinge zu erkennen, tauchen noch viel mehr Dinge auf. Das heißt nicht, dass zwingend immer alles ansteigt, sondern das heißt einfach nur: Mehr Sensibilität bedeutet auch, dass ein größerer Bedarf entsteht.

Die Enquetekommission wird ihre Ergebnisse im Jahr 2024 präsentieren. Wir gehen 2025 in eine neue Antragstellung für das Demokratiezentrum mit dem Trägerverbund, mit dem wir ab 2025 in eine neue Aufstellung gehen. Ich sehe die Gelegenheit, heute vor diesem Gremium zu sprechen, als eine Möglichkeit, ganz genau hinzuschauen: Wo wollen wir in der Antragstellung ab 2025 eventuell Schwerpunkte setzen?

Ich möchte mich an dieser Stelle auch noch für die drei bisher etablierten Beratungsformen starkmachen, die das Bundesprogramm vorsieht. Das ist zum einen die Betroffenenberatung. Das ist eine ganz wichtige Perspektive, um zu schauen, wer tatsächlich betroffen ist. Wir haben jetzt sehr viel über die Frage geredet, warum sich Menschen in bestimmte Richtungen entwickeln. Ich möchte noch darauf hinweisen: Es gibt Menschengruppen, die konkret mehr betroffen sind, und zwar in Form von Beleidigungen, Hass und Gewalt, die ihnen entgegenschlagen. Das sind Frauen, vor allem aber auch Migrantinnen und Migranten. Wir haben heute viel über die Vermutung geredet, ob es unter ihnen eine größere Täterinnen- bzw. Täterschaft gibt. Wir müssen aber ganz klar akzeptieren, dass gerade auch unter diesen Gruppen viele Opfer und Betroffene von Rassismus und Antisemitismus sind. Ich nenne die jüdischen Gemeinden. Auch das ist eine wichtige Dimension. Insofern müssen wir die Betroffenenberatung stärken.

Den Ansatz der mobilen Beratung habe ich gerade schon erwähnt. Des Weiteren haben wir noch die Distanzierungshilfen als Bindeglied zwischen der Primärprävention, der Ausstiegsberatung und der Arbeit der Sicherheitsbehörden.

Unsere Hoffnung, die tatsächlich auch in dieser Dramaturgie endet, ist – wir hoffen natürlich etwas anderes; vielleicht entspannen sich die Haushaltssituationen, und es ist doch wieder mehr möglich –, dass wir, wenn wir diese drei Dinge mit einem Mindestmaß dessen, was wir gerade festhalten, adressieren – vor allem die Aspekte der Professionalisierung und die Stärkung der Regelstrukturen –, sinnvoller und effizienter handeln und dass wir dort handeln, wo tatsächlich eine Notwendigkeit besteht.

Damit bin ich eine Minute und 43 Sekunden vor dem Ende meiner Redezeit am Ende und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank für den Einblick. – Ganz am Ende sind wir noch nicht. Jetzt schließt sich nämlich noch die Fragerunde der Fraktionen an. Es ist hervorragend, wenn man weniger Zeit braucht und trotzdem sehr viel Inhaltliches unterbekommen. – Ich gebe jetzt das Wort für die Fraktion GRÜNE an Frau Abg. Dr. Aschhoff.

Abg. Dr. Susanne Aschhoff GRÜNE: Vielen Dank. – Ich bemühe mich, mich kurzzufassen. Ich denke, wir alle freuen uns über die zusätzliche Zeit zur Beantwortung der Fragen. Ich habe nämlich eine ganze Reihe.

Ich möchte eine Frage voranstellen, die uns sehr interessiert, die uns schon gestern in der Vorbereitung beschäftigt hat und die ich gern an alle drei Rednerinnen und Redner stellen würde. Wir reden jetzt immer von gewissen mehr oder weniger kleinen

Gruppen. Wie würden Sie eine Masse definieren, bei der es einen Kipppunkt gibt, also eine kritische Masse, bei der das Ganze kippt?

Ich habe mich viel an Berichterstattungen erinnert gefühlt, die ich über die politische Situation in den USA gelesen habe – das ist eine Frage an Frau Pawelz –, in denen mit Fake News und völlig unbelegten, widerrechtlichen Handlungen politisch bedeutende Mengen von Wählerinnen und Wählern – ob es Mehrheiten sind oder nicht, ist die Frage – bewegt werden. Die Frage ist, wo Sie da eine kritische Menge sehen würden. Sie hatten ein bisschen unterschiedliche Zahlen. Das ist ein wichtiger und interessanter Punkt für uns.

An Frau Dr. Pawelz habe ich noch folgende Frage: Sie haben von verschiedenen Verschwörungstheorien gesprochen. Sollte man, wenn Sie Handlungsempfehlungen angeben, diese einzeln betrachten, oder gibt es auch Handlungsempfehlungen, die für alle gleich wirksam sind, oder braucht es beides?

Wir alle gehen davon aus, dass ein gestärktes Selbstbewusstsein – sowohl des Individuums als auch der Gesellschaft; das haben wir schon ein paarmal gehört – und Resilienz gegen Verschwörungstheorien widerstandsfähig machen. Stimmt diese Theorie, und wie kann die Politik dabei unterstützend wirken?

Herr Professor Zick, Sie haben die Längsschnittstudie mit der wachsenden Generation angesprochen. Wir hatten uns schon vorher überlegt, zu fragen, ob man vielleicht aus der Historie Fakten ziehen kann – vielleicht wäre beides ideal –, wie sich Extremismus entwickelt und wie die Politik reagiert hat: gut oder schlecht.

Ich fand das Bild mit der Linse relativ einprägsam. Auf welcher Ebene fänden Sie eine Handlungsempfehlung zum Eingreifen besonders gut? Ist dabei die Unterstützung von Familienarbeit in den Fokus zu nehmen – Herr Dr. Yendell hat das schon angesprochen –, oder geht es eher auf der politischen oder Medienebene um Kampagnen, Entwicklungen usw.? Was sind da wichtige Punkte, oder braucht es alle?

Sie, Herr Coquelin, als Praktiker – deswegen haben wir Sie auch eingeladen – frage ich: Was sind Best-Practice-Beispiele? Wie können wir zusammenarbeiten, wenn Sie sich im Jahr 2025 neu etablieren? Sie haben schon verschiedene Kooperationen und auch die Landeszentrale für politische Bildung genannt. Im Bereich der Schule gibt es mit dem Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung, ZSL, auch andere Fortbildungsmöglichkeiten für pädagogische Fachkräfte. Gibt es da Beispiele? Ich kenne bei anderen Themenbereichen runde Tische oder Ähnliches, bei denen beispielsweise auf der kommunalen Ebene die Polizei und auch andere Menschen sitzen, mit denen Sie zusammenarbeiten. Wie könnte man da ein gutes Paket für Baden-Württemberg schnüren? Das wäre auch zeitnah möglich.

Können Sie Ihre Arbeit evaluieren? Wie kann man den Erfolg messen? Mir fällt es ein bisschen schwer, ihn festzustellen. Wenn z. B. in einer Kommune Hilfe für sozial schwache Familien geleistet wird: Gibt es dann Evaluierungspunkte, sodass man sagen kann, das ist ein greifbarer Erfolg?

Vielen Dank.

Abg. Christiane Staab CDU: Vielen Dank für die Vorträge. – Ich habe eine Frage an Frau Dr. Pawelz: Wie gehen wir mit Verschwörungstheoretikern in der ganz normalen Praxis um? Das ist ein Thema, dem wir zunehmend begegnen. Insofern ist es wichtig, uns bewusst darüber zu werden, wie wir mit solchen Menschen umgehen. Soll man sie einbinden und versuchen, mit ihnen zu arbeiten, was, wie ich von einer Extremismusforscherin gehört habe, ab 32 Jahren gar nicht mehr funktioniert? Das heißt, jemanden davon wegzuholen, wird extrem schwierig. Aber gerade bei Jüngeren ist das Thema doch, sie abzuholen und zu versuchen, irgendwie – ich weiß nur nicht, wie – mit ihnen zu arbeiten. Das ist ganz wichtig. Also: einbinden oder ausgrenzen?

Dann habe ich eine Frage an Herrn Professor Zick. Dabei geht es um eine Aussage von Ihnen, Herr Coquelin, nämlich: Sensibilität ist entstanden. Wir haben eine zunehmende Sensibilität gegenüber dem Erkennen von Problemfeldern. – Meine Frage schließt auch an die Ausführungen von Herrn Professor Zick zu der Hellfeldstudie an. Sie haben die Hasskriminalität und verschiedene Kriminalitätsbereiche aufgeführt. Für mich ist die Frage: Haben wir aufgrund der gestiegenen Sensibilität eine andere Wahrnehmung in diesem Bereich? Kommen mehr Delikte zur Anzeige, als das früher der Fall gewesen ist, oder gibt es da tatsächlich einen Anstieg? Sprich: Ist die Hellfeldstudie dahin gehend bereinigt, dass man sagt: „Früher gab es das wahrscheinlich auch. Das ist einfach nur der mangelnden Sensibilität im wahrsten Sinne des Wortes zum Opfer gefallen, indem es nicht angezeigt worden ist“?

Ich habe noch eine Frage, ebenfalls an Sie, Herr Professor Zick. Dabei geht es mir darum, wie die Mitte definiert wird. Wer ist denn die befragte Mitte? Wie sucht man die Menschen aus? Sind da beispielsweise auch Menschen mit Migrationshintergrund dabei, die jetzt ganz klassisch auch zur Mitte Deutschlands gehören, weil sie in der zweiten, dritten oder vierten Generation hier leben? Mir ist nicht ganz klar, wie wir den Begriff der Mitte definieren.

Dann habe ich noch eine Frage an Sie, Herr Coquelin. Dabei geht es darum, wie wir Jugendlichen helfen können, die aus dysfunktionalen Familien kommen. Da ist aus meiner Sicht der größte Knackpunkt, dass wir ohne die Mitwirkung der Familien gar nichts machen können. Das heißt, wir haben die Situation einer Familie, die auf das Kind oder auf den Jugendlichen eher negativ Einfluss nimmt. Aber gleichzeitig können wir ohne eine Mitwirkung dieser Familie nur ganz wenig abarbeiten. Daher frage ich ganz direkt – das geht vielleicht auch noch an Sie, Herr Dr. Yendell –: Wie kann man seitens des Staates überhaupt in solche Systeme eingreifen? Es ist wichtig, dass wir da gerade in Deutschland sehr restriktiv sind. Aber mittlerweile gibt es eine ganz große

Grenze des Faktischen, an der wir nicht in Familien kommen, weil schlichtweg die Mitwirkungsbereitschaft der Familie nicht vorhanden ist. Das geht dann zulasten der Kinder.

Das sind jetzt erst mal meine Fragen. Danke schön.

Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD: Vielen Dank an die Referentin und die Referenten. – Ich habe ein paar kurze Nachfragen.

Ich habe zunächst eine Frage an Frau Dr. Pawelz. Professor Butter geht davon aus, dass es schon immer Verschwörungstheorien gab, sie früher sogar Teil der Exekutive und der Regierendengruppen waren und es ein Unterschied ist, dass wir das heute so verurteilen und in weiten Teilen wissenschaftlich kritisieren. Deshalb frage ich Sie: Sehen Sie das als Gefahrenpotenzial, oder müssen wir damit umgehen und leben, weil das einfach zu jeder Gesellschaft dazugehört?

Dann noch eine ganz konkrete Nachfrage zu Ihrem Vortrag. Sie haben den Begriff der Inoculation, der Impfung, verwendet und sind auf kleine Videos eingegangen, die über Social Media verbreitet werden und in denen Manipulationstechniken von Verschwörungstheorien erklärt werden. Da würde mich interessieren: Wann ist Ihrer Auffassung nach der am besten geeignete Zeitpunkt für solche Maßnahmen, und wie wirken diese am effektivsten zur Verhinderung der Verbreitung von Verschwörungstheorien?

An Professor Zick habe ich eine ganz knappe Nachfrage: Inwiefern können Sie Veränderungen von Gewaltbereitschaft wahrnehmen und messen? Können Sie uns dazu etwas sagen?

Eine weitere Frage geht an Sie und auch an Herrn Coquelin. Wir haben den ganzen Tag über immer wieder über das Thema „Identifikation mit Gruppen“ und über Gruppenzugehörigkeit gesprochen. Vorhin wurde das Beispiel Fußballverein genannt. Das ist sicherlich erst mal ein Phänomen, das neutral ist. Offensichtlich gehört zum Menschsein in irgendeiner Form dazu, dass sich der Mensch mit besonderen Gruppen identifiziert. Welche Möglichkeiten gibt es, das positiv – ohne eine Abwertung anderer Gruppen – zu fördern, oder müssen wir das anderweitig angehen, damit sich solche Gruppen nicht in einer besonders problematischen Art und Weise dieses Bedürfnisses bedienen?

Abschließend noch eine Frage an Herrn Coquelin, nachhakend zu Ihrem Ansatz: mein Bereich, dein Bereich, Sicherheitsbehörden. Auch das ist eine spannende politische Debatte. Deswegen würde ich mich darüber freuen, wenn Sie noch etwas zum Verfassungsschutz und zu V-Leuten ausführen würden. Haben Sie vielleicht insbesondere aus der Jugendhilfe spezielle politische Forderungen an die Innenpolitik?

Danke.

Abg. Nikolai Reith FDP/DVP: Auch von unserer Seite vielen Dank für die Impulse. – Ich möchte mit Frau Dr. Pawelz beginnen. Wir haben in den Vorträgen davor gehört, dass die Anfälligkeit für Verschwörungstheorien gerade im Alter zwischen 45 bis 50 Jahren gegeben ist. Sie haben uns als ganz konkrete Empfehlung mitgegeben, Medienkompetenz zu entwickeln und die Zivilcourage zu stärken. Es ist natürlich leichter, im Jugendlichenalter darauf einzuwirken. Wie schaffen wir es, in der vorgenannten Altersgruppe noch Veränderungen herbeizuführen? Ich glaube, das ist eine große Herausforderung. Ich teile die Ansicht: Es ist plausibel, dass die Anfälligkeit im mittleren Alter am größten ist. Es ist wohl auch am schwierigsten, diese Personengruppe zu erreichen.

Sie haben von der Schlüsselrolle von strategischen Akteuren gesprochen. Vielleicht könnten Sie darauf noch etwas genauer eingehen.

Ich bin Ihnen, Herr Professor Zick, dankbar dafür, dass Sie versucht haben, konkret zu werden. Aber aus wissenschaftlicher Sicht ist es sicherlich schwierig, konkrete Empfehlungen zu geben. Insofern komme ich bei Ihnen auf ein ganz konkretes Thema zu sprechen, das mich auch als Kommunalpolitiker interessiert. Sie haben von kommunalem Konfliktmanagement gesprochen und ein Beispiel dafür genannt, nämlich Rheinland-Pfalz. Vielleicht könnten Sie noch konkreter werden: Was können wir vor Ort tun? Wo müssen wir Strukturen schaffen, oder wie können wir sie nutzen? Dabei geht es ja um die Umsetzung vor Ort.

Sie haben des Weiteren von einer Digitalstrategie gesprochen. Vielleicht könnten Sie auch dazu noch zwei, drei Worte sagen.

Das Ziel von uns allen ist sicherlich, nicht noch eine Stelle mehr einzurichten – ich komme gleich zu Ihnen, Herr Coquelin –, sondern jeden Einzelnen zu stärken, damit er bereit und vorbereitet ist. Ich glaube, das ist das größte Ziel. Das ist wahrscheinlich die lange Linie, die man immer verfolgen sollte und nie aus dem Auge lassen darf.

Herr Coquelin, ich habe mir bei Ihnen eine ganze Seite aufgeschrieben. Aber ich versuche, mich zu beschränken, Herr Vorsitzender. Bei mir ist auf jeden Fall angekommen, dass wir strukturell versuchen müssen, unsere vorhandenen Potenziale besser zu nutzen, effizienter zu werden und auch Synergien zu nutzen. Die Botschaft hinsichtlich der Verschachtelung, der ressortübergreifenden Vernetzung und des Demokratiezentriums ist angekommen. Dafür kommt auch viel Unterstützung vom Bund. Müssen wir im Land noch ein bisschen was draufsetzen? Müssen wir im Land mehr tun, damit das effizienter wird?

Noch ganz konkret etwas zu Ihrer Praxiserfahrung: Täter und Opfer werden ja immer jünger. Wenn wir davon ausgehen, dass wir gerade bei den Jugendlichen noch mehr Einfluss haben: Inwieweit spielt dann die Täterberatung eine Rolle? Inwieweit spielt es eine Rolle, dass wir junge Täter intensiv begleiten und beraten, um sie wieder auf den richtigen Weg zu bringen? Wie ist dazu Ihre Erfahrung bzw. Position?

Vielen Dank.

Abg. Emil Sänze AfD: Vielen Dank für die Vorträge. – Ich habe eine Frage an Frau Dr. Pawelz. Wir kennen eine ganze Reihe von Interessengruppen bzw. NGOs, die vehement immer ihre Theorien vortragen und in die Lebenswirklichkeit der Menschen eindringen. Inwieweit haben die NGOs und die außerhalb des demokratischen Diskurses stattfindenden Diskussionen Einfluss auf die Entwicklungen, die Sie aufgezeigt haben? Denn sie greifen ja tiefgreifend in die Lebenswirklichkeit und auch in die Selbststeuerung ein.

An Herrn Professor Dr. Zick habe ich die Frage: Inwieweit kann der Staat durch seine Handlungsweise und sein Krisenmanagement den Gesamtdiskurs beeinflussen? Wir wissen, dass im Zusammenhang mit der Coronakrise ganz unglückliche Aussagen über Gruppen, die sich nicht dem Impfzwang unterwerfen wollten, getätigt wurden und dass diese diskriminierend gewirkt haben. Dies treibt ja diesen Gruppen und Theorien verstärkt Menschen zu.

Es wäre interessant, von Ihnen, Herr Coquelin, zu erfahren – der Kollege hat diese Frage an Sie schon vorweggenommen –: Wie ist die Verknüpfungsebene zu sehen, und wo ist der Mehrwert, der entstehen könnte, wenn unterschiedliche Abteilungen zusammengefasst werden?

Vorsitzender Alexander Salomon: Dann gehen wir in die Antwortrunde. Wenn Sie die Fragen jeweils in zehn Minuten beantworten könnten, wäre das optimal, weil wir in der Zeit schon etwas vorangeschritten sind. – Ich gebe jetzt für die Beantwortung zunächst Frau Dr. Pawelz das Wort.

Sv. Frau Dr. Pawelz: Ich danke Ihnen für Ihre Fragen. Das waren viele wichtige Fragen, die ich mitgeschrieben habe.

Ich möchte einige Fragen zusammenfassen und mit der Frage in Bezug auf Michael Butter beginnen, der sagt, dass es schon früher Verschwörungstheorien gab und sie damals Teil des legitimen Wissens waren. In der Tat ziehen sich einige Sachen von damals bis heute durch, die in Krisenzeiten immer wieder eine wichtige Rolle gespielt – sei es die Pest oder die Kleine Eiszeit, die zu Verschlechterungen bei Ernten usw. geführt hat – und die Menschen in Krisensituationen gestürzt haben. Sie hatten keine klaren Erkenntnisse über die Vorgänge und – das ist der Unterschied zu heute – damals marginalisierte Gruppen als Sündenböcke herausgesucht.

Die Verschwörungstheorien, mit denen wir uns heutzutage befassen, sind im Gegensatz dazu mehr an einer Delegitimierung interessiert. Das heißt, wir schauen aus einer ganz anderen Perspektive auf sie. Wir sind nicht mehr diejenigen, die versuchen, die Schuld in die Schuhe von kleinen Außenseitergruppen zu schieben, was auch gut ist.

Ich greife jetzt die Frage auf, wie gefährlich Verschwörungstheorien sind und ob wir mit ihnen leben müssen, weil es sie schon immer gegeben hat. Sie wird es auch in Zukunft geben. Aber wir können an dem Umgang mit ihnen arbeiten.

Die Frage, inwiefern Verschwörungstheorien gefährlich sind, würde ich gern mit der Frage zusammenpacken, ab wann eine kritische Masse nötig ist, um sie als gefährlich zu verstehen. Es ist festzuhalten, dass nicht jede Verschwörungstheorie zu Gewalt führt und auch nicht jede Verschwörungstheorie gefährlich ist. Meine Vorredner haben aufgezeigt, dass relativ viele Menschen auch in Deutschland an Verschwörungstheorien glauben. In einer Studie von Lamberty und Rees werden 26 % angegeben.

Eine Studie von Moskalenko und McCauley zeigt, dass 17 % der US-Amerikanerinnen und -Amerikaner einem ziemlich extremen QAnon-Narrativ zustimmen. Sie haben in dieser Studie gezeigt, dass trotzdem nur 56 QAnon-Anhängerinnen und -Anhänger tatsächlich zu Gewalt gegriffen haben. Sie wollen damit die These aufstellen, dass die Verbreitung von Verschwörungstheorien in der Gesellschaft zwar hoch ist, aber nur ein ganz kleiner Teil tatsächlich zu Gewalt greift. Das weist auch auf wissenschaftliche Erkenntnisse hin, dass radikales Denken nicht zwangsläufig in radikale, gewalttätige Aktionen mündet. Das ist die Unterscheidung zu der kognitiven Radikalisierung. Das bedeutet aber auch, dass die Dunkelziffer derjenigen, die demokratischen Institutionen misstrauen und geheime Akteure als Drahtzieher von bösen Absichten vermuten, nicht bestimmt werden kann und ziemlich hoch ist. Vertrauen in demokratische Prozesse und ein kritisches Hinterfragen des Status quo, was ja immer zur Demokratie dazugehört, sind essenziell für eine Demokratie.

Ich möchte darauf hinweisen, dass es zahlreiche gewalttätige Vorfälle gab, die mit Verschwörungstheorien in Verbindung gebracht werden. Dazu gehörten in der Coronapandemie nicht nur Anschläge auf Impfzentren, Drohungen gegen Politikerinnen und Politiker sowie Einschüchterungen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Wir erinnern uns auch an einen Mord in Idar-Oberstein und an den sogenannten Sturm auf den Reichstag. In Georgensgmünd gab es Gewalt seitens eines Reichsbürgers. Das Reichsbürgerdenken ist ja auch von Verschwörungstheorien unterfüttert.

Auch viele rechtsterroristische Anschläge sind mit Verschwörungstheorien in Verbindung gebracht worden. Ganz oben steht der sogenannte Große Austausch – The Great Replacement. Am prominentesten ist der Anschlag in Utøya 2011, bei dem der Täter ein über 1 500-seitiges Schriftstück publiziert hat, was sehr deutliche Bezüge zu Verschwörungstheorien herstellt.

Ein Hinweis, wenn es darum geht, die Gefährlichkeit von Verschwörungstheorien zu beziffern, kommt aus meiner Forschung. Wir sind ja weniger an Strafverfolgung interessiert. Vielmehr möchten wir verstehen, wie es dazu kommt, dass Menschen mit verschwörungstheoretischen Narrativen mobilisiert werden können. Gewaltlegitimation kann durch rhetorische Mittel hergestellt werden, die ich in meinem

Forschungsprojekt analysiere. Im verschwörungstheoretischen Kontext ist zentral, dass oft zwei Narrative verwendet werden, um diese Legitimität herzustellen. Das sind auf der kognitiven Ebene der propagierte Untergang des Volkes und Argumente, dass die eigene Kultur bedroht ist, und zum anderen Argumente, die auf die emotionale Ebene abzielen, beispielsweise die Bedrohung der eigenen Kinder durch fremde Mächte.

Um die Beantwortung dieser Frage jetzt zum Ende zu führen: Verschwörungstheorien haben das Potenzial, Misstrauen zu schüren. Vertrauen in demokratische Prozesse ist aber wichtig, damit sich die Menschen weiterhin beteiligen und sich als Teil der Gesellschaft verstehen.

Ich gehe jetzt auf die Frage ein, ob wir die Verschwörungstheorien einzeln oder zusammengefasst betrachten sollten, wenn es um Maßnahmen geht, um sich ihnen zu widersetzen. Das würde ich mit einem Jein beantworten. Einerseits gibt es Maßnahmen, die sich mit einzelnen Verschwörungstheorien befassen. Da gibt es sehr große Metatheorien. Es empfiehlt sich, sich inhaltlich mit ihnen auseinanderzusetzen. Beispielsweise geht mit den „Protokollen der Weisen von Zion“ sehr viel Aufklärungsarbeit einher.

Andererseits ist es nicht möglich, für jede neue Verschwörungstheorie, die in Umlauf kommt, eine inhaltliche Gegenantwort zu finden; denn Fakten – das habe ich schon berichtet – sind manchmal schwer heranzuziehen. Deshalb kann das nicht auf jede einzelne Verschwörungstheorie zugeschnitten werden. Wir haben in unserer eigenen Arbeit Narrative gesammelt und sind gerade bei 87 unterschiedlichen Verschwörungsnarrativen angelangt, auf die man nicht immer konkret eine Antwort geben könnte. Daher ist es effizienter, eher auf Resilienz zu setzen, um Menschen nahezubringen, wie man Manipulationstechniken erkennen kann.

Wie können wir mit Personen umgehen, die Verschwörungstheorien glauben? Da würde ich mich als Politikwissenschaftlerin ein bisschen weit aus dem Fenster lehnen. Ich habe aber aus der Präventionspraxis und auch aus Beratungsstellen gehört: Eines der wichtigsten Mittel, Verschwörungsgläubige aus ihrem „rabbit hole“, wie man sagt, herauszuholen, ist, Kontakt zu halten. Die engsten Familienpersonen sollten den Kontakt nicht abbrechen. Das bedeutet aber nicht, dass man sich in einen inhaltlichen Argumentationskampf begeben sollte, weil es kaum möglich ist, den argumentativen Austausch mit Fakten und Wissen zu gewinnen. Man sollte die entsprechenden Personen deshalb nicht per se ausgrenzen oder einbinden.

Wenn die Frage aufkommt, wie man sie unterstützen könnte, wäre die Antwort, dass man eher die Beratungsstellen unterstützen müsste, die wiederum die betroffenen Familien unterstützen – damit meine ich nicht die Verschwörungsgläubigen –, die Verschwörungsgläubige in ihrem eigenen Kreis haben. Die Fragen sind – denn der Glaube an Verschwörungstheorien ist eine Bewältigungsstrategie –: Was ist mit den Personen los? In welcher Lage befinden sie sich? Wieso haben sie gerade Schwierigkeiten, sich

in ihrer eigenen Welt zurechtzufinden? Da können die engsten Familienmitglieder als Mittelpersonen gestärkt werden. Sie selbst brauchen Beratung durch Beratungsstellen und das Wissen, wie sie am besten damit umgehen können.

Ich habe eine Maßnahme erwähnt: Inoculation. Ich habe das in Zusammenhang mit einer Metastudie aus dem Jahr 2023 gebracht, in der 24 Studien hinsichtlich der Frage ausgewertet wurden, ob Maßnahmen gegen Verschwörungstheorien oder -glauben wirksam waren. Darin kam man zu dem Schluss, dass nur eine Handvoll Maßnahmen wirksam waren. Die Maßnahmen, die wirksam waren, hatten eine Sache gemeinsam, und das war der Zeitpunkt.

Das bedeutet, bevor Menschen mit einer bestimmten Verschwörungstheorie oder mit Inhalten, die damit in Verbindung gebracht werden – – Darin kommt der Begriff „Inoculation“ – Impfung, Einimpfung – vor. Man hat sie darauf vorbereitet: Wenn sie eine bestimmte Theorie hören, dann wissen sie, dass das eine ist. Auch können sie Manipulationstechniken sofort erkennen, um gewappnet zu sein und sich ihnen schon vorab zu verschließen. Einige Studien haben herausgefunden, dass es schwierig ist, die Menschen im Nachgang wieder zurückzuholen.

Wie können wir die mittelalten Menschen erreichen? Das ist eine gute Frage. Es darf nicht vergessen werden, dass auch sie das Internet nutzen. Das heißt, Kampagnen wie Inoculation würden nicht nur jüngere Internetnutzerinnen und -nutzer betreffen, sondern auch die älteren. Das ist der Zugang, den ich dazu nennen würde.

Zu den strategischen Akteuren: Da weise ich einfach nur darauf hin, dass wir uns nicht nur auf die Verschwörungsgläubigen stützen dürfen, sondern auch erkennen müssen, dass es menschenfeindliche oder ökonomisch interessierte Schlüsselakteure gibt, die so etwas mit Absicht machen. Das heißt, wir brauchen eine Strafverfolgung für Volksverhetzung und strafrechtliche Inhalte sowie eine schnelle Reaktion auf deren Bestrebungen, Desinformation, Hass oder Gewaltbefürwortung im Internet zu verteilen.

Greifen die NGOs in Lebenswirklichkeiten ein? Die Frage ist, inwiefern Maßnahmen überhaupt wirksam sind. In diesem Zusammenhang verweise ich auf meine Vorredner, die aufgezeigt haben, dass ganz viel auch mit sozialpsychologischen und intrinsischen Faktoren zu tun hat, sodass die Wirksamkeit von Maßnahmen und insofern auch das Eingreifen in Lebenswirklichkeiten limitiert sind.

Danke.

Sv. Herr Dr. Zick: Frau Aschhoff hat gefragt, was Kipppunkte sind. Kipppunkte definieren wir alle. Sie werden auch in einem Parlament zu diskutieren sein. Kipppunkte sind gesellschaftlich dann gegeben, wenn Grundnormen, die im Grundgesetz stehen, zu einem bestimmten Anteil infrage gestellt werden. Wir haben gesehen: Bei der Meinungsunterdrückung bzw. Meinungsdictatur gibt es bestimmte Mehrheiten. Bei der

Unterstellung einer Meinungsdictatur liegen wir in einem hohen Zustimmungsbereich. Das ist meines Erachtens ein Kipppunkt. Man muss sich überlegen, wie Menschen zu dieser Meinung kommen.

Ein weiterer Kipppunkt können Nichtwahlen sein, wenn also Menschen nicht mehr zu Wahlen gehen, sich an der Demokratie gar nicht mehr beteiligen. In einigen Orten und Regionen ist das der Fall. Deswegen rede ich von würdevollen Orten. Menschengerechte, würdevolle Orte erleichtern es Menschen, wählen zu gehen. Große Maßnahmenpakete im Ausland zeigen das. Kipppunkte sind auch gegeben, wenn sich Regionen in Bundesländern bilden, die sich der staatlichen Kontrolle verweigern oder entziehen. Das ist eine kluge und gute Frage, zu der wir vielleicht noch eine Sitzung bräuchten.

Von Frau Aschhoff wurde ich u. a. nach der Längsschnittstudie gefragt. Wir haben Längsschnittstudien vorliegen. Jetzt kommt es darauf an, über welche Fragestellung wir reden. Wir haben Längsschnittstudien zur Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, die eindeutig darauf hinweisen, dass die Pandemie Effekte hatte. Wir selbst haben eine Längsschnittstudie zur antidemokratischen Einstellung im Rahmen der deutschen Zustände durchgeführt. Darin haben wir den Effekt von Wirtschafts- und Finanzkrisen gezeigt.

Wir haben auch gesehen – das ist relativ wichtig –: Die meisten gesellschaftlichen Konfliktlagen und eine Steigerung von Gewaltbilligung und antidemokratischen Haltungen gibt es, wenn man in die internationale Forschungslandschaft schaut, im Auslauf von Krisen. In den Krisen selbst sind viele Menschen erst einmal damit beschäftigt, sie zu bewältigen. Wenn es aber im Auslauf einer Krise um Fragen von Besitzstandswahrung geht, wenn Menschen denken, sie verlieren an Status usw., dann nehmen die gesellschaftlichen Konflikte zu.

Die Enquetekommission ist deswegen so wichtig, weil man vor die Lage kommen muss und nicht hinter sie kommen darf. Das ist relativ wichtig. Alle Daten zeigen das. Ich könnte Ihnen Daten über Lynchjustiz in den USA während der Baumwollkrise zeigen. Die Lynchjustiz nimmt im Auslauf einer Krise zu, wenn Menschen meinen, jetzt gehe es wieder um etwas. Ich glaube, wir sind gerade in einer besonderen Konfliktlage. Wir haben gesehen, dass im Auslauf der Wirtschafts- und Finanzkrise die Gewaltbilligung und die Gewaltbereitschaft, zumindest die Zustimmung, sich mit Gewalt stärker durchzusetzen, zugenommen haben.

Von Frau Staab wurde ich gefragt, ob die Anzeigebereitschaft gestiegen ist. Das ist eine richtig kluge Frage. Wir haben gerade Dunkelfeldstudien laufen. Warten wir die Ergebnisse mal ab. Die Kriminalämter investieren jetzt viel Arbeit und Zeit in die Frage der Dunkelfelder. Wir wissen auf der einen Seite, dass es eine Anzeigebereitschaft gibt und dass Behörden zum Teil auch stärker verfolgen. Das erklärt den Anstieg. Wir wissen auf der anderen Seite aus Daten aus der Coronapandemie, als wir einen

Anstieg bei der Hasskriminalität gesehen haben – dies zeigen auch Studien –, dass viele Gruppen dennoch nicht anzeigen; es zeigen noch viel zu wenige an.

Ich komme gerade aus Gesprächen mit der Berliner Polizei, die viel dafür investiert, Menschen dazu zu motivieren, mehr anzuzeigen, damit wir die Daten in das Hellfeld bekommen. Bei allen Studien zeigt sich: Wenn wir Daten in das Hellfeld bekommen, wenn das bekannt wird, dann tut sich auch etwas. Das wissen wir von Gewalt gegen Kinder, von der häuslichen Gewalt gegen Frauen und von der Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen. Die Hellfeldzahlen sind wichtig.

Ich finde das Ausmaß der Toleranz von politisch motivierten Hasstaten in diesem Land erschreckend hoch. Ich bin viel im Ausland unterwegs, beispielsweise in Österreich und in den Niederlanden. Ich komme gerade aus den USA. Wenn die Daten veröffentlicht werden, gibt es immer eine Empörungswelle. Dann stehe ich als Gewaltforscher oft allein da. Das Ausmaß politisch motivierter Hasstaten ist bei uns ausgesprochen hoch.

Dann gab es die Frage: Wer ist die Mitte? Wir sind die Mitte. Definieren wir das einmal: Ich glaube, wir haben einen Konsens darüber, dass auch viele Parteien sagen, sie bemühen sich um die Stimmen der Mitte. In unseren Studien sagen 60 %, ihre politischen Ansichten entsprechen der Mitte – ganz unabhängig von politischer Parteiorientierung. Wir können das nach politischer Selbsteinschätzung definieren; das weisen wir aus. Aber auch rechte und linke Ränder gehören zur Mitte. Die Mitte sind also Menschen, die sich nicht im Bereich des politisch organisierten Extremismus verorten. Das ist auch gut so, weil das ein historisch gewachsenes Bild der Bundesrepublik Deutschland ist. Wir wissen, dass der Föderalismus gerade die Idee einer ausgleichenden Mitte hat. Deswegen müssen wir immer wissen, wie es der Mitte geht, weil wir das Ideal haben, dass wir eine konstruktive Konfliktregulation durch eine Mitte schaffen und dass die Mitte auch normvorgebend ist. Unsere Methoden, die wir anwenden, gehen von Normalverteilungsannahmen aus. Insofern gehören wir alle zur Mitte. Wir fragen das selbst ab.

In unseren Studien messen wir auch immer die ökonomische Mitte. Zum Teil wird das nach ökonomischer oder sozialer Selbstverortung definiert. Aber die Mitte ist nicht die Mittelschicht, sondern zur Mitte gehören auch Menschen, die in prekären Verhältnissen leben und weniger verdienen. Arme wie auch reiche Menschen gehören zur Mitte. So definieren wir das. Ich glaube, darüber besteht Konsens.

Frau Kliche-Behnke hat die Frage gestellt: Gibt es eine Veränderung bei der Gewaltbereitschaft und der Gewaltbilligung? Ich würde genauer hinschauen. Ich habe dem Kollegen gesagt, er soll nicht so oft sagen: „Wir müssen.“ Ich habe das auch im Ausland festgestellt. Wir sagen sehr oft: „Wir müssen.“ Es macht die Menschen ganz verückt, wenn dann nichts passiert.

Wir könnten viel genauer definieren: Von welcher Form von Gewalt reden wir eigentlich: Reden wir von physischer oder psychischer Gewalt, reden wir von Beziehungsgewalt usw.? Dazu fehlen mir die Daten. Die Gewaltformen verändern sich. Die Akzeptanz von Gewalt zur Durchsetzung von politischen Interessen ist enorm gestiegen. Das liegt daran, dass Gewalt auch kommunikativ stärker akzeptiert wird. Die Tendenz zu einer herabwürdigenden Sprechweise und einem starken Ton ist nach unseren Studienlagen deutlich angestiegen. Das liegt natürlich auch an den Möglichkeiten digitaler Kommunikation. Das wissen wir. Wir haben ja die Daten. Die Akten liegen bei den Staatsanwälten auf den Tischen und können nicht bearbeitet werden, so viel hat sich dort angehäuft.

Ich würde sehr genau hinschauen. Ich weiß nicht, wie es in Baden-Württemberg ist; ich habe es nicht mehr genau recherchieren können. Die Frage ist: Was wissen wir über Formen der erlebten Gewalt von Menschen im Alltag? Wir wissen relativ wenig darüber. Ich plädiere sehr dafür, einmal eine ordentliche Studie über Gewalt durchzuführen.

Es gibt Möglichkeiten der positiven Identität ohne Abgrenzung. Sie mögen mir das nachsehen: Ich bin im Ruhrgebiet groß geworden. Im Jahr 2000 hat man dort ein Motto für einen großen Jahrestag gesucht. Das Motto war dann: „Woanders is auch scheiße!“.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Das muss ich jetzt einmal sagen. Ich habe lange darüber nachgedacht. Das ist nicht uninteressant. Es gibt positive Identitätsmerkmale, wenn die Situation auch woanders nicht so gut ist. Baden-Württemberg geht es ökonomisch viel besser als anderen Bundesländern. Aber auch hier finden wir Orte, die vielleicht dem Motto aus dem Jahr 2000 entsprechen. Das ist eine positive Identität. Verfassungspatriotismus ist eine positive Identität, die man ohne Abgrenzung haben kann.

Die Kunst ist es, in Konfliktlagen zu gehen. Es gibt hinreichend viele Ansätze, wie man Gruppen so in Kontakt bringt, dass die Abgrenzung ausgehebelt wird. Das funktioniert, weil wir relativ viele Konfliktlagen haben: Wir haben in Israel Konfliktlagen; wir haben in Irland Konfliktlagen gehabt, wo Projekte gezeigt haben: Über Kooperationen, über eine strategische Form der Kommunikation und der Konfliktaushandlung können sich positive Identitäten bilden.

Eine Möglichkeit ist – das ist unsere Idee in der Demokratie –: Der Verfassungspatriotismus ermöglicht die gemeinsame Identifikation ohne Abgrenzung. Das geht; das ist kein Automatismus. Das ist auch kein rein evolutionäres Prinzip. Zumindest die Identitäten werden immer neu definiert. Sie verändern und entwickeln sich.

Zu der Frage von Herrn Reith nach dem kommunalen Konfliktmanagement könnte ich auch einen Vortrag halten. Wir gehen in die Kommunen und bieten das an. Wir gehen mit einem Konfliktmanager hinein, der dann auch vor Ort ist. Wir machen mit manchen Kommunen Zukunftswerkstätten und sind da relativ erfolgreich.

Die ganze Welt hat über die Kölner Silvesternacht 2015/2016 gesprochen. Auch 2017/2018 gab es einen Polizeieinsatz, der bedenklich war. Die Polizei hat mich nach einem Experteninterview gefragt. Ich habe gesagt: „Das mache ich nicht. Wir machen eine bessere Silvesternacht.“ Wir haben die Räume anders aufgebaut, nämlich zusammen mit den Akteuren vor Ort.

Jetzt kommt ein Problem. Sie haben von Ressourcenknappheit gesprochen. Ich merke, ich bin in einem anderen Bundesland, weil Sie sagen: Noch mehr Ressourcen haben wir nicht. Tatsächlich schauen wir uns an, inwieweit die Ressourcen in den Kommunen anders genutzt werden können. Wenn in einem Bereich die Belastungen vielleicht gerade nicht so hoch sind, schauen wir, wen wir in den Kommunen als Partnerin bzw. als Partner für das Konfliktmanagement und für die Umsetzung gewinnen können. Deswegen machen wir es in der Verwaltung. Die bürgernahe Gestaltung kommt dann erst später. Wir stellen Ihnen gern bereit, wie wir das machen. Es handelt sich um einen systemischen Ansatz. Das heißt, wir ermächtigen die Kommunen und die Kreise, die Konflikte selbst besser zu regulieren; und das steuern wir.

Herr Sänze hatte dann auch noch nach Politik und Entscheidungen gefragt. Es kommt auf ein besseres Kommunizieren an. Das heißt, es kommt darauf an, Entscheidungen und auch die Entscheidungsgrundlage transparent zu machen: Was bedeutet das? Ich glaube, Politik muss besser klarmachen, um welche Form von Entscheidung es sich handelt. Es stellt eine große Herausforderung dar, gegenüber den Bürgern zu verdeutlichen, zu welchen Konsequenzen eine Entscheidung führt und welche Idee dahintersteht. Ich trage heute in der Enquetekommission zum gesellschaftlichen Zusammenhalt vor. Es kommt nicht nur darauf an, uns zu befragen, ob in der Gesellschaft Zusammenhalt besteht oder nicht, sondern auch darauf, ein eigenes Zusammenhaltskonzept zu entwickeln. Das ist eine Frage von Zugehörigkeit.

Während der Coronapandemie fand ich die politische Kommunikation zum Teil nicht zielführend. Ich habe mich auch einmal dazu geäußert. Als das Thema Impfpflicht so früh aufkam und es rechtlich gar nicht durchdekliniert war, war es nicht besonders glücklich. In Krisen neigen wir in der Politik dazu, uns gegenseitig Kontrolllosigkeit vorzuwerfen. Das ist Wasser auf die Mühlen derjenigen, die sagen: „Der Staat hat die Kontrolle verloren.“ Das ist nicht zielführend. Aber ich bin ein schlechter Politikberater, weil ich selbst nicht in der Politik aktiv bin.

Sv. Herr Coquelin: Ich beginne mit dem Mehrwert der Synergien, weil sich damit, wenn meine Struktur richtig passt, drei Fragen gleichzeitig beantworten lassen.

Ich will es anhand eines konkreten Beispiels einer Beratungsanfrage verdeutlichen, die uns erreicht hat, nachdem ich einen Vortrag für das Institut für die Bildungsanalysen Baden-Württemberg gehalten habe. Danach hat mich ein Kollege angesprochen und gesagt, er müsse gerade eine Handlungsempfehlung für eine Schule in seinem Landkreis erarbeiten. Ich will jetzt keinen Landkreis benennen. Es soll hier nicht um Bashing gehen, sondern ich möchte einfach nur die Absurdität darstellen, die sich dann im weiteren Prozess entsponnen hat.

Als Erstes habe ich gesagt, dass wir gern hierbei unterstützen, weil das in eine ähnliche Richtung wie das zielt, was ich vorher im Vortrag dargestellt habe. Das heißt, Schulen wollen Dinge oft vielleicht auch nur deswegen nicht sehen, weil sie die Befürchtung haben: Wenn sie Dinge erkennen, dann wissen sie gar nicht, was der nächste Schritt ist, oder weil sie sich überfordert fühlen. Wir erleben es oft im Kontext von Antisemitismus, dass man sehr schnell sagt: Dann höre ich Dinge vielleicht auch lieber mal nicht und muss dann vielleicht auch nicht reagieren.

Es ist prinzipiell durchaus wünschenswert, dass hier Handlungsempfehlungen erarbeitet werden sollen. Ich habe dann im Laufe des Prozesses gefragt: „Wie ist es denn, wenn wir Sie jetzt in Ihrem Landkreis unterstützen? Heißt es dann, es kann sein, dass die übrigen 43 Landkreise zeitgleich das Gleiche tun?“ Daraufhin sagte er: „Ja, das könnte eventuell passieren.“ Dann habe ich gesagt: „Gut, dann wäre es aber doch wichtig, dass wir das, was wir hier erarbeiten, zumindest auch den anderen zur Verfügung stellen.“

Es geht ja auch um das Thema „Best Practice“. Immer, wenn solche Anfragen an mich gehen, versuche ich sofort, die anderen Akteurinnen und Akteure mitzudenken, die das Pech haben, in dem Moment, wenn so etwas erarbeitet wird, gerade nicht vor Ort zu sein. Ich habe dann also direkt gefragt, ob ich meine Freunde von konex mitbringen darf, weil manchmal Schwierigkeiten bestehen, in das System Schule hineinzukommen und dort auch Inhalte zu platzieren. Ich habe gefragt, ob wir das nicht gemeinsam machen können. Mittlerweile haben schon zwei Termine stattgefunden. Die Idee besteht darin, ein Konzept für diese Schule zu entwickeln, das die verschiedenen Ebenen einbezieht: Welche online auffindbaren Lehrangebote gibt es, die Lehrkräfte zu verschiedenen Themen im Unterricht platzieren können? Welche Möglichkeiten hat die Schulsozialarbeit? Welche Fach- und Beratungsstellen gibt es, an die man sich wenden kann? Ziel ist es, ein 20- bis 40-seitiges Papier zu erstellen, das vor allem Flowcharts beinhalten soll, was dann möglicherweise die Bereitschaft erhöht, solche Dinge bewusster wahrzunehmen, weil ich weiß, dass ich danach nicht handlungsunfähig bin.

Darin sehen wir insoweit einen Mehrwert, als ich jetzt zumindest schon einmal drei große Institutionen habe, die, wenn sie angefragt werden, sagen: „Da entsteht gerade schon etwas. Wollt ihr euch nicht lieber gleich daran andocken oder wollt ihr warten, bis es fertig ist?“ Deutlicher kann man Ressourcenschonung tatsächlich nicht artikulieren. Das schafft Räume, um sich um andere Dinge kümmern zu können.

Damit komme ich zu der Frage hinsichtlich der Strukturen. Ich fand es gut, dass Sie, Herr Reith, wiederholt haben, dass es angekommen ist. Das ist immer ein gutes Feedback, nachdem man gesprochen hat.

Wir haben das Gefühl, dass innerhalb dieser Akteure, die ich benannt habe, ein Diskurs auf Augenhöhe herrscht. Das ist aber darauf zurückzuführen, dass wir uns kennen und dass die Institutionen, mit denen wir kooperieren – das muss man einfach so sagen –, wirklich herausragend geführt werden. Das ist aber etwas, was aktuell von Menschen abhängt. Die gleichen Bedingungen ließen sich nur schaffen, indem ich überall für die gleichen Anstellungsbedingungen und für die gleichen Rahmungen Sorge, sodass es auch ein Stück weit unabhängig von den Menschen ist, die gerade agieren.

Mir wurde gesagt, ich habe neulich wohl tatsächlich den Fehler beim Innenminister gemacht, die Führung des Kompetenzzentrums zu loben. Danach haben alle gesagt: „Das kannst du nicht machen. Dann wird die in der Hierarchie weiter nach oben befördert.“ Das sind dann Dinge, wo wir immer ein bisschen Angst haben, wenn Menschen wechseln. Das wäre etwas, wo strukturell für eine gleiche Augenhöhe in den Strukturen zu sorgen wäre.

Zur Täterberatung: Kurt Möller von der Hochschule Esslingen, mittlerweile emeritiert, hat gesagt, dass das, was wir in der Extremismuskonstanzierung machen, also Täterarbeit, auch immer ein Stück weit Opferarbeit ist. Gerade in den Jahren 2015 bis 2017, als die Sau, die man durchs Dorf getrieben hat, tatsächlich der religiös begründete Extremismus war, haben wir festgestellt, dass viele junge Menschen die Thematisierung und die Behandlung von Rassismus oftmals in der Weise wahrgenommen haben, dass sie gedacht haben, das machten doch nur die Akteure. Sie hatten gar kein Bewusstsein dafür, dass die Akteure, die sie meinten, meistens hochgradig problematische Akteure waren. Hier gilt es dann, sich zu überlegen, wie man verhindern kann, dass junge Menschen, die Opfer werden, aufgrund der Erfahrungen, die sie machen, und aufgrund der Instrumentalisierung dieser Rassismuserfahrungen im Kontext von Radikalisierungsprozessen zu Täterinnen und Tätern werden. Das heißt, Empowerment und Ermächtigung dahin gehend, dass diese Jugendlichen in ihrem legitimen Interesse begleitet werden, ein Leben frei von Diskriminierung und in Würde führen zu dürfen.

Damit komme ich zum Stichwort Verpflichtungsermächtigung. Ich habe diesen Begriff nicht ganz durchdrungen, aber das wissen Sie besser. Ich habe es mir extra aufgeschrieben, weil „Verpflichtungsermächtigungen“ ein überaus komplizierter Begriff ist. Das ist eine Tatsache, die tatsächlich sehr konkret dazu führen könnte, dass wir aus diesem Projektrahmen fallen. Wir haben zum Teil die absurde Situation, dass durch die längeren Bearbeitungszeiten in Berlin unterjährig Gelder kommen, mit denen man dann am Ende des Jahres noch mal irgendetwas Kreatives verfügt. Das ist gerade in einer Situation wie der jetzigen, wo wir wissen, dass wir im nächsten Jahr aufgrund der Inflation im Prinzip eigentlich eine gute Möglichkeit haben, diese Gelder zu

verwenden, absurd. Das ist tatsächlich eine Sache, wo man strukturell konkret vieles machen könnte.

Schließlich will ich noch auf das Thema „Mehrwert der Synergien“ und auf die Frage von Frau Dr. Aschhoff nach der Evaluation eingehen. Wir haben im Rahmen unseres Forschungsprojekts das sogenannte Präventionsparadox untersucht, weil das ein Begriff ist, der sich durch die Pandemie breiterer Öffentlichkeit erfreut hat. Das heißt, wenn wir Dinge tun, können wir nicht legitim behaupten, es ist etwas nicht eingetreten, weil wir etwas getan haben, oder auch nicht. Es gibt aber tatsächlich Möglichkeiten, um zu überprüfen, ob das, was wir tun, wirksam ist oder nicht, indem ich die Fachkräfte, die ich in ihrer Handlungsfähigkeit stärken, befrage.

Im Rahmen unseres Forschungsprojekts, das wir mit Studierenden der Dualen Hochschule umsetzen, haben wir T0-, T1- und T2-Befragungen durchgeführt. Das heißt, eine Befragung, bevor sie das Seminar besuchen, inwieweit sie sich in der Bearbeitung des Themas handlungsfähig fühlen, eine Befragung nach Abschluss des Moduls und eine Befragung zeitversetzt nach einem Jahr, was jetzt letzten Endes die vermittelten Inhalte bedeuten. Das Ganze basiert auf einer Eigeneinschätzung. Das ist natürlich nicht das Gleiche, als wenn ich eine Blindstudie habe, wie wir es in den Naturwissenschaften oder in der Medizin kennen, aber es ist zumindest eine Wirkungsmessung, die wir tatsächlich auch in einem Projekt wiederfinden, das wir in Baden-Württemberg durchaus als Best Practice platzieren möchten: Team Demokratie.

Team Demokratie ist ein Ansatz, bei dem wir vor allem auch die in Baden-Württemberg vorhandenen Ressourcen nutzen. Das Bundesprogramm ist auf Landesebene nicht nur mit einem Demokratiezentrum vertreten, sondern an verschiedenen Standorten mit den Partnerschaften für Demokratie auch noch einmal vor Ort. Das heißt, den Kommunen werden Mittel zur Verfügung gestellt. Die Kommunen haben die Möglichkeit, mit einem kleinen Eigenanteil, den sie leisten müssen, weitere Fördermittel über das Bundesprogramm zu erhalten.

Wir haben dafür einen Ansatz entwickelt, der darauf aufbaut, dass wir als landesweit tätige Fachstelle einen qualifizierenden Rahmen bieten, um Leute vor Ort auszubilden, die zum Zwecke der Stärkung ihrer Handlungsfähigkeit und ihrer Wahrnehmung geschult werden, die über die Fach- und Beratungsstellen informiert werden, die aber gleichzeitig auch die Durchführung von Workshops erlernen, um solche Workshops vor Ort umzusetzen, mit dem Ziel, dadurch interdisziplinäre Gruppen anzusprechen. Das heißt, wir haben ein Setting interdisziplinären Lernens. Da sitzt dann der Kollege von der Jugendsachbearbeitung der Polizei mit der Schulsozialarbeit, vielleicht auch noch mit Vertreterinnen und Vertretern aus der kommunalen Verwaltung gemeinsam in diesem Lernsetting. Sie haben darüber hinaus die Möglichkeit, die Workshops vor Ort umzusetzen und so dauerhaft wahrgenommen zu werden.

Diese Schulungen finden jährlich statt. Die Kosten dafür werden momentan über das Bundesprogramm aufgesplittet. Das heißt, die Qualifizierung kostet nichts, weil wir sie

aus den vorhandenen Ressourcen leisten. Die Kosten für die Workshopumsetzung vor Ort geben wir dann subsidiär weiter. Auch das ist etwas, was in den letzten acht Jahren in der Art noch nicht gedacht wurde. Auch der Bund schaut gerade sehr gut hin, weil das eine Möglichkeit sein könnte, zu erreichen, dass die verschiedenen Ebenen des Bundesprogramms noch einmal synergetischer ineinandergreifen – nicht nur bezogen auf ein Bundesland, sondern auch bezogen auf das Bundesprogramm insgesamt.

Zwei Best-Practice-Beispiele, die vielleicht noch einmal konkret den Mehrwert zeigen, indem Dinge mehr angezeigt werden und wir für Datengrundlagen sorgen, um ein präziseres Lagebild zu bekommen: Wir haben gemeinsam mit konex und dem Landeskriminalamt ein eigenes Modul für eine Jugendsachbearbeiterschulung für den Kontext Radikalisierungsprävention entwickelt. Das war deutschlandweit erstmalig. An dieser Stelle sei vielleicht auch noch erwähnt, dass die Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und der Sicherheitsbehörde konex tatsächlich, glaube ich, von anderen Bundesländern ein bisschen – in positivem Sinn – neidisch beäugt wird, weil wir eine sehr vertrauensvolle Zusammenarbeit haben.

Wir haben eine dreitägige Qualifizierung durchgeführt, in der Jugendsachbearbeiterinnen und -sachbearbeiter in dieses Feld eingeführt werden. Auf allen Auswertungsbögen dieser Schulung, die seit drei Jahren stattfindet und die es innerhalb eines Jahres geschafft hat, zu den am besten bewerteten Modulen an der Polizeihochschule insgesamt zu gehören, wird der Mehrwert u. a. damit begründet, dass verschiedene Perspektiven in dieser Qualifizierung zutage kommen und dass eben auch verschiedene Professionen zu Wort kommen. Ein Polizist hat das einmal sehr schön zusammengefasst, indem er gesagt hat: „Ich bin, seit ich 16 bin, bei der Polizei, und seit ich bei der Polizei bin, bin ich bei Fortbildungen mit Polizei, von Polizei, für Polizei.“ Das heißt, diese Rahmung, wenn eben auch Referentinnen und Referenten von außen kommen, die noch mal einen anderen Blickwinkel, einen anderen Frame für ein Problem vermitteln, ist eines dieser Best-Practice-Beispiele, die ich skizzieren möchte.

Damit komme ich zur Mitwirkung der Familien im Prozess der Jugendhilfe. Ich bin da komplett bei Ihnen. Ursprünglich habe ich einmal Familienhilfe gemacht. Da entstehen in der Tat immer wieder Probleme. Ich glaube allerdings, dass wir nicht den Fehler machen dürfen, den Einzelfall, in dem wir nicht helfen können, als Hindernis zu nehmen und generell zu fragen: Welcher große Mehrwert entsteht, wenn wir diese Ressource überhaupt erst einmal ins Spiel bringen? Es kann möglicherweise den Fall geben, dass uns auch das nicht weiterhilft. Aber in dem Augenblick, in dem wir diese Ressource überhaupt erst ins Feld stellen, haben wir einfach noch einmal eine größere Möglichkeit und sehen ganz viele Fälle, in denen es funktioniert.

Ich glaube, hier braucht es auch die Präzedenzfälle, um zu schauen, inwieweit gerade § 8a, in dem der Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung geregelt ist, eventuell zur Anwendung kommen kann. Wir hatten neulich einen Fall, bei dem es um ein Kind ging, das mit Säure übergossen wurde. Da wurde im Beratungskontext noch nicht einmal daran gedacht, § 8a in Erwägung zu ziehen. Ich glaube, dass das wichtig ist, gerade

weil auch die Jugendhilfe standardisierte, wirkungsorientierte Analysen macht. Damals, als ich noch in diesem Bereich tätig war, hieß es WOJ, also Wirkungsorientierte Jugendhilfe. Ich weiß nicht, ob es immer noch so heißt. Das heißt, hier gibt es eben auch standardisierte Verfahren. Die Beteiligung ist klar geregelt. Deswegen spricht aus der Qualitätsperspektive einiges dafür.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Noch wichtiger als eine „Verpflichtungsermächtigung“ ist im Haushaltsrecht eine Verstetigung. Daher ist im Kontext von Haushalten meistens alles, was mit dem Buchstaben V beginnt, gut. – Da Herr Dr. Yendell noch angesprochen wurde, darf er gern noch die an ihn gerichtete Frage beantworten.

Sv. Herr Dr. Yendell: Es wurde gefragt, wie wir mit dysfunktionalen Familien und mit den Kindern, die dort aufwachsen, umgehen. Das ist eine sehr schwierige Frage; denn einerseits können wir keine Totalüberwachung machen und bei jeder kleinsten Vernachlässigung Kinder aus Familien herausholen. Das wird zum Glück auch nicht gemacht, sondern oft wird die Familie eingebunden, beispielsweise mit verschiedenen Therapieangeboten, wenn ein Missbrauch stattgefunden hat. Natürlich muss es dafür gut ausgebildetes Personal geben, auch Gutachter, die entscheiden, was man mit diesen Kindern, deren Kindeswohl gefährdet ist, macht.

Ein plakatives Beispiel ist Anders Breivik. Ich weiß nicht, ob Sie die Geschichte seiner Kindheit kennen. Es war ja so, dass er mit seiner Mutter in der Psychiatrie war und die Psychologen bzw. Psychotherapeuten gesagt haben: „Holt dieses Kind weg von dieser persönlichkeitsgestörten Mutter. Dem geht es nicht gut, und dem wird es auch später nicht gutgehen.“ Leider hat der Richter dann entscheiden, dieses Kind nicht aus der Psychiatrie herauszuholen. Das ist natürlich sehr schwierig.

Vielleicht muss man es aber auch nicht immer pathologisieren und stattdessen mehr Angebote beispielsweise vonseiten des Jugendamts machen. Als meine Tochter vor zwei Jahren geboren wurde, haben wir ein Willkommenspaket bekommen – aber das war es dann auch. Da lagen ein paar Flyer mit Angeboten usw. drin. Vielleicht müssen in diesem Bereich noch weitergehende Anstrengungen unternommen werden, um nicht nur zu schauen, ob es schlecht läuft, sondern um auch lösungsorientierte Angebote zu unterbreiten.

Dann möchte ich kurz noch etwas zu den Ressourcen sagen. Herr Albiez und auch einige andere hatten die Ressourcenknappheit angesprochen. Wir müssen immer überlegen, welche Kosten die fehlende Resilienz in der Gesellschaft verursacht. Was kostet uns Kriminalität, was kostet uns Terror, was kostet uns Extremismus, was kostet uns Drogensucht, was kosten uns die vielen Erkrankungen, die auf einen schlechten bzw. schwierigen Lebenswandel zurückzuführen sind? Wenn wir das einmal gegenrechnen, dann machen sich doch die Investitionen, die wir hier angesprochen haben, indem wir z. B. Familien stärken und mehr in die Resilienz von Kindern und Jugendlichen investieren, irgendwann bezahlt, weil wir sozusagen die Arbeitsfähigkeit, die

Liebesfähigkeit und – ganz wichtig – auch die Genussfähigkeit von Menschen stärken. Die Menschen schöpfen daraus auch wieder Werte. Es ist ja nicht so, dass Menschen nicht arbeiten oder sich nicht engagieren wollen, sondern das Gegenteil ist der Fall. Aber manche Menschen können das dann eben nicht mehr. Diese Investition sollte uns wichtig sein.

Das Problem ist: Man kann damit keine Politik machen, denn als Politiker will man alle paar Jahre wiedergewählt werden, und so schnell ändert sich nichts. Das ist ein Langfristprojekt. Wir werden das nicht innerhalb von vier, fünf Jahren schaffen. Ich werde es nicht mehr erleben, dass es keinen Extremismus mehr gibt – und Sie alle wahrscheinlich auch nicht. Das ist ein langfristiges Projekt. Ich sage immer – jetzt werde ich ein bisschen romantisch –: „Mit der Demokratie ist es wie in einer Ehe oder in einer Liebesbeziehung. Man muss ständig daran arbeiten und da hineininvestieren.“ Wir haben immer gehört: mehr Geld, mehr Personal. Das sollte es uns doch wert sein. Ich glaube gar nicht, dass wir dadurch irgendwelche größeren ökonomischen Schwierigkeiten bekommen werden, sondern im Gegenteil: Vielleicht schaffen wir dadurch ein qualitatives Wachstum und eine bessere Welt.

Vorsitzender Alexander Salomon: Gibt es noch Fragen oder Ergänzungen von anderer Seite? – Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich Sie mit diesem schönen Statement in die Mittagspause entlassen. Ich bedanke mich vielmals bei Ihnen, Herr Coquelin, Frau Dr. Pawelz, Herr Professor Zick, und auch bei Ihnen, Herr Dr. Yendell, auch im Namen der Enquetekommission,

(Beifall)

dass Sie uns Rede und Antwort gestanden haben und unsere Arbeit in wesentlichen Punkten bereichert haben. Sie sind natürlich aufgefordert, wenn Sie im späteren Verlauf noch etwas zu unserer Arbeit beitragen können, uns dies jederzeit zukommen zu lassen.

Wir treten in zwei Minuten direkt in den nicht öffentlichen Teil der Sitzung ein. Den öffentlichen Teil der Sitzung setzen wir um 14:45 Uhr fort.

(Unterbrechung des öffentlichen Teils von 13:21 Uhr bis 14:46 Uhr)

Vorsitzender Alexander Salomon: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Sie alle recht herzlich wieder zurück aus der Mittagspause begrüßen – gestärkt und voller Tatendrang, wie ich hier in der Runde sehen.

Wir setzen die öffentliche Anhörung fort und hören als Nächsten Herrn Ernst-Wilhelm Gohl, den Landesbischof der Evangelischen Landeskirche Württemberg. Ihnen stehen ebenfalls 20 Minuten Zeit zur Verfügung, um uns ins Thema einzuführen.

Sv. Herr Gohl: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Frau Dr. Pfau-Weller, sehr geehrte Damen und Herren! Erzbischof Stephan Burger und ich wurden um eine Stellungnahme der beiden großen Kirchen in Baden-Württemberg gebeten. Wir haben uns darauf verständigt, eine gemeinsame Stellungnahme zu verfassen, die ich auch in seinem Namen vortragen werde.

Welche organisatorischen und institutionellen Veränderungen sind notwendig, damit Baden-Württemberg gut aufgestellt ist, um die vor uns liegenden Krisen zu bewältigen? Dies ist die Leitfrage, die dem Einsetzungsantrag der Enquetekommission zugrunde liegt. Handlungsleitend für die Enquetekommission soll die Einsicht aus der Coronapandemie sein – ich zitiere –, „dass Politik allein nicht alle Krisen bewältigen kann. Es braucht ein kluges Interagieren von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft.“ Als Kirchen teilen wir diese Selbstbeschränkung der Politik und fügen hinzu: Aus Sicht der Kirchen ist von besonderer Bedeutung, dass das Land die Bedeutung der Religion als Voraussetzung des freiheitlich-säkularen Staates im Blick behält und ihr den verfassungsrechtlich garantierten Freiraum sichert. Das will ich nun näher erläutern.

Krisenfestigkeit und Resilienz in einer Krisensituation sind nicht allein durch Ressourcen herbeizuführen, die der Staat zur Verfügung stellt. Vielmehr benötigen institutionelle Krisenfestigkeit und persönliche Resilienz einen Schutz- und Freiheitsraum, der auch in der Krise fest und beständig bleibt. Dazu gehören die Grundrechte der Meinungs- und der Versammlungsfreiheit, und dieser Freiheitsraum muss auch die grundlegenden geistlichen Bedürfnisse von Menschen schützen, damit diese in der Krise Halt und Orientierung haben können.

In der Coronapandemie war die Glaubensfreiheit allerdings verschiedentlich bedroht und in erheblicher Weise eingeschränkt. Gottesdienstliche Versammlungen blieben bis zum 3. Mai 2020 grundsätzlich untersagt. Demonstrationen, die verfassungsrechtlich gleichrangig geschützt sind, waren hingegen schon ab April 2020 wieder erlaubt, und zwar mit weniger einschneidenden Auflagen. Nach Wiedermöglichkeit von Gottesdiensten war die Teilnehmerzahl selbst im Freien zunächst auf 100 Personen beschränkt. Der Zugang zu öffentlichen Bestattungsgottesdiensten war zahlenmäßig ebenfalls reglementiert – der Zugang zu Demonstrationen hingegen nicht. Seelsorgenden waren entgegen dem klaren Wortlaut von § 30 Absatz 4 Satz 2 des Infektionsschutzgesetzes mitunter der Zutritt zu Kranken- und Pflegebedürftigen nicht gestattet.

Vorbemerkungen zu konkreten Handlungsempfehlungen: Aus Sicht der Kirchen in Baden-Württemberg ist bei den zu erarbeitenden Handlungsempfehlungen Folgendes zu berücksichtigen: Die Kirchen verfügen über ein gut organisiertes internes Netzwerk in die Fläche hinein. Während der Coronapandemie ist es dadurch möglich gewesen, zentral entwickelte Erläuterungen zu den Schutzvorschriften der Landesregierung in die Gemeinden zu kommunizieren und ihre Einhaltung sicherzustellen. Damit haben die Kirchen einen starken Beitrag zum Schutz vor der Pandemie geleistet. In zukünftigen Krisen ist eine frühzeitige Einbeziehung der Kirchenleitungen erforderlich, um zu

ermöglichen, dass die Kirchen ihre Kommunikationswege in die Fläche hinein nutzen können, um einen Beitrag zur Krisenbewältigung zu leisten.

Es ist Teil des Selbstverständnisses der Kirchen, einen Beitrag zum Zusammenhalt der Gesellschaft zu leisten, auch über den Kreis der Kirchenmitglieder hinaus. Dazu leisten sie in ihrer Gemeinschaftsbildung, in der Bildungsarbeit und in ihrem sozialdiakonischen Engagement wichtige Beiträge. In der Zeit der Coronapandemie haben es die Kirchen insbesondere als ihre Aufgabe erachtet, sich um Alleinstehende und vereinsamte Menschen zu kümmern und ihnen Kontakt- und Unterstützungsangebote zu machen. Hinzu kam die seelsorgerliche Begleitung von Menschen, die durch eigene Erkrankungen oder die Erkrankung von Angehörigen unter schweren Belastungen standen.

Der Zusammenhalt der Gesellschaft ist in Krisenzeiten besonders gefährdet. Dafür ist es wichtig, dass die Kirchen in ihrem seelsorgerlichen und diakonischen Handeln durch Maßnahmen zur Krisenbewältigung nicht zu stark eingeschränkt werden, so dass dieses Handeln letztendlich unmöglich wird.

Anregungen zu konkreten Handlungsempfehlungen: Einen wesentlichen Beitrag zur Krisenfestigkeit der Gesellschaft leistet eine engagierte Zivilgesellschaft im Rahmen von transsektorialem Zusammenwirken mit Akteuren aus Verwaltung, Wirtschaft, Kirche und freier Wohlfahrtspflege. Die Aufnahme einer großen Zahl von Geflüchteten in den Jahren 2015 und 2016 hat dies eindrücklich demonstriert. Dabei hat sich gezeigt, dass dafür neben gegenseitigem Vertrauen tragfähige Dialog- und Arbeitsstrukturen erforderlich sind.

Die kirchlichen Träger der freien Wohlfahrtspflege sind in ihren zahlreichen Arbeitsbereichen in vielfältiger Weise mit anderen Hilfsträgern und kommunalen Strukturen eng vernetzt. Zugleich engagieren sich in Diakonie, Caritas und in den Kirchengemeinden vor Ort zahlreiche Menschen ehrenamtlich. Dank ihres großen Potenzials an haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden, die institutionell gut vernetzt sind, können Kirchen, Diakonie und Caritas durch praktische Hilfe sowie durch ihre Fachlichkeit einen entscheidenden Beitrag zum Zusammenleben leisten. Dabei ist die Zusammenarbeit im Sozialraum ein wesentliches Kennzeichen dieser Arbeit. Durch Projekte wie „Aufbruch Quartier“ oder „K-Punkt Ländliche Entwicklung“ wird dieser Ansatz weiter ausgebaut.

Wir empfehlen der Landesregierung, den Aufbau von Strukturen für transsektorale Zusammenarbeit unter Einbeziehung der kirchlichen Träger der freien Wohlfahrtspflege systematisch zu fördern. Dafür existieren bereits erfolgreiche Modelle. Mit den Förderprogrammen „Kommunale Flüchtlingsdialoge“ und „Integration durch bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft“ hat die Landesregierung die Akteure auf der Ebene der Kommunen und Landkreise im Bereich Integration unterstützt, nachhaltige transsektorale Dialoge und Arbeitsstrukturen aufzubauen.

Vulnerable Gruppen: In Krisenzeiten ist die Tendenz zu beobachten, dass sich Personen mit hoher Selbstvertretungskompetenz am besten schützen können. Umgekehrt besteht das Risiko – die Coronapandemie hat das zum Ausdruck gebracht –, dass Menschen, die auf unterschiedliche Formen der Unterstützung angewiesen sind, die meisten Verluste erleiden. Dies betrifft sowohl materielle als auch immaterielle Verluste. Das wird dadurch verstärkt, dass vulnerable Gruppen zusätzlich das Risiko haben, weniger sichtbar, weniger hörbar zu werden und sie daher deutlich weniger wahrgenommen werden.

Unter den immateriellen Verlusten sind Teilhabemöglichkeiten, soziale Kontakte und die Ausübung von Freiheitsrechten zu nennen. Aus diesem Grund sind für eine resiliente Gesellschaft insbesondere Vorkehrungen und Schutzmaßnahmen für diese vulnerablen Gruppen zu treffen.

Vulnerable Gruppen sind häufig auf die Unterstützung von Pflege- und Betreuungspersonal angewiesen. Diese Personen sind aber selbst auch dem Krisenmanagement unterworfen und stehen möglicherweise in erhöhter Verpflichtung in den eigenen familiären Bezügen. Sie sind, um ihre Tätigkeit ausüben zu können, darauf angewiesen, dass Familienangehörige, ob jung oder alt, in gewohnter Weise versorgt und betreut werden können. Können die Systeme der Kinderbetreuung, der Schule oder der ambulanten Pflege nicht aufrechterhalten werden, schlägt dies auf vulnerable Personen besonders durch.

Finanzierung: Einrichtungen und Dienste der kirchlichen Träger der freien Wohlfahrtspflege hatten während der Pandemie erheblichen Mehraufwand und Mindereinnahmen zu tragen, wobei die Auslöser unterschiedlich waren. Angebotsformen wurden aus Infektionsschutzgründen geschlossen oder mussten wegen Hygieneauflagen oder Abstandsregeln zu einer viel geringeren Auslastung betrieben werden. Zusätzliche Schutzausrüstung musste beschafft werden. Aus Krankheits- oder Quarantänegründen musste zusätzliches externes Personal teuer eingekauft werden usw. Gerade kleinere Vereine und gemeinnützige Organisationen hatten dafür keinerlei Rücklagen.

In der Coronapandemie wurde sehr deutlich, dass das Vergütungs- und Pflegesatzrecht in den jeweiligen Sozialgesetzbüchern, also im Bundesrecht, nicht auf allgemeine, alle Akteure betreffende Krisensituationen ausgelegt ist. Stattdessen sieht es nur unter den Voraussetzungen der Unvorhersehbarkeit und Wesentlichkeit die Möglichkeiten einer sehr aufwendigen außerordentlichen Kündigung im Ausnahmefall und mit rechtlich hohen Hürden vor. Wenn aber eine vorher nicht absehbare und nicht kalkulierbare Krisensituation wie eine Pandemie oder aktuell die Energiepreiskrise eintritt, die letztendlich alle Einrichtungen trifft, dann ist das auf den Ausnahmefall ausgelegte Vergütungs- und Pflegesatzrecht überfordert, ebenso wie die einzelnen Akteure.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass aufgrund der Kommunalisierung bzw. des Fehlens der aufgelösten Landeswohlfahrtsverbände ein einheitliches Agieren und eine

einheitliche Sicherung der Mehraufwendungen und Mindereinnahmen während der Pandemie insbesondere in der Eingliederungshilfe nicht erkennbar war.

Auch bei der derzeitigen Energiepreiskrise ist die Kommunalisierung in Baden-Württemberg mit einer landesweit einheitlichen Lösung zur Sicherung des Betriebs von betroffenen Einrichtungen und Diensten überfordert. Im Land gibt es im Hinblick auf die Krisenfestigkeit der Daseinsvorsorge also erhebliche Verbesserungsnotwendigkeiten.

Empfehlungen und Handlungsanforderungen: In gesellschaftlichen Krisen ist eine gute soziale Absicherung mit einer guten Gesundheitsvorsorge und sozialer Infrastruktur unabdingbar. Diese Strukturen müssen finanziell krisenfest ausgestattet werden. Damit die soziale Infrastruktur der Daseinsvorsorge in aktuellen sowie zukünftigen Krisen landesweit abgesichert ist, muss das Land die Verantwortung steuernd übernehmen. Es muss eine Abkehr von den dysfunktionalen Zuständigkeiten zwischen Land, Landkreisen und Kommunen geben. Durch das Land muss sichergestellt werden, dass Mindereinnahmen und Mehraufwendungen, die mit der Coronapandemie oder auch mit der aktuellen Energiepreiskrise zusammenhängen, über die sozialrechtlichen Leistungsvergütungssysteme refinanziert werden. Unter Umständen sind auch landeseinheitliche und passgenaue Hilfsprogramme notwendig, insbesondere für Arbeitsfelder, bei denen die Refinanzierung nicht über leistungsrechtliche Strukturen möglich ist, wie z. B. bei Frauenhäusern, Beschäftigungsträgern oder Sozialkaufhäusern. Hier könnte beispielsweise ein Landeshilfsfonds aufgelegt werden, der Mindereinnahmen und Mehraufwendungen verwaltungsmäßig refinanziert und die bewährte soziale Infrastruktur damit finanziell absichert.

Die Steuerungsverantwortung ist in Krisenzeiten bei der Landesregierung zentral zu stärken. Um nicht erst im Krisenfall unter hohem zeitlichen Druck getrieben zu sein, erscheint es sinnvoll, den Sicherungsauftrag des Landes dauerhaft gesetzlich zu verankern, unter Umständen auch mithilfe von vorgefertigten Musterkonzepten. Die durch die kirchlichen Träger der freien Wohlfahrtspflege bereitgestellte soziale Infrastruktur sollte insgesamt besser auf dem Schirm der politisch Verantwortlichen sein. Sozialwirtschaft ist ein bedeutender Faktor sozialer Infrastruktur, der Daseinsvorsorge in Baden-Württemberg.

Beispielhaft ist das Feld Hospiz zu nennen. Ambulante Hospizdienste begleiten unheilbar erkrankte, sterbende Menschen in den letzten Monaten oder Wochen ihres Lebens. Die Mitarbeitenden und Ehrenamtlichen entlasten und unterstützen Betroffene und ihre Angehörigen. Dies erfolgt in enger Absprache mit anderen Diensten, z. B. mit einem Pflegedienst. Manchmal ist eine palliative Versorgung von Schwerstkranken und sterbenden Menschen zu Hause nicht oder nur begrenzt möglich. Dann stehen stationäre Hospize und Palliativstationen – gegebenenfalls auch im Wechsel mit ambulanter Versorgung – zur Verfügung.

In Baden-Württemberg gibt es rund 36 stationäre Hospize, darunter viele in der Trägerschaft der Caritas und der Diakonie. Weitere sind in Planung. Im Mittelpunkt der

stationären Hospizversorgung stehen die schwerstkranken Menschen mit ihren Wünschen und Bedürfnissen. Ein stationäres Hospiz arbeitet unabhängig vom Krankenhaus oder einer Pflegeeinrichtung und betreut Schwerstkranke mit absehbarem Lebensende. Eine ganzheitliche Pflege und Versorgung durch haupt- und ehrenamtliche Mitarbeitende in Zusammenarbeit mit palliativmedizinisch erfahrenen Ärztinnen und Ärzten steht im Vordergrund. Die Zahl der Betten ist gering. Aufgenommen werden Menschen, die an einer Erkrankung leiden, die fortschreitend verläuft und deren Heilung ausgeschlossen ist. Die Leistungen des Hospizes sind für die Patientin bzw. den Patienten kostenfrei. Die Finanzierung des Aufenthalts läuft über die Krankenkasse und Pflegeversicherung.

In der Hospizarbeit sind zahlreiche hoch qualifizierte Ehrenamtliche tätig. Manche ambulante Hospizdienste werden fast ausschließlich von diesen Ehrenamtlichen betrieben. Das Feld der ambulanten Hospizdienste in Baden-Württemberg ist sehr vielfältig aufgestellt, und jeder Dienst hat sich aus den lokalen und/oder regionalen Bedarfen heraus entwickelt.

Durch die neue Regelung der finanziellen Förderung der ambulanten Hospizdienste sind inzwischen viele dieser eigenständigen Hospizdienste in ihrer Existenz bedroht, da sie den stark vereinheitlichenden Schemata der Gesetzesänderung nicht entsprechen bzw. diese die Vielfalt nicht abbilden. Um einem drohenden Mangel an hospizlicher Versorgung entgegenzuwirken, muss daher die Sicherung der vielfältigen Hospizlandschaft gestärkt werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Bischof Gohl. – Dann machen wir weiter mit Herrn Frank Dittrich, dem stellvertretenden Amtsleiter des Landesamts für Verfassungsschutz und Leiter der Abteilung „Rechtsextremismus, Terrorismus, Reichsbürger und Selbstverwalter“ mit Sitz in Stuttgart. – Bitte.

(Eine Präsentation [Anlage 6] wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Dittrich: Herr Vorsitzender, sehr geehrte Mitglieder der Enquetekommission, sehr geehrte Abgeordnete! Herr Salomon hat mich bereits vorgestellt. Ich darf mich zunächst einmal bei Ihnen für die Einladung bedanken. Ich freue mich sehr, dass ich heute als Vertreter des Landesamts für Verfassungsschutz zu diesem Thema sprechen darf.

Sie werden sich vielleicht die Frage gestellt haben: Was hat der Verfassungsschutz mit gesellschaftlichen Krisen zu tun? Sicherlich ist das ein Thema, bei dem man nicht

an erster Stelle an Extremismusbekämpfung, Terrorismusaufklärung oder Spionageabwehr denkt. Krisen können jedoch die Entwicklung extremistischer Bestrebungen befördern, und Extremisten wiederum befeuern gesellschaftliche Krisen. Derartige Wechselwirkungen sind nicht von der Hand zu weisen.

Unter Extremisten wird die staatliche Krise, der Tag des Systemzusammenbruchs, der sogenannte Tag X, förmlich herbeigesehnt, und manche arbeiten auch daran, ihn aktiv herbeizuführen. Wir schätzen das extremistische Personenpotenzial in Deutschland auf sage und schreibe 0,2 % der Gesamtbevölkerung. Das erscheint zunächst sehr wenig. Auf der anderen Seite darf man das Wirkungspotenzial extremistischer Kräfte in der Gesellschaft nicht unterschätzen.

Krisen jedweder Art können sehr schnell zu einer Bedrohung auch für unsere Demokratie werden. Daher lohnt sich meines Erachtens durchaus auch ein Blick auf die Entwicklung extremistischer Bestrebungen – hier beispielhaft auch während der Coronapandemie –, um daraus Schlüsse für die Zukunft zu ziehen. Das würde ich Ihnen gern anhand von sechs Thesen aus Sicht des Verfassungsschutzes und dort der Extremismusbeobachtung darstellen.

These 1: Die Coronapandemie hat neben demokratisch legitimem Protest ein bisher nicht bekanntes Maß an Staatsfeindlichkeit zutage gefördert.

Sicherlich kann man sagen – das ist ja letztlich auch Ausgangspunkt der Arbeit der Enquetekommission –, dass die Coronaprotestbewegung die Polarisierung der Gesellschaft befördert hat. Nicht nur, dass eine Kluft zwischen Gegnern und Befürwortern staatlicher Schutzmaßnahmen entstanden sind, es sind auch bisher nicht dagewesene Allianzen zwischen Extremisten und Nichtextremisten entstanden. Die Coronaprotestbewegung hat zugleich dem Reichsbürgermilieu einen massiven Aufschwung, einen Auftrieb gegeben und gleichzeitig auch eine völlig neue Erscheinungsform des Extremismus mit einer sehr hohen Anschlussfähigkeit bis weit in nicht extremistische Gesellschaftsteile hinein befördert. Diese neue Form, auf die ich später noch einmal genauer eingehen werde, ist geprägt durch ein erhebliches Maß an Staatsfeindlichkeit und eine signifikante Nähe zu Verschwörungserzählungen.

Was wir auch feststellen mussten, ist eine deutliche Wechselwirkung mit Einflussnahmeversuchen ausländischer autoritärer Regime. Explizit ist hier seit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine Russland zu nennen. Man muss feststellen, dass in Deutschland auch gezielt russische Desinformation betrieben wird, die diese Polarisierung der Gesellschaft letztlich verstärkt und auf eine Verunsicherung der Menschen abzielt.

Im Ergebnis kann man sagen: Der in Teilen beschworene „Heiße Herbst 2022“ oder der „Wutwinter“, wie es beschrieben wurde, sind ausgeblieben. Die Protestthemen variieren, aber die Akteure sind jedenfalls in Teilen geblieben.

These 2: Diese Polarisierung ist nicht aus dem Nichts entstanden und ist nicht so spontan, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Der Vertrauensverlust in die Demokratie ist über die vergangenen Jahre gewachsen.

Wir haben es – das war, soweit ich es verfolgen konnte, auch Thema des heutigen Vormittags – mit einer Zunahme der Politikverdrossenheit zu tun, die sicherlich über die Jahre hinweg gewachsen ist. Wir verspüren eine distanzierte, zum Teil kritische bis feindselige Haltung gegenüber dem demokratischen System und einen Vertrauensverlust in den Staat insgesamt.

Ich würde auch hier gern eine Parallele zu der im Laufe des Tages schon genannten Flüchtlingskrise 2015/2016 und zu dem Erstarken der damaligen PEGIDA-Bewegung ziehen. Auch damals musste man eine deutliche Zunahme an Demonstrationen und Agitation im Internet feststellen, damals vor allem fremdenfeindlich geprägt, in Teilen staatsfeindlich, während der Coronaproteste primär und fast ausschließlich als staatsfeindliche Agitation. Wir hatten es auch damals mit einer Solidarisierung von Teilen des bürgerlichen Spektrums zunächst mit dem extremistischen – damals vor allem primär rechtsextremistischen – Spektrum, vor allem in den ostdeutschen Bundesländern, zu tun. Wir hatten eine Zunahme an politisch motivierten Straf- und Gewalttaten zu verzeichnen, primär durch Personen, die zuvor weder verfassungsschutzrelevant noch durch politisch motivierte Kriminalität jemals in Erscheinung getreten waren. Man muss also konstatieren: Derartige Krisen machen es Extremisten leicht, weiter in die demokratische Mitte vorzudringen oder Teile der Mitte quasi herauszubrechen.

Im Ergebnis auch hier: Die Coronaproteste waren aus meiner Sicht nicht Ursprung, sondern ein Kulminationspunkt einer wachsenden Entfremdung von der repräsentativen Demokratie.

These 3: Die Proteste gegen die Coronamaßnahmen waren Türöffner für Extremisten und Radikalisierungsbeschleuniger in einem.

Man muss sicherlich sagen, dass die Proteste ein willkommenes Einfallstor für eine gezielte staatsfeindliche und delegitimierende Propaganda waren. Es kam zu einer raschen Zunahme an extremistischen Verschwörungserzählungen. Das Thema QAnon ist heute Vormittag auch schon genannt worden. Aber es gibt auch andere Verschwörungserzählungen alter und neuer Art, wie z. B. von der angeblich zielgerichteten Dezimierung der Bevölkerung. Hinzu kam, dass Reichsbürgernarrative letztlich auf einen fruchtbaren Boden innerhalb der Protestbewegung fielen. Die Reichsbürgerbewegung, das Milieu als solches, basiert im Großen und Ganzen auf einer Verschwörungsideologie, nämlich der Erzählung von einem nicht existenten oder nicht legitimierten Staat, einer nicht legitimierten Bundesrepublik, sodass dies dann eine weitere Argumentationsbasis war, sich staatlichen Anordnungen widersetzen zu können.

Ein besonders radikales Beispiel ist die Gruppe um den Prinzen von Reuß. Sie erinnern sich an die doch umfangreichen Festnahme- bzw. Durchsuchungsaktionen Ende

letzten Jahres; weitere folgten. Man kann sagen, dass hier eigentlich ein Extrembeispiel von Personen festzustellen ist, die sich mit Umsturzplänen – auch mit gewaltbezogenen Umsturzplänen – befassen und die sich letztlich auf einer ideologischen Basis aus einem Konglomerat aus der QAnon-Ideologie und Reichsbürgernarrativen speisen.

Man muss sicherlich auch feststellen, dass sich die Protestbewegung gegen die Corona-Maßnahmen in Teilen auch aus sich selbst heraus radikalisiert hat. Jedenfalls gilt das für die Führungsebene von „Querdenken-711“, wo nach der anfänglichen Forderung nach einer Wiederherstellung der Grundrechte zunehmend reichsbürger- und verschwörungstypische Argumentationsmuster, Vergleiche mit der NS-Diktatur und dem Holocaust Platz griffen.

Als gemeinsamer Anknüpfungspunkt hat sich letztlich die Agitation gegen den Staat herauskristallisiert. Es ist aus unserer Sicht dann auch – Sie sehen es hier als „verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“ beschrieben – aus diesen verschwörungsideologischen, staatsfeindlichen Narrativen eine neue Form des Extremismus entstanden, die sich eben nicht mehr unter die herkömmlichen Formen wie Rechtsextremismus, Reichsbürger und dergleichen fassen lässt. Deswegen haben wir damals auch intensiv auf das Bundesamt für Verfassungsschutz bzw. im Verfassungsschutzverbund darauf hingewirkt, diesen Phänomenbereich einzurichten.

Mir ist es an dieser Stelle wichtig – deswegen möchte ich darauf ein wenig ausführlicher eingehen –, dass dieser Phänomenbereich, der heute Morgen, glaube ich, auch schon einmal genannt wurde, subsidiär ist. Wir gehen nur dann davon aus, dass es sich um Extremismus einer besonderen Art und Weise handelt, wenn er sich nicht ohnehin bereits in anderen Extremismuserscheinungen abbildet. Es wird vielleicht auch aus der Definition deutlich, dass man hier immer auch eine Erheblichkeitsschwelle sehen muss. Es ist klar – das gilt dann natürlich auch aus Sicht des Verfassungsschutzes –, dass nicht jede missliebige, kritische, feindselige Einstellung, Haltung oder Meinungsäußerung gegenüber dem Staat eine Verfassungsschutzrelevanz aufweisen kann und darf, sondern hier muss eine Schwelle überschritten sein, indem letztlich versucht wird, das Vertrauen in das staatliche Gemeinwesen, in die Demokratie insgesamt zu untergraben und dadurch die Funktionsfähigkeit zu beeinträchtigen.

Ich habe Ihnen in meiner Präsentation vier Beispiele genannt. Das eine ist eine vor allem systematische Verächtlichmachung des Staates und seiner Repräsentanten durch systematische, zielgerichtete, planmäßige Beschimpfungen, Verdächtigungen und Verleumdungen, Aufrufe zu Widerstandshandlungen gegen den Staat, was wir immer wieder während der Coronaproteste gerade im Internet verzeichnen mussten, Gewaltdrohungen bis hin zu Mordaufrufen gegen Vertreter der parlamentarischen Demokratie und auch Blockade- und Sabotageaktionen gegen staatliche und Infrastruktureinrichtungen.

These 4: Es vollzieht sich seit geraumer Zeit eine inhaltliche und personelle Entgrenzung der demokratischen Mehrheitsgesellschaft hin zum Extremismus.

Das klingt zunächst einmal sehr hart. Ich will es auch gleich einschränken: jedenfalls in Teilen der demokratischen Mehrheitsgesellschaft. Hier darf man auch nicht alles über einen Kamm scheren. Auch hier würde ich gern wieder die Parallele zur Flüchtlingskrise in den Jahren 2014/2015 ziehen, als sich gezeigt hat, dass der antitotalitäre Konsens des Grundgesetzes, keine gemeinsame Sache mit Extremisten zu machen, in Teilen oder zunehmend aufgeweicht wurde. Extremisten wurden damals wie auch jetzt während der Coronaprotestbewegung bei den Protesten geduldet und willkommen geheißen. Zum Teil wurde ihre Propaganda akzeptiert und auch übernommen.

Es sind Mischszenen entstanden – vor allem auch in den sozialen Netzwerken –, indem sich Personen, die bislang in keiner Weise mit extremistischen Gruppierungen in Erscheinung getreten waren, radikalisiert haben, und das zum Teil in sehr kurzer Zeit. Es ist auch nicht nur in Bezug auf Personen, sondern auch in Bezug auf die Inhalte zu einer Übernahme extremistischer Argumentationsmuster in Teilen der Mehrheitsgesellschaft des bürgerlichen Spektrums gekommen, sodass man hier durchaus auch von einer inhaltlichen Entgrenzung sprechen kann.

Welches sind die denkbaren Ursachen? Wir sind da natürlich dann relativ schnell in einem Bereich der Spekulation, aber manches ist vielleicht auch naheliegend. Das eine ist eine aufgrund dieser vorhin beschriebenen Distanz oder Politikverdrossenheit bereits gewachsene höhere Empfänglichkeit für gegen den Staat gerichtete rechtsextremistische oder extremistische Argumentationsmuster. Das andere mag aber vielleicht auch zutreffen: dass diese Krisen eine bereits existente Empfänglichkeit schneller und deutlicher sichtbar machen. Sicherlich spielt hier auch die Wirkung einer langjährigen bzw. zielgerichteten Diskursverschiebung aus dem Bereich der „Neuen Rechten“ eine Rolle, wo im Prinzip seit einigen Jahren versucht wird, Repräsentanten oder den Staat als solchen zu diffamieren oder bloßzustellen. Auch das mag vielleicht zu nachhaltigen Effekten geführt haben. Wir verzeichnen auch eine effektive Nutzung der neu entstandenen Plattformen der Protestbewegung durch das Reichsbürgermilieu.

Das Nächste, was das Internet und die sozialen Netzwerke angeht, möchte ich nur kurz streifen, weil ich denke, dass das bereits zur Genüge thematisiert worden ist. Hier spielen natürlich Effekte mit hinein, die für den Extremismus genauso wie für die gesamte bürgerliche Gesellschaft und das demokratische Spektrum gelten.

These 5: Verschwörungserzählungen haben Hochkonjunktur. Sie können Radikalisierungen auslösen und den Boden für Gewalt bereiten.

Die Coronaproteste haben eine besondere Empfänglichkeit vieler Menschen für Verschwörungserzählungen sichtbar gemacht. Nach einer Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung aus dem Jahr 2020 waren schon damals bis zu 30 % der Menschen in Deutschland offen für Verschwörungserzählungen. 11 % werden als überzeugte

Verschwörungstheoretiker bezeichnet. Das mag sich in den letzten Jahren noch erhöht haben. Die Protestbewegung gegen die Coronamaßnahmen hat eine gemeinsame Plattform geschaffen, hat Ideologieelemente verschmolzen und vor allem auch ein gemeinsames Feindbild erzeugt.

Verschwörungsmythen bieten – wie extremistische Ideologien auch – vermeintlich einfache Lösungen für komplexe Probleme und bieten insbesondere aufgrund der propagierten Feindbilder ein hohes Gefahrenpotenzial. Wir hatten es in den letzten Jahren auch immer wieder mit Tötungs- und Körperverletzungsdelikten zu tun, die letztlich auf verschwörungsideologische Grundlagen zurückzuführen sind. Das rührt daher, dass Verschwörungsideologien häufig die vermeintliche Rechtfertigung für entsprechende erhebliche oder auch gewaltbezogene Widerstandshandlungen bis hin zu tödlichen Gewaltanwendungen bieten. Sie sind insoweit sowohl Radikalisierungsauslöser als auch Radikalisierungsbeschleuniger.

These 6: Auch nach dem Ende der Pandemie ist ein Kern an Staatsdelegitimierern geblieben. Die Themen sind austauschbar, die Krise ist ihr Lebenselixier, und die Anschlussfähigkeit ihrer Agitation ist und bleibt auch für die Zukunft hoch.

Wir haben es mit neuen extremistischen Phänomenen zu tun, die eine weitaus höhere Anschlussfähigkeit für die bürgerliche Mitte zu haben scheinen, als der bisher bekannte althergebrachte Rechtsextremismus dazu in der Lage war. Schon während der Pandemie haben die Agitatoren aus diesen Extremismusefeldern nach weiteren Themen gesucht – die Flutkatastrophe im Ahrtal, der Krieg in der Ukraine, die Energieversorgung, die Inflation –, und dabei wurde ganz bewusst an die Coronaprotektbewegung angedockt. Die Proteste waren letztlich Basis für ein hohes Konflikt- und Aggressionspotenzial, das durch gruppensdynamische Prozesse sowohl in den sozialen Netzwerken als auch vor Ort bei den Demonstrationen verstärkt wurde. Es sind neue Kommunikationswege, Plattformen, Formate und Mobilisierungspotenziale entstanden, auf die – und damit müssen wir rechnen – auch Extremisten in Zukunft zurückgreifen werden. Das zeichnet sich jetzt ebenfalls bei den Themen Klimaschutz, Migration, äußere Sicherheit ab, und das wird uns auch noch in Zukunft beschäftigen.

Damit wäre ich schon beim zweiten Teil meines Vortrags, nämlich bei der Frage: Was tun? Ich würde das gern dreiteilen, und zwar einerseits in das, was jeder Einzelne von uns tun kann oder sollte, zum anderen in das, was das Landesamt für Verfassungsschutz tun kann, und letztlich in das, was wir als Staat oder Gesellschaft insgesamt tun können.

Sicherlich – das gilt letztlich für jeden Einzelnen von uns, für jede Bürgerin und für jeden Bürger – sollte man seine eigene demokratische Verantwortung ernst nehmen, also Kritik mit demokratischen Mitteln üben, keine gemeinsame Sache mit Extremisten machen und sich von Verfassungsfeinden und von Gewalt distanzieren, aber – das ist mir auch wichtig – auf der anderen Seite die Meinungen anderer, die Meinungen der Minderheiten, Andersdenkender, auch radikale Meinungen nichtsdestotrotz ernst

nehmen. Es hilft nicht weiter, zu stigmatisieren oder zu polemisieren, andere als „rechtsextrem“, als „Schwurbler“ oder als „Covidioten“ zu bezeichnen. Das ersetzt sicherlich keine sachlich-inhaltliche Auseinandersetzung, sondern ich denke, man muss hier die Beweggründe, die Sorgen und die Nöte der Menschen, ihre Ängste, aber auch ihre Vorurteile ernst nehmen.

Was tun wir? Ich hatte es vorhin beschrieben. Extremismusbeobachtung und Terrorismusaufklärung ist unser Auftrag. Dazu gehören natürlich auch die Beobachtung ausländischer staatlicher Einflussnahmeversuche und auch die Aufgabe, Radikalisierungsentwicklungen möglichst frühzeitig zu erkennen und die zuständigen Stellen zu unterrichten. Ich denke, in Bezug auf die Coronaproteste haben wir sehr früh sowohl die Landesregierung und das Parlament als auch die Öffentlichkeit über die Einflussnahmeversuche von Extremisten und die Radikalisierungen aus der Coronaprotestbewegung heraus informiert, darauf hingewiesen und sensibilisiert. Aber es war mir von Anfang an immer wichtig, deutlich zu machen, dass wir es nicht insgesamt mit einer extremistischen Bewegung zu tun haben, sondern dass der extremistische Teil dieser Protestbewegung letztlich der verschwindend kleinste Teil ist und dass es hier im Prinzip nur um einen Bruchteil derer geht, die auf der Straße protestieren. Es können nicht alle über einen Kamm geschoren werden.

Vielleicht einfach nur der Vollständigkeit halber: Wir wirken natürlich bei anderen Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen mit und arbeiten auch in der Taskforce des Kabinettsausschusses „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ mit. Wir sind zusammen mit dem Demokratiezentrum und auch mit konex in das Präventionsnetzwerk des Landes eingebunden und versuchen, hier als Informationsdienstleister einen kleinen Beitrag zu leisten.

Der Staat als solcher ist natürlich insgesamt gefordert, also nicht nur der Verfassungsschutz, sondern auch andere staatliche Stellen. Auf dieser Folie sehen Sie eine Zusammenfassung von möglichen staatlichen Maßnahmen, aber eben alle repressiver Art und Weise, ob das jetzt die Ahndung von Straftaten, das Einwirken auf Provider, Inhalte zu löschen – da tut man sich bei manchen, wie z. B. Telegram, ja sehr schwer –, oder die Entwaffnung von Extremisten ist. Natürlich ist auch Sorge dafür zu tragen, dass es im öffentlichen Dienst – insbesondere in den Sicherheitsbehörden – keine Extremisten gibt.

Aber das ist nur die eine Seite der Medaille. Es geht natürlich auch darum, dass der Staat insgesamt – damit meine ich die Politik, die Parteien und die Regierungen von Bund und Land – verantwortlich kommunizieren und Vertrauen in die Institutionen des Staates schaffen muss, indem Politik nachvollziehbar betrieben wird und die Entscheidungsgründe transparent offengelegt werden. Das gilt natürlich insbesondere in Krisenzeiten. Ich denke, das ist eine der besten Möglichkeiten, um den potenziellen Adressatenkreis extremistischer Propaganda zu reduzieren.

Natürlich ist es auch wichtig, der illegitimen Einflussnahme fremder Staaten durch Desinformation entgegenzuwirken. Da mache ich jetzt einmal kurz ein bisschen Werbung in eigener Sache. Wir haben eine Reihe von Informationsblättern zum Wirtschaftsschutz. Es gibt ein Informationsblatt mit dem Titel „Was tun gegen Desinformation?“, das im April 2023 herausgegeben wurde. Darin sind einige Handlungsempfehlungen enthalten. Das können Sie gern auf unserer Homepage nachlesen. Letztlich geht es darum, frühzeitig, schnell und kommunikativ mit Fakten auf Desinformation zu reagieren, und zwar adressatenorientiert, verständlich und nachvollziehbar, um vor allem die Tatsache der Desinformation als solche offenzulegen.

Gleiches gilt aus unserer Sicht aber auch für den Umgang mit Verschwörungserzählungen. Es geht darum, Komplexität zu reduzieren und Informationen zur Verfügung zu stellen, aber vor allem auch darum – ich meine, das ist ein wichtiger Punkt –, die versteckte Agenda von Verschwörungserzählungen offenzulegen. Den Urhebern von derartigen Verschwörungsmymen geht es häufig nicht wirklich um die Wahrheit, sondern es geht um Selbstdarstellung, um Wichtigtuerei, um Geschäfte, um Geldmachen, um das Generieren von Klicks im Internet und zum Teil um gezielte Stimmungsmache gegen Minderheiten. Ich denke, insoweit muss man immer einen sehr kritischen Blick auf diese Behauptungen werfen.

Das Stichwort Medienkompetenz ist schon des Öfteren gefallen. Hier möchte ich Ihren Fokus eigentlich nur auf einen Aspekt lenken, nämlich auf die Frage, wer denn die Zielgruppe ist. Vorhin klang schon einmal die Frage an, wo man denn bei Präventionsprogrammen – insbesondere im Bereich des Extremismus – andocken sollte. Üblicherweise sind das die Altersgruppen der heranwachsenden jungen Erwachsenen, egal, ob es jetzt im Bereich des Islamismus oder Rechtsextremismus ist.

Werfen wir einmal einen Blick auf die Altersstruktur der Reichsbürger, die wir erfasst haben. Bei uns in Baden-Württemberg sind zwischenzeitlich ungefähr 3 800 Personen erfasst. Der größte Teil der Reichsbürger ist in der Alterskohorte zwischen 50 und 69 Jahren zu finden. An diese Alterskohorte kommen Sie mit Präventionsprogrammen, die für junge Menschen sicherlich geeignet sind und die auch notwendig sind, nicht heran – ich glaube, das ist illusorisch –, sondern da bedarf es wahrscheinlich anderer Überlegungen und anderer Beratungshilfeangebote. Ich denke, es ist wichtig, hier einerseits die Angehörigen, das Umfeld, aber auch die Verschwörungsgläubigen selbst zu sehen. Dafür sind wir, der Verfassungsschutz, natürlich nicht der richtige Ansprechpartner. Aber ich denke, es ist wichtig, dass man sowohl staatliche als auch zivilgesellschaftliche Akteure fördert, die sich auf diesem Feld betätigen.

Abschließend: Schaffung staatlicher und gesellschaftlicher Resilienz. Wie ich eingangs gesagt hatte, bergen solche Krisen wie die Coronapandemie auch Gefahren in jeder Hinsicht für die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Man sollte sich wie bei der Vorsorge für Krisen anderer Art nicht darauf beschränken, es dem Staat zu überlassen, sondern auch die Bürger mit in die Verantwortung nehmen, also ein Bewusstsein dafür schaffen, dass jeder Einzelne von uns unabdingbarer Bestandteil eines

demokratischen Gemeinwesens ist und auch gemeinsam Verantwortung für die Werte trägt, die uns wichtig sind. Es geht also darum, Akzeptanz für staatliche Maßnahmen zu schaffen. Das stärkt die Demokratie, und das macht dann auch immun gegen Extremismus. Wir brauchen auf der einen Seite sicherlich Präventionsprogramme gegen Extremismus; das ist richtig und wichtig und muss fortgesetzt werden. Aber ich meine, wir brauchen auch eine Art Imagekampagne für die Demokratie.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dittrich. – Dann kommen wir jetzt zur Fragerunde. Für die Fraktion GRÜNE hat sich Herr Abg. Köhler gemeldet.

Abg. Erwin Köhler GRÜNE: Lieber Herr Gohl, lieber Herr Dittrich, danke, dass Sie heute bei uns sind. Ich fange direkt mit den Fragen an.

Ich beginne mit Fragen an Sie, Herr Dittrich. Vielen Dank für Ihren Vortrag, der uns und auch mich persönlich in einigen Vermutungen und Wahrnehmungen während der letzten drei Jahre bestätigt. Natürlich stellen wir uns genau die Fragen, die Sie hier aufgeworfen haben, als Beobachtungen und auch als Tatsachen, vor denen wir stehen. Dazu möchte ich Sie ganz konkret fragen.

Heute geht es ja um das Thema Polarisierung. Der politische Diskurs passiert auch auf Parteebene. Wie schätzen Sie es – bezogen auf Ihre Beobachtungen – ein, wenn einzelne Parteien tatsächlich einen Schulterchluss mit denjenigen wagen, die auf die Straße gehen, zum Teil legitimiert, zum Teil eben nicht? Da ist ja eine gewisse Vermischung geschehen. Ich glaube, das war zum Teil auch Absicht. Das macht es dem demokratischen Spektrum dann tatsächlich schwer, aufklärend voranzugehen, weil man sich in eine Opferrolle begibt und uns Zensur vorwirft. Natürlich wollen wir das Narrativ der Demokratie prägen und erzählen. In den vorangegangenen Sitzungen der Enquetekommission wurde es uns ans Herz gelegt, im digitalen Raum sozusagen gegen einen verschwörerischen Narrativ anzukämpfen und für die Wahrheit zu sorgen. Ich glaube, wir brauchen Ressourcen, um das auch gut machen zu können.

Herr Gohl, Kirchen verändern sich ja im Laufe der Zeit in dem Sinn, dass sie weniger Mitglieder haben. Das ist ja leider erwiesenermaßen so. Wo sehen Sie die Chancen – vielleicht auch mit dem Learning aus der Krise, was wir jetzt innerhalb multipler Krisen zusätzlich bewältigen –, auch innerhalb der Stadtgesellschaft früh anzusetzen und sichtbar zu sein? Wie kann sich die Kirche öffnen, um doch viele Teile der Gesellschaft zu erreichen? Was tut sie bereits? Aber vielleicht sind dann doch auch Kleinigkeiten wichtig. Ein Beispiel: Es wurden Vergleiche zur Geflüchtetenkrise 2015 angestellt. Da waren die Kleinigkeiten bei den Nennungen, also wie etwas hieß, schon total wichtig. Erst gab es den Ökumenischen Arbeitskreis Asyl. Da waren dann irgendwann nur noch

zehn Leute. Dann hat man das Wort „Ökumenisch“ weggelassen, und plötzlich waren es 40 oder 50. Sind Ihnen diese Details bewusst? Arbeiten Sie daran? Denken Sie darüber nach?

Vielen Dank.

Abg. Dr. Natalie Pfau-Weller CDU: Zunächst einmal auch von unserer Seite herzlichen Dank für die Ausführungen.

Der erste Punkt schließt ein wenig an die Ausführungen des Kollegen Köhler an. Auch mich und uns schmerzt es, dass gerade in solchen Krisenzeiten die Kirchen, die in der Vergangenheit eigentlich sehr oft ein Anker waren und den Menschen mit der Seelsorge auch Halt gegeben haben, es im Moment gerade irgendwie nicht richtig schaffen, den Menschen diesen Halt zu bieten oder Trost zu spenden. Das beobachten auch wir. Wir hatten ja schon einmal einen Austausch und denken gern darüber nach, wie wir es wieder gemeinsam schaffen können, dass dieser wichtige Beitrag der Seelsorge von den Kirchen noch stärker geleistet werden kann. Auch die Kirche befindet sich in einem Reflexionsprozess, auf welche Themen sie sich denn zurückbesinnen sollte oder könnte. Das ist eher nur ein Statement von mir.

Dann habe ich noch zwei Fragen. Sie hatten wegen der dysfunktionalen Kompetenzen auf den Ebenen landeseinheitliche Förderprogramme angeregt. Hätten Sie dazu einen Vorschlag? Sollte man alles eher zentral vom Land aus steuern, oder sollte man die Kompetenzen einfach besser abgrenzen?

Wie schaffen wir es, die Vielfalt in Bezug auf die ambulanten Hospizdienste sicherzustellen? Was müsste jetzt noch geändert werden? Gäbe es angesichts der Neuregelung überhaupt die Möglichkeit einer Änderung?

Herr Dittrich, ich fand das, was Sie zur gezielten Desinformation durch autoritäre ausländische Regime gesagt haben, ausgesprochen spannend. Gibt es da unterschiedliche Kanäle? Ist also festzustellen, dass unterschiedliche Regime unterschiedliche Kanäle oder auch unterschiedliche Herangehensweisen nutzen?

Sie hatten dargestellt, dass nach dem Ende der Coronapandemie nur ein Bruchteil an extremen Staatsdelegitimierern übriggeblieben sei. Ab welcher Gruppengröße wird der Verfassungsschutz tätig, bzw. ab wann muss man weitere Maßnahmen ergreifen? Gibt es dafür eine Art interne Matrix, oder gibt es irgendwelche Kriterien?

Ich fand Ihre Darstellung möglicher weiterer Betätigungsfelder, die sich abzeichnen, interessant. Gibt es dazu irgendwelche Erkenntnisse, dass sich je nach unterschiedlichem Thema auch eine unterschiedliche Intensität des Extremismus ausprägt oder dass sich unterschiedliche Kanäle ausprägen, oder kann man sagen, dass sich diese

Gruppierung, die Verschwörungsmymthen anhängt, gleichermaßen – egal, um welches Thema es sich handelt – äußert und dass es sich auf den gleichen Kanälen abspielt?

Wie können wir die Verschwörungserzählungen offenlegen, wenn wir nicht Teil dieser Kommunikationskanäle sind? Das habe ich mich schon öfter gefragt. Wir hatten auch schon einmal Threema-Gruppen und auch die anderen Gruppen angesprochen und festgestellt, dass sich auch ältere Gruppen radikalieren können. Wenn man nicht Teil dieser Gruppe ist, dann weiß man ja nichts von diesen Gruppen. Wie schaffen wir es denn, überhaupt darauf einzuwirken? Welche Möglichkeiten gibt es da?

Herzlichen Dank.

Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD: Sehr geehrter Bischof Gohl, zunächst einige Rückfragen an Sie.

Ich würde als Sozialpolitikerin ein wenig anders starten. Sie haben auch über Geld gesprochen. Ich möchte mich einfach einmal – ich glaube, auch im Namen des Landtags – generell für die zusätzlichen Mittel aus der Kirchensteuer bedanken, die Sie über Diakonie und Caritas in zusätzliche Sozialleistungen gegeben haben. Das war ein wirklich wichtiger Beitrag der Kirchen, gerade auch, wenn wir immer wieder an den Punkt kommen, wie begrenzt unsere Mittel sind. Aber das war auf jeden Fall sehr wertvoll.

Auch ich würde – ebenso wie Frau Pfau-Weller – gern noch mal auf die Frage der Steuerungsfähigkeit des Landes in der Sozialpolitik zu sprechen kommen, weil sich das in Teilen mit dem deckt, was wir auch intern diskutieren. Das waren sehr klare Worte von Ihrer Seite. Es hat mich überrascht, dass es da eine so klare Forderung gibt, weil Sie offensichtlich sagen: So, wie es im Moment läuft, wird es schwierig. Sie haben das Beispiel der Eingliederungshilfe genannt. Ich nehme an, Sie meinen, dass es an der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes hapert. Deswegen würde ich gern noch mehr zu diesem Punkt von Ihnen hören. Vielleicht gibt es da konkretere Vorstellungen. Welche Bereiche meinen Sie insbesondere? Wo bedarf es einer stärkeren Steuerung durch das Land in diesen sozialen Bereichen? Vielleicht haben Sie auch schon eine Vorstellung davon, wie das aussehen könnte. Wenn ja, wären wir dafür sehr dankbar.

Sie haben vom Verlust des Vertrauens in staatliche Institutionen gesprochen, was zum Teil auch mit dem Vertrauensverlust in die Kirchen korreliert. Sie haben über die Selbstbeschränkung staatlicher Stellen gesprochen. Gibt es darüber hinaus vielleicht noch weitere Ansätze? Es ist ja einer der wesentlichen Punkte, die uns hier ganz grundsätzlich beschäftigen: Wie kann Vertrauen wiederhergestellt werden? Vielleicht haben Sie dazu Ideen oder können sagen, welches aus Ihrer Sicht die zentralen Bereiche sind.

Dann hätte ich auch noch einige Fragen an Herrn Dittrich. Ganz konkret würden mich die Erfahrungswerte aus der Arbeit in der Taskforce „Entschlossen gegen Hass und Hetze“ interessieren. Gibt es da schon irgendwelche Ergebnisse oder eine Evaluation?

Würden Sie der Aussage zustimmen, dass ein ganzheitlicher Ansatz in der Extremismusprävention erforderlich ist, mit dem insbesondere Präventionsangebote, Ausstiegskonzepte und eine gezielte Ansprache stärker als bislang verfolgt werden können? Die gezielte Ansprache bezieht sich vor allem auf Menschen, die in verfassungsfeindliche, verfassungskritische Kreise abdriften. Wenn ja, würde mich Ihr Blick auf konnex interessieren. Es wird häufig gesagt, dass es mehr Mittel für die Extremismusprävention braucht. Wie sehen Sie das?

Laut Antwort auf eine Große Anfrage meiner Fraktion aus dem Jahr 2021 gab es in Baden-Württemberg 21 Reichsbürger mit staatlicher Erlaubnis, Schusswaffen besitzen zu dürfen. Sie haben in Ihren Empfehlungen die Entwaffnung von Extremisten als einen wichtigen Punkt aufgeführt. Deshalb würde mich natürlich interessieren, ob Sie sagen können, wie sich diese Zahl verändert hat, also ob sie zu- oder abgenommen hat. Gibt es dazu aktuelle Zahlen?

Schließlich sind Sie auf die Medienkompetenz zu sprechen gekommen. Aus zahlreichen Studien ergibt sich, dass generell in Deutschland und auch in Baden-Württemberg die Medienkompetenz insgesamt zu gering ist und dass das zu verschiedenen Problemen führt. Ich kenne mich da einfach nicht aus. Deswegen lautet meine offene Frage: Wie sieht es denn mit der Medienkompetenz innerhalb unserer Behörden – insbesondere auch der Verfassungsschutzbehörden – aus? Ist sie dort – anders als in der Gesamtgesellschaft – sehr hoch, oder besteht dort auch die Notwendigkeit einer Fortbildung bzw. einer stärkeren Kompetenzgewinnung?

Vielen Dank.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Herr Landesbischof Gohl, Sie hatten vorangestellt, dass sich die Politik die Bedeutung der Religion als Voraussetzung des freiheitlich-säkularen Staates stärker bewusst machen sollte. Sie hatten ausgeführt, dass die Coronaverordnungen auch die Kirche vor enorme Herausforderungen gestellt haben. Weil dieser Aspekt im Rückblick für die Enquetekommission insgesamt wichtig ist, frage ich Sie, ob sich die Kirchen wünschen, mehr Eigenverantwortung zu bekommen. Das heißt, dass das Land nicht alles bis ins letzte Detail unseres gesellschaftlichen Lebens definiert, sondern darauf vertraut, dass in dem Fall die Kirchen gut damit umgehen können, was die Regelungen in einer akuten Situation wie der Pandemie angeht.

Zweitens möchte ich auf den Aspekt der Sozialpolitik in einer Krise zu sprechen kommen. Das Bundesland Baden-Württemberg weist ebenso wie die anderen Bundesländer eine föderale Struktur mit Kommunen und Kreisen auf. Wenn ich es richtig

herausgehört habe, dann wünschen Sie sich, dass das Land im Falle einer solchen Krise stärker steuernd eingreift, um die Strukturen zu erhalten.

Zusammengefasst sprechen Sie sich also einerseits für mehr Entscheidungsfreiheit während einer Krise wie beispielsweise der Coronapandemie aus, während Sie sich andererseits mehr Verantwortung von Landesseite aus wünschen.

Herr Dittrich, Sie haben zum Schluss gesagt, trotz des Endes der Coronapandemie blieben weitere Agitationsfelder – den Begriff haben Sie dafür genutzt – wie Flut, Krieg, Europa und Inflation. Wenn ich jetzt noch ein bisschen weiterdenke, würde ich sagen, dass der in den nächsten Jahren zu erwartende demografische Wandel eine der ganz großen Herausforderungen sein wird. Wir erleben die Herausforderungen bereits im Bereich der Gesundheitsversorgung, beispielsweise in der Pflege. Dort spüren es die Menschen schon. Es gibt also wahrscheinlich weitere Agitationsfelder, mit denen wir rechnen müssen. Das heißt, wir können uns da sicherlich nicht zurücklehnen.

Die entsprechenden Herausforderungen zeigen sich in einigen anderen Bundesländern schon sehr viel stärker. Wie stellt sich die Zusammenarbeit mit den anderen Landesämtern für Verfassungsschutz dar? Es besteht ja nicht nur die Notwendigkeit, einen engen Austausch zwischen Politik und Verfassungsschutz zu pflegen, sondern wahrscheinlich sind wir auch innerhalb des Landes Baden-Württemberg mit ganz unterschiedlichen Situationen konfrontiert. Müssen wir uns also darauf einstellen, dass sich diese Bewegungen auch in Baden-Württemberg noch stärker niederschlagen?

Ich gehe davon aus, dass jeder von uns, der als Abgeordneter im Land unterwegs ist, bereits die Erfahrung gemacht hat, dass beispielsweise ein Dialog mit Reichsbürgern oder Querdenkern im Grunde genommen chancenlos ist. Das habe ich oft selbst erlebt. Eine der großen Herausforderungen besteht sicherlich darin, diesbezüglich einen richtigen Zugang zu finden. Wie bewerten Sie in dieser Situation einen kommunalen Ansatz, also dass man den Zugang von den Kommunen aus stärker in den Blick nimmt? Denn wir stellen fest, dass es über die Landesebene enorm schwierig ist. Wir erleben auch, dass die sozialen Medien einen großen Anteil daran haben. Insofern würde mich noch einmal die Situation, die auch mit der internationalen Einflussnahme auf uns zukommt, interessieren. Müssen wir, wenn wir beispielsweise nach Frankreich blicken, damit rechnen, dass solche Dinge auch in Baden-Württemberg perspektivisch geschehen könnten?

Vielen Dank.

Abg. Emil Sänze AfD: Herr Landesbischof Gohl, der Religionssoziologie Detlef Pollack spricht von einer deutlichen theologischen Argumentationsnot der Kirchen im Zusammenhang mit Corona, die häufig auch von Partikularinteressen getrieben gewesen sei. Es gab in der Kommunikation der Kirchen zum Teil auch eine relativ einseitige Festlegung, die vielleicht einige Ihrer Schäfchen von Ihnen weggetrieben hat. Sehen Sie das ähnlich? Das, was Sie gerade vorgetragen haben, war stark monetär

ausgeprägt und weniger auf der religiösen Ebene. Ich sehe die Kirche eigentlich als Moderator zwischen den Welten.

An Herrn Dittrich habe ich folgende Frage: Die außerparlamentarische Opposition setzt sich aus vielen Gruppierungen zusammen. In der Tat haben die sich in einer Zielrichtung zusammengefunden, zum Teil auf unterschiedlichen Ebenen. Allerdings sehe ich den Staat nicht ganz ohne Verantwortung dafür, weil er diese Menschen zum Teil auch in einer Bewegung zusammengetrieben hat. Mich würde interessieren, wie man diese Gruppierungen, die die Wahrnehmung ihrer Interessen mehr oder weniger außerhalb des Parlaments auch demokratisch betreiben wollen, wieder von den Reichsbürgern lösen kann, die ja einer ganz anderen Meinung anhängen als viele, die sich diesen Gruppierungen angeschlossen haben.

Danke.

Vorsitzender Alexander Salomon: Dann gebe ich das Wort wieder zurück an Sie, Herr Bischof Gohl und Herr Dittrich. Ich bitte Sie, die Fragen jeweils innerhalb von zehn Minuten zu beantworten.

Sv. Herr Gohl: Ich versuche, mich kurzzufassen, zumal beispielsweise Frau Harsch als externes Mitglied der Enquetekommission gerade zum Thema Förderrichtlinien viel besser beschreiben kann, wie das Zusammenspiel zwischen Kommune, Landkreis und Land funktioniert. Dazu kann ich nur aus meiner früheren Zeit als Dekan in Ulm berichten, dass es im Stadtkreis und im Landkreis ganz unterschiedliche Hilfesysteme gab, was es für denselben Hilfeträger schwierig macht, Lösungen zu finden. Das soll einfach eine Problemanzeige sein, die man dann mit den Fachleuten von Diakonie und Caritas gemeinsam mit den Kommunen in diesem Kontext diskutieren muss. Wir haben in erheblichem Umfang Eigenmittel beigesteuert, um den Menschen, die in Not sind, zu helfen. Ich glaube, das müssen wir uns noch einmal anschauen.

Unsere Fachleute, die damit befasst waren, haben geäußert, es wäre ihnen recht, wenn das Land eine klare Struktur vorgeben würde, wie die Hilfe bestmöglich bei den Menschen ankommt. Es gab tatsächlich Menschen, die unbetreut auf der Straße standen. Ich bin stolz auf die Caritas und die Diakonie, weil die Beratungsstellen die ganze Zeit geöffnet waren und den Menschen geholfen werden konnte. Das ist ein Impuls, dass man sich überlegt, wie man sich aufstellt, damit man vorbereitet ist und so wenig wie möglich zwischen den Institutionen hängenbleibt, sondern die Hilfe ganz konkret leisten kann.

Das Gleiche gilt aus meiner Sicht auch für das komplexe Feld der Fördermittel. Auch dazu finden ja Gespräche mit den Verbänden statt, deren Fachleute es Ihnen viel besser erklären können. Wir erleben es immer wieder, dass es zum Teil unheimlich kompliziert ist, wie man da hinkommt. Es gibt viele Menschen, die mit der Beantragung von Fördermitteln total überfordert sind. Diese Menschen können dort Unterstützung

erhalten. Ziel muss es sein, dass die Hilfeleistungen besser ankommen, als es bisher der Fall ist.

Das Gleiche gilt in Bezug auf die ambulanten Hospizdienste und die Auswirkungen des Gesetzes. Das ist sicherlich eine Gratwanderung: Wie bekommt man es einheitlich hin, ohne dass man die Besonderheiten, die es gerade dann, wenn mit Ehrenamtlichen gearbeitet wird, nun einmal gibt, ausblendet und unter Umständen einen großen Bereich vor Herausforderungen stellt, die sie nicht mehr bewältigen können. Aber auch hier muss ich sagen: Konkret ist es ein Gespräch zwischen den Fachleuten von Diakonie und Caritas sowie den Vertretern. Es tut mir leid, dass ich diesbezüglich nicht konkreter werden kann.

Es wurde die Sichtbarkeit der Kirche angesprochen. In der Tat sind die Mitgliederzahlen rückläufig. Wir erleben auch, dass der Vertrauensverlust in die Institution Kirche steigt. Ich halte es für wichtig, dass wir die Institutionen stärken. Deshalb besteht unser Beitrag u. a. darin, dass wir die Politik nicht schlechtreden, sondern dass wir sagen: Das ist ein stabiles System, das einen breiten Rahmen offenhält. Da werben wir dann auch für Vertrauen.

Sie haben gefragt, wie Vertrauen gewonnen werden kann. Wir erleben es beispielsweise beim Thema Missbrauch, wo die Kirchen Vertrauen verloren haben. Um Vertrauen wiederzugewinnen, hilft nur absolute Transparenz, und da hilft auch, dass man zugibt, Fehler gemacht zu haben. Auch die Kirche hat in der Pandemie Fehler gemacht. Aber das hat ja niemand mutwillig gemacht, sondern alle waren von dieser Krise überfordert. Aber dann sollte man auch mit einem gewissen zeitlichen Abstand dazu stehen und beispielsweise sagen, man hätte vielleicht deutlicher widersprechen müssen. Das ist dann später auch geschehen. Aber es war unser Anliegen, dass man die Pandemie begrenzt und auf der Grundlage des damaligen Wissens verantwortlich handelt.

Herr Haußmann, Sie hatten die Coronaverordnungen angesprochen. Wir haben es auch bei uns erlebt, dass man sehr verantwortlich damit umgegangen ist. Für die großen Kirchen kann ich auf jeden Fall sagen, dass sie ein so gutes Netzwerk haben, dass das auch überprüft wird. Wir konnten dann auch nachweisen, dass keinerlei Infektionsgeschehen von den Gottesdiensten in großen Kirchen ausging. Daher würde ich die Forderung nach mehr Eigenverantwortung absolut unterstützen.

Allerdings steht das wiederum im Widerspruch zu der Forderung nach einer zentralen Steuerung. Einerseits brauchen wir in der Tat eine zentrale Steuerung. Allerdings sollte nicht alles bis ins letzte Detail zentral geregelt werden. Wir haben es z. B. bei uns in der Kirche erlebt, als der Hinweis vom Oberkirchenrat kam, dass alle Gemeindehäuser zu schließen seien. Ich habe den Oberkirchenrat angerufen und ihn darauf hingewiesen, dass sich in vielen Gemeindehäusern auch die Pfarrbüros befinden. Was soll mit denen geschehen? Ich mache niemandem einen Vorwurf, aber da muss man den

Menschen auch einfach mal vertrauen. Ich würde sagen, 80 % gehen verantwortlich damit um, und das würde ich stärken.

Herr Sänze, Sie haben das Thema „Corona und die Theologie“ angesprochen. Zunächst vielleicht noch einmal zur öffentlichen Wirksamkeit. In der Öffentlichkeit ist der Eindruck entstanden, die Kirche hat nicht viel gemacht. Vor Ort waren die Gemeinden aber unheimlich aktiv. Sie haben Hilfsaktionen für alte Menschen gemacht oder auch Besuchsprogramme organisiert. Das wurde öffentlich nur nicht wahrgenommen. Da geht es uns wahrscheinlich wie Ihnen in der Politik, dass nur die negativen Sachen in der Öffentlichkeit erscheinen. Aber vor Ort war das unheimlich lebendig, auch im ländlichen Raum.

Es wurde durchaus auch die theologische Frage diskutiert: Hat die Pandemie etwas mit Gott zu tun, ja oder nein? Wie sehen wir das? Das wurde durchaus diskutiert – gut evangelisch bei uns durchaus auch kontrovers. Da gab es steile Aussagen. Ich habe immer gesagt: Wir merken, wie verwundbar wir sind, wie wenig wir im Leben haben. Deshalb stellt sich ja die Frage: Was gibt dir Halt im Leben? Wir verfügen nicht darüber. Wir werden geboren. Das haben wir auch nicht in der Hand. Da sind wir übrigens auch interreligiös unterwegs. Im „Rat der Religionen in Ulm“ haben wir das auch mit Muslimen diskutiert. Da gab es eine rege Diskussion. Aber wir müssen uns überlegen, warum dies denn so wenig in der Öffentlichkeit ankommt. Das wäre ein Punkt, mit dem man sich zukünftig beschäftigen sollte. Kirchen oder Religionsgemeinschaften können dazu wirklich etwas beitragen. Nicht umsonst steht ja der berühmte Böckenförde-Satz im Kommentar zum Grundgesetz: Der säkulare Staat lebt von Voraussetzungen, die er sich selbst nicht gibt.

Wir erleben es im Vergleich mit Frankreich, dass unser System mit einer Trennung zwischen Staat und Religion – kooperierend und nicht streng laizistisch – ganz gut ist. Ich denke, das gilt es, in Krisenzeiten in der ganzen Bandbreite zu nutzen.

Sv. Herr Dittrich: Die erste Frage bezog sich auf den Schulterschluss zwischen der Protestbewegung und dem Parteienspektrum. Ich werde einmal versuchen, diese allgemein zu beantworten. Wir hatten im Prinzip von Beginn an, was die Protestbewegung angeht, den Versuch unternommen, sowohl aus dem extremistischen – vor allem dem rechtsextremistischen – Spektrum als auch aus Teilen der AfD irgendwo an die Protestbewegung anzudocken. Da waren dann aber auch Parteien wie die NPD, Der Dritte Weg, Die Rechte, die Neue Stärke Partei, die ja erst entstanden ist, unterwegs, was diese Themen betrifft.

Ich würde sagen, dass das letztlich nicht gelungen ist. Ich meine, die Protestbewegung hat sich primär vor allem aus sich selbst heraus im Hinblick auf die Reichsbürgernarrative radikalisiert, während sich die doch zum Teil staatskritischen oder auch staatsfeindlichen Narrative, die man als Anknüpfungspunkte seitens des Parteienspektrums zu nutzen versucht hat, im Ergebnis in der Protestbewegung selbst dann doch nicht verfangen haben.

Eine weitere Frage betraf die Desinformation und die unterschiedlichen Kanälen, die bedient werden. Der Hauptakteur ist letztlich Russland. Wir haben aber auch andere staatliche Akteure wie China und den Iran im Blick, die allerdings in Bezug auf die Coronaproteste keinerlei Rolle gespielt haben. Es sind Kanäle wie „Russia Today“ als Fernsehkanal sowie die über das Internet abrufbaren sozialen Netzwerke und die Telegram-Kanäle mit zahlreichen Unterkanälen. Das ist das mediale Spektrum, das genutzt wurde.

Ich werde versuchen, die Frage, wann wir Personen oder Personenzusammenschlüsse diesem Spektrum der staatlichen Delegitimierung zuordnen, zusammen mit der Frage, die Herr Sänze am Schluss gestellt hat, zu beantworten. Ich hatte vorhin dargelegt, dass die Kriterien letztlich sehr „hochschwellig“ sind.

Wir haben bei dem Katalog, den wir selbst zugrunde legen und der innerhalb der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern auch so abgestimmt worden ist, durchaus den Fokus darauf gelegt, dass entweder eine tatsächlich systematische, zielgerichtete und nachhaltig anhaltende Verächtlichmachung und Diffamierung erfolgen muss oder dass wir einen Gewaltbezug feststellen müssen: Widerstandshandlungen, Sabotagehandlungen, Aufrufe zum Mord und Ähnliches. Vielleicht nenne ich Ihnen einfach mal eine Zahl – das ist auch dem Verfassungsschutzbericht zu entnehmen –: Wir rechnen dem Spektrum der Delegitimierung in Baden-Württemberg derzeit etwas mehr als 300 Personen zu. Es gibt in Baden-Württemberg 3 800 Reichsbürger und 1 700 Rechtsextremisten – natürlich alles mit einem gewissen Dunkelfeld. Daran erkennt man aber auch, dass der weitaus geringste Teil der Protestbewegung von uns als wirklich extremistisch eingestuft werden kann, geschweige denn als gewalttätig oder gewaltbereit.

Sie hatten die außerparlamentarische Opposition und die Verantwortung des Staates angesprochen. Man wird sicherlich konstatieren müssen, dass die Regierungen, also Land und Bund, in solchen Situationen besser, klarer und einheitlicher kommunizieren müssen. Es muss auch deutlich werden, dass der Staat in der Lage ist, seine Bürger zu schützen und Krisen zu bewältigen. Ich glaube, daran sind bei vielen Zweifel aufgekommen. Das hat den Extremisten die Möglichkeit geboten, genau hier anzudocken und zugleich auch extremistische Propaganda zu platzieren. Da ist jeder selbst in der Verantwortung, sich von Extremisten zu distanzieren und die mit der Reichskriegsflagge nicht auf der Demo mitlaufen zu lassen. Auf der anderen Seite ist aber auch der Staat gefordert, in Krisen künftig besser und professioneller zu agieren. Wie ich vorhin gesagt habe, versuchen wir, differenziert auf die Spektren zu schauen und ganz klar herauszuarbeiten, was Extremismus ist und was nicht. Nicht jede missliebige Meinung, nicht jede missliebige Agitation, die vielleicht noch so harsch sein kann, ist sofort verfassungsfeindlich. Das muss man dann eben auch einmal festhalten.

Es ist auch gefragt worden, wie man in solche Gruppen von Verschwörungsgläubigen hineinkommt und was man dagegen tun kann. Der Begriff der Filterblase ist ja allseits bekannt. Ich glaube, das ist unheimlich schwer und auch nicht jetzt im Sinne von einer

präventiven Möglichkeit zu leisten. Damit würde ich mich wirklich schwertun. Aber ich glaube, es ist im Prinzip wichtiger, bei denjenigen anzusetzen, die noch nicht in solchen Filterblasen sind, die aber vielleicht Gefahr laufen, dort hineinzugeraten. Das ist vielleicht ein etwas einfacherer Ansatz.

Ansonsten muss ich mich da ein bisschen herausnehmen, weil wir keine Behörde für Extremismusprävention sind, sondern wir klären nur auf. Ich sehe diese Aufgaben besser bei anderen Akteuren aufgehoben. Sie hatten vorhin konex genannt. Es gibt auch die Taskforce, die ein ganzes Maßnahmenpaket geschnürt hat, und eine Internetplattform, wo man dann sicherlich noch in die Details einsteigen muss. Wir sehen uns als diejenigen, die Informationen bereitstellen, damit andere agieren können, und die möglichst in einer objektiven Art und Weise an die Themen herangehen. Deswegen bin ich jetzt nicht der richtige Ansprechpartner für die Taskforce, auch wenn wir da letztlich mit im Boot sind.

Die Frage zum ganzheitlichen Ansatz in der Extremismusprävention ist ähnlich gelagert. Wir arbeiten sehr gut mit konex zusammen. Dort findet ein vertrauensvoller Austausch statt. Aber es ist wie in allen Bereichen: Wenn man mehr Geld, kann man mehr machen. Letztlich müssen Sie am Ende Ihrer Kommissionsarbeit entscheiden, welches die richtigen Handlungsempfehlungen sind und wo und wie welches Geld sinnvoll eingesetzt wird.

Sie hatten dann die Antwort auf die Große Anfrage angesprochen. Zu Reichsbürgern mit Schusswaffen habe ich gerade keine Zahlen präsent. Ich meine allerdings, dass die Zahl in den letzten Jahren rückläufig war. Wir sind derzeit dabei, sowohl mit dem Innenministerium als auch mit den Waffenbehörden vor Ort eine Art Workflow zu vereinbaren, damit die Meldepflichten und der Austausch einfacher und schneller vonstattengehen kann, weil wir doch feststellen, dass die Abgleiche mit unserem Datenbestand, auch wenn wir Zugriff auf das nationale Waffenregister haben, nicht immer reibungsfrei laufen. Hier muss man etwas tun, und da sind wir auch dran. Ich denke, da sind wir auf einem ganz guten Weg.

Wir hatten gerade heute Morgen eine Lagebesprechung. Da ging es wieder um zwei Durchsuchungsmaßnahmen bei Reichsbürgern, die in dieser Woche in Baden-Württemberg anstanden und durchgeführt worden sind. Das ist also an der Tagesordnung. Ich glaube, es ist auch angekommen, dass hier ein großer Bedarf und eine entsprechende Notwendigkeit bestehen.

Sie fragten nach der Medienkompetenz innerhalb unserer eigenen Behörde. Es gibt keine speziellen Schulungen für Medienkompetenz, aber ich glaube, die Arbeit im Bereich der nachrichtendienstlichen Analyse setzt voraus, dass man sich kritisch mit Medieninhalten auseinandersetzt und sich vor allem verschiedener Quellen bedient und diese differenziert betrachtet. Das ist letztlich Teil der Ausbildung, der Schulung und der Qualifizierung. Das muss ich eigentlich von jeder Mitarbeiterin und jedem

Mitarbeiter, die bzw. der bei uns arbeitet, verlangen. Aber es gibt keine Schulung zur Medienkompetenz in dem Sinn.

Wie entwickeln sich die Spektren weiter? Wir stellen durchaus fest, dass man sich sowohl im Reichsbürgerspektrum als noch stärker in dem Spektrum der Delegitimierung mehr in Richtung Klimawandel fokussiert, dass aber in den Teilen, die wir beobachten und die stärker dem rechtsextremistischen Milieu zuzuordnen sind, vor allem das Thema „Migration und Flüchtlinge“ in den Vordergrund rückt. Der Ukraine Konflikt verblasst inzwischen etwas, vielleicht durch Zeitablauf, auch wenn das wirklich tragisch ist. Die Menschen stumpfen vielleicht auch ab. Aber das Thema „Migration und Flüchtlinge“ wird uns aus Sicht der Extremismusbeobachtung neben der Klimaproblematik in den nächsten Monaten und Jahren wahrscheinlich am meisten beschäftigen.

Mit dem Vergleich mit dem europäischen Ausland tue ich mich ein bisschen schwer. Bezogen auf eine Entwicklung, was rechte oder rechtsextremistische Parteien anbelangt, erleben wir in Deutschland eine Entwicklung, die in anderen Staaten – in Frankreich, Italien, Polen, Ungarn und in den skandinavischen Ländern – schon längst vorangegangen ist. In Bezug auf die Coronaprotestbewegung muss man sagen, dass es nirgendwo in den anderen europäischen Ländern eine Protestbewegung gab, die so intensiv, so stark in Bezug auf extremistische Einflussnahmen war wie die hiesige. Das ist sicherlich nicht ganz vergleichbar.

Vorsitzender Alexander Salomon: Es gibt noch zwei Meldungen für Nachfragen, zum einen von Herrn Dr. Müller und zum anderen von Frau Abg. Saint-Cast. – Herr Dr. Müller, bitte.

Dr. Christoph Müller, externes Mitglied: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Ich habe eine Frage an Herrn Landesbischof Gohl. Herr Bischof, in Ihrer Rede und dann auch in der Diskussion waren Sie mir an einer Stelle ein bisschen zu changierend. Deswegen möchte ich einmal konkret nachfragen. Auf der einen Seite haben Sie die dezentralen Strukturen der Kirche betont. Gerade die evangelische Kirche oder auch die Kirchen generell arbeiten ja sehr stark nach dem Subsidiaritätsprinzip. Andererseits haben Sie dann mehrfach nachdrücklich eine zentrale Steuerung gefordert, die von der Landesregierung ausgehen soll. Was soll es denn nun sein? Vielleicht könnten Sie das ein bisschen konkreter fassen.

Herr Dittrich, wir hatten heute Morgen gehört – diesen Punkt fand ich persönlich sehr spannend –, dass Konflikte insbesondere in der auslaufenden Krise zunehmen, also wenn die unmittelbare Krise die Menschen nicht mehr so stark beschäftigt, sie wieder ein bisschen Luft und Zeit haben und sie das Gefühl haben, es gehe wieder um etwas. Ich bin mir nicht sicher, ob Sie das so gemeint haben, weil Sie auf diesen zeitlichen Aspekt, glaube ich, gar nicht direkt eingegangen sind. Aber bei Ihnen hatte ich mehr den Eindruck, dass Sie das tatsächlich auch in der Krise verortet haben. Vielleicht könnten Sie das Thema „Zeitliche Verordnung von zunehmenden Konflikten im

Rahmen einer Krise“ kurz kommentieren, quasi als kleinen Praxisabgleich mit dem, was wir heute Morgen gehört haben.

Vielen Dank.

Abg. Nadyne Saint-Cast GRÜNE: Herr Gohl, vielen Dank für Ihren Input. Sie haben zu Recht das kooperative Modell zwischen Staat und Kirche in Deutschland und insbesondere in Baden-Württemberg angesprochen. Ein konkreter Pfeiler dieses Modells ist der Religionsunterricht an unseren Schulen. Als Bildungspolitiklerin bereitet es mir Sorge, wie wir mit zunehmenden Kirchenaustritten den Religionsunterricht mit einer religiösen Vielfalt tatsächlich noch in unseren Schulen halten können. Ich finde, dass das ein ganz wichtiger Bestandteil ist, um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu erhalten oder zu stärken und um auch dem Extremismus bzw. extremistischen Strömungen entgegenzuwirken. Welche Perspektive für den Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen sehen Sie für die Zukunft?

Danke.

Vorsitzender Alexander Salomon: Dann bitte ich jetzt zunächst Herrn Gohl um die Beantwortung der Fragen, und dann folgt Herr Dittrich. – Bitte.

Sv. Herr Gohl: Herr Dr. Müller, das war genau das, was ich schon versucht hatte, Herrn Haußmann zu erläutern: dass das irgendwie ein kleiner Widerspruch ist. Unser Problem ist die dezentrale Steuerung. Stadt, Landkreis und Kommune – jeder steuert ein bisschen. Deshalb wäre aus unserer Sicht in dieser Situation eine zentrale Steuerung, die allerdings die dezentrale Strukturen mit ihren Netzwerken ernst nimmt, hilfreich. Das wäre die Präzisierung.

Ihre zweite Frage betraf die kooperative Zusammenarbeit. Diese Zusammenarbeit findet nicht nur mit Kirchen, sondern mit Religionen statt. Als Kirchen – da kann ich gut für die römischen Geschwister mitsprechen – liegt uns extrem am Religionsunterricht. Wir haben es auch in der Nacharbeit zur Pandemie gemerkt: dass man dort noch einmal auf einer ganz anderen Ebene über dieses Thema sprechen kann. Die Frage wäre, wie der Religionsunterricht die Vielfalt abbildet. Deshalb bin ich auch ein Freund des muslimischen Religionsunterrichts, dass man also Religion als eine Ressource von uns Menschen sieht, was zu unserem Menschsein dazugehört. Man kann die religiöse Frage unterschiedlich beantworten oder auch sagen, man halte gar nichts davon, aber als eine Konstante im Leben findet der Religionsunterricht bei uns eine ganz große Chance, noch mal eine andere Dimension in der Schule unterzubringen.

Sv. Herr Dittrich: Die Frage, ob Konflikte in der auslaufenden Krise eher zunehmen, ist schwierig zu beantworten, weil man hier letztlich verschiedene Formate betrachten muss. Wir haben zwar einerseits während der Pandemie ein Protestgeschehen gehabt, das sich vor allem auf der Straße abgespielt hat – mit wellenartigen Bewegungen:

Zum Teil hatten Proteste bis zu 30 000 bis 40 000 Teilnehmer. Wir hatten dann eine Zeit der Spaziergänge, wie ich es einmal nennen will. Aber zugleich hatten wir auch immer ein aus unserer Sicht erhebliches Informationsaufkommen in den sozialen Netzwerken, das über die Jahre der Pandemie hinweg nicht nachgelassen hat.

Je nachdem, welche staatlichen Maßnahmen angekündigt waren, hat sich das dann auf die Protestformate auf der Straße und auch in den sozialen Netzwerken ausgewirkt. Man hat gemerkt, dass die Diskussion über „Jetzt kommt der Tag X, jetzt kommt der Tag des staatlichen Zusammenbruchs, jetzt kommt der Tag des Aufstands“ massiv von der jeweiligen Medienberichterstattung bzw. von der Presseberichterstattung abhingen, aber natürlich auch vom staatlichen Agieren.

Das Ganze ist dann etwas ausgelaufen, nachdem ein Großteil und schlussendlich dann alle Beschränkungsmaßnahmen aufgehoben wurden. Wir haben dann in einem kleineren Teil des Spektrums, den wir im Blick hatten, gemerkt, dass da letztlich der Glaube bleibt, dass, wenn die Pandemie weg ist, etwas anderes kommt. Dann ist der Tag X in irgendeinem Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des Bankensystems zu sehen, oder der Tag X ist im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine zu sehen.

Bei den Verschwörungsideologien war es so, dass der Tod der Queen bei manchen dazu geführt hat, dass man der Meinung war, das sei ein Zeichen dafür, dass es in den nächsten Tagen losgehe. Das mag jetzt ein bisschen absurd klingen, aber ich will damit sagen: Wenn man derartigen extremistischen Verschwörungsideologien anhängt, dann findet man immer wieder einen neuen Anknüpfungspunkt. Das ist austauschbar. So hatten wir im Prinzip über die drei Jahre hinweg eine dauerhaft hohe Gefahrensituation, was bestimmte Menschen anbelangt, die durchaus eher einem gewaltorientierterem Spektrum zuzuordnen sind. Aber was den Protest auf der Straße betrifft, hat das natürlich jeweils im Zusammenhang mit den Maßnahmen ab- und zugenommen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Herr Bischof Gohl, ich habe von Frau Abg. Saint-Cast vernommen, dass sie mit ihrer Frage eine andere Intention verfolgt hatte, nämlich wie man den Religionsunterricht aus Sicht der Kirchen zukünftig ausgestalten kann und ob es da beispielsweise Verbesserungsbedarf gibt.

Sv. Herr Gohl: Entschuldigung, das hatte ich so nicht vernommen. – Da sich der Religionsunterricht am Bildungsplan orientiert, ist man permanent dabei, das anzupassen, auch hinsichtlich dessen, welche Funktion der Religionsunterricht im Fächerkanon einnimmt. Ich war gestern z. B. bei der Jenaplanschule in Mössingen – das ist Reformpädagogik –, wo auch Schüler ohne konfessionelle Bindung sind. Dort wurde deutlich, dass die Form des Religionsunterrichts nicht mehr so ist, wie man es vielleicht von früher her kennt. Im Religionsunterricht gibt es nicht mehr zwingend das strenge evangelische oder katholische Wissen. Das geschieht oft auch schon kooperativ,

konfessionsübergreifend. Der Religionsunterricht wird permanent weiterentwickelt und an die Anforderungen angepasst, wie übrigens jedes Fach in der Schule.

Ich weiß nicht, ob Sie mit dieser Antwort zufrieden sind.

Vorsitzender Alexander Salomon: Um die Zufriedenheit geht es, glaube ich, nicht. Aber Frau Abg. Saint-Cast kann ja im Nachgang vielleicht noch mal auf Sie zukommen, wenn es in Ordnung ist. Dann können Sie das bilateral klären und uns vielleicht die Erkenntnisse im Nachgang noch mitteilen, damit wir sie vielleicht auch noch in den Bericht einfließen lassen können. – Jetzt hat Frau Abg. Cataltepe noch eine Frage. Bitte.

Abg. Ayla Cataltepe GRÜNE: Vielen Dank. – Ich habe eine Frage an Herrn Dittrich, und zwar sagten Sie vorhin, wir müssten die Menschen erreichen, die noch nicht in dieser Blase sind. Gibt es da irgendwelche Formen der Erreichbarkeit? Wie können wir es schaffen, diese Menschen zu erreichen und mit sachlichen Argumenten in einen Austausch mit ihnen kommen?

Sv. Herr Dittrich: Ich würde dann vielleicht doch noch einmal Bezug auf das nehmen, was ich vorhin während meines Vortrags sagte. Das gilt letztlich für alles staatliche Handeln – ich kann es als Vertreter einer staatlichen Behörde ja nur so darstellen –, aber natürlich auch für andere gesellschaftliche Bereiche: Politik verständlich, transparent und nachvollziehbar zu machen, behördliche Entscheidungen nachvollziehbar zu machen und Sorgen und Ängste von vornherein mit einzuplanen, zu bedenken und auch in die Diskussionsprozesse mit aufzunehmen.

Wie gesagt, ich bin dafür kein Experte. Ich beschäftige mich mit Extremismusaufklärung und -bekämpfung und weniger mit Präventionsaspekten. Ich denke, es ist im Sinne einer Demokratieförderung durch politische Bildung oder auch in dem Sinn, dass man Bewusstsein für unsere demokratischen Werte schafft, einfacher, bei denen anzusetzen, bei denen man erkennt, dass vielleicht eine Gefahr besteht, dass sie in den Extremismus abrutschen, als bei denen anzusetzen, die sich bereits sehr stark in Verschwörungsideologien verfangen haben. Sie tun sich bei einem Hardcore-Neonazi, der seit 20 Jahren in der extremistischen Szene unterwegs ist, schwer, ihn mit einem Aussteigerprogramm zurückzuholen. Bei Menschen, die vielleicht erstmals durch eine individuelle schwierige Situation bzw. schwierige gesellschaftliche Umstände mit Extremismus in Berührung kommen, tut man sich vielleicht leichter, sie wieder zurückzubringen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Jetzt sind wir tatsächlich am Ende dieser Frageunde angekommen, da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe.

Vielen Dank an Sie, Herr Bischof Gohl und Herr Dittrich, dass Sie uns Rede und Antwort gestanden haben. Wir sind auch im Nachgang noch an dem einen oder anderen

Punkt interessiert. Auch für Sie gilt: Wenn Sie noch etwas für die Enquetekommission haben, richten Sie es bitte an uns. Im nächsten Jahr werden wir einen Abschlussbericht mit Handlungsempfehlungen vorlegen. Hierfür möchten wir, dass auch Ihre Anliegen dabei Berücksichtigung finden.

Noch einmal vielen Dank an Sie. Sie dürfen gern noch dableiben.

(Beifall)

Wir kommen jetzt zum letzten Sachverständigenblock, und zwar zunächst zu Frau Yotrana Youkhana. Sie ist Sachgebietsleiterin „Förderung Bürgerschaftliches Engagement“ der Stadt Stuttgart. Auch Sie haben 20 Minuten Zeit.

(Eine Präsentation [*Anlage 7*] wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Frau Youkhana: Sehr geehrte Mitglieder der Kommission, sehr geehrte Gäste! Ich freue mich, heute hier zu sein und mit Ihnen über die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zu sprechen und ins Gespräch zu kommen. Vielen Dank.

In meinem heutigen Input möchte ich über die Aufgaben der Engagementförderung berichten, die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements für den gesellschaftlichen Zusammenhalt beleuchten und über den Wandel des Engagements mit aktuellen Themen und Trends sprechen, um dann die Bedarfe von engagierten und engagementfördernden Stellen aufzuzeigen und daraus Handlungsempfehlungen für Sie abzuleiten.

Ich vertrete heute das Sachgebiet „Förderung Bürgerschaftliches Engagement“ der Landeshauptstadt Stuttgart. Zu diesem Sachgebiet gehören die kommunale Engagementförderung – wie sie viele Kommunen betreiben –, die Freiwilligenagentur Stuttgart, die Free Academy, eine Kooperation mit der Volkshochschule Stuttgart zur Qualifizierung und Weiterbildung von Engagierten, sowie ein Prozess zur strategischen Weiterentwicklung der Engagementförderung in Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Partnern. Aus diesen Erfahrungen sowie natürlich aus der Vernetzung mit engagementfördernden Stellen anderer Kommunen und Landkreise und weiteren Partnern speist sich der heutige Input.

Zu den großen Aufgaben der Engagementförderung gehört es, das Engagement mit verschiedenen Angeboten und Programmen zu stärken und seine Entwicklung zu fördern, die Verwaltung – zumindest im Falle der kommunalen engagementfördernden Stellen – bürgerorientiert und beteiligungsfreundlich mitzugestalten sowie innerhalb der Verwaltung als Interessenvertretung des Engagements zu wirken. Den Bereich Bürgerengagement vertreten wir alle in verschiedenen Netzwerken und vernetzen uns, um einen Wissenstransfer zu gewährleisten.

Mit unserer Arbeit setzen wir uns dafür ein, gute Rahmenbedingungen für Bürgerengagement zu schaffen und Engagierte, Gruppen, Projekte und Organisationen bedarfsgerecht zu beraten, zu vermitteln und zu qualifizieren. Wir informieren über freiwilliges Engagement und Ehrenamt, werben für den Einsatz für die Gesellschaft und machen auf den Mehrwert für den Einzelnen aufmerksam. Außerdem ist es uns ein großes Anliegen, bürgerschaftliches Engagement in seiner ganzen Vielfalt anzuerkennen und wertzuschätzen.

Das bürgerschaftliche Engagement oder auch freiwilliges Engagement können wichtige und positive Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt haben. Das Engagement trägt dazu bei, soziales Kapital aufzubauen und auch zu stärken. Durch die Interaktion mit anderen Menschen können Engagierte Vertrauen, Zusammengehörigkeit und soziale Bindungen empfinden. Engagement ermöglicht es ihnen, aktiv an der Gestaltung ihres Umfelds mitzuwirken. Sie bringen ihre Fähigkeiten ein, sie tragen dazu bei, lokale Initiativen und Projekte zu unterstützen, fördern damit das Gemeinwohl und verbessern letztlich auch ganz individuell ihre Lebensqualität vor Ort.

Durch freiwilliges Engagement können Menschen ihre eigenen Ressourcen und Kompetenzen entdecken und entwickeln und so auch ihr Selbstwertgefühl steigern. Durch das Engagement werden sie empowert, einen eigenen Beitrag zur Gesellschaft zu leisten sowie aktiv an Gestaltungs- und auch Entscheidungsprozessen teilzuhaben. Durch die Vernetzung im Engagement können Freiwillige neue Kontakte knüpfen und ihr persönliches Netzwerk erweitern. In diesen Netzwerken wird der Austausch von Informationen, von Ideen und von Ressourcen gefördert. Somit wird auch innerhalb der Gesellschaft ein Wissenstransfer geleistet.

In unserer Arbeit begegnen uns regelmäßig verschiedene Trends und Themen im Engagement – natürlich jeweils mit unterschiedlicher Ausprägung: ob wir nun in großen Städten, in kleinen Städten oder im ländlichen Raum aktiv sind. Unsere Aufgabe dabei ist es, auf all diese Entwicklungen gleichzeitig zu reagieren und für die verschiedenen Motivationen, Bedarfe und Zielgruppen gute Rahmenbedingungen zu schaffen.

Was passiert gerade im Engagement? Dazu haben Sie in früheren Sitzungen sicherlich schon einiges gehört. Die Flexibilität im Engagement und auch die Vielfalt der Einsatzmöglichkeiten haben zugenommen. Während früher die meisten ehrenamtlichen Tätigkeiten langfristig und regelmäßig angelegt waren, finden sich inzwischen vermehrt flexiblere Optionen, sich einzubringen, beispielsweise durch projektbasiertes Ehrenamt, virtuelles Ehrenamt oder auch Micro-Volunteering.

Die Digitalisierung hat das Engagement auf verschiedene Weise beeinflusst. Heute sind diverse Plattformen und Apps zugänglich, die Menschen miteinander und auch mit gemeinnützigen Organisationen in Verbindung bringen. Soziale Medien ermöglichen es Engagierten und Organisationen, ihre Arbeit mit einem breiteren Publikum zu teilen. Damit schaffen sie Bewusstsein für ihre Themen und rufen andere zur Mitwirkung auf. Die Digitalisierung ermöglicht es Engagierten auch, ihre Aufgaben flexibler

und ortsunabhängiger wahrzunehmen. Sie können sich außerdem zeitsparender und kostengünstiger miteinander vernetzen und fortbilden. Außerdem werden auch administrative Prozesse vereinfacht und damit Ressourcen geschont.

Sie sehen: Ich zeichne jetzt ein sehr positives Bild der Digitalisierung im Engagement. Aber es ist mir wichtig, darüber zu sprechen, weil wir oft nur darüber reden, dass Menschen durch die Digitalisierung im Ehrenamt abgehängt werden.

Durch den demografischen Wandel verändert sich natürlich auch die Altersstruktur der Engagierten. Mit einer alternden Bevölkerung steigt auch der Bedarf an ehrenamtlichen Möglichkeiten, die den Bedürfnissen älterer Menschen gerecht werden. Damit meine ich z. B., dass wir kürzere Einsatzzeiten, Tätigkeiten mit weniger anstrengender körperlicher Belastung oder auch einfach barrierefreie Zugänge zu Räumen planen müssen. Ältere Engagierte wiederum können ihre Erfahrungen einbringen und tragen damit zur Nachhaltigkeit in den Organisationen bei.

Es findet sich außerdem ein breites Spektrum an freiwilligen Tätigkeiten, das stetig wächst. Wir stellen heute fest, dass Menschen unterschiedlicher Hintergründe, Fähigkeiten und auch Interessen im Engagement vertreten sind, wenngleich unterschiedlich stark. Auch die Digitalisierung ist hier eine Chance, indem sie z. B. Menschen mit eingeschränkter Mobilität einen Zugang zum Engagement ermöglicht, der vorher so vielleicht nicht möglich war.

Viele Vereine und Initiativen haben im Laufe der Zeit ihre Abläufe, ihre Strukturen und ihre Öffentlichkeitsarbeit professionalisiert und arbeiten heute effizienter. Es gibt außerdem verstärkt Bemühungen, Freiwillige breiter zu akquirieren, zu begleiten und fortzubilden und eine hohe Qualität des Engagements im eigenen Verein oder in der eigenen Initiative sicherzustellen.

Gemeinnützige Organisationen, Projekte und Initiativen arbeiten auch häufig miteinander. Es ist auch ein Voneinanderwissen und Miteinander-Ressourcen-Teilen vorhanden. Gemeinsam wollen sie Ziele erreichen und haben ein großes Interesse an Austausch, Vernetzung und Kooperation, wenn denn vor Ort die Ressourcen dafür gegeben sind. Im Engagement ist vieles einfach auch eine Ressourcenfrage der einzelnen Engagierten bzw. Gruppen.

Ein seit vielen Jahren bestehendes Thema, das auch uns in der Engagementberatung immer wieder beschäftigt, ist die Monetarisierung des Ehrenamts und des freiwilligen Engagements. Wir stellen fest, dass bei uns immer wieder Anfragen von Interessierten eintrudeln, die ein Engagement wahrnehmen wollen, bei dem sie aber zwingend eine pauschale Aufwandsentschädigung voraussetzen. Uns erreichen auch immer wieder Anfragen von gemeinnützigen Organisationen, die für ihre Engagements Stundensätze einführen wollen. Es liegt dann an uns, die Beratung zu leisten. Wir geben keine Leitlinien heraus, aber es geht natürlich immer um das immaterielle Engagement. Wir versuchen, Transparenz für die Nebenwirkungen der Monetarisierung zu schaffen.

Die letzten Krisen haben außerdem das Engagement als Krisenbewältiger ins Bewusstsein gerufen. Sie haben gezeigt, dass kein einzelner Akteur Krisen meistern kann – man denke nur an die Bewältigung der Pandemie und dann tatsächlich im fließenden Übergang für viele Engagierte an die Unterstützung bei der Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine seit dem letzten Jahr, bei dem sehr viele Menschen sofort reaktiviert wurden und wieder ehrenamtlich tätig waren.

Über Auswirkungen der Pandemie haben Sie hier sicherlich schon viel diskutiert. Ich habe noch einige Schlagworte zu den Auswirkungen der Pandemie auf das freiwillige bürgerschaftliche Engagement mitgebracht.

Zum einen haben wir festgestellt, dass durch die Lockdowns, durch Social Distancing und durch die Schließung von sozialen Einrichtungen für Besucherinnen und Besucher persönliche Interaktionen zurückgefahren wurden. Das hat dazu geführt, dass die Organisationen selbst große Einschränkungen in der Akquise von neuen Engagierten erlebt haben, während sie parallel dazu alteingesessene Engagierte verloren haben, zum einen, weil sie lange Zeit ihr Ehrenamt nicht ausüben durften und dann das Interesse verloren gegangen ist, zum anderen aber auch, weil sie selbst zur Risikogruppe gehört haben und nicht wiederkommen wollten oder konnten.

Es zeigte sich aber auch, dass viele Organisationen – je nach Einsatzfeld und Ausstattung – kreativ reagiert haben. Sie haben sich den Beschränkungen gut gestellt, haben ihre Digitalisierung in der Organisation vorangetrieben und waren so während der Pandemie weiterhin arbeitsfähig. Sie verlagerten ihre Aktivitäten einfach auf virtuelle Plattformen, entwickelten neue Engagements und boten weiterhin Unterstützung an.

Neue Bedarfe sind in der Pandemie entstanden oder haben sich verstärkt. Damit verbunden entstanden auch neue Einsatzbereiche. Hier ist das Engagement wieder Krisenbewältiger, das spontan und effizient reagiert. Beispielsweise wurden Freiwillige für die Unterstützung bei Impfkampagnen, bei der Lieferung von Lebensmitteln oder bei der sozialen Unterstützung vulnerabler Gruppen eingesetzt. Es wurden auch Onlinementoringkurse angeboten, es wurde Nachhilfe gegeben, es wurde telefonisch beraten und besucht, und es wurden Veranstaltungen virtuell organisiert. Das Engagement hat sich in der Pandemie also tatsächlich in einer ganz großen Bandbreite neu entdeckt und Lösungen gefunden.

Wir haben zum Teil immer wieder von den finanziellen Herausforderungen gehört, vor denen Vereinen und Organisationen standen. Sie können es sich vorstellen: Die finanziellen Engpässe wurden dadurch beschleunigt, dass Veranstaltungen ausgefallen sind, dass keine Akquise, kein Fundraising möglich war und dass natürlich auch die Spenden zum Teil zurückgegangen sind. Diese Finanzen haben vielen Vereinen dann gerade bei der Mitgliederwerbung oder Wahrnehmung der Aufgaben gefehlt.

Einsamkeit im Alter und später dann auch bei Kindern und Jugendlichen ist stärker ins Bewusstsein getreten, und es gab auch dazu im Engagement vermehrt neue Angebote.

Ich habe nun einige Bedarfe von Engagierten mitgebracht und dieses Kapitel „Was brauchen Engagierte?“ genannt. Tatsächlich lassen sich die meisten dieser Bedarfe auch auf Vereine, Initiativen oder gemeinnützige Organisationen übertragen. Diese Bedarfe haben wir ermittelt, indem wir im Rahmen unseres Strategieprozesses zur Weiterentwicklung der Engagementförderung, den ich zu Beginn kurz genannt habe, Engagierte und Einsatzstellen besucht und gefragt haben: Wie läuft die Arbeit vor Ort? Was sind Best-Practice-Beispiele? Wo sind Hürden? Was brauchen sie von uns? Auch andere Kommunen haben dazu verschiedene Umfragen veröffentlicht, die Sie sicherlich nutzen können.

Wenn wir nun über die Bedarfe von Engagierten sprechen, dann muss an erster Stelle immer die Unterstützung des Engagements auf Augenhöhe genannt werden. Es ist den Engagierten im Gespräch immer wichtig, nicht gesagt zu bekommen, was zu tun ist, sondern dass man ihnen zuhört: Was möchten die Engagierten machen? Was können sie leisten? Was wollen sie gestalten? Sie wünschen sich eine kooperative Zusammenarbeit, die auf einer gemeinsamen Idee, Identität oder Grundhaltung fußt. Damit geht auch der Wunsch nach Anerkennung der Selbstbestimmtheit des Engagements und der Engagierten durch die Politik, die Verwaltung und die Engagementförderstellen einher.

Engagierte wollen ihren Einsatz im Alltag unterbringen, und wir wissen, wie voll der Alltag heutzutage ist. Daher sollten die Engagementangebote flexibel gestaltet sein. Dies betrifft die Tätigkeit selbst, aber auch die Einsatzzeiten, die Dauer und den Einsatzort.

Im Engagement soll das Einbringen der eigenen Kompetenzen und Fähigkeiten möglich sein. Gemeinsam sollen eingebrachte Ideen diskutiert und umgesetzt werden, und dabei soll eben auch eine Fehlerkultur gelebt werden – vielleicht im Unterschied zum Job, wo ein anderer Leistungsdruck herrscht. Hier spielt dann immer auch die Anerkennung der eingebrachten Ressourcen der Engagierten eine Rolle.

Räume und Orte sind im Engagement ein überaus wichtiger Faktor. Räume dienen der Planung, Gestaltung und Durchführung des Engagements. Sie machen Anbieter von Engagement im Raum sichtbar und ermöglichen einen niederschweligen Zugang zum Angebot. Faktoren für gute Räume sind u. a. die Erreichbarkeit, also eine zentrale Lage oder zumindest eine gute Anbindung, die Ausstattung der Räume, Barrierearmut, der Zugang zu den Räumen, also die Art und Weise, zu buchen, die Finanzierung der Räume und vieles mehr. Dabei werden neben Büro- und Seminarräumen auch Veranstaltungsflächen, Lagerräume, Werkstätten, Küchen etc. gebraucht.

Was Engagierte außerdem brauchen, ist eine übergreifende Beratung und die Bereitstellung von Informationen. Das meint z. B. fachliche Themen zur Digitalisierung, Organisationsentwicklung, finanzielle Themen wie beispielsweise Fördermöglichkeiten und natürlich rechtliche Themen. Wie oft hat man im Ehrenamt schon von Versicherungen, Verträgen, Datenschutz gehört, also all das, was Engagierte nebenbei auch noch leisten müssen.

Zudem braucht es Unterstützung bei der Einführung, bei der Qualifizierung und bei der Begleitung im Engagement, also z. B. Angebote zur Freiwilligenkoordination, zur Kommunikation oder zur Organisation.

Bei der Vernetzung gilt es, diejenigen zusammenzubringen, die Ähnliches tun, damit sie voneinander lernen und nicht jeder die gleichen Fehler selbst noch einmal machen muss. Außerdem werden Kooperationen im Quartier oder mit Menschen oder Gruppen, die Ähnliches tun, angestrebt. Bei der Vermittlung im Engagement geht es nicht immer nur darum, Engagierte in ein neues Engagement zu bringen. Es geht auch darum, Referentinnen und Referenten, Medien, Räume, eben alles, was man sich an Rahmenbedingungen vorstellen kann, zu vermitteln.

Viele Engagierte und Vereine benötigen außerdem eine Grund- oder zumindest eine Projektfinanzierung, stellen sich dann aber oft die Frage: Wie geht es nach dem Projekt weiter? Was passiert, wenn sich die Hauptamtlichkeit nach dem Projekt oder dem Förderprogramm zurückzieht? Wie kann das Angebot im Quartier oder im Umfeld weitergetragen werden? Oft stellt sich auch die Frage nach der finanziellen Unterstützung von Initiativen ohne Rechtsform. Da gibt es große Verunsicherung, was sie tun können.

Außerdem besteht der Wunsch nach Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit. Die Gruppen sind diesbezüglich unterschiedlich ausgeprägt. Manche sind digitalaffin, sind digital unterwegs, aber wir hören auch immer wieder, dass es den Zugang zur Presse braucht, dass Aussageflächen bestehen müssen, dass gerade Websites aufgebaut werden und man dort niemand Engagiertes finden kann. All diese Faktoren können auch im Engagement eine wichtige Rolle spielen.

Nun komme ich zu den Handlungsempfehlungen, die ich versucht habe, in drei Kategorien, die sich aber auch überschneiden, einzuteilen.

Zum einen: Stärkung und Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements durch Bereitstellung einer nachhaltigen Infrastruktur für die Engagementförderung, also kommunale und andere Engagementförderstellen, Freiwilligenagenturen, Mehrgenerationenhäuser etc. Das bezieht sich sowohl auf die personelle als auch auf die finanzielle Ausstattung und natürlich auch auf die Sichtbarmachung der Themen und Angebote, damit anerkannt wird, was die Engagementförderung eigentlich alles leistet.

Zudem – als zweite Empfehlung –: eine breite und dauerhafte Beteiligung der Zivilgesellschaft am öffentlichen Diskurs. Ich bin sicher, das haben Ihnen viele als Empfehlung ausgesprochen. Dabei geht es auch darum, die Vielfalt der Gesellschaft und die Vielfalt im Engagement zu beteiligen, sprich: neben Vereinen und Dachverbänden auch kleinere Gruppen und Initiativen, die mitsprechen und mitgestalten wollen. Außerdem – auch als Beteiligung im öffentlichen Diskurs – wäre es möglich, Erfolgsgeschichten von Engagierten sichtbarer zu machen und die Öffentlichkeit über die Leistung des Engagements zu informieren.

Dann – das passiert hier und da auch schon –: Vernetzung von Engagementförderung und Beteiligung und niederschwellige Beteiligungsstrukturen sowie die partizipative Entwicklung neuer Instrumente der Engagementförderung. Das bedeutet, man soll in Ihrer weiteren Arbeit auch tatsächlich hineinhören: Was genau wird denn eigentlich gewünscht, und welche Instrumente sind es denn, die tatsächlich prioritär fehlen und umgesetzt werden sollen?

Im Bereich Sichtbarkeit und Anerkennung – ganz groß –: Öffentlichkeitsarbeit. Dabei geht es zum einen darum, das Engagement und dessen Bedeutung für Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft bekannter zu machen. Zum anderen geht es darum, bestehende Instrumente und Angebote – die gibt es ja in vielerlei Form – bekannter zu machen, z. B. den Engagementnachweis Baden-Württemberg oder bestimmte Förderinstrumente, die bereits bestehen.

Dann – da wäre die Frage, ob das lokal oder landesweit gelöst werden muss – ist der Aufbau von zentralen Infopools und Datenbanken über Räume, Fördermöglichkeiten, Methoden und Fachkräfte ausgesprochen wichtig. Das Wissen dazu ist lokal auf jeden Fall vorhanden; das kann ich Ihnen garantieren. Allerdings fehlen häufig gerade in kleinen Stellen die notwendigen Ressourcen, um solche Angebote und Datenbanken aufzubauen, betreiben und immer wieder neu speisen zu können. Ein Beispiel dafür ist das Bildungsportal für Engagierte „qualifiziert-engagiert-bw“, das vom Landkreistag Baden-Württemberg getragen wird. Das ist solch ein Angebot, das sich allerdings nur auf eine bestimmte Gruppe fokussiert. Solche Dinge bräuchte es häufiger.

Damit komme ich zum Thema „Anerkennung solidarischer gestalten“. Wir hören von Engagierten immer wieder, dass die personenbezogene Heraushebung von Leistungen im Engagement natürlich immer schön für die betreffende Person ist. Personen werden stellvertretend für eine Gruppe oder für eine Zielgruppe des Engagements ausgezeichnet. Es erscheint allerdings wenig solidarisch, wenn Personen herausgehoben werden. Vielmehr bräuchte es eine Anerkennung in der Breite und in der Vielfalt des Engagements, auch in Anbetracht der Leistung der jeweiligen Individuen, die aufgrund ihrer Situation zum Teil weniger leisten können.

Wir beobachten die Einführung der Ehrenamtskarte ab 2025 äußerst gespannt und freuen uns darauf, weil dies ein Instrument der breiten Anerkennung ist. Wir sind gespannt, wie das wahrgenommen wird und wie es anschließend evaluiert wird.

Nun komme ich zum Thema „Informationen und Empfehlungen zur Vernetzung von Engagement(-förderung) und Unternehmensengagement“. Wir merken in der Engagementförderung, dass Nachhaltigkeitsberichterstattung und CSR-Themen zunehmen. Allerdings fehlt es vielerorts an Empfehlungen, wie damit umzugehen ist, also wie Kooperationen mit Unternehmen initiiert und gut durchgeführt werden können.

Abschließend komme ich noch zu den Rahmenbedingungen und zum Wissenstransfer. Es besteht ein Wunsch nach Unterstützung bei der Initiierung, Etablierung oder Umgestaltung von Orten und Räumen des Engagements. Dabei geht es eben nicht nur darum, Vereinsräume nachhaltig auszugestalten – auch das ist natürlich eine große Herausforderung für die Zukunft – oder um die Thematik der Barrierearmut für ältere Engagierte, die ich genannt habe, sondern auch darum, den Engagierten die Chance zu geben, die Räume, die sie nutzen und lebenswert machen, mitgestalten zu dürfen. Dafür braucht es häufig den Raum selbst, aber natürlich auch die Finanzierung und die Begleitung.

Hinsichtlich der Bereitstellung von niederschwellig zugänglichen Förderprogrammen bedarf es häufig der Beratung und Unterstützung bei der Antragstellung selbst.

Eine weitere Handlungsempfehlung lautet, Wissenstransfer und Kooperationen zu ermöglichen. Dazu gibt es verschiedene Arbeitsgruppen, z. B. des Städtetags zu Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung. Das sollte lokal, regional und landesweit ausgeweitet werden, möglicherweise auch in Form von Hospitationen bei engagementfördernden Stellen.

Schließlich ist eine Evaluierung und Forschung zur Bewertung der Effektivität der Maßnahmen und zur Ermittlung neuer Bedarfe zu empfehlen. Es ist vor Ort zum Teil nur schwer möglich, eine Studie oder Umfragen in Auftrag zu geben. Manche Kommunen machen es, aber eigentlich sollte es landesweit erfolgen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Youkhana. – Als Nächstes hat Herr Matthias Dorn, der Geschäftsführer der Squadhouse Media GmbH & Co. KG aus Tuttlingen, das Wort. Auch Sie haben 20 Minuten Zeit.

(Eine Präsentation [Anlage 8] wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Dorn: Schönen guten Spätnachmittag! Das ist meine erste Rede im Landtag – und das an einem Freitagnachmittag. Ich hoffe, Sie haben alle noch ein bisschen Energie übrig.

Als ich mich auf den Termin vorbereitet habe, habe ich mir zunächst überlegt, einen langen Vortrag zu halten. Dann habe ich mich aber entschieden, lieber eine Geschichte aus der ganzen Geschichte zu machen. Die Menschen mögen Storytelling, weil das interessanter ist. Deshalb werde ich Ihnen heute eine Geschichte aus der Praxis erzählen.

Ich bin kein Politiker, ich bin kein Forscher, ich bin auch kein Sozialpädagoge, sondern ich bin Informatiker und Unternehmer. Als solcher habe ich mich im Jahr 2018 mit dem Thema „Digitale Jugendbeteiligung“ auseinandergesetzt und möchte Ihnen heute ein Drama in drei Akten vorstellen. Aber es gibt ein kleines Happy End – so viel darf ich schon einmal vorab verraten.

Es geht heute um das Thema YOVO. YOVO ist die Abkürzung für „YourVoice“. Das war ein Projekt zur digitalen Jugendbeteiligung. Ich erzähle ganz kurz, wie es dazu kam. Es gab den § 41a der Gemeindeordnung, der Ihnen allen wahrscheinlich ein Begriff ist. Es geht um die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in den Kommunen. Ein Freund von mir, der in einer Kommune arbeitete, teilte mir mit, dass es diesen Paragraphen gebe, dass er aber nicht so richtig erfüllt werde und dass es da eigentlich keine echte Lösung gebe. Das sei doch vielleicht für mich als innovativer Informatiker eine Idee, da einmal anzusetzen.

Was qualifiziert mich überhaupt, irgendetwas mit Jugendlichen zu machen? Ich selbst bin nicht mehr jugendlich – das war ich auch 2018 nicht mehr –, aber ich habe noch während meiner Abiturzeit ein Community-Portal gegründet. Das hat als kleines Projekt angefangen. Es ging darum, dass Jugendliche im Netz miteinander chatten und ein bisschen diskutieren können, auch über politische oder gesellschaftliche Themen. Dieses Portal hatte irgendwann 100 000 Mitglieder; damit habe ich aber nie Geld verdient. Eigentlich hätte ich studieren sollen, aber es war dann meine Hauptbeschäftigung, dass ich dieses Portal gemacht habe. Ich habe parallel noch mein Informatikstudium gemacht und habe dadurch relativ gut gelernt, würde ich einmal behaupten, wie man einen Kanal zu den jungen Menschen schaffen kann, der auch nachhaltig ist und über den man auch etwas transportieren kann. Das war eine ganz gute Schule für das Thema Jugendbeteiligung. Zwischendurch haben wir noch eine Veranstaltungsuchmaschine für Jugendliche entwickelt.

2018 kam dann YOVO; das ist das Thema, über das ich heute spreche. Ganz aktuell, erst gestern Abend live gegangen, ist unsere StoryWorld-App mit künstlicher Intelligenz, die Leseförderung für Kinder und Jugendliche betreibt. Künstliche Intelligenz ist für uns ein ganz großes Thema. Wir setzen uns seit zwei Jahren mit fast nichts anderem mehr auseinander. Unser Unternehmen berät dort. Ich mache jetzt keinen Werblock, aber wenn es um KI geht, kennen wir uns ganz gut aus, sagen wir es mal so. Das wird man auch heute in dieser kleinen Geschichte erfahren.

Was bisher geschah:

Der Kollege hat mir also erzählt, dass es diesen Paragrafen gibt. Wie man es eben als Unternehmer macht, macht man sich Gedanken: Wer ist die Zielgruppe? Wie könnte ein Produkt aussehen? Wie sind die Mehrwerte? Wie sieht die Monetarisierung aus? Denn wir sind ja ein Unternehmen und machen das nicht alles aus Spaß. Wie kann man die Win-win-Situation erreichen? Bevor wir mit irgendetwem gesprochen haben, haben wir uns überlegt, wie solch eine App denn überhaupt aussehen könnte.

Unser Ziel war es, dass jede Kommune eine App hat, mit der sie die Jugendlichen vor Ort erreichen kann, dass man diese App aber, wenn es Sinn macht, auch überkommunal nutzen kann, um vielleicht auch überregionale Informationen, Botschaften – wie auch immer – über diese App an die Jugendlichen heranzutragen.

Zur grundsätzlichen Methodik: Über diesen Kanal, also über diese App, sollten Umfragen laufen, ebenso Nachfragen zu Ideen, Vorschläge, aber auch die Kommunikation von interessanten News, Veranstaltungshinweise, Informationen zu irgendwelchen Aktionsbündnissen, die es gibt, also alles, was es so gibt, was Jugendliche interessieren könnte, und zwar immer mit dem Fokus auf die kommunale Ebene, bei Bedarf aber auch überregional oder auf Landesebene.

Schon 2018, also noch vor Corona – wir sprechen heute viel über Corona und über die Dinge, die daraus entstanden sind –, gab es meiner Meinung nach einen extremen Bedarf, den Jugendlichen demokratische Grundprozesse zu vermitteln. Es gab den § 41a, den man auch mal irgendwie erfüllen sollte. Weil ich für meine Stadt auch lokalpolitisch sehr aktiv bin, war es mir persönlich ein Anliegen, das Interesse an den öffentlichen Themen zu stärken und die Jugend stärker an die Kommune vor Ort zu binden. Mehr Verantwortungsgefühl, mehr Eigenverantwortung, mehr Identifikation bedeutet automatisch, dass sie weniger Mist machen, dass sie sich stärker engagieren usw. Das war die Theorie.

Daraufhin habe ich mich mit etwa 500 Kommunen in Baden-Württemberg in Verbindung setzen wollen. Das war sehr viel Arbeit. Zahlreiche E-Mails, viele kurze Telefonate, in denen man mir sehr unterschiedliche Antworten gegeben hat. Häufig habe ich gehört: „Wir haben eine Website, das reicht.“ Die städtische Website reicht. Manche hatten sogar eine sehr schlechte Website für die Jugendarbeit, über die dann – so wurde es mir gesagt – auch Jugendbeteiligung stattfindet. Ich habe dann einmal die Frage gestellt, ob sie glauben, dass die Jugendlichen am Morgen aufwachen und ihr erster Gedanke ist: „Oh, jetzt gehe ich mal wieder auf www.irgendwas und gucke mir einmal an, was meine Stadt an Jugendbeteiligung macht.“ Das ist natürlich völliger Quatsch in Zeiten von damals noch Instagram, heute dann Tiktok, Snapchat usw.

Nichtsdestotrotz gab es exakt 150 Gespräche mit Jugendreferenten aus Baden-Württemberg. Wie gesagt, ich bin kein Sozialarbeiter und kann daher nicht viel zu der Arbeit der Jugendreferenten sagen. Ich bin mir sicher, dass die alle einen guten Job in der Jugendarbeit machen, aber in der Jugendbeteiligung eben nicht. Ich glaube, das kann

ich nach 150 Gesprächen sehr deutlich so äußern – Ausnahmen bestätigen natürlich die Regel; es gibt immer Ausnahmen.

Warum denke ich das? Ich habe erst gedacht, ich falle vom Glauben ab. Natürlich gibt es vereinzelt Jugendgemeinderäte, die aber – so wurde mir gesagt – nicht besonders viel Gehör in der Kommune finden. Mir wurde auch gesagt, es bestehe kein großes Interesse bei den Jugendlichen, da mitzumachen. Dann gibt es auch analoge Veranstaltungen, wo dann der Jugendreferent eine Aula mietet, das vier Wochen lang vorbereitet und da dann mit 30 Jugendlichen einmal hineingeht, ein bisschen mit ihnen redet und sie fragt: Was wollt ihr denn? Dann sagen die: „Überall WLAN wäre cool“ – und das war dann die Jugendbeteiligung. So habe ich es wirklich erlebt. Ich war entsetzt und habe gedacht: Da muss doch mehr gehen.

Also habe ich unser Konzept erläutert: Man hat eine App, jeder hat ein Handy, man meldet sich an, man sagt, in welcher Kommune man ist, und bekommt dort dann direkt den Kanal. Jede Kommune hat einen eigenen Zugang und kann die Inhalte an ihre Jugendlichen vor Ort streuen. Das läuft über GPS, alles ganz easy. Das fanden fast alle super, nur eine nicht. 149 von 150 Kommunen fanden das sehr gut. Die Hälfte sagte mir schon vorab, dass das Budget von 2 000 € pro Jahr ein mögliches Problem sein könnte, wo ich dann schon gedacht habe: Okay. Aber 95 % sahen die von uns konzipierte App als einen sehr guten Weg für eine regelmäßige und nachhaltige Jugendbeteiligung an.

So, jetzt beginnt das Drama:

Was haben wir gemacht? Wir haben gedacht: Okay, die Leute finden das super, also fangen wir einmal an, eine App zu bauen. Wir haben die App gebaut. Das ist nicht so leicht; das macht man nicht mal so eben nebenbei. Das dauerte ungefähr sechs Monate, und nach sechs Monaten haben wir diese 149 Interessenten wieder kontaktiert. Dann ergab sich, dass gerade mal sechs Kommunen die App tatsächlich eingesetzt hatten. Das war für uns natürlich ein ziemlicher Tiefschlag, sagen wir es mal so. Von diesen sechs Kommunen wiederum wurden kaum Inhalte für die App generiert. Die App wurde vor Ort nicht promotet. Das heißt, die Jugendlichen haben gar nicht mitbekommen, dass es die App überhaupt gibt. Von den Kommunen wurden nicht einmal die Social-Media-Kanäle genutzt. Die wenigen Jugendlichen, die sich anfangs dafür interessiert haben und sich wirklich mit hoher intrinsischer Motivation dafür begeistert haben, haben die App relativ schnell wieder deinstalliert, weil einfach nichts kam. Es gibt nichts Ätzenderes als eine App, in der nichts passiert. Die brauche ich nicht.

Wir haben mit dieser Entwicklung einen sehr hohen finanziellen Verlust erlitten und haben diese Entwicklung bzw. den Betrieb dann im Jahr 2020 eingestellt.

Jetzt ist das Drama zu Ende. Jetzt kommt der spannende Teil: Warum hat das nicht geklappt?

Erst einmal grundsätzlich – das war schon sehr überraschend –: 95 % der interessierten Jugendreferenten waren komplett überrascht, dass sie, wenn sie eine App für die Jugendlichen nutzen, diese App mit Inhalt füllen müssen. Das muss man sich einmal vorstellen. Die haben, glaube ich, gedacht, man installiert eine App, und dann geht alles von selbst. Dem ist natürlich nicht so. Wir hatten das im Vorfeld kommuniziert. Vielleicht hat man uns nicht richtig zugehört; ich weiß es nicht. Sie haben uns dann gesagt, sie hätten dafür überhaupt keine Zeit. Sie hätten gerade mal eine 50-%-Stelle und eigentlich auch kein Geld. Sie haben auch gefragt, was man denn da posten solle und welche Umfragen man da eigentlich machen solle, da sie doch höchstens einmal pro Jahr ein Thema hätten. Also: schwierig.

Das Thema Kapazität wurde uns also ganz häufig genannt. Ich kann allerdings nur sagen, was uns genannt wurde. Ob es tatsächlich die wahren Gründe sind, weiß ich nicht. Ich weiß nicht, inwieweit da vielleicht innerhalb der Kommune gar nicht der Wunsch bestand, wirklich Jugendbeteiligung zu machen; das weiß ich jetzt nicht. Nach außen hin haben zumindest alle erklärt, dass sie das natürlich ganz wichtig finden, aber die Kapazitätsthematik stand im Vordergrund.

80 % erklärten mir, dass diese 2 000 € pro Jahr schon den größten Teil ihres Budgets aufbrauchen würden, was ich dann auch sehr schwierig fand. Es gab zwar die Aussage, man könnte Sonderbudgets vereinbaren, was man dann aber erst durch den Gemeinderat und durch ein weiteres Gremium durchboxen müsste. In ungefähr zwölf Monaten könnte man uns also sagen, ob man diese 2 000 € investieren könnte. Das sind für Unternehmen natürlich Zeiten, die absurd sind. Das kann man nicht anders sagen.

Natürlich gab es auch keine Entscheider in den Kommunen. Wie ich eingangs gesagt habe, hatten wir 500 Kommunen kontaktiert. Wir haben aber überhaupt nur 150 Gespräche geführt, weil es ganz oft hieß, man wisse nicht, wer dafür zuständig sei, und eigentlich mache es keiner so richtig, es wolle sich auch keiner diesen Rucksack aufbinden, weil man ohnehin schon so viel Arbeit habe.

Irgendwann habe ich dann gedacht: Okay, ich fahre mal nach Stuttgart. Ich war dann ein paar Häuser weiter bei der Landeszentrale für politische Bildung, um zu schauen, ob man vielleicht irgendwie gemeinsam nach dem Top-down-Prinzip von dort aus leichter in die Kommunen hineinkommt. Die haben uns sehr schnell abgewürgt, muss ich echt sagen – darüber war ich auch sehr enttäuscht –, weil man gesagt hat, man unterstütze keine kommerziellen Projekte. Das war damals die Aussage. Ich weiß nicht, ob das gestimmt hat und ob das noch so ist. Auf jeden Fall war es das, was man mir gesagt hat.

Das war also unsere praktische Erfahrung. Wie Sie sich vorstellen können, waren wir doch ein bisschen gefrustet. Nichtsdestotrotz: Ich bin Unternehmer, und das heißt, man versucht, aus jedem Scheitern auch wieder etwas Konstruktives zu lernen und zu

überlegen, wie man daraus denn etwas machen kann, also immer praktisch und nach vorne denkend.

Es gibt diese Bottlenecks, die ich Ihnen gezeigt habe: die Kapazität, das Budget, mangelnde Entscheider. Wie wir heute Morgen schon gehört haben, fehlt bei den Mittelalten häufig die Medienkompetenz, und die Jugendreferenten sind oft schon die Mittelalten, die gar nicht so richtig wissen, mit welchem Kanal bzw. mit welchen Tools das zu bespielen ist. Das sind also diese Bottlenecks. Wir haben uns schon 2018 überlegt, wie man diese Bottlenecks umgehen kann. Aber es war zum damaligen Zeitpunkt einfach nicht möglich.

Wir haben jetzt – deswegen ist es vom Timing her ganz wunderbar, dass ich hier sprechen darf – seit ungefähr einem halben Jahr die Fähigkeit, diese Bottlenecks zu umgehen. Das Stichwort lautet „Künstliche Intelligenz“. Es wundert mich ein bisschen, dass das Wort heute nicht häufiger gefallen ist, auch in Bezug auf Fakeinformationen, Extremismus usw. Da kommt, glaube ich, noch einiges auf uns zu – aber zurück zum Thema.

Das Wichtigste, was jede Kommune zunächst einmal braucht, sind Daten. Man braucht eine stabile Datenbasis, um zu erfahren, wie die jungen Menschen bzw. die jungen Erwachsenen fühlen und denken – es müssen nicht immer Jugendliche sein; es können auch allgemein Bürger sein –: Was gefällt denen, was gefällt denen nicht? Fühlen sie sich sicher, fühlen sie sich abgeholt, fühlen sie sich respektiert? Genießen sie die Sauberkeit, den Verkehr, die Technologie usw.? Meiner Meinung nach ist eine allgemeine, regelmäßige Datenerhebung eigentlich die Grundlage für jede sinnvolle und effiziente demokratische Entscheidung, die in einer Kommune zu treffen ist. Dabei muss man natürlich die Balance zwischen den Beteiligungsverfahren und den demokratischen Grundprozessen genau abwägen.

Mir ist durchaus klar, dass es gewählte Gremien gibt und dass es auch einen Grund gibt, warum sie gewählt sind. Man darf sie auch nicht unterlaufen. Aber es wäre doch schön, wenn man diesen Gremien eine bestmögliche Datenbasis zur Verfügung stellen könnte, damit die Entscheidungen, die sie treffen, auch fruchten oder zumindest eine möglichst hohe Effektivität aufweisen.

Eine solche Datengewinnung halte ich nur über einen langfristigen und nachhaltigen Kanal zu den Jugendlichen für möglich. Das ist nicht dadurch möglich, dass man ab und zu mal eine Umfrage macht, sondern es müssen dauerhaft Daten empirisch erhoben werden, und zwar immer wieder, damit man Vergleichswerte hat. Da ist natürlich eine App sinnvoll, die den Jugendlichen per Push mitteilt: „Hey, du bist ohnehin gerade hier. Was hältst du davon?“ Das ist ohne Medienbruch, ohne lange Zeitverzögerung sicherlich das Medium der Wahl.

Künstliche Intelligenz hilft uns insofern extrem, als die vielen Inhalte, die eigentlich von den Jugendreferenten oder auch von anderen Personen in der Kommune aufbereitet

werden müssten, mittlerweile problemlos und fehlerfrei durch ChatGPT und Co. erstellt und abgefragt werden können. Da gibt es Sicherheitsfilter. Wir nutzen das bei unseren anderen Apps; das ist alles gar kein Thema. Man kann die trainieren und würde mit minimalem Aufwand in der Kommune richtig gute Ergebnisse erzielen, die man über diesen Kanal der App regelmäßig pushen könnte. Natürlich sollte man auch die Daten, die in Form von Antworten zurückkommen, vernünftig aufbereiten. Es bringt ja nichts, wenn die Jugendlichen das Gefühl haben, man interessiert sich für sie, und dann passiert gar nichts mehr. Dann sinkt die Motivation ja auch relativ schnell. Das heißt, man kann die KI auch dafür einsetzen, um diese Daten vernünftig und intelligent aufzubereiten.

Automatisierung ist in diesem Zusammenhang das dritte große Stichwort. Das hängt eng mit der künstlichen Intelligenz zusammen. Man muss natürlich die Medien nutzen, die die Jugendlichen nutzen. Das sind beispielsweise Instagram, Tiktok, Snapchat, Discord und Reddit. Man kann solche Umfragen und News mit Automatisierungsverfahren zielgruppengenau mit einem ganz genauen Targeting erreichen, ohne dass man irgendetwas von Hand machen muss. Das kann alles automatisiert passieren. Die entsprechende Technologie gibt es schon.

Schließlich muss man trotzdem in jeder Kommune Partner und Verantwortliche haben. Die müssen nicht viel machen, aber man braucht einfach einen Ansprechpartner, der nicht zwölf Monate braucht, um eine kleine Entscheidung zu treffen, und der vielleicht auch einmal in der Lage ist, ein Budget von 2 000 bis 3 000 € freizugeben, ohne dass man dafür ein Riesenfass aufmachen muss. Aber es muss eben auch in der Kommune die Bereitschaft bzw. das Mindset vorhanden sein, um zu sagen: „Das ist ein Thema, das uns interessiert und das uns wichtig ist, weil wir mit unseren jungen Menschen aktiv in Kontakt treten wollen.“

Die AfD hat den Umfragen zufolge im Moment 20 % oder mehr. Es war nie wichtiger, den Menschen aufzuzeigen: Das sind nicht die da oben und wir hier unten, sondern das ist eine Demokratie. Die Menschen haben den Glauben verloren. Das ist echt krass. Das wird jetzt ein bisschen pathetisch, aber es ist wirklich so. Es muss auf jeden Fall wieder ein Kanal zu den Bürgern geschaffen werden, und ich bin mir sehr sicher, dass eine solche Anwendung ein Teil der Lösung sein könnte.

Ich bin davon überzeugt davon, dass es Sinn macht, YOVO noch einmal aufzurollen – ob nun unter diesem Namen oder nicht, ist völlig egal. Ob wir das machen oder ob das jemand anderes macht, ist auch völlig egal. Wir haben das Konzept in der Schublade. Die Technologie ist jetzt fertig, und man kann sie benutzen. Allerdings müssen bestimmte Anforderungen erfüllt sein – KI-Automation und Unterstützung vor Ort –, und es geht nur, wenn eine große Institution, z. B. das Land, die LpB oder irgendjemand, sich aktiv beteiligt, denn es muss top-down laufen. Das heißt, es muss eine große obere Instanz sagen: „Da ist etwas Cooles, guckt euch das mal an.“ Es kann nicht so sein, dass wir als Unternehmer, als Softwareentwickler bei jeder einzelnen kleinen

2 000-Seelengemeinde Klinken putzen müssen. Das funktioniert so nicht. Ich glaube, dann ist da einiges möglich.

Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dorn. – Dann kommen wir jetzt zur Fragerunde. Für die Fraktion GRÜNE rufe ich Herrn Abg. Köhler auf.

Abg. Erwin Köhler GRÜNE: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Liebe Gäste, ich bedanke mich für Ihre Vorträge und würde Frau Youkhana gern einige Fragen stellen.

Können Sie sich eine Belohnung des Ehrenamts und des Engagements vorstellen? Wir, das Land, überlegen ja, wie wir das attraktiver machen können. Aktuell wird z. B. die Ehrenamtskarte in Modellregionen eingeführt. Wie bewerten Sie dieses Vorhaben? Wie sehen Sie das aus der Perspektive der Landeshauptstadt und auch für die Fläche rundherum in den ländlichen Räumen, wo die Schnittstellen vielleicht nicht so sichtbar und so präsent aufgebaut sind wie in Stuttgart selbst?

Sehen Sie Chancen für sogenannte Tauschbörsen, dass man sich also quasi durch das ehrenamtliche Engagement ein Guthaben aufbaut und davon vielleicht auch zu einem späteren Zeitpunkt, wenn es vielleicht gerade nicht zum Lebensentwurf passt, immer noch davon profitiert. Indirekt gibt es das ja schon, indem man dadurch Vorteile bei einer Bewerbung hat. Aber vielleicht gibt es noch andere Vorteile, die innerhalb des Spektrums des Ehrenamts denkbar sind, vielleicht durch andere, die auch etwas anbieten, sodass man z. B. einen Gutschein für eine Weiterbildung an einer Volkshochschulen bekommt. Ich denke, das sind Wege, wie sich eine Anrechnung sogar umsetzen ließe.

Gibt es die Möglichkeit, über Ihre Stelle den Täter-Opfer-Ausgleich bei Strafverfahren zu vollziehen?

Herr Dorn, an Sie habe ich die Frage, wie Sie denn in Bezug auf die §§ 41a bzw. 41b, mit denen ich mich als jugendpolitischer Sprecher meiner Fraktion intensiv beschäftige und auch viel mit dem Verband der Jugendgemeinderäte und mit dem Landesschülerbeirat zu tun habe – ich selbst bin ehemaliger Jugendrat –, die Altersgruppen definiert haben, die Sie ansprechen wollen. Das würde mich einfach einmal interessieren. Die Satzungen der verschiedenen Jugendräte und Jugendgemeinderäte, zwischen denen man differenzieren muss, sind ja durchaus verschieden. Haben Sie denn bei den Recherchen zu dem Projekt auch Beteiligungsformate entdeckt, die überhaupt nicht zu der App passen? Dabei denke ich beispielsweise an Jugendliche in ländlichen Räumen, von denen 20 % kein Internet haben, weil es zu langsam ist. Diese

Zielgruppe könnte man mit einer solchen Umfrage gar nicht erreichen. Es würde mich interessieren, wie Sie das bewerten.

Man kann den zeitlichen Ablauf bei Stadtverwaltungen durchaus generell kritisieren. Aber das politische Entscheidungsgremium Gemeinderat und die Daten, auf die er sich in seinen Entscheidungen stützt, sind ein sehr hohes Gut. Ich denke, Jugendbeteiligung braucht vor Ort viel Zeit, um sich zu implementieren. Wenn sie einmal scheitert oder die Nachfrage gering ist, dann braucht Jugendbeteiligung viel Zeit, um sich davon zu erholen.

Vielen Dank.

Abg. Dr. Natalie Pfau-Weller CDU: Herzlichen Dank auch vonseiten der CDU-Fraktion an die beiden Referenten.

Ich hätte zwei Fragen und versuche, es wieder ein bisschen mehr auf die Aufgabenstellung unserer Enquetekommission zu lenken.

Frau Youkhana, welche Formate für Bürgerbeteiligung könnten Sie sich in der Krise vorstellen? Wir haben es jetzt schon häufiger gehört, dass sich die Leute nicht mitgenommen gefühlt haben. Haben Sie irgendwelche Rückmeldungen von den Engagierten erhalten, was sie sich gewünscht hätten? Das ist natürlich schwierig, weil es je nach Art der Krise durchaus unterschiedlich sein kann.

Wir hatten anlässlich einer Sitzung der Enquetekommission schon einmal angesprochen, dass man auch die Multiplikatoren nutzen könnte, beispielsweise migrantische Vereinigungen oder andere Vereine. Könnte man das nicht auch noch zur besseren Kommunikation in Krisen oder generell zur Kommunikation nutzen?

Ich habe auch zwei Fragen an Sie, Herr Dorn. Ich habe mich die ganze Zeit gefragt, warum Jugendliche diese App herunterladen sollten. Das ist ja dieses Thema: Wenn es nicht richtig cool ist, dann macht man das nicht. Was wäre für die Jugendlichen ein Anreiz, das zu tun?

Wenn ich Sie richtig verstanden habe, lautet Ihre Handlungsempfehlung an uns, digitale Formate oder die KI, die man ohnehin immer nutzt, auch in Krisenzeiten zu nutzen. Gibt es Ihrer Meinung nach speziell für Krisen irgendeinen Einsatzzweck dieser digitalen Apps zur Jugendbeteiligungsapps oder sonstiger Formate?

Dr. Daniela Harsch, externes Mitglied: Achtung, jetzt kommt die Kommunalpolitik. Frau Youkhana, in Ihrem Vortrag haben mir Aussagen zu den Grenzen ehrenamtlichen Engagements gefehlt. Ich habe gerade auch in der Kommunalpolitik die Erfahrung gemacht, dass häufig eine Dopplung von Strukturen bzw. eine Weigerung von

Engagierten zur Zusammenarbeit festzustellen ist. Die Kommune soll zahlen, darf jedoch in keiner Weise steuernd eingreifen.

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage der Evaluation. Auf Basis welcher Bewertung entscheiden wir eigentlich, wie viel Geld wir wo und für wie viel Engagierte investieren, die dann wiederum wie viele Personen erreichen? Haben Sie aufgrund der Erfahrungen, die Sie gemacht haben, eine Idee, wie man damit umgehen sollte, damit nicht immer nur die Lautesten, die zum Teil in zig Strukturen drin sind bzw. die sehr gut darin sind, kurzzeitig Drittmittel zu akquirieren, und die sich, wenn diese Gelder auslaufen, sich darauf verlassen, dass die Kommune einspringt, die Gelder bekommen? Dieser Gerechtigkeits- und Evaluationsaspekt beschäftigt uns doch sehr stark.

Herr Dorn, ich war selbst einmal an einer Entwicklung einer App für Jugendliche beteiligt. Damals ging es um die Befragung von Pflegekindern. Wir hatten extreme Datenschutzprobleme. Es standen die Fragen im Raum, ab welchem Alter Jugendliche überhaupt eine App herunterladen dürften, wozu man sie befragen dürfe und wann es einer Einwilligung der Erziehungsberechtigten bedürfe. Daran ist unser Projekt damals gescheitert.

Ich bin sehr desillusioniert, was eine Beteiligung über Apps angeht. Das kann allerdings auch mit der Tatsache zu tun haben, dass ich aus Tübingen komme. Wir haben dort eine Bürgerbeteiligungsapp, die meiner Ansicht nach komplett gescheitert ist, weil Demokratie Demokratie getötet hat. Wir können zwar Abstimmungen über diese App machen, aber es muss jede einzelne Fragestellung vorher durch ein Gremium des Gemeinderats bearbeitet werden. Dann bedarf es einer Zustimmung durch den Verwaltungsausschuss. Anschließend müssen wir alle Bürgerinnen und Bürger per Brief darüber informieren, dass eine Befragung stattfindet, und auch noch eine Abstimmung per Brief durchführen, damit auch alle die Chance haben, sich zu beteiligen. Darüber hinaus müssen wir vor jeder Befragung über die App eine öffentliche Informationsveranstaltung zu den Pro- und Kontraargumenten machen. Dadurch ist dieses eigentlich niederschwellige Instrument letztlich getötet worden, weil es zu einem derart großen Verwaltungsakt wurde.

Ich könnte mir vorstellen, dass bei vielen, mit denen Sie zu tun hatten, genau diese Frage im Hinterkopf war: Was können wir da überhaupt machen, und wie gehen wir mit den Ergebnissen um?

Abg. Nikolai Reith FDP/DVP: Ich finde diesen letzten Block, den wir heute Abend kurz vor der Sommerpause behandeln, ausgesprochen spannend, und zwar aus dem Grund, weil wir heute ganz viel aus der Theorie und auch viel zu der Bedeutung der Zivilgesellschaft bzw. des Ehrenamts gehört haben. Sie beide sind als Vertreter derjenigen hier, die versuchen, das vor Ort tatsächlich umzusetzen. Insofern finde ich es spannend. Ich finde es, ehrlich gesagt, ein bisschen schade – aber das ist jetzt meine persönliche Empfindung; ich hoffe, Sie empfinden das nicht als Geringschätzung –,

dass so wenige Kolleginnen und Kollegen noch da sind. Das entspricht eigentlich nicht unserer Arbeitsweise in der Enquetekommission. Es ist mir wichtig, Ihnen das zu sagen. Das ist mir wirklich ein bisschen arg, dass jetzt nur noch so wenige vor Ort sind, weil ich es wirklich interessant und spannend finde.

Frau Youkhana, wir hatten heute Morgen in einer empirischen Darstellung gesehen, dass die Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren, zumindest was die Befragung angeht, deutlich nachgelassen hat. Können Sie bestätigen, dass es deutlich schwieriger geworden ist? Sie haben es schon angedeutet. Glauben Sie, dass dieser beschriebene Trend anhält, und wenn ja, in welchen Bereichen? Gibt es da Unterschiede? Kann man in den Bereichen Sport, Kultur oder Soziales einen Unterschied feststellen, oder ist es über alle Bereiche hinweg gleich?

Worüber wir noch nicht explizit gesprochen haben, was aber Frau Dr. Harsch angedeutet hat: Wo sind Engpässe bzw. Hinderungsgründe? In diesem Zusammenhang nenne ich einmal ganz konkret das Stichwort Bürokratie. Ehrenamt und Bürokratie sind sicherlich zwei Begriffe, die oft nicht richtig zusammenpassen. Wenn ich ehrenamtlich Engagierte motivieren möchte, dann ist die Bürokratie nach meiner Erfahrung durchaus hinderlich.

Die Ehrenamtskarte ist heute schon mehrfach angesprochen worden. Wir hätten uns vorstellen können, dass man die Ehrenamtskarte früher flächendeckend einführt. Ich glaube nicht, dass man unbedingt einen Modellversuch mit einer Evaluierung braucht. Ich glaube, in vier Regionen oder Kommunen wird es jetzt getestet. Es ist noch nicht sehr überzeugend. Vor Ort hat man noch nicht viele Partner finden können, um die Ehrenamtskarte umzusetzen. Wir werden sehen, was dann die Evaluierung nächstes Jahr bringen wird. Ich hoffe, dass die Ehrenamtskarte dann im Jahr 2025 für unsere Ehrenamtlichen erfolgreich umgesetzt werden kann.

Es gibt ja auch andere Bundesländer, in denen sie schon erfolgreich eingesetzt wird. Haben Sie da einen Einblick? Welche Anforderungen stellen Sie an die Ehrenamtskarte, damit sie tatsächlich erfolgreich sein kann und Ihnen in Ihrer Arbeit hilft? Welche Kriterien muss die Ehrenamtskarte aus Ihrer Sicht erfüllen?

Herr Dorn, ich sage auch immer, dass wir in die Handys hineinkommen müssen – egal, ob das jetzt Kinder bzw. Jugendliche oder auch Erwachsene sind. Wir haben heute Morgen gehört, dass auch die Erwachsenen durchaus im Internet unterwegs sind. Aus meiner Sicht muss ein Zugang – das muss nicht der alleinige Zugang sein – auf jeden Fall über die Handys erfolgen, denn dort informieren sich die Kinder und Jugendlichen heute schon. Deswegen bin ich froh, dass Sie einmal beschrieben haben, wo denn die Bottlenecks sind. Sie haben gesagt, dass jetzt ein Teil dieser Bottlenecks beseitigt werden könnte. Welche Hinderungsgründe bestehen aus Ihrer Sicht denn nach wie vor noch?

Vielleicht können Sie auch noch etwas näher auf die Rolle von KI eingehen und sagen, was da möglicherweise eine Rolle spielen könnte.

Sie haben gesagt, dass Ihr Projekt eigentlich im Jahr 2020 beendet war. Was hat sich aus Ihrer Sicht durch die Coronapandemie bzw. durch die multiplen Krisen, mit denen wir es zu tun haben, geändert, sodass die App vonseiten der Kinder und Jugendlichen vielleicht besser angenommen wird? Was kann die App da leisten? Wir haben im Laufe der Anhörungen erlebt, dass alle sagen, Partizipation ist wichtig. Wir müssen für eine krisenfeste, resiliente Gesellschaft Partizipation bieten, und zwar schon vorher und nicht erst während der Krise. Während der Krise muss es dann abrufbar sein; da muss das Handling passen. Ich glaube, wenn es erst in der Krise eingeführt wird, dann ist es zu spät. Eine richtige Durchdringung erreichen wir nur über vorheriges Üben. Selbst wenn wir dann nur 80 % erreichen, haben wir trotzdem mehr erreicht, als man letzten Endes über irgendwelche anderen Zugänge erreichen könnte.

Vielen Dank.

Vorsitzender Alexander Salomon: Gibt es noch weitere Fragen aus der Runde? Dann würde ich die gleich mit aufrufen. – Dann bitte noch Frau Dr. Harsch, Herr Abg. Reith und Herr Abg. Köhler.

Dr. Daniela Harsch, externes Mitglied: Ich möchte nur noch etwas nachschieben. Bei unserer Bürgerbeteiligungsapp war es dann so, dass gefordert wurde, den Quellcode auf jeden Fall offenzulegen. Das war eine Bedingung des Gemeinderats, was natürlich, wenn man so etwas privatwirtschaftlich vergibt, sehr schwierig ist. War das bei Ihnen auch in der Diskussion? Wie stehen Sie dazu?

Abg. Nikolai Reith FDP/DVP: Nur noch eine Ergänzung, weil man das einmal festhalten muss: Es besteht die Verpflichtung, Partizipation zu ermöglichen. Als das Projekt im Jahr 2020 gescheitert ist, musste man das zwar als Flop kategorisieren, aber man hatte ja keine Alternative. Das muss man sich überlegen. Das gilt auch für die Gesellschaft. Es war ja nicht so, dass man eine Alternative in der Form hatte, dass man eine App nimmt – wie auch immer die heißt – oder ein anderes Format hat, wie man Beteiligung darstellen kann. Das hat man nicht. Es ist also nicht daran gescheitert, dass man etwas anderes, vielleicht Besseres hatte, sondern man hat es einfach nicht gemacht. Das finde ich eigentlich tragisch und dramatisch. Das kann nicht unser Anspruch sein.

Abg. Erwin Köhler GRÜNE: In § 41a der Gemeindeordnung ist die Rede von einem Mitstimm- und Anhörungsrecht bei den Belangen von Jugendlichen. Mich interessiert, wie genau sich dies denn rechtlich grundlegend in der App wiederfindet. Ab welchem Zeitpunkt ist es dann so repräsentativ, dass eine erfolgte Umfrage über die App dazu legitimiert, dem Gemeinderat ein bestimmtes Thema vorzulegen und die Umfrage als Entscheidungsgrundlage darzubieten? Wer von den Jugendlichen, die an einer solchen Umfrage teilgenommen haben, führt das dann aus? Wer repräsentiert dann

wiederum die Jugendlichen, wenn im Rahmen einer Anhörung zu einer entsprechenden Vorlage erklärt werden soll, worum es geht? Denn das ist doch letztendlich das, was wir erreichen wollen. Ich verstehe eine solche App eher als Schritt dahin, dass man alle erreicht. Es kann nicht darum gehen, dass eine nicht demokratisch legitimierte Jugendvertretung in einem Beteiligungsprozess auftritt.

Danke.

Vorsitzender Alexander Salomon: Dann kommen wir jetzt zur Antwortrunde. Ich bitte Sie, Frau Youkhana und Herr Dorn, die Antworten bitte in jeweils zehn Minuten zu geben. – Bitte, Frau Youkhana.

Sv. Frau Youkhana: Ich beginne mit den Fragen zur Ehrenamtskarte von Herrn Köhler und Herrn Reith.

Herr Köhler, Sie haben gefragt, ob ich die Ehrenamtskarte im Pilotprojekt des Landes für erfolgversprechend halte. Ich fange vielleicht damit an, dass ich sage, dass sich die Landeshauptstadt Stuttgart als Pilotort beworben hat und keinen Zuschlag bekommen hat. Ja, ich denke, es ist deshalb erfolgversprechend, weil wir eigentlich seit Jahren in der Stadt Stuttgart anlässlich von Fachtagungen, Begegnungen etc. mit Engagierten immer wieder darüber diskutieren, warum die Stadt Stuttgart als Landeshauptstadt keine Ehrenamtskarte hat. Wir haben eigentlich immer den Ball in Richtung Land gespielt und haben gesagt, diese Strukturen müsse es landesweit geben, um nicht lokal begrenzt zu denken und zu agieren.

Ich denke, dass dieses Pilotprojekt mit den vier Orten, wo die Ehrenamtskarte getestet wird, zeigen wird, ob es tatsächlich wahrgenommen wird. Wir haben von Kollegen anderer Länder in verschiedenen Austausch – das war allerdings vor der Pandemie; ich weiß nicht, wie es sich entwickelt hat – immer wieder gehört, dass sich sehr viele Menschen diese Karte ausstellen lassen, sie dann aber letztlich gar nicht verwenden. Sie lassen sich diese Karte u. a. deshalb ausstellen, weil sie zum einen endlich diese breite Sichtbarkeit des Engagements schön finden, dass sie also eine Art Ehrenamtsausweis haben – dabei geht es ihnen gar nicht unbedingt darum, dass das zwingend mit Vergünstigungen einhergeht – und zum anderen – das kennt man ja – sammelt man gern mal hier und da Punkte: Man denkt, dass man sie irgendwann einsetzen wird, und tut es dann vielleicht doch nicht.

Prinzipiell hören wir immer, dass die Ehrenamtskarte einen enormen Verwaltungsaufwand produziert, indem beispielsweise zu prüfen ist, ob jemand weiterhin engagiert ist und ob die Ehrenamtskarte verlängert werden soll etc. Das geht mit einem großen Verwaltungsaufwand einher. Das war auch einer der Gründe dafür, dass die Stadt Stuttgart das als lokale Lösung für sich nicht angestrebt hat. Wenn es eine landesweite Lösung geben soll, dann sind wir natürlich auf die Rahmenbedingungen und das Feedback der vier teilnehmenden Engagementförderstellen gespannt.

Die Idee, Punkte für später zu sammeln, kann natürlich eine Idee sein. Damit habe ich allerdings keine Erfahrungen. Mir ist nicht bekannt, ob andere Länder das in dieser Form anbieten. Man müsste vielleicht noch einmal schauen, ob es Erfahrungen zu diesem Thema gibt. Mir ist allerdings bekannt, dass es wohl diverse Karten gibt, die auch kommerzielle Vergünstigungen mit sich bringen. Das Land Baden-Württemberg hat sich, soweit ich weiß, dagegen entschieden. Dabei geht es um Vergünstigungen bei Eintritten in Freizeit- und Bildungseinrichtungen und nicht im nächstgelegenen Schuhgeschäft. Das haben andere Länder zum Teil anders gehandhabt. Auch das wäre sicher interessant zu evaluieren. Das werden wir jetzt also erst einmal abwarten.

Herr Reith, Sie sagten, Sie haben die Notwendigkeit einer solchen Evaluierung infrage gestellt und darauf hingewiesen, dass sich der Prozess dadurch verzögere. Ich stimme Ihnen in dem Sinn zu, als ich mich gefreut hätte, dass es die Karte schon früher gegeben hätte. Andererseits muss ich in meiner Eigenschaft als kommunale Vertreterin sagen, dass ich mich sehr über das Pilotprojekt gefreut habe, weil ich gedacht habe, da wird tatsächlich einmal geschaut, wie es denn vor Ort ist. Allein schon die Idee, zu sagen, dass innerhalb von zwölf Monaten ein Pilot läuft und dass Fördermittel für eine Verwaltungsstelle fließen, ist spannend. Diese Stelle in dieser Zeit überhaupt in der Kommune zu besetzen, Einrichtungen zu akquirieren, die dort Vergünstigungen anbieten etc., das wäre natürlich eine spannende Erfahrung und auch ein wichtiges Feedback an das Land, wie die Einführung solcher Instrumente lokal funktioniert oder eben auch nicht funktioniert. Deswegen habe ich mich für die Pilotphase ausgesprochen.

Sie fragten zudem, welche Voraussetzungen die Karte erfüllen müsse, um unsere Arbeit tatsächlich zu erleichtern. Zum einen ist es wichtig, dass sie überhaupt erst einmal eingeführt wird, denn dann könnten wir alle Bürgeranfragen zu diesem Thema zentral mit einem positiven Bescheid beantworten. Zum anderen muss sie natürlich sehr niederschwellig sein, auch für uns innerhalb der Verwaltung. Wie ich vorhin schon sagte, ist allein das Ausstellen von Engagementnachweisen durch die gemeinnützigen Einrichtungen, in denen jemand tätig ist, das Vorzeigen dieser Nachweise, das Ausstellen und das Verlängern der Karte mit einem massiven Aufwand verbunden, der nicht nur die Kommunen belasten wird, auch wenn es ein schönes Angebot sein mag, sondern auch alle gemeinnützigen Organisationen und Vereine vor eine weitere Verwaltungsaufgabe stellen wird, die dann vor Ort mit vorhandenem Personal gelöst werden muss.

Deswegen empfiehlt sich eine Niederschwelligkeit, möglichst digital und auch eine gewisse Anleitung und Sicherheit für Vereine und Organisationen, wem die Karte auszustellen ist und wem nicht, um zu verhindern, dass Menschen nur deswegen ein Engagement wahrnehmen, um die Ehrenamtskarte zu erhalten. Eine der Voraussetzungen für die Ausstellung einer Ehrenamtskarte wird sein müssen, dass schon über eine gewisse Zeit ein Engagement wahrgenommen wurde. Wir erleben es nämlich immer wieder – gerade bei jungen Leuten –, dass Menschen ein Engagement anfangen wollen und innerhalb von zwei bis drei Wochen nach einer Referenz fragen, weil sie sich

gerade bewerben oder sich um ein Stipendium bemühen. Das sind auch Themen, die es zu beachten gilt.

Herr Köhler, Sie fragten nach Sozialstunden bzw. Engagements im Rahmen von Strafverfahren im Sinne eines Täter-Opfer-Ausgleichs. Das kann ich jetzt nur für die Stadt Stuttgart als Kommune beantworten. Wir bieten das nicht an, obwohl wir selbst ehrenamtliche Tätigkeiten innerhalb der Stadtverwaltung anbieten, aber nicht im Rahmen dieser Sozialstunden. Ich kann Ihnen auch nicht sagen, ob das bei uns schon einmal angestrebt wurde. Ich kann mir vorstellen, dass es dafür wieder irgendwelche rechtlichen Hürden gibt. Vor allem müssen die Personen in diesen Stunden ja auch begleitet werden, was sich angesichts der in der Verwaltung bestehenden Personalengpässe nicht umsetzen ließe.

Dann wurde noch danach gefragt, inwiefern auch Multiplikatoren innerhalb der Krise hätten genutzt werden können. Tatsächlich gab es nach einer Weile das eine oder andere Informationsmaterial, auch mehrsprachig. Das war auf jeden Fall ein Aspekt, der in der Pandemie sehr wichtig war. Es hat ein bisschen gedauert. Zum Teil kam es auch nicht über Politik und Verwaltung, sondern durch Interessenvertretungen migrantischer Communitys selbst, dass sie sich die Mühe gemacht haben, Dinge zu übersetzen und herauszugeben. Das Thema Mehrsprachigkeit war auf jeden Fall wichtig.

Andererseits war es natürlich wichtig, überhaupt erst einmal zu erfahren, welche Dachverbände es innerhalb migrantischer Communitys gibt. Diese auch mit der Verwaltung zu koppeln, ist ohnehin noch einmal eine Aufgabe für uns alle. Wir stellen fest, dass wir tatsächlich nur die Communitys erreichen, die selbst schon sehr „deutsch“ und bürokratisch organisiert sind und Strukturen aufgebaut haben. Es beginnt schon damit, dass wir einige Glaubensgemeinschaften nicht erreichen, weil sie die Verwaltung nicht zwingend als Kooperationspartner wahrnehmen, obwohl sie möglicherweise in einem Dialog mit Kirchen stehen, aber eben nicht zwingend mit der Verwaltung. Es passiert auch sehr viel Engagement an der Verwaltung vorbei, was ja völlig in Ordnung ist, was sich in der Krise jedoch dadurch bemerkbar gemacht hat, dass die Zugänge in beide Richtungen gefehlt haben.

Es fällt mir schwer, die Frage zur Bürgerbeteiligung in der Krise zu beantworten, und zwar zum einen, weil die Bürgerbeteiligung nicht in unserem Bereich liegt, sondern wir eine eigene Bürgerbeteiligungsstelle haben, die darüber sicherlich mehr weiß. Von Engagierten haben wir eher die Frage nach einer guten Kommunikation vernommen. Es ging gerade am Anfang der Pandemie gar nicht zwingend darum, dass möglicherweise radikale Entscheidungen wie z. B. Zugangsbeschränkungen zu Einrichtungen etc. getroffen werden konnten, sondern es ging um die Unsicherheit, die damit einherging: Wer ist davon betroffen? Wer ist da außen vor? Warum gilt das hier, warum gilt das dort nicht? Es war eher eine Frage der Vernetzung, Kommunikation und Aufklärungsarbeit durch Politik und Verwaltung, wo uns zurückgemeldet wurde, dass die vermisst wurde. Dabei ging es auch häufig um die Kommunalverwaltungen selbst.

Frau Harsch, Sie fragten noch nach den Grenzen des ehrenamtlichen Engagements aus Sicht der Kommunalpolitik. Wie ich vorhin gesagt habe, verstehen wir uns als Interessenvertretung des Engagements innerhalb der Verwaltung. Das ist ein wirklich sehr anstrengender Job, weil wir als eine Art Pendeltür zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung agieren und ein großer Teil unserer Arbeit darin besteht, darüber aufzuklären, was möglich und was nicht möglich ist. So kompetent, involviert und engagiert die Menschen auch sind, so haben sie doch oft keinen Blick hinter die Kulissen einer Verwaltung und dafür, was wie zu laufen hat. Vieles wird als schwerfällig empfunden, was vielleicht seine Richtigkeit hat, weil man eben rechtzeitig informieren möchte, weil man nur richtige Informationen herausgeben möchte und auch Transparenz notwendig ist, aber dann eben auch verbindlich.

Wir stellen fest: Je mehr wir vernetzen, wenn denn die entsprechenden Ressourcen dafür vorhanden sind, und je mehr Austausch stattfindet, umso mehr können wir von unserer Seite als Engagementförderung auch eine Art von Erwartungsmanagement bei Engagierten pflegen, indem wir die Strukturen und die Anforderungen darstellen und aufzeigen, aus welchen Gründen es an der einen oder anderen Stelle hakt. Aber das funktioniert natürlich nicht immer. In der Presse wurde beispielsweise über Personalengpässe bei der Stadt Stuttgart im Zusammenhang mit der Aufnahme der Geflüchteten aus der Ukraine berichtet. Da ist es natürlich eine sehr wichtige Aufgabe für uns, den Engagierten immer wieder zu sagen, dass sie mit ihrem Engagement nicht allein sind, dass aber in diesem Moment diverse Kräfte wirken. Das ist tatsächlich nicht einfach und sehr anstrengend, aber auf jeden Fall auch sehr fruchtbar, weil es ein gegenseitiges Verständnis auf beiden Seiten schafft. Das wirkt dann natürlich auch in die Verwaltung hinein, weil wir bei allem, was wir tun, immer in die Verwaltung hinein kommunizieren, was gerade draußen los ist.

Sie fragten noch nach der Evaluation der Finanzierung. Wir rufen in der Engagementförderung eigentlich immer nach der Niederschwelligkeit von Anträgen und Fördertöpfen. Sicherlich wäre es sinnvoll, Standards zu entwickeln, um evaluieren zu können, welche Projekte gefördert werden und welche nicht. Jedes Förderprogramm hat Rahmenbedingungen, die erfüllt sein müssen. Tatsächlich träumen wir immer wieder mal davon, dass es doch einfach einmal Fördertöpfe für Ideen geben könnte, einfach nur für eine Idee, die ich habe und die ich im Quartier umsetzen will, für die ich keine Rahmenbedingungen erfüllen muss, da ich in meiner Nachbarschaft einfach nur irgendetwas anstoßen möchte. Die Idee muss noch nicht einmal ausgereift sein, sondern ich bekomme Startkapital, um mich zu vernetzen und um tätig zu werden. Aber es bedarf sehr viel Vertrauen in die Arbeit der Engagierten, um so etwas zu machen.

Dass nach Beendigung einer Projektfinanzierung eine institutionelle Förderung angestrebt wird, was möglicherweise dazu führen kann, dass immer die Gleichen Fördermittel erhalten, das mag durchaus sein. Das trifft dann auf Dachverbände, Wohlfahrtsverbände etc. zu. Beim informellen Engagement können wir das allerdings nicht feststellen, weil die Geförderten die Unabhängigkeit von der Verwaltung schätzen. Sie wollen dann lieber Instrumente der Engagementförderung wie Vernetzung, Workshops

etc. oder auch mal einen Medienverleih wahrnehmen. Aber wir haben nicht den Eindruck, dass sie ihre Unabhängigkeit zugunsten einer städtischen Finanzierung aufgeben wollen würden.

Um zu verhindern, dass immer wieder die Gleichen eine Förderung erhalten, könnte über eine größere Niederschwelligkeit, vielleicht sogar über eine Mehrsprachigkeit bei Anträgen erreicht werden, dass die Vielfalt der geförderten Projekte wächst, da dann viel mehr Menschen in den Genuss einer Beratung oder Unterstützung bei der Antragstellung kommen und dadurch auch kleine Initiativen vielleicht sogar komplett fremdsprachige Angebote umsetzen können, weil sie hierfür Mittel bekommen können.

Herr Reith hatte noch gesagt, dass die Bereitschaft, sich ehrenamtlich zu engagieren, stark nachgelassen hat. Wir können für das ehrenamtliche Engagement tatsächlich bestätigen, dass uns viele Vereine ihre Nachwuchssorgen mitteilen, weil die klassischen Ehrenämter nicht mehr so sehr gefragt sind. Gleichzeitig stellen wir auch fest, dass viel informelles Engagement stattfindet, das sich häufig gar nicht als Engagement begreift. Da sind wir dann manchmal auch gar nicht sicher, ob die Menschen innerhalb einer Bürgerumfrage oder innerhalb einer Umfrage in Stuttgarts z. B. ankreuzen würden, dass sie ehrenamtlich aktiv sind, weil sie nur in der Nachbarschaft wirken. Da ist meine Hoffnung, dass, wenn wir so etwas auch als Engagement begreifen, das Engagement doch weiterlebt, auch wenn es in der Statistik nicht erscheint.

Aufgrund der Tatsache, dass die Babyboomer in den kommenden Jahren möglicherweise auch sehr viel Ressourcen und Wissen einbringen können, wenn sie nicht mehr berufstätig sind, habe ich die Hoffnung, dass dies dem Ehrenamt noch einmal Aufschwung geben wird.

Sv. Herr Dorn: Das waren viele Fragen. Ich bin es nicht gewohnt, immer gleich auf Fragen Antworten zu finden, aber ich versuche, mein Bestes zu geben.

Ich beginne mit § 41a der Gemeindeordnung. Diese Vorschrift ist relativ schwammig. Da steht nicht drin, dass 80 % aller Jugendlichen bei einem Findungsprozess oder sonst irgendetwas beteiligt werden müssen, sondern es geht, glaube ich, mehr um eine Art Mindset, dass man sagt: Wir wollen, dass die Kinder und Jugendlichen grundsätzlich beteiligt werden. Ich persönlich hatte nicht die Idee zu diesem Paragraphen. Ich weiß nicht, wer sich diesen Paragraphen ausgedacht hat, aber es gibt ihn nun einmal. Wenn ich damals diesen Paragraphen hätte mitgestalten können, hätte ich ihn wahrscheinlich etwas konkreter gefasst.

Ich wurde seinerzeit häufig von Jugendreferenten gefragt: Wie kann Ihre App denn repräsentative Daten liefern? Ich habe gesagt: Es geht nicht darum, dass man den Gemeinderat oder die demokratischen Grundprozesse aushebelt, sondern es geht darum, dass man Stimmungen erfasst und dass man konstruktive Ideen erschafft. Es geht darum, eine Identifikation zu ermöglichen und einen Kanal zu den Jugendlichen

vor Ort aufzubauen. Das ist das Wichtige. Eigentlich ist Jugendbeteiligung das falsche Wort. Es geht mehr um Jugendbindung. Das halte ich für den besseren Begriff.

Ich kann Ihnen leider nicht sagen, inwieweit unsere oder eine andere App durch diesen Paragraphen als repräsentatives Tool legitimiert würde. Ich glaube nicht, dass es das jemals kann. Aber die Frage lautet doch, inwieweit es die bisherigen Formate gemacht haben. Ist es repräsentative Demokratie für alle Jugendlichen, wenn ein städtischer Mitarbeiter mit 20 Jugendlichen für einen Nachmittag in die Aula geht? Ich glaube, nicht. Es ist nur eine Erfassung von Ideen, von Stimmungsbildern. Wie gesagt, ich hätte diesen Paragraphen anders formuliert. Es sei denn, man macht es wie in Tübingen – darauf werde ich gleich noch eingehen – über eine App, mit der man z. B. nachweisen kann: Jeder Bürger von Tübingen hat einen Brief bekommen und hat sich validiert. Er kann nur einmal abstimmen. Wenn man diese Validität haben will, dass es repräsentativ ist, dann ist der damit verbundene bürokratische Aufwand enorm.

Mir ist bekannt, dass diese App in Tübingen 150 000 € gekostet hat. Ich sage es Ihnen ganz ehrlich: Ich kenne die App. Die wäre nicht so teuer gewesen, wenn wir es gemacht hätten, aber das nur am Rande. Das ist nun einmal ein bürokratisches Monster. Deswegen killt es eigentlich den demokratischen Prozess und verfehlt seine Wirkung total. Ich halte solch eine App nicht für ein geeignetes Tool, um eine repräsentative Beteiligung von Jugendlichen im Sinne eines rechtlich bindenden Kontextes zu nutzen. Aber es ist ein wichtiger Kanal, der ein Stimmungsbild vermittelt.

Es wurde noch gefragt, welche Altersgruppen in unserer App definiert waren. In unserer App konnte man alle Altersstufen wählen. Wenn die Kommune Inhalte generiert hat, dann konnte sie wählen, für welche Altersgruppen das sichtbar sein soll. Die Themen, die vielleicht eher die Kinder in der fünften oder sechsten Klasse interessiert haben oder die vielleicht eher für die Oberstufe gedacht waren, konnte man dort unterschiedlich streuen.

Die Anzahl der Jugendlichen im ländlichen Raum, die kein Internet haben, halte ich für verschwindend gering. Vielleicht hat nicht jeder Glasfaser oder DSL, aber ein Handy hat, glaube ich, jeder. Die Frage, wie man Jugendliche ohne Internet in der heutigen Zeit erreichen kann, kann ich Ihnen nicht beantworten.

Sie hatten auch das Thema Datenschutz erwähnt. Datenschutz ist das Lieblingsthema von uns ITlern. Wir arbeiten tatsächlich mit Daten, die geschützt werden müssen. Auf der einen Seite halten wir den Datenschutz für extrem wichtig, aber auf der anderen Seite lähmt er eben auch wahnsinnig und macht Dinge kompliziert. Es ist viel an Dokumentation zu leisten. Ich persönlich bin nicht der größte Freund des Datenschutzes, wie man ihn erfüllen muss. Aber das ist nur meine persönliche Meinung; das ist nicht wichtig.

In der App war es ganz einfach: Die Daten wurden anonym erfasst. Das heißt, es gab keine Legitimierung durch einen Brief, durch die Adresse, durch die Ausweisnummer

oder durch irgendetwas anderes. Wenn man das hätte manipulieren wollen, hätte man sich rein theoretisch mit zwei verschiedenen Accounts auch zweimal anmelden und zweimal abstimmen können. Deswegen sage ich, dass es kein repräsentatives Tool ist. Wer sich so viel Mühe macht und dreimal abstimmt – ja gut, das ist dann eben so. Aber da wir die Daten anonym erfasst haben, also ohne IP-Adressen und ohne Geschlechtszugehörigkeit, wohl aber die Altersgruppe, konnte die Stadt zumindest identifizieren, dass ein Thema bei einer bestimmten Altersgruppe eher präsent ist als vielleicht bei einer anderen Altersgruppe und welche Sorgen eine bestimmte Altersgruppe umtreiben. Aber das war nicht auf einzelne Personen zurückzuführen. Ich glaube, das ist ein Kompromiss, den man eingehen muss.

Warum wollte der Gemeinderat, dass der Quellcode offengelegt wird?

Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD: Dabei ging es meiner Erinnerung nach um die Kritik an möglichen Eigeninteressen des Unternehmens, das die App entwickelt hatte. Daraufhin wurde aus digitalpolitischer Sicht verlangt, man müsse den Quellcode veröffentlichen.

Sv. Herr Dorn: Inwiefern Eigeninteressen? Das interessiert mich einfach. Die sammeln also die Daten, oder wie?

Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD: Wahrscheinlich, genau. Es ging darum, inwieweit man die Daten nutzen könnte.

Sv. Herr Dorn: Und der Gemeinderat hätte sich den Quellcode angeschaut und hätte dann gesagt: „Aha, da habt ihr aber was eingebaut“? Wahrscheinlich nicht. Keine Ahnung.

Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD: Das ist wohl eine Tübinger Debatte.

Sv. Herr Dorn: Wenn man mir 150 000 € für eine App bietet, dann gebe ich denen auch den Quellcode. Das ist mir ziemlich egal. Das Urheberrecht habe ich ja trotzdem. Die Debatte im Gemeinderat von Tübingen habe ich dann in dem Fall nicht verstanden.

Warum sollten Jugendliche diese App herunterladen? Warum Jugendliche diese App herunterladen sollten, ist die gleiche Frage wie die Frage: Warum sollte man Jugendbeteiligung machen? Warum sollte man Jugendliche bitten, sich überhaupt einzubringen? Die Jugendlichen sind zwar eine sehr heterogene Gruppe, aber ich glaube, wir können durchaus sehen, dass es eine stark ideologisierte Gruppierung bei den Jugendlichen gibt – Stichwort Klimawandel usw. Nicht alle rennen zu „Fridays for Future“ oder kleben sich irgendwo fest, aber die Jugendlichen, mit denen ich spreche, haben alle ganz klare Ideale, und die sind durchaus daran interessiert, für diese Ideale zu kämpfen, was ich sehr gut finde. Aber sie haben keinen Kanal. Wo sollen sie es denn machen? Wie sollen sie denn die Kommune erreichen? Sich in den Gemeinderat

wählen zu lassen, geht nicht so leicht. Das klappt vielleicht ganz selten. Bei uns ist es relativ schwierig, glaube ich, denn die Kommunen sind nicht in den Medien unterwegs, die die Jugendlichen nutzen.

Auch unsere Kommune hat eine Instagram-Seite. Aber es ist nicht der Weg, wie man Jugendliche erreicht: indem man irgendein Medium nutzt, das sie u. a. auch in ihrer Freizeit nutzen, sondern man muss ihnen schon sagen, welchen Nutzen ihnen eine bestimmte Anwendung bringt, dass sie damit die Möglichkeit haben, sich politisch und gesellschaftlich zu beteiligen, und dass das gehört wird. Ich glaube, das ist die Antwort auf die Frage, warum man diese App herunterladen sollte: Das ist der einzige Weg, wie die Jugendlichen gehört werden können, also die breite Masse. Ich hoffe, diese Antwort ist ausreichend.

Ist KI auch in Krisen für die Jugendbeteiligung geeignet? Die Jugendbeteiligung ist nur ein Einsatzgebiet. Wir haben momentan folgende Situation: Es gibt ChatGPT und die ganzen Bild-KIs; es gibt Sound-KIs. Man kann Menschen imitieren, man kann Deepfakes machen. Man kann im Grunde genommen alles machen. Ich stelle immer wieder fest, dass vielen überhaupt noch nicht klar ist, was da gerade passiert. Ich sage es einmal ganz böse: Die Gegenseite, also die „Schwurbler“, die Reichsbürger, die demokratiefeindlichen Gruppen – nennen wir es einmal so –, egal, aus welchen Ländern oder aus welchen Motivationen heraus, nutzt es ja auch. Man muss verstehen, wie es funktioniert, um darauf reagieren zu können. Das heißt nicht, dass man Fake News mit Fake News bekämpft, aber man kann nun einmal sehr leicht eine Million Tweets zu einem Thema rauslassen, wenn man weiß, wie es geht. Das kann zum Schlechten genutzt werden, aber man kann es auch zum Guten nutzen. Deshalb glaube ich, dass es extrem wichtig ist, das in der Kommunikation zu berücksichtigen.

Herr Reith hatte gefragt, wo noch Bottlenecks bestehen. Das ist definitiv ein Budgetthema, und zwar nicht deswegen, weil die Entwicklung einer App so furchtbar teuer ist, sondern man muss die App auch vermarkten und man muss eine gewisse Reichweite generieren. Da reicht es eben nicht aus, in der Kommune ein paar Flyer ins Jugendhaus zu hängen – das bringt gar nichts –, sondern man muss ein zielgruppengenaues Targeting im Onlinemarketing machen. Da kann man sehr effiziente Wege gehen, aber die kosten Geld. So erreicht man dann aber die Jugendlichen. Wenn man das mit guten, mit regelmäßigen Inhalten koppelt und eine Nachhaltigkeit aufbaut, funktioniert das. Da bin ich sicher. Aber dafür braucht man Geld. Das ist noch der große Bottleneck.

Vorsitzender Alexander Salomon: Gibt es noch weitere Fragen? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Vielen Dank an Sie, Herr Dorn und Frau Youkhana, dass Sie uns heute Rede und Antwort gestanden haben. Ich möchte noch darauf hinweisen, es zählt die Qualität der Fragen und der Anwesenden, nicht immer nur die Quantität. Trotz allem hat es uns sehr gefreut, dass Sie uns heute beehrt haben.

(Beifall)

Wir schließen hiermit nämlich auch die parlamentarische Zeit vor dem Sommer. Ich darf mich vielmals bei allen Mitgliedern und bei allen Sachverständigen in der Enquete-kommission bedanken. Ich wünsche Ihnen einen schönen Sommer.

Die nächste Sitzung findet am Freitag, 22. September 2023, bereits um 9:00 Uhr statt.

Ansonsten wünsche ich Ihnen eine schöne Zeit. Kommen Sie gut durch den Sommer. Wir sehen uns dann in alter oder neuer Frische wieder.

Vielen Dank.

(Schluss des öffentlichen Teils: 17:36 Uhr)

„Gesellschaftliche Polarisierung und gesellschaftlicher Zusammenhalt – ausgewählte Ergebnisse aus der quantitativen Sozialforschung und Handlungsempfehlungen“

Vortrag im Rahmen der öffentlichen Anhörung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ zum Thema „Gesellschaftliche Polarisierung und gesellschaftlicher Zusammenhalt“, 21.7.2023

Dr. Alexander Yendell
Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt



Forschungsinstitut
Gesellschaftlicher
Zusammenhalt



GEFÖRDERT VOM

Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Forschungshintergrund



Forschungsinstitut
Gesellschaftlicher
Zusammenhalt

- Forschung zu gesellschaftlichen Zersetzungspotenzialen im Rahmen des Projekts „Politischer Kulturwandel? – Legitimität der Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Zeiten verstärkten Populismus und steigender Islamablehnung“ (LEI_F_08 – Projekt des FGZ Leipzig)
 - Vorurteile, Rassismus sowie insbesondere Islamablehnung und Muslimfeindlichkeit
 - anti-demokratische und rechtsextreme Einstellungen
 - Verschwörungsglauben und Verschwörungsmentalität
 - Klimawandelleugnung
 - Gewaltbefürwortung und Kriegsbefürwortung
- Ergänzt: Analysen zu Werten wie Solidarität und Hilfsbereitschaft bei Jugendlichen

These



„Vorurteile, Rassismus, Muslimfeindlichkeit und Islamablehnung, anti-demokratische und rechtsextreme Einstellungen, Verschwörungsmentalität und Klimawandelleugnung schwächen den gesellschaftlichen Zusammenhalt, da alle Phänomene mit mangelnder demokratischer Unterstützung und der Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen einhergehen“

- Die Erforschung der Ursachen für diese Phänomene erlauben politische Handlungsempfehlungen zu entwickeln

Theoretischer Hintergrund



- Politische Kulturforschung (Easton 1975, S. Pickel/G. Pickel 2020)
- Modell politischer Unterstützung (Easton 1975)
- Autoritäre Persönlichkeit bzw. Autoritäres Syndrom (Reich 1933; Horkheimer 1936, Adorno et al. 1950, Decker et al. 2020)
- Verschwörungsmentalität (Imhoff/Decker 2013)
- Persönlichkeitsaspekte (Dunkle Triade) (Paulus et al. 2002)
- Soziale Dominanzorientierung (Sidanius/Pratto 2001)
- Deprivationsthese (Stouffer 1963, Rippl/Baier 2005)
- Kontakthypothese (Allport 1971, Pettigrew/Tropp 2006)
- Theorie der Sozialen Identität (Tajfel/Turner 1986)

Methode



- Theoriegeleitete quantitative Analyse repräsentativer Bevölkerungsumfragen und stichprobengesteuerter Online-Access-Panels
- Die im Folgenden präsentierten Ergebnisse sind entweder veröffentlicht oder unveröffentlichte Ergebnisse als Tabellenanhang beigefügt

Ausgewählte Ergebnisse: Muslimfeindlichkeit/Islamablehnung



- Kontakte bauen Vorurteile ab, dabei kommt es auf die Häufigkeit der Kontakte zu Muslimen an (Yendell 2014, Pickel/Yendell 2016)
- Ökonomische Benachteiligung und das Bildungsniveau spielen hierbei eine untergeordnete Rolle (ebd.)
- Die Ablehnung von Muslimen steht in Zusammenhang mit der Zustimmung zum „Ius Sanguinis Prinzip“, umgekehrt gilt, dass Muslime eher akzeptiert werden, wenn die Zugehörigkeit zu einer Nation über eine moderne Einwanderungs- und Integrationspolitik erleichtert wird (Yendell 2014, Yendell 2016)
- Nationalstolz (als Proxy für nationale Identität) kann sich, je nachdem wie konnotiert, positiv auf die Haltung zu Muslimen (z.B. in Niederlande und Frankreich) (Pickel/Yendell 2016) oder negativ auswirken, genauso wie Stolz auf eine Region (z.B. Stolz auf Sachsen, der mit negativen Einstellungen einhergeht) (Yendell/Pickel 2019)
- Die vermehrte Berichterstattung nach Schlüsselereignissen (Sylvester 2015/16 in Köln) und das negative Framing in Bezug auf Zuwanderer tragen nicht zu einer Korrektur der negativen Images insbesondere von Muslimen bei (Wigger et al. 2022)

Ausgewählte Ergebnisse: Rechtsextreme Einstellungen und fehlende Demokratieunterstützung



- Rechtsextreme Einstellungen hängen insbesondere von Autoritarismus und Verschwörungsmentalität ab (Decker et al. 2018)
- Individuelle ökonomische Benachteiligung wie Arbeitslosigkeit, niedriges Einkommen spielen keine Rolle, allerdings die subjektive Einschätzung der eigenen Lage und der allgemeinen wirtschaftlichen Lage (ebd.)
- Die Wahl der AfD hängt insbesondere von Muslimfeindlichkeit, Autoritarismus, Verschwörungsmentalität, mangelndem Vertrauen in Mitmenschen, dem Geschlecht (Männer wählen eher als Frauen die AfD) und einer negativen (subjektiven) Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage ab (Pickel/Yendell 2018)
- Objektive Benachteiligung (Arbeitslosigkeit, Einkommen) und auch die Bildung spielen keine Rolle in Bezug auf die Wahl der AfD (ebd.)
- Die Unzufriedenheit mit der Demokratie hängt von Autoritarismus, Verschwörungsmentalität, dem Gefühl als Mensch 2. Klasse behandelt zu werden, kollektiver Benachteiligung und der fehlenden Anerkennung von Pluralität ab (Pickel et al. 2020)
- Wer rassistisch, ausländerfeindlich und muslimfeindlich ist, hat einer größeren Wahrscheinlichkeit unzufrieden mit der Demokratie zu sein und hat auch weniger Vertrauen in die Demokratie (Pickel/Yendell 2023, Yendell/Herbert 2022)

Ausgewählte Ergebnisse: Verschwörungsmentalität und Corona-Verschwörungsglaube



- Die klassische Verschwörungsmentalität und der Glaube an Corona-Verschwörungen stehen in Zusammenhang mit Rechtsextremismus, Anti-Schwarzen Rassismus, und anti-muslimischen Rassismus (Yendell/Herbert 2022)
- Die klassische Verschwörungsmentalität kann durch religiösen Fundamentalismus, Narzissmus und dem stärkeren Vertrauen in Social Media Posts von Freunden im Vergleich zu Experten erklärt werden (ebd.)
- Der Glaube an Coronaverschwörungen steht in Zusammenhang mit fehlender Unterstützung und fehlendem Schutz durch die Familie, sowie verbalen, physischem und sexuellen Missbrauch in der Kindheit (siehe Tabelle A1 im Anhang)

Ausgewählte Ergebnisse: Leugnung des Klimawandels



- Die Leugnung des menschengemachten Klimawandels hängt von sozialer Dominanzorientierung, Verschwörungsmentalität, Autoritarismus und der Dunklen Triade (Index aus Narzissmus, Machiavellismus und Psychopathie) ab (siehe Tabelle A2 im Anhang)
- Das Bildungslevel spielt keine Rolle (zumindest in Großbritannien) (Tabelle A2 im Anhang)

Ausgewählte Ergebnisse: Gewalt und Kriegsbefürwortung



- Die Befürwortung von Gewalt unter Jugendlichen kann durch Narzissmus, Machiavellismus und Psychopathie (Dunkle Triade) in Kombination mit Gewaltbeobachtung erklärt werden (Yendell et al. 2022)
- Die Dunkle Triade hängt wiederum von der Erziehung ab: fehlende emotionale Wärme durch den Vater und die Mutter, harte Strafen durch die Mutter und Überbehütung/Kontrolle erhöhen die Wahrscheinlichkeit zu einem hohen Dunkle-Triade-Score (ebd.)
- Es besteht demnach eine Pfadabhängigkeit zwischen ungünstigen Erziehungsbedingungen, Dunkler Triade und Gewaltbefürwortung (ebd.)
- Die generelle Befürwortung von Kriegen steht in Zusammenhang mit der Befürwortung einer Diktatur, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, autoritäre Aggression, Unterwürfigkeit, Konventionalismus, Verschwörungsmentalität, Antifeminismus, gewaltbezogenes Männlichkeitsideal, Gewaltbereitschaft, mangelnde Empathie, Narzissmus und Sadismus (Decker et al. 2022)

Ausgewählte Ergebnisse: Wertorientierungen



- Die Dunkle Triade steht auch in Zusammenhang mit Wertorientierungen (siehe Tabelle A3 im Anhang)
- Wer hohe Narzissmus-, Machiavellismus- und Psychopathiewerte aufweist, hat eine erhöhte Wahrscheinlichkeit nach viel Geld und Anerkennung seiner Leistung zu streben
- Umgekehrt gilt, wer niedrige Narzissmus-, Machiavellismus- und Psychopathiewerte aufweist hat eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass er oder sie es für bedeutend erachtet, etwas Wichtiges für die Gesellschaft zu tun
- Niedrige Machiavellismus- und Psychopathiewerte gehen einher mit der Wichtigkeit, sich um die Umwelt zu kümmern
- Da es eine Pfadabhängigkeit zwischen Erziehung und Dunkler Triade gibt, ist auch hier das Erziehungsverhalten der Eltern mitentscheidend

Handlungsfelder/Handlungsempfehlungen



- Aufgrund der Bedeutung (sozial)-psychologischer Faktoren und der emotional-affektiven Ebene im Zusammenhang mit Vorurteilen, Rechtsextremismus, Verschwörungsmentalität und Klimawandelleugnung bedarf es eine Fokussierung auf eine Prävention mit Bezug zu diesen Faktoren
- Das gilt insbesondere für Autoritarismus und daran angelehnte Persönlichkeitsmerkmale wie bspw. die Dunkle Triade
- Die Phase der Kindheit und Jugend ist prägend für die politischen Einstellungen und das Verhalten („Erziehung prägt Gesinnung“)
- Solange Kinder vernachlässigt oder gar grausam behandelt werden und zur Unmündigkeit erzogen werden, darf man sich über Gewalt, Extremismus, und Kriege nicht wundern
- Diese (alte) Erkenntnis wird zu selten thematisiert, teilweise sogar verleugnet und als „Psychologisierung“ und „Bagatellisierung“ abgewertet, obwohl es heißt, Familien seien die Keimzelle der Demokratie!
- Wir müssen daher die Kindheit und die Erziehung in den Blick nehmen, das gilt insbesondere beim Kampf gegen Radikalisierung und Extremismus!
- Kinder ohne belastete Kindheit, die Selbstvertrauen, Mut und Einfühlungsvermögen haben, sind widerstandsfähiger als Kinder, die unter ungünstigen Erziehungsbedingungen aufgewachsen sind
- Um Menschen krisenfester und resilienter zu machen, bedarf es an Familienstrukturen, die den Kindern Sicherheit geben und Vertrauen bilden

Handlungsfelder/Handlungsempfehlungen



- Neben funktionalen Familien, benötigen wir Institutionen, die jungen Menschen helfen resilient zu werden, um in Krisen Unsicherheiten auszuhalten
- Es muss für dysfunktionale Familien mehr psychosoziale Angebote geben
- Es muss mehr in Kinder- und Jugendarbeit investiert werden, auch in Erlebnispädagogik.
- Bildungsinstitutionen sollten ihren Schwerpunkt nicht nur darauf legen, wie Einzelne ihr Leben per Bildung sichern können, sondern, wie wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken
- Kitas sind keine Schulen, deshalb sollte Fürsorge in Kitas an erster Stelle stehen und nicht Bildung
- Dafür benötigt es auch mehr qualifiziertes Personal!
- Mit Kindern und Jugendlichen muss die Gesellschaft würdig umgehen und deren Bedürfnisse ergründen und respektieren
- Dies gilt insbesondere auch für Kinder und Jugendliche, die nicht privilegiert sind

Handlungsfelder/Handlungsempfehlungen



- Politische Bildung ist wichtig, aber in Bezug auf den Abbau von antidemokratischen Einstellungen und Vorurteilen nicht besonders wirksam
- Nachweislich wirksamer sind Empathietrainings in Schulen, das Lernen durch Perspektivwechsel und interkulturelle Begegnungen, die auf Kooperation beruhen und nicht auf Wettbewerb (siehe auch Beelmann 2017)
- Mit Blick auf die Integration von Bevölkerungsgruppen aus verschiedenen Kulturen sollten nicht nur der Autoritarismus deutscher Rechtspopulisten und Rechtsextremer in den Blick genommen werden, sondern auch der von Zugewanderten, damit es nicht zu gefährlichen Co-Radikalisierungen bei Rechtsextremen und Islamisten kommt
- Programme zur Deradikalisierung spielen in diesem Zusammenhang eine große Rolle
- Wir brauchen einen Diskurs um Werte (weg vom Leistungsprinzip hin zu mehr Kooperation)
- Wir brauchen einen Diskurs über die Rolle der Medien und müssen die Medienkompetenz schulen
- Was im Sinne der Theorie der Sozialen Identität nicht helfen wird, ist eine neue europäische Identität, zumal rechtsextreme Bewegungen sich in Abgrenzung zum Islam bereits auf eine solche berufen
- Eine demokratische Gesellschaft braucht Empathie!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Dr. Alexander Yendell
Universität Leipzig
Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt
Nikolaistraße 6-10
D-04109 Leipzig
email: alexander.yendell@uni-leipzig.de
Twitter: @AlexYendell

Literatur



- Adorno, Theodor W.; Frenkel-Brunswick, Else; Levinson, Daniel J.; Sanford, R. Nevitt (1950): *The Authoritarian Personality*. New York: Harper and Brothers.
- Allport, Gordon W. (1971): *Die Natur des Vorurteils*. Köln: Kiepenheuer & Witsch (Studien-Bibliothek).
- Beelmann, Andreas (2017): *Grundlagen einer entwicklungsorientierten Prävention des Rechtsextremismus*. Gutachten im Rahmen des Wissenschafts-Praxis-Dialogs zwischen dem Landespräventionsrat Niedersachsen und der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Jena. Online verfügbar unter <https://lpr.niedersachsen.de/html/download.cms?id=2596&datei=Gutachten-LPR+Niedersachsen-Version3.pdf>, zuletzt geprüft am 27.12.2022.
- Decker, Oliver; Schuler, Julia; Yendell, Alexander; Schließler, Clara; Brähler, Elmar (2020): *Das autoritäre Syndrom: Dimensionen und Verbreitung der Demokratie-Feindlichkeit*. In: Oliver Decker und Elmar Brähler (Hg.): *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments - neue Radikalität: Leipziger Autoritarismus Studie 2020*. Originalausgabe. Gießen: Psychosozial-Verlag (Forschung psychosozial), S. 177-210.
- Decker, Oliver; Yendell, Alexander; Heller, Ayline; Brähler, Elmar (2022): *Krieg in Europa - Konflikte in der Welt: Die Haltungen der Deutschen zu Krieg und Militär am Beispiel des Krieges gegen die Ukraine*. In: Oliver Decker, Johannes Kiess, Ayline Heller und Elmar Brähler (Hg.): *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten*. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 127-157.
- Decker, Oliver; Yendell, Alexander; Brähler, Elmar (2018): *Anerkennung und autoritäre Staatlichkeit*. In: Oliver Decker und Elmar Brähler (Hg.): *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 157-178.
- Easton, David (1975): *A Re-Assessment of the Concept of Political Support*. In: *British Journal of Political Science* 5 (4), S. 435-457.
- Horkheimer, Max (Hg.) (1936): *Studien über Autorität und Familie*. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung. Paris: Librairie Félix Alcan.
- Imhoff, Roland; Decker, Oliver (2013): *Verschwürungsmenalität als Weltbild*. In: Oliver Decker, Johannes Kiess und Elmar Brähler (Hg.): *Rechtsextremismus der Mitte. Eine sozialpsychologische Gegenwartsdiagnose*. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 146-162.
- Paulhus, Delroy L.; Williams, Kevin M. (2002): *The Dark Triad of personality: Narcissism, Machiavellianism, and psychopathy*. In: *Journal of Research in Personality* 36 (6), S. 556-563. DOI: 10.1016/S0092-6566(02)00505-6.
- Pettigrew, Thomas F.; Tropp, Linda R. (2006): *A Meta-Analytic Test of Intergroup Contact Theory*. In: *Journal of Personality and Social Psychology* 90 (5), S. 751-783.
- Pickel, Gert; Yendell, Alexander (2016): *Islam als Bedrohung? Beschreibung und Erklärung von Einstellungen zum Islam im Ländervergleich*. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 10 (3-4), S. 273-309. DOI: 10.1007/s12286-016-0309-6.
- Pickel, Gert; Yendell, Alexander (2018): *Religion als konfliktärer Faktor im Zusammenhang mit Rechtsextremismus, Muslimfeindschaft und AfD-Wahl*. In: Oliver Decker und Elmar Brähler (Hg.): *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 217-242.
- Pickel, Gert; Yendell, Alexander (2020): *Zersetzungspotenziale einer demokratischen politischen Kultur: Verschwörungstheorien und erodierender gesellschaftlicher Zusammenhalt?* In: Oliver Decker und Elmar Brähler (Hg.): *Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments - neue Radikalität: Leipziger Autoritarismus Studie 2020*. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 89-118.
- Pickel, Susanne; Pickel, Gert (2022): *Demokratie*. 1. Auflage. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer (Brennpunkt Politik).
- Reich, Wilhelm (1933): *Die Massenpsychologie des Faschismus*. Kopenhagen: Sexpol-Verlag.

Literatur



Rippel, Susanne; Baier, Dirk (2005): Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. Eine vergleichende Analyse. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 57 (4), S. 644–666.

Stouffer, Samuel Andrew (1963): *Communism, Conformity, and Civil Liberties. A Cross-Section of the Nation Speaks Its Mind*. Gloucester, Mass.: Peter Smith.

Tajfel, Henri; Turner, John C. (1986): The Social Identity Theory of Intergroup Behavior. In: Stephen Worchel und William G. Austin (Hg.): *Psychology of Intergroup Relations*. Second Edition. Chicago: Nelson-Hall, S. 7–24.

Wigger, Iris; Yendell, Alexander; Herbert, David (2021): The End of 'Welcome Culture'? How the Cologne Assaults Reframed Germany's Immigration Discourse. In: *European Journal of Communication*. DOI:10.1177/02673231211012173.

Yendell, Alexander (2014): Der Zusammenhang zwischen Regelungen der Staatsbürgerschaft, nationaler Identität und der Ablehnung von Muslimen. In: Detlef Pollack, Olaf Müller, Gergely Rosta, Nils Friedrichs und Alexander Yendell (Hg.): *Grenzen der Toleranz. Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in Europa*. Wiesbaden: Springer VS, S. 111–124.

Yendell, Alexander (2014): Warum die Bevölkerung Ostdeutschlands gegenüber Muslimen ablehnender eingestellt ist als die Bevölkerung Westdeutschlands. In: Detlef Pollack, Olaf Müller, Gergely Rosta, Nils Friedrichs und Alexander Yendell (Hg.): *Grenzen der Toleranz. Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in Europa*. Wiesbaden: Springer VS, S. 59–78.

Yendell, Alexander (2016): In welchem Zusammenhang stehen Regelungen im Bereich der Staatsbürgerschaft und Einstellungen gegenüber Muslimen? In: Antonius Liedhegner und Gert Pickel (Hg.): *Religionspolitik und Politik der Religionen in Deutschland. Fallstudien und Vergleiche*. Wiesbaden: Springer VS, S. 309–325.

Yendell, Alexander; Clemens, Vera; Schuler, Julia; Decker, Oliver (2022): What makes a violent mind? The interplay of parental rearing, dark triad personality traits and propensity for violence in a sample of German adolescents. In: *PLOS ONE* 17 (6), e0268992. DOI: 10.1371/journal.pone.0268992.

Yendell, Alexander; Herbert, David (2022): Religion, Conspiracy Thinking, and the Rejection of Democracy: Evidence From the UK. In: *Politics & Governance* 10 (4), S. 229–242. DOI: 10.17645/pag.v10i4.5904.

Yendell, Alexander; Pickel, Gert (2019): Islamophobia and anti-Muslim feeling in Saxony – theoretical approaches and empirical findings based on population surveys. In: *Journal of Contemporary European Studies* 32 (3), 1–15. DOI: 10.1080/14782804.2019.1680352.

Yendell, Alexander; Pickel, Gert (2023) (fertiges Manuskript): Antimuslimische Einstellungen als zentrale Ressource des Rechtspopulismus und Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Deutschland und Europa. In: Matthias Middell (Hg.): *Varianzen des Zusammenhalts. Historisch und transregional vergleichende Perspektiven*. Frankfurt: Campus Frankfurt/ New York (Gesellschaftlicher Zusammenhalt, 3).

Anhang



Tabelle A1: Zusammenhang zwischen Glauben an Coronaverschwörungen, Erziehung und Missbrauch

	Unterstützende Familie ^b	Beschützende Familie ^b	Verbaler Missbrauch ^b	Physischer Missbrauch ^b	Sexueller Missbrauch ^b
Corona-verschwörung ^a	-,246***	-,281***	,159***	,281***	,230***

Quelle: ReRa Aut 2021 (n=1040), eigene Berechnungen; ^a Coronaverschwörung=Index aus den Aussagen: „Bill Gates ist für die Corona-Pandemie mitverantwortlich“, „Die Corona-Krise wurde so groß geredet, damit einige wenige von ihr profitieren können“, „Hinter der Corona-Pandemie stecken böse, verborgene Mächte“ (Antwortskala von 1=stimme überhaupt nicht zu bis 7=stimme voll und ganz zu); ^b „Als ich aufwuchs, war meine Familie mir eine Quelle der Unterstützung“, „wusste ich, dass sich jemand um mich sorgte und mich beschützte“, „versuchte jemand, mich sexuell zu berühren oder mich dazu zu bringen, sie oder ihn sexuell zu berühren“, „sagten Personen aus meiner Familie verletzende oder beleidigende Dinge zu mir“, „schlugen mich Personen aus meiner Familie so stark, dass ich blaue Flecken oder Schrammen davontrug“ (Antworten: Überhaupt nicht, sehr selten, einige Male, häufig, selten, nie); Korrelationskoeffizient nach Pearson, ***p<.001; **p<.01; *p<.05.

Anhang

Tabelle A2: Faktoren, die die Leugnung des menschengemachten Klimawandels beeinflussen (lineare Regressionsanalyse)



Forschungsinstitut
Gesellschaftlicher
Zusammenhalt

Einflussfaktoren	Regressionskoeffizient (Beta)
Alter	n.s.
Geschlecht	n.s.
Niedrige Bildung	n.s.
Autoritarismus ^a	,140***
Soziale Dominanzorientierung ^b	,357***
Verschwörungsmentalität ^c	,175***
Dunkle Triade ^d	,061*
R ²	,245
N	1100

Quelle: ReRa UK 2023 (n=1366), eigene Berechnungen; abhängige Variable: Index aus „Es gibt keinen wissenschaftlichen Konsens darüber, dass der Klimawandel vom Menschen verursacht wird“ und „Klimawissenschaftlern kann man nicht trauen“ (Antworten: „stimme ganz und gar nicht zu“, „stimme eher nicht zu“, „stimme eher zu“, „stimme voll und ganz zu“); ^aIndex aus „Unruhestifter sollten deutlich zu spüren bekommen, dass sie in der Gesellschaft unerwünscht sind“; (Aggression); „Menschen sollten wichtige Entscheidungen in der Gesellschaft Führungspersonen überlassen“ (Unterwürfigkeit); „Bewährte Verhaltensweisen sollten nicht in Frage gestellt werden“, (Antworten: „stimme ganz und gar nicht zu“, „stimme wenig zu“, „stimme etwas zu“, „stimme ziemlich zu“, „stimme voll und ganz zu“); ^bIndex aus „Wir sollten tun, was wir können, um gleiche Lebensbedingungen für alle zu schaffen“; „Die Gleichwertigkeit aller Gruppen ist ein wichtiges Ideal“; „Einige Gruppen sind einfach weniger wert als andere“; „Unterleger Gruppen sollten dort bleiben, wo sie hingehören“ (Antwortskala von 0=„stimme gar nicht zu“ bis 100=„stimme voll und ganz zu“, die ersten beiden Items wurden zur Angleichung umkodiert); ^cIndex aus „Die meisten Menschen erkennen nicht, in welchem Ausmaß Leben durch Verschwörungen bestimmt wird, die geheim ausgeheckt werden“; „Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben“; „Politiker und andere Führungspersönlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte“ (Antwortskala von 0=stimme überhaupt nicht zu bis 100=stimme voll und ganz zu); ^dDunkle Triade=Index aus Narzissmus, Machiavellismus und Psychopathie (siehe Itemformulierungen Tabelle A2) Antwortskala von 0=stimme überhaupt nicht zu bis 100=stimme voll und ganz zu; Regressionskoeffizient Beta, ***p<.001; **p<.01; *p<.05.

Anhang

Tabelle A3: Zusammenhang zwischen Werten und Dunkler Triade



Forschungsinstitut
Gesellschaftlicher
Zusammenhalt

Wertorientierungen	Narzissmus ^a	Machiavellismus ^b	Psychopathie ^c
Ich möchte wohlhabend sein, viel Geld besitzen und mir teure Dinge leisten.	,411***	,350***	,250***
Es ist mir wichtig, eine schöne Zeit zu verbringen und mich zu amüsieren.	,163***	,114***	n.s.
Ich meide alles, was gefährlich ist, und bevorzuge eine sichere Umgebung.	n.s.	-,134***	-,133***
Es ist mir wichtig, etwas Gutes für die Gesellschaft zu tun.	-,059*	-,211***	-,250***
Ich möchte erfolgreich sein und, dass andere Menschen meine Leistungen anerkennen.	,348***	,162***	,068*
Es ist mir wichtig, neue Ideen zu entwickeln, kreativ zu sein und Dinge auf meine eigene Weise zu tun.	,067*	n.s.	n.s.
Ich liebe das Risiko und das Abenteuer und möchte ein aufregendes Leben führen.	,120***	,137***	,061*
Ich will immer das Richtige tun und es vermeiden, bei anderen anzuecken.	,061*	-,125***	-,096***
Mich um die Natur und die Umwelt zu kümmern ist mir wichtig.	n.s.	-,176***	-,156***
Ich achte Traditionen, die ich von meiner Familie oder Kirche gelernt habe.	,057*	-,064*	-,071*

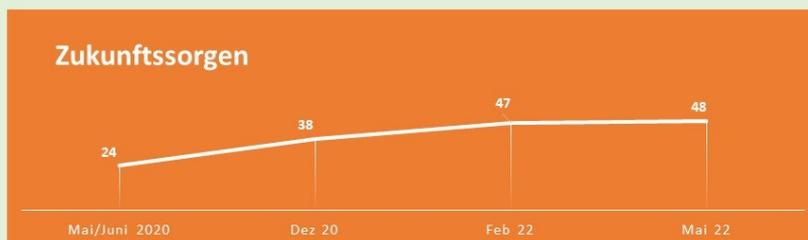
Quelle: JuLe 2017 (n=1366), eigene Berechnungen; Antworten bei den Wertorientierungen: 1=trifft gar nicht zu, 2=trifft kaum zu, 3=trifft etwas zu, 4=trifft ziemlich zu, 5=trifft sehr zu, 6=trifft vollkommen zu; ^aNarzissmus=Index aus den Aussagen „Ich neige dazu, von anderen bewundert werden zu wollen“, „Ich neige dazu, von anderen beachtet werden zu wollen“, „Ich neige dazu, nach Ansehen oder Status zu streben“, „Ich neige dazu, besondere Gefälligkeiten von anderen zu erwarten“; ^bMachiavellismus=Index aus den Aussagen „Ich neige dazu, andere zu manipulieren, um meinen Willen durchzusetzen“, „Ich habe getäuscht oder gelogen, um meinen Willen durchzusetzen“, „Ich habe Schmeicheleien genutzt, um meinen Willen durchzusetzen“, „Ich neige dazu, andere für meine Zwecke auszunutzen“; ^cPsychopathie=Index aus den Aussagen „Ich neige dazu, keine Gewissensbisse zu haben“, „Ich neige dazu, mich nicht um die Moral meiner Handlungen zu kümmern“, „Ich neige dazu, gefühllos oder unsensibel zu sein, Ich neige dazu, zynisch zu sein“; Korrelationskoeffizient nach Pearson, ***p<.001; **p<.01; *p<.05.



Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg 2022

2017	2019	2021/22
<ul style="list-style-type: none">• deutschlandweit• 508 Befragte in BW	<ul style="list-style-type: none">• ausschließlich in BW• 1.398 Befragte	<ul style="list-style-type: none">• ausschließlich in BW• 2.716 Befragte

- Alle Erhebungen: identisches Set an Indikatoren für Zusammenhalt
- Aktuelle Studie: ergänzt um Fragen zur Corona-Pandemie und zur Lebenssituation von Jugendlichen / jungen Erwachsenen (16-24 Jahre)
- Datenerhebung: 9.12.2021 - 4.1.2022



Was ist gesellschaftlicher Zusammenhalt?



- 

Stabile und vertrauensvolle soziale Beziehungen
- 

Gefühl von Zugehörigkeit und Verbundenheit
- 

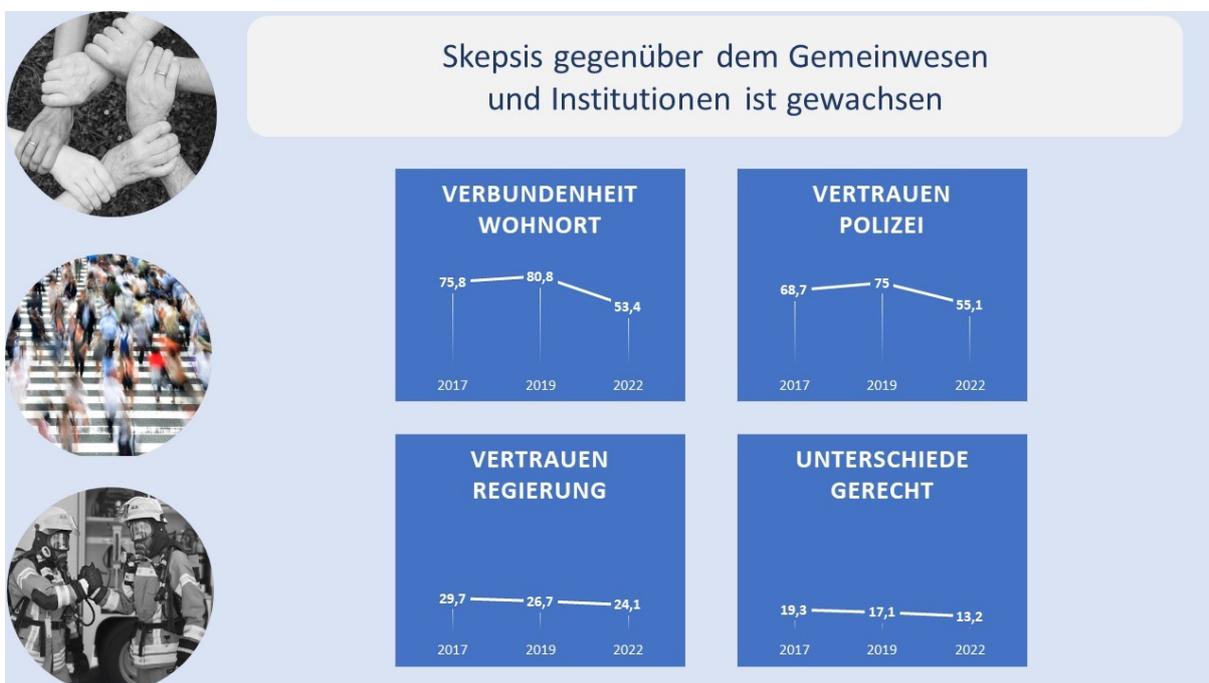
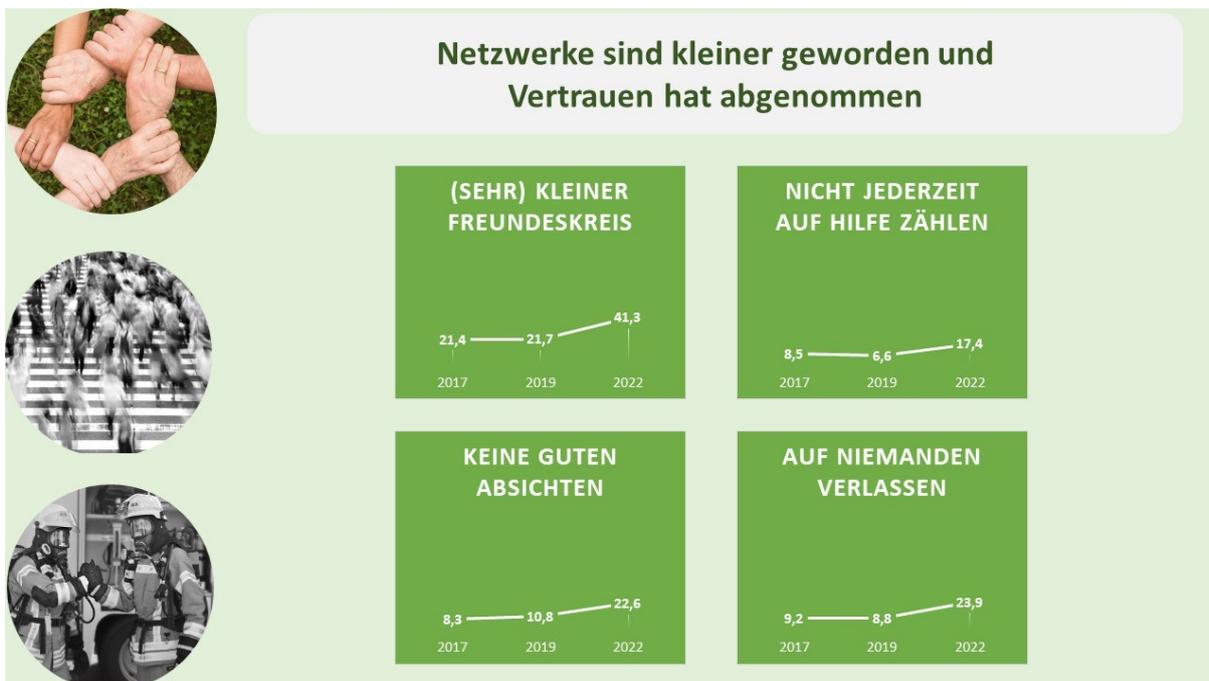
Ausgeprägte Gemeinwohlorientierung

Wie steht es um den Zusammenhalt?





SOZIALER ZUSAMMENHALT	2017	2019	2022	DIFFERENZ 2019-2022	p
Gesamindex	63,0	63,8	53,8	-10,0	***
Dimensionen					
1.1 Soziale Netze	72,5	73,9	59,4	-14,5	***
1.2 Vertrauen in die Mitmenschen	57,3	56,4	46,7	-9,7	***
1.3 Akzeptanz von Diversität	80,6	84,1	75,5	-8,6	***
2.1 Identifikation	78,0	81,7	61,7	-20,0	***
2.2 Vertrauen in Institutionen	54,6	54,6	47,9	-6,7	***
2.3 Gerechtigkeitsempfinden	40,7	39,8	38,5	-1,3	**
3.1 Solidarität und Hilfsbereitschaft	50,7	51,0	38,4	-12,6	***
3.2 Anerkennung sozialer Regeln	78,1	79,8	70,3	-9,5	***
3.3 Gesellschaftliche Teilhabe	54,5	53,3	45,5	-7,8	***



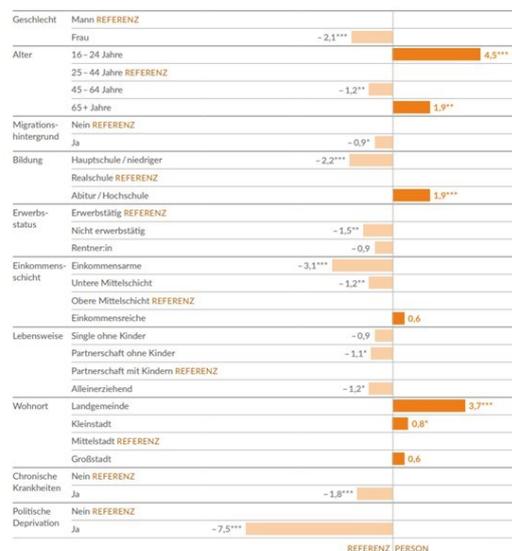


Risikogruppen

Gesellschaftlicher Zusammenhalt wird schwächer empfunden von:

- Frauen
- Menschen mittleren Alters
- Menschen mit geringerer Bildung
- Armen und nicht Erwerbstätigen
- Alleinerziehenden und Paaren ohne Kindern
- chronisch Kranken
- **Personen, die sich politisch vernachlässigt fühlen**

GRUPPENUNTERSCHIEDE IM ERLEBEN VON SOZIALEM ZUSAMMENHALT (GESAMTINDEX) 2022

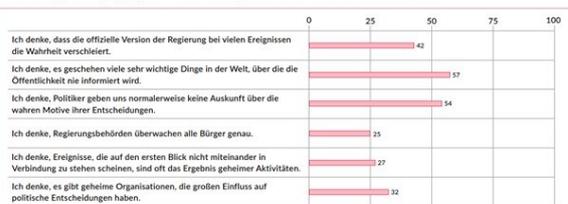


Politisch Vernachlässigte

- Nur 20 % sagen: Die Politik kümmert sich ausreichend um Leute wie mich.
- 60 % sind der Meinung, in der Coronapandemie habe die Politik nicht genug für Menschen wie sie getan.
- **Darunter häufiger:**
 - Frauen
 - Jüngere Befragte
 - Menschen mit Migrationshintergrund
 - Menschen mit geringer Bildung
 - Nicht-Erwerbstätige (hingegen besonders selten Rentner)
 - Arme
- **Damit geht einher:**
 - Größere Unzufriedenheit mit der Demokratie
 - Stärkere Neigung zu Verschwörungserzählungen

Verschwörungsmentalität

Abbildung 1: Ausprägung der Verschwörungsmentalität in der Gesamtstichprobe



- 19 Prozent weisen ausgeprägte Verschwörungsmentalität auf
- nur 31 Prozent erscheinen "immun" gegenüber Verschwörungserzählungen

Neigung ist wahrscheinlicher bei:

- Gefühl politischer Vernachlässigung
- Hoher Betroffenheit durch Pandemie
- Pessimistischem Blick in die Zukunft
- Geringe formale Bildung

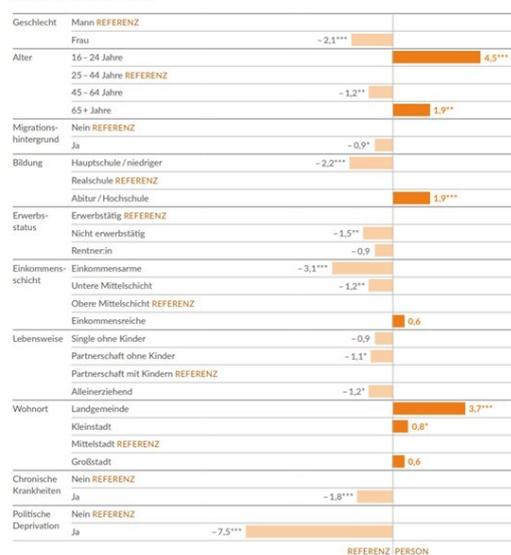
Soziale Einbindung und kritische Masse an Gegenpositionen sind Schutzfaktoren!

Risikogruppen

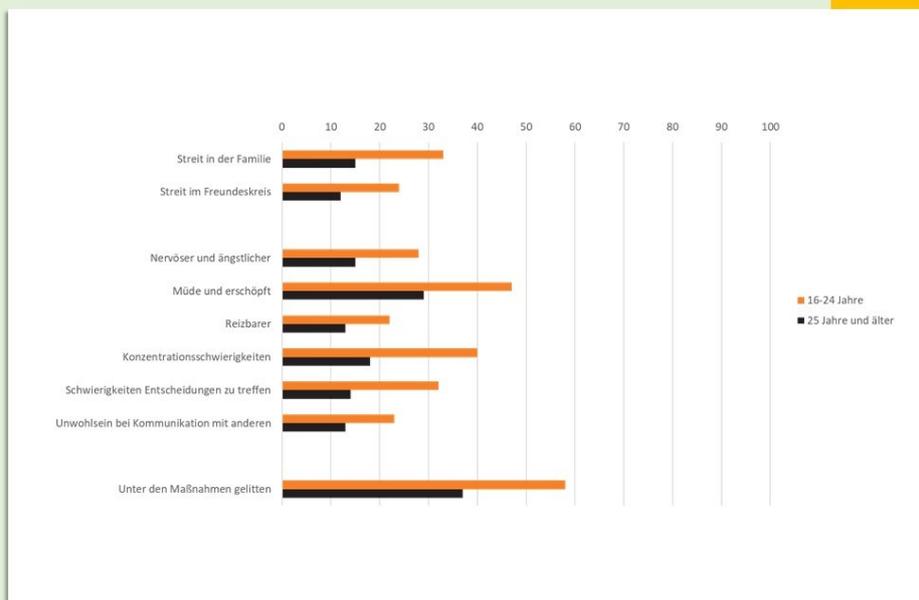
Gesellschaftlicher Zusammenhalt wird schwächer empfunden von:

- Frauen
- Menschen mittleren Alters
- Menschen mit geringerer Bildung
- Armen und nicht Erwerbstätigen
- Alleinerziehenden und Paaren ohne Kindern
- chronisch Kranken
- **Personen, die sich politisch vernachlässigt fühlen**

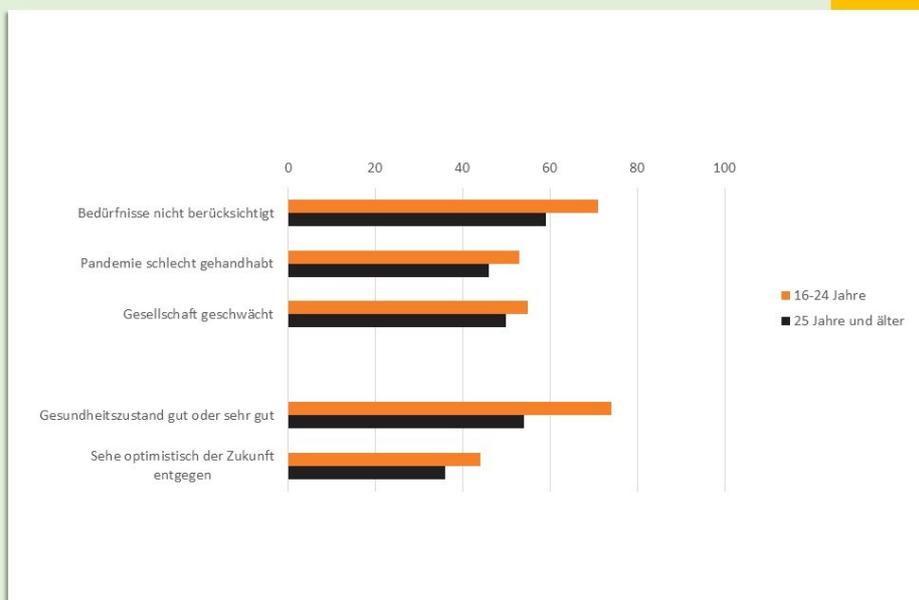
GRUPPENTRENDS IM ERLEBEN VON SOZIALEM ZUSAMMENHALT (GESAMTINDEX) 2022



Fokus: Jugend



Fokus: Jugend



Allgemeine Lebenssituation von Jugendlichen wird ambivalent bewertet

Über **80 Prozent** beurteilen den eigenen Wohnort als **guten Ort** für Jugendliche um dort aufzuwachsen.

Jedoch sind nur jeweils rund **1/3 der Befragten** der Meinung, es gäbe bei ihnen vor Ort ausreichende **Unterstützungsangebote, Freizeitangebote, Ansprechpersonen** oder **Plätze um sich zu treffen** für Jugendliche.

Jugendliche blicken **teilweise positiver** auf die allgemeine Situation.



Wie stärken wir Zusammenhalt?



Vulnerable Gruppe unterstützen



Mehr **Dialog** und **Begegnung** ermöglichen



Verschwörungserzählungen und **Desinformationen** konsequent bekämpfen



Bessere (politische) **Kommunikation**



Unterstützung für neue Formen des **Engagements**



Mehr **Teilhabemöglichkeiten** und **Unterstützungsangebote** für Jugendliche schaffen

www.gesellschaftlicher-zusammenhalt.de





Verschwörungstheorien Aktuelle Dynamiken, Funktionsweisen & Umgang

16. Sitzung der Enquetekommission "Krisenfeste Gesellschaft" am 21.07. 2023

Dr. Janina Pawelz, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität
Hamburg (IFSH)



INHALT



1. Kurzvorstellung Forschungsprojekt NEOVEX
2. Aktuelle Dynamiken
3. Funktionsweisen
4. Umgang mit Verschwörungstheorien
5. Fazit

Forschungsprojekt

Forschungsprojekt „NEOVEX: Muster und Dynamiken von Verschwörungstheorien und rechtsextremen Ideologien in Krisenzeiten“

- BMBF Finanzierung
- Bekanntmachung „Zivile Sicherheit – Gesellschaften im Wandel“
- Laufzeit: 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2024 (3 Jahre)
- 1,8 Millionen Euro

_neovex

GEFÖRDERT VOM



SIFO.de

IFSH

Förderung

- Institut für **Friedensforschung und Sicherheitspolitik** an der Universität Hamburg (IFSH)
- Professur für Political Data Science an der **Hochschule für Politik an der Technischen U München** (HFP/TUM)
- Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, **FU Berlin**, und **Weizenbaum-Institut** für die vernetzte Gesellschaft (FU/WI)
- **Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft** Jena (IDZ)

_neovex

IFSH
Institut für Friedensforschung
und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg

TUM

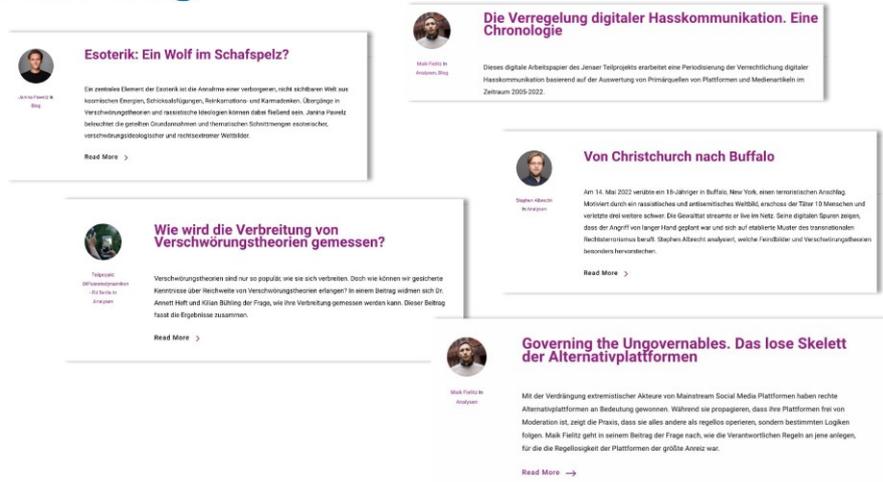
Freie Universität Berlin

weizenbaum
institut

IDZ
INSTITUT FÜR DEMOKRATIE
UND ZIVILGESELLSCHAFT

IFSH

Neovex Blog



Quelle: Website des Projekts NEOVEX, www.neovex-projekt.de/Blog.

Lagebild

Im Misstrauen vereint?

- heterogene verschwörungsideologische Mischszenen
- Melange an Szenen, Symbolen, Fahnen
- neuen Form des Extremismus?
- „verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“ (Verfassungsschutz)
- politisch motivierten Kriminalität, die „nicht zuzuordnen“ (BKA)
- „Salatbarextremismus“

Aktuelle Dynamiken & Trends

Politikwissenschaftliche Perspektive

- Zunehmend schwierige Abgrenzung von Szenen & Inhalten
- Austausch, Neuaufbereitung & Überlappungen von Narrativen zunehmender Verwebung & Brückennarrative
- „Superverschwörungstheorien“ und „Metaverschwörungen“
- „Narrative Konvergenz“?
- Von marginalisierten Gruppen zu diffuser Elite/System

Quelle: Tuters, Marc; Willaert, Tom (2022). Deep state phobia: Narrative convergence in coronavirus conspiracism on Instagram. *Convergence: The International Journal of Research into New Media Technologies*, 28(4), 1214–1238.

IFSH

7

Aktuelle Dynamiken & Trends

Politikwissenschaftliche Perspektive

- neuer Konspirationismus („new conspiracism“): „conspiracy without the theory“
- nicht-falsifizierbaren, diffusen Anklagen statt argumentativer Überzeugungsarbeit
- Delegitimierung ohne Gegenentwürfe
- Neben inhaltlichen Überschneidungen auch strukturelle Gemeinsamkeiten: generalisiertes Misstrauen

Quelle: Rosenblum, Nancy L.; Muirhead, Russell (2019). *A Lot of People Are Saying: The New Conspiracism and the Assault on Democracy*. Princeton, New Jersey: Princeton University Press

IFSH

8

Wie funktionieren Verschwörungstheorien?

Verständnis der inneren Logik und gesellschaftlichen Funktionsweisen von Verschwörungstheorien

Rekonstruktion & Deutungen von Ereignissen & verborgenen Systemen

- Erzählung vom Ende her & apokalyptische Zukunftsprojektionen
- Beispiel: Corona, Weltherrschaft, politische Neuordnung

IFSTH

9

Wie funktionieren Verschwörungstheorien?

Strategische De-Kontextualisierung & Anschein der Wissenschaftlichkeit

- Fakten, Belege als Beweise neu zusammengesetzt
- Legitimität durch de-kontextualisierte (wissenschaftliche) Belege
- Tatsächlich existierende Strategien/Papiere
- Beispiel: Weltwirtschaftsforum & Buch „Great Reset“



IFSTH

Foto: eigene Quelle

10

Wie funktionieren Verschwörungstheorien?

Erfolgreiche Kommunikation

- effektive, multimediale Medienstrategien
- professionelle Websites, Podcasts, Interviewformate, pseudo TV-Formate
- Messengerdienste
- klassische Buchpublikationen
- Beispiel: seriös dargestellte Nachrichtenformate der rechtsesoterischen oder christlich fundamentalistischen Verschwörungsszene

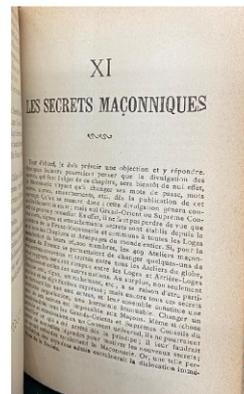
IFSTH

11

Wie funktionieren Verschwörungstheorien?

Insiderwissen

- Glaubwürdigkeit durch vermeintliche Aussteiger, Überlebende und Insider
- „Leaks“ über vermeintlich exklusiven Geheiminfo, internen Abläufe, geheime Plänen und böse Absichten
- Fortbestand trotz Entlarvung
- Beispiel: QAnon Whistleblower „Q“
- Beispiel: Videos über „Opfer & Zeugen“ von „brutalen Satanssekten“
- Beispiel: Léo Taxils Enthüllungsbuch „Dreipunktebrüder“ über Freimaurerei



Quelle: Léo Taxil (1885): Les frères Trois Points, Foto eigene Quelle

IFSTH

12

Wie funktionieren Verschwörungstheorien?

Ökonomische & populäre Eigeninteressen

- Einerseits Graswurzelphänomene, andererseits Eigeninteressent von Einzelpersonen
- Keine rein reaktive, funktionale Erscheinung
- Personen nutzen, konstruieren und verbreiten Verschwörungstheorien
- Beispiel: Querdenken, Hexenverfolgung

Wie funktionieren Verschwörungstheorien?

Emotionale Sprache & Inhalte

- Kognitive Ebene: inhaltliche Argumente
- Emotionale Ebene: Emotionen stimulieren
- Beispiel: Kindesmissbrauch & Adrenochrom

Was tun gegen Verschwörungstheorien?

- Besonderheit: Verschwörungstheorien schwer zu widerlegen
- Bezugnahme auf reale Hintergründe, Personen, Strategiepapiere
- Argumentative & empirische Prüfung nicht möglich
- Immun gegen Kritik

Umgang mit Verschwörungstheorien

Verschwörungstheorien als Bewältigungsstrategie

- emotionale Grundbedürfnisse: Kontrolle, Sicherheit und Verstehen
- emotionale Grundfragen vs. Fakten
- neben Medienkompetenzen und Zivilcourage ein gestärktes emotionales und soziales Selbstbewusstsein nötig

Umgang mit Verschwörungstheorien

Gesamtgesellschaftliche Kraftanstrengung

- Gefühl der Machtlosigkeit und ein empfundener Mangel an Einflussmöglichkeiten
- Politische Teilhabe und politische Selbstwirksamkeit wichtig
- Fokus von Verschwörungsgläubige, auch auf diskursives Umfeld
- Schlüsselrolle von strategischen Akteuren
- Dissens & Streitkultur: Arenen für legitime Kritik erhalten & aktive Opposition für Gegenmeinungen
- transparentes Krisenmanagement, klare Krisenkommunikation, selbstreflektive Fehlerkultur

Umgang mit Verschwörungstheorien

Maßnahmen und Kampagnen

- Zeitpunkt entscheidend! Vorher statt nachher
- De-Bunking & Fact-checking?
- Trust-checking?
- Verantwortung Plattformen

Umgang mit Verschwörungstheorien

Maßnahmen und Kampagnen

- Pre-Bunking & Inoculation?
- Kommunikationstechnik, um Manipulationsversuche zu erkennen
- 2023 Videokampagne in Deutschland



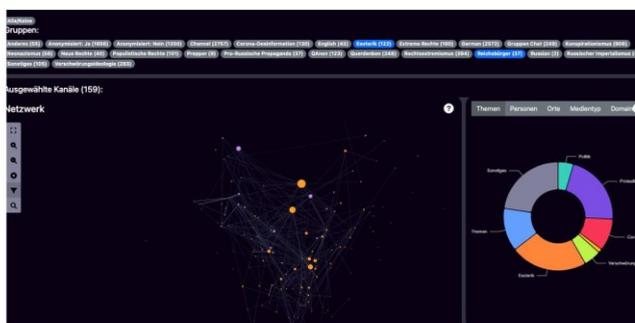
Quelle: Info Interventions „Dekontextualisierung erkennen und dich vor Falschinformationen schützen“, YouTube, <https://www.youtube.com/watch?v=LgJlPmpzuXQ>

19

IFSTH

Umgang mit Verschwörungstheorien

- Monitoring & Proaktive Forschung
- Beispiel: Monitoring Bundesarbeitsgemeinschaft „Gegen Hass im Netz“
- Datenbasierte Analyse rechtsextremer & demokratiefeindlichen Online-Diskurse



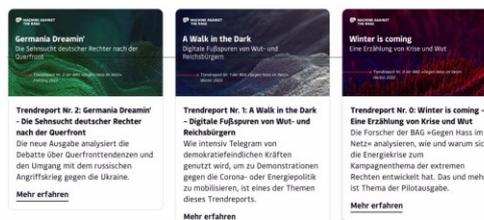
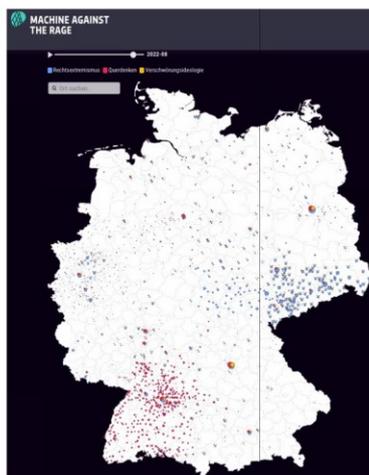
Quelle: Forschungsstelle BAG »Gegen Hass im Netz«. Machine Against the Rage, (0-2), online: <https://machine-vs-rage.bag-gegen-hass.net/>

20

IFSTH

Umgang mit Verschwörungstheorien

- Beispiel: Monitoring BAG „Gegen Hass im Netz“



Quelle: Forschungsstelle BAG »Gegen Hass im Netz« feat. Pablo Jost (2023). Die Kanalisation des Protests. Demokratiefeindliche Mobilisierung via Telegram. Machine Against the Rage, (1).

IFSTH

21

Zusammenfassung

- Funktionslogik von Verschwörungstheorien verstehen
- Zeitpunkte & Zielgruppen von Maßnahmen beachten
- Zivilgesellschaftliches Engagement ausbauen
- wissenschaftliche Forschung & Monitoring grundfinanzieren

IFSTH

10. August 2023

22

Literatur

- Forschungsstelle BAG »Gegen Hass im Netz« feat. Pablo Jost (2023). Die Kanalisation des Protests. Demokratiefreundliche Mobilisierung via Telegram. Machine Against the Rage, (1).
- Grotepass, Christoph (2017). Sekteninfo NRW | Fundamentalismus und Verschwörungsglaube am Beispiel der Organischen Christus-Generation (OCG). Retrieved from: [https://sekten-info-nrw.de/information/artikel/fundamentalismus/fundamentalismus-und-verschwoerungsglaube-am-beispiel-der-organischen-christus-generation-\(ocg\)](https://sekten-info-nrw.de/information/artikel/fundamentalismus/fundamentalismus-und-verschwoerungsglaube-am-beispiel-der-organischen-christus-generation-(ocg)) [28.06.2023].
- Margolin, Drew B.; Hannak, Aniko; Weber, Ingmar (2018). Political Fact-Checking on Twitter: When Do Corrections Have an Effect? Political Communication, 35(2), 196–219.
- O’Mahony, Cian; Brassil, Maryanne; Murphy, Gillian; et al. (2023). The efficacy of interventions in reducing belief in conspiracy theories: A systematic review. PLOS ONE, 18(4).
- Pawelz, Janina (2020). Aux armes! Der digitale Kampf gegen Rechtsextremismus im Internet. Policy Brief 4/2020. Hamburg: IFSH.
- Pawelz, Janina, Holger Marcks (2022). Vom Opfermythos zur Gewaltfantasie: Die Funktionsweise von rechtsextremen Bedrohungsnarrativen. In: Inszenieren und Mobilisieren: Rechte und islamistische Akteure digital und analog, edited by Ursula Birsil, Julian Junk, Martin Kahl, Robert Pelzer, 81-108. Opladen: Budrich.
- Pawelz, Janina, Maik Fielitz. (im Erscheinen). Misstrauen und Mobilisierung: Verschwörungstheorien als Kitt von demokratiefreundlichen Bewegungen. In: Bürger & Staat.
- Rosenblum, Nancy L.; Muirhead, Russell (2019). A Lot of People Are Saying: The New Conspiracism and the Assault on Democracy. Princeton, New Jersey: Princeton University Press.
- Teter, Magda (2020). Blood libel: on the trail of an antisemitic myth. Cambridge, Massachusetts; London, England: Harvard University Press.
- Tuters, Marc; Willaert, Tom (2022). Deep state phobia: Narrative convergence in coronavirus conspiracism on Instagram. Convergence: The International Journal of Research into New Media Technologies, 28(4), 1214–1238.

Kontakt

Dr. Janina Pawelz
 Institut für Friedensforschung
 und Sicherheitspolitik an der
 Universität Hamburg (IFSH)
 pawelz@ifsh.de
 www.neovex-projekt.de



<p>Antidemokratische Orientierungen in der Mitte - Beobachtungen - Ideen für Handlungen</p>	 <p>Figurenkreis, 1995 Thomas Lehnerer</p>
<p>Prof. Dr. Andreas Zick Institut für Interdisziplinäre Konflikt und Gewaltforschung (IKG) Universität Bielefeld</p>	<p>Enquetekommission BW Stuttgart, 21.7.2023</p>

<p>Aktuelle Polarisierungsphänomene: Anti-demokratische Haltungen, Polarisierung und Krisennavigation</p>
<p>Inklusiver und exklusiver Zusammenhalt - Zusammenhaltsparadoxon</p>
<p>Resilienzstärkung durch Krisen- und Gewaltprävention und -intervention</p>
<p>Empowerment und Minderheitenschutz - würdevolle Räume</p>
<p>Forschung stärken, Wissen einbinden und nutzen</p>

Aktuelle Polarisierungsphänomene: Anti-demokratische Haltungen, Polarisierung und Krisennavigation

Inklusiver und exklusiver Zusammenhalt - Zusammenhaltsparadoxon

Resilienzstärkung durch Krisen- und Gewaltprävention und -intervention

Empowerment und Minderheitenschutz - würdevolle Räume

Forschung stärken, Wissen einbinden und nutzen

Einstellungen zur Demokratie

Mitte-Studie 2020/21 (n = 1.750)

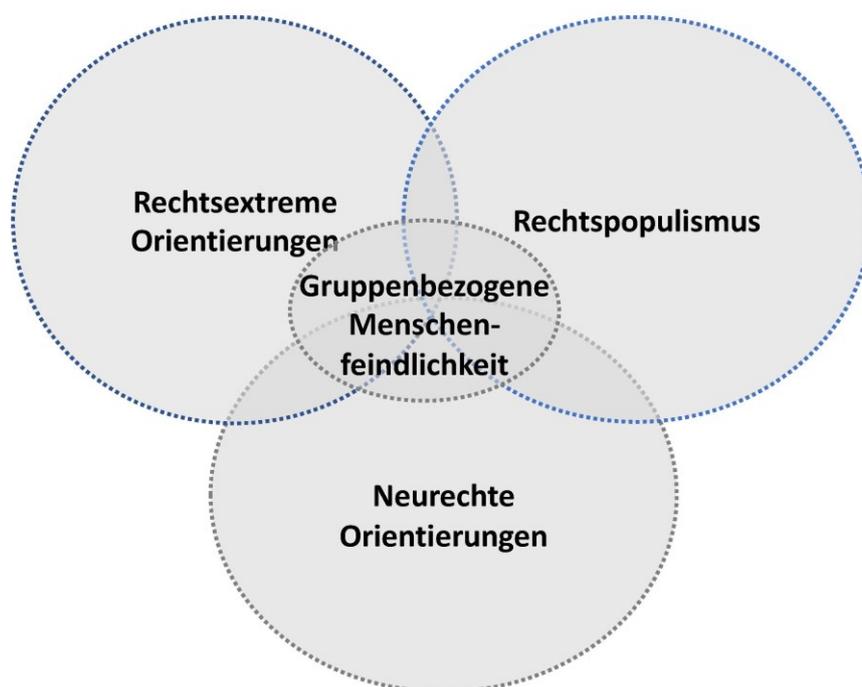
73%: „Ich bin ein überzeugter Demokrat/eine überzeugte Demokrat:in.“ (9,5% Ablehnung)

88%: „In einer Demokratie sollten die Würde und Gleichheit aller an erster Stelle stehen.“
(5% Ablehnung)

ABER

Politisch motivierte Hassstaten (BMI/BKA) 2020-21

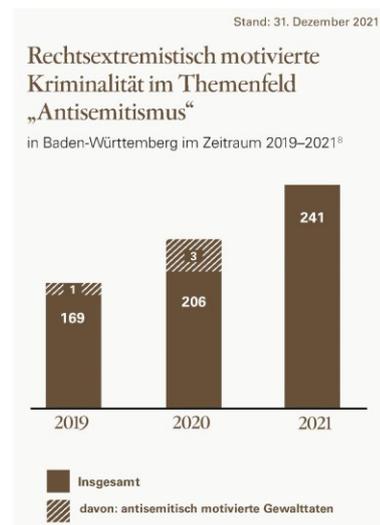
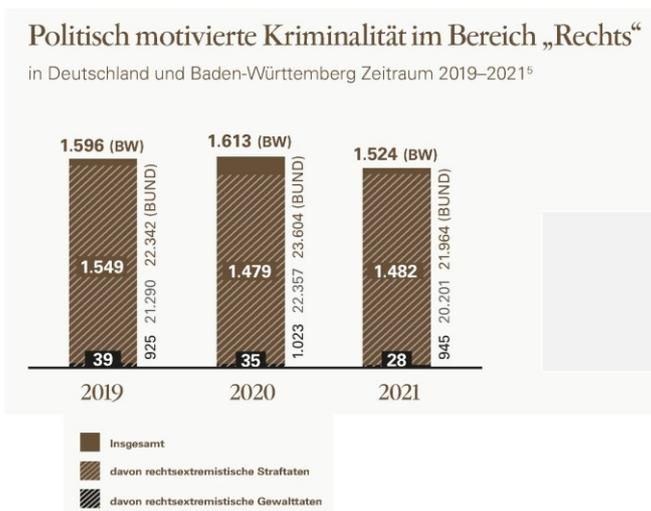
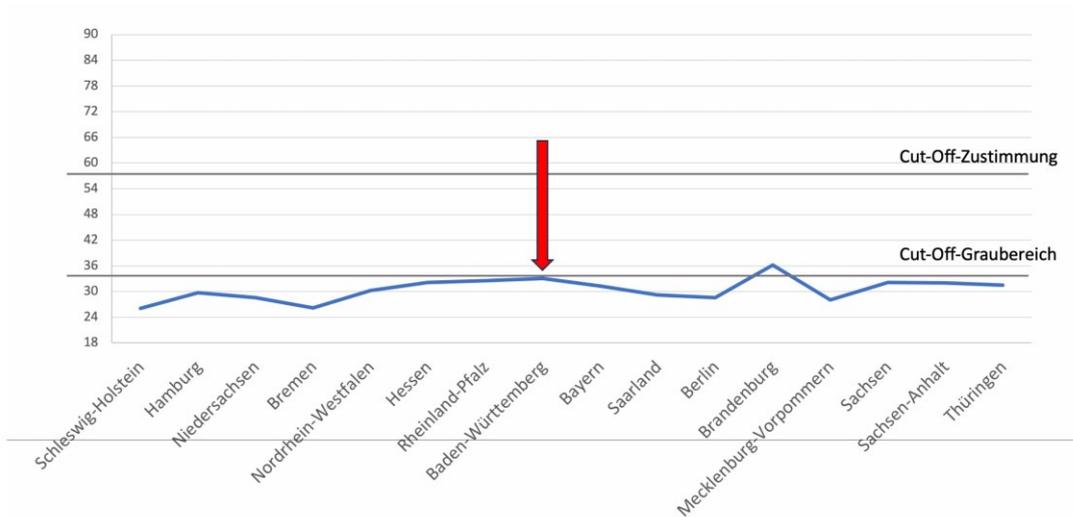
- Hasskriminalität: +116,33 %
- Behinderung: + 81,54%
- Geschlecht/sex. Identität: +66,67%

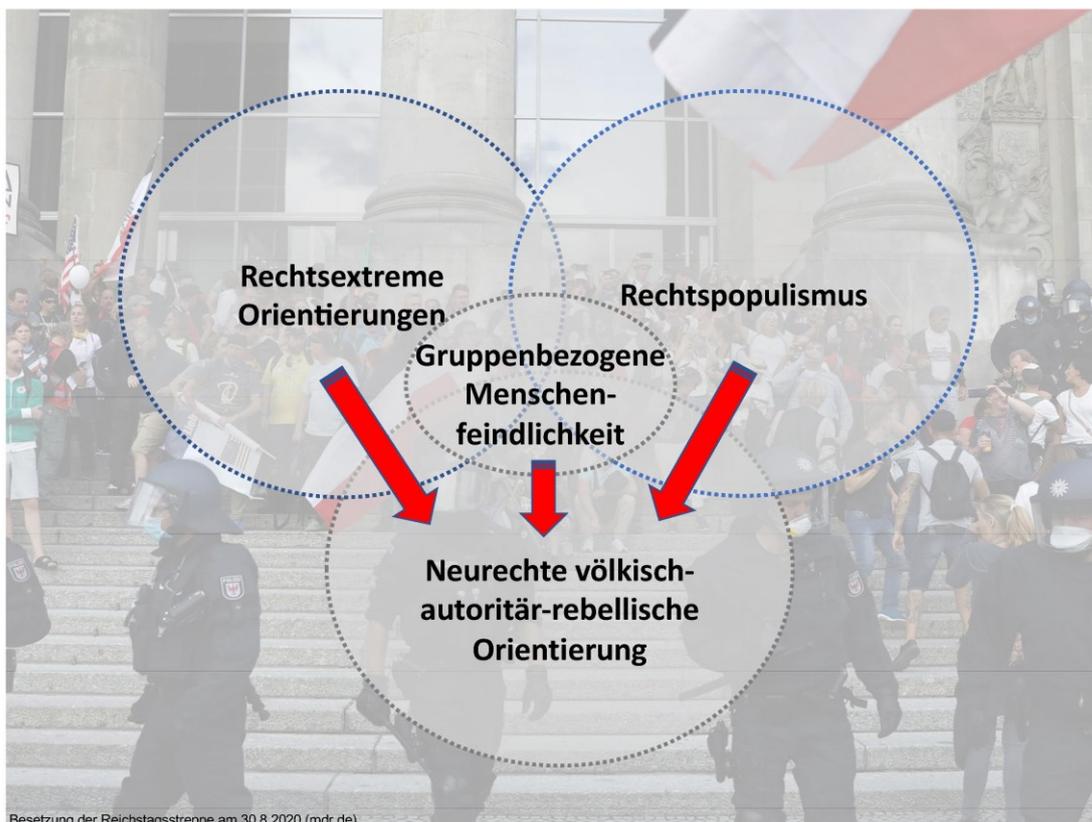


	Zustimmung	teils-teils	
"Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert."	22%	13%	18/19
	18%	16%	20/21
	18%	15%	<30
„Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.“	11%	7%	
	7%	8%	
	9%	7%	
„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“	10%	7%	
	7%	9%	
	7%	8%	

2016: Korrelation Behindertenabwertung – REX: .36 (683)

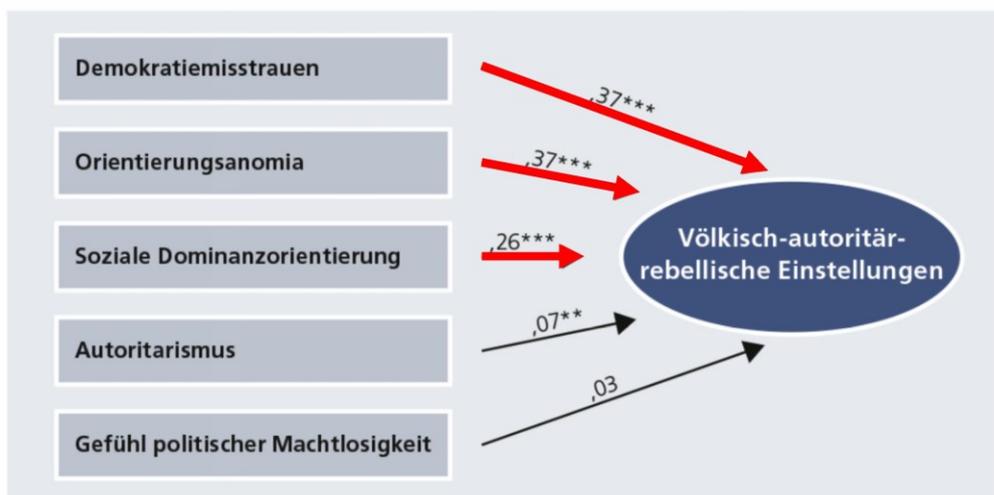
Mittelwerte Rechtsextremismus nach Bundesland (FES-Mitte 2021/22 / Vorsicht kleine Länderstichproben)





	stimme zu	teils-teils	lehne ab
Rassistischer Ethnopluralismus und Konspiration			
<small>(M = 1,99; SD = ,09; n = 1.738; $\alpha = ,65$)</small>			
Manche Völker sind begabter als andere.	12	21	66
Unterschiedliche Völker sollten sich nicht vermischen.	5	10	85
Die deutsche Gesellschaft wird durch den Islam unterwandert.	21	22	56
Meinungsunterdrückung			
<small>(M = 3,03; SD = 1,17; n = 831; $\alpha = ,77$)</small>			
In Deutschland darf man nichts Schlechtes über Ausländer sagen, ohne gleich als Rassist beschimpft zu werden.	26	22	52
In Deutschland kann man nicht mehr frei seine Meinung äußern, ohne Ärger zu bekommen.	49	29	22
Diktatur			
<small>(M = 2,24; SD = 1,17; n = 834; $\alpha = ,78$)</small>			
Unser Land gleicht inzwischen mehr einer Diktatur als einer Demokratie.	16	11	73
Es ist Zeit, mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik zu zeigen	23	22	55
Betrügerische Eliten			
<small>(M = 2,20; SD = 1,09, n = 811, $\alpha = ,84$)</small>			
Die Regierung verschweigt der Bevölkerung die Wahrheit.	23	29	48
Die regierenden Parteien betrügen das Volk.	16	20	64

Erklärungsfaktoren für neurechte völkisch-autoritäre rebellische Einstellungen



Ergebnisse multiple Regression

Demokratische Beteiligung und Distanz

BETEILIGUNG

45% „Ich habe in meinem Umfeld die Möglichkeit, mich politisch zu beteiligen.“ (18% teils/teils / 37% Ablehnung)

BW: 49% Zustimmung / 19,5% teils-teils / 31% Ablehnung

21% „Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren.“ (26 % teils/teils, 53% Ablehnung).

BW: 23% Zustimmung / 15% teils-teils / 62% Ablehnung

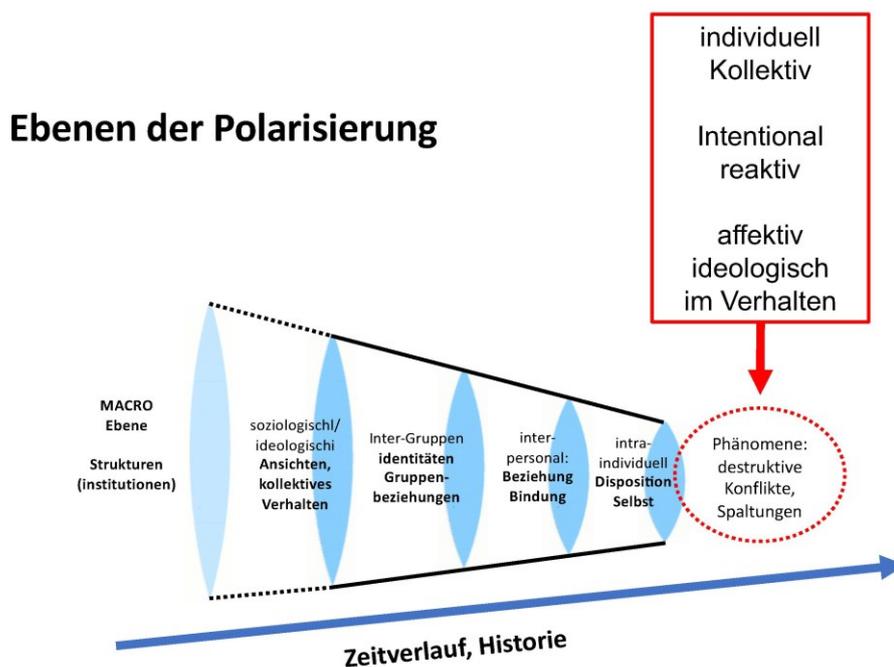
DISTANZ

31% „Die demokratischen Parteien betrügen das Volk.“ (35% teils/teils, 34% Ablehnung)

BW: 29% Zustimmung / 35% teils-teils / 36% Ablehnung

22,5% „Im nationalen Interesse können wir nicht allen die gleichen Rechte gewähren.“ (27% teils/teils, 51% Ablehnung)

BW: 27% Zustimmung / 20% teils-teils / 53% Ablehnung



Polarisierungsursachen, die es Polarisierungsakteuren leichter machen:

Demokratieenttäuschung, Vertrauenskrisen und -verluste
(Verkrustung, Intransparenz, „Parteiengeschacher“, Ansprüche, Bequemlichkeiten angesichts der Anforderungen)

Konflikte um Ressourcen, Eigeninteressen
(Armut, Ungleichheit, Angst vor dem sozialen Abstieg; Relative Deprivation, Institutionelle Anomie)

Identitätskonflikte, kulturelle Spaltung
(kollektiver Selbstwert über exklusive Zugehörigkeit)

Konflikt in grundlegende Werthaltungen
(in Bezug auf Normabweichung, soziale Hierarchien, Vielfalt, Neoliberales etc.)

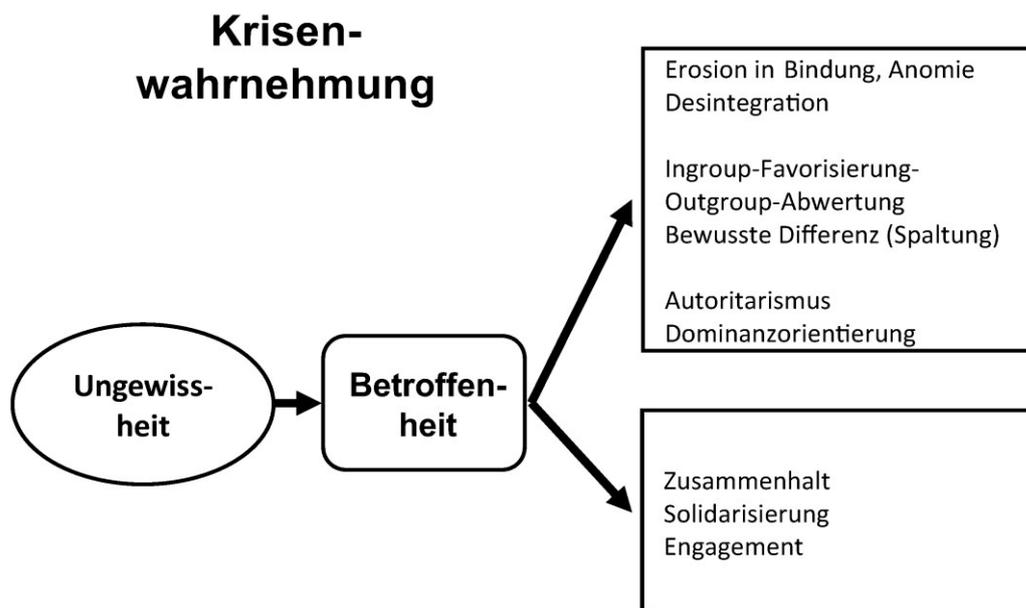
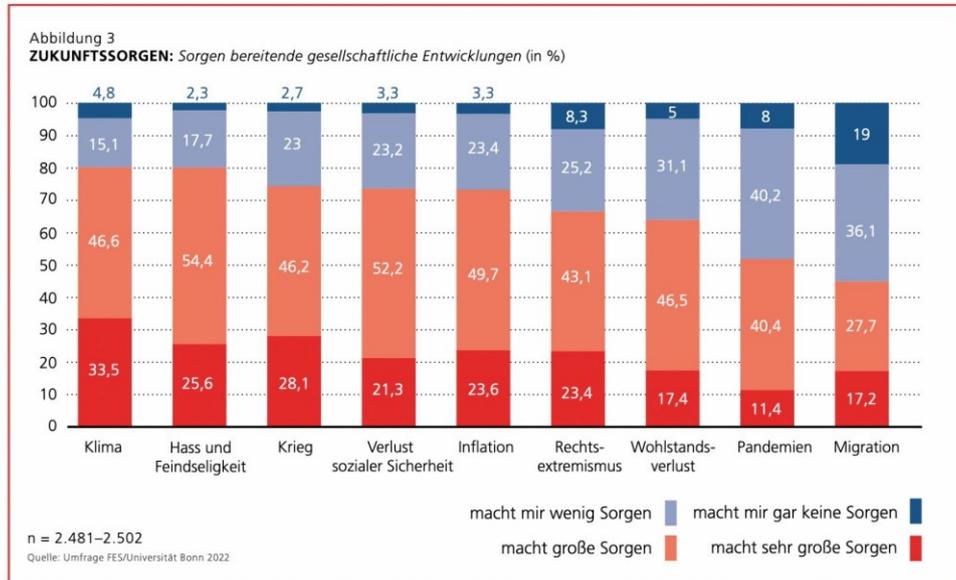
Einstiegspunkte

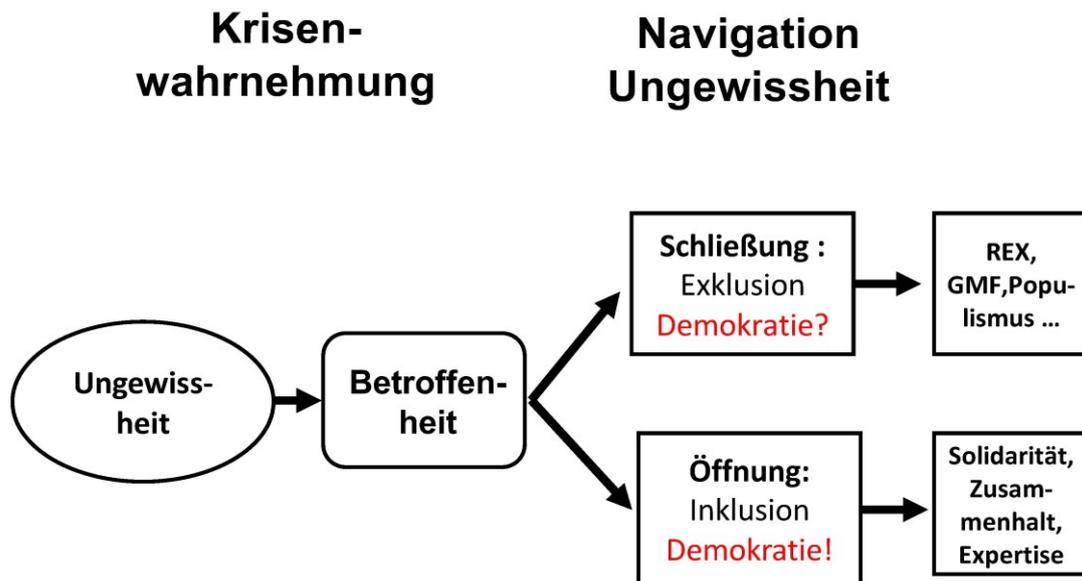
Vereinzelnung, Singularisierung
(Anschluss an ‚Opferperspektive‘)

Legitimationskonflikte- und -krisen
(Demokratie infragegestellt)

Zukunftssorgen

Studie: Demokratievertrauen in Krisenzeiten;
Best et al. 2023 für die FES





Aktuelle Polarisierungsphänomene: Anti-demokratische Haltungen, Polarisierung und Krisennavigation

Inklusiver und exklusiver Zusammenhalt - Zusammenhaltsparadoxon

Resilienzstärkung durch Krisen- und Gewaltprävention und -intervention

Empowerment und Minderheitenschutz - würdevolle Räume

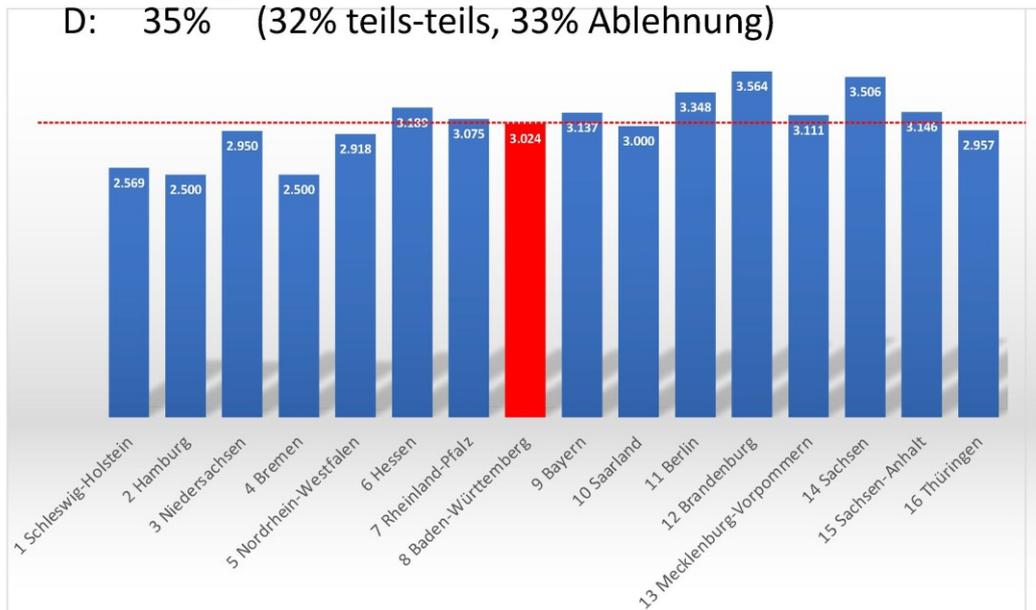
Forschung stärken, Wissen einbinden und nutzen

„Der Zusammenhalt der Deutschen ist gefährdet.“

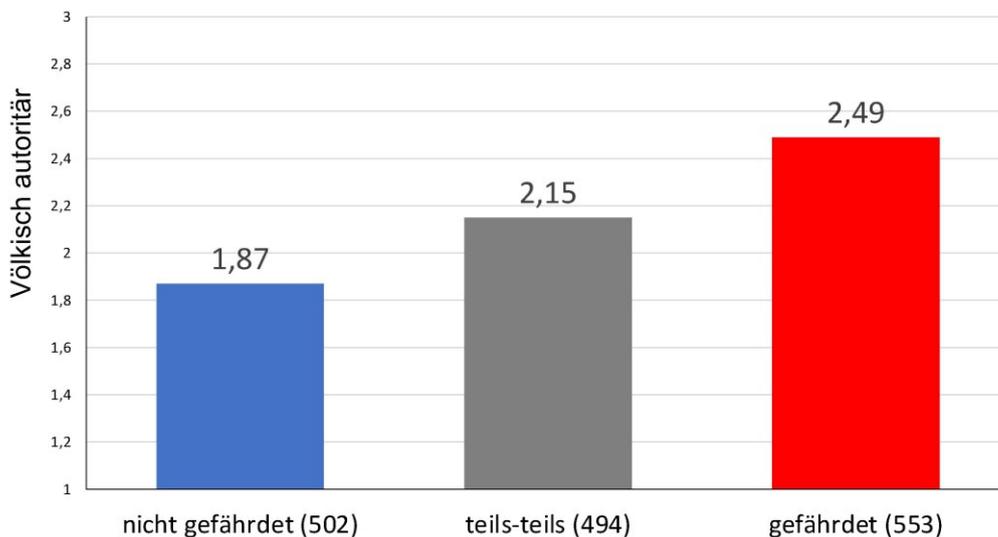
(min. = 1, max. = 5)

BW : **37,5%** (28% teils-teils, 35 % Ablehnung)

D: 35% (32% teils-teils, 33% Ablehnung)



Neurechte autoritär-rebellische Einstellungen und Zusammenhaltsgefährdung



Effekt Zusammenhalt $F(2/1546) = 64,10, p < .001; \eta^2 = .08$

Erwartungen an die Migration

ZuGleich-Studie, (Nov 20 – Feb 21, N = >2.000)

	Ablehnung	Zustimmung	n
„Das Zusammenleben mit Migranten wird den Zusammenhalt in Deutschland stärken.“	26.8 %	52.9 %	1.898

21

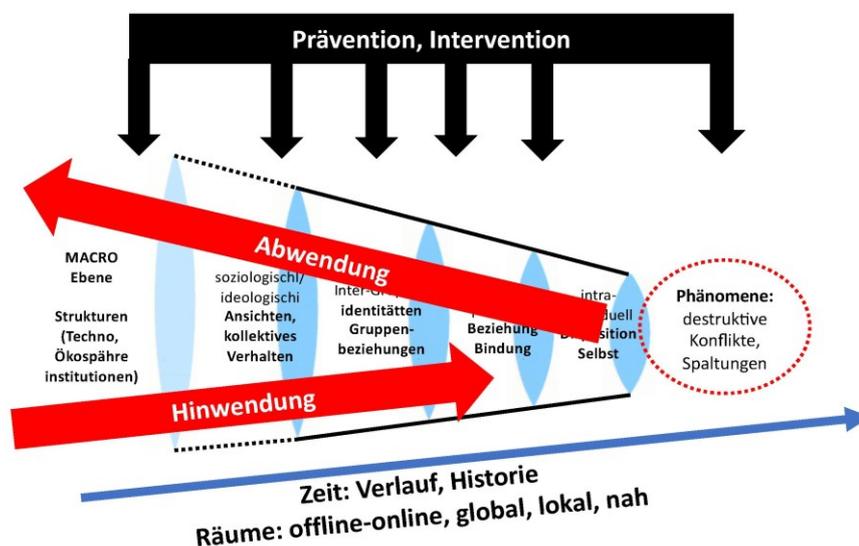
Aktuelle Polarisierungsphänomene: Anti-demokratische Haltungen, Polarisierung und Krisennavigation

Inklusiver und exklusiver Zusammenhalt - Zusammenhaltsparadoxon

Resilienzstärkung durch Krisen- und Gewaltprävention und -intervention

Empowerment und Minderheitenschutz - würdevolle Räume

Forschung stärken, Wissen einbinden und nutzen



Bildung, Prävention, Intervention *analog und digital*

- (1) In allen Bereichen **Ungleichwertigkeitsvorstellungen** adressieren, analysieren und bearbeiten; Umfassende Vorurteilsprävention (Stereotype, Vorurteile, Rassismus, Hassrede etc.)
- (2) Politische **Bildung** stärken: Zugänglich machen für möglichst ALLE (stabiler Bildungseffekt bei anti-demokratischen Einstellungen!)
- (3) Projekte auf Bildung und Abschottungen von **Parallelgemeinschaften** ausrichten (Graubereiche; digitale Demokratiearbeit; Distanzierungs- und Deradikalisierungsangebote bei Gewaltaffinität etc.)
- (4) **Zivilgesellschaftliche Bildung** fördern; v.a. in Bereichen der subtilen Herabwürdigung
- (5) Demokratie- und Erinnerungskultur und –bildung fördern und mit Anti-Vorurteilkultur vernetzen
- (6) Risikoermittlung und **kommunales Konfliktmanagement**, bedarfsorientiert
- (7) Stärkung von **Vereinsinitiativen** insbesondere in strukturschwächeren Gebieten

- (8) Intelligentes **Mapping** der Projektlandschaft (Bsp.: mapex-projekt.de)
- (9) Stabilisierung von gut laufenden Projekten und zugleich:
- (10) flexible, bedarfsorientierte Projektförderung
- (11) **Konfliktmanagement** zugänglich machen (Kommunen, Kreise, Städte)
(Verfestigung und Normalitätsverschiebungen)
- (12) **Digitalstrategie**
- (13) **Bürgerbeteiligung** (Bedarfsermittlung)
- (14) **Transparenz** der Bearbeitung und Umsetzung von Programmen

Aktuelle Polarisierungsphänomene: Anti-demokratische Haltungen, Polarisierung und Krisennavigation

Inklusiver und exklusiver Zusammenhalt - Zusammenhaltsparadoxon

Resilienzstärkung durch Krisen- und Gewaltprävention und -intervention

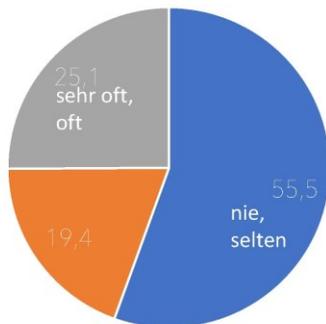
Empowerment und Minderheitenschutz - würdevolle Räume

Forschung stärken, Wissen einbinden und nutzen

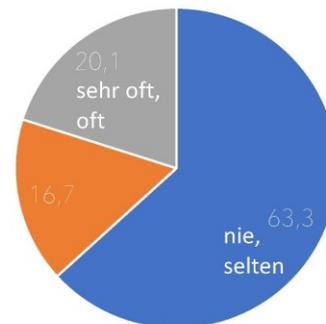
Projekt Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit (ZuGleich)

2.005 Befragte, n = 666 mit Migrationsgeschichte
Erhebung November 2020 – Januar 2021 (CATI)

Wie oft wurden Ihnen der
**Zugang zu öffentliche
Lokalen** verwehrt?

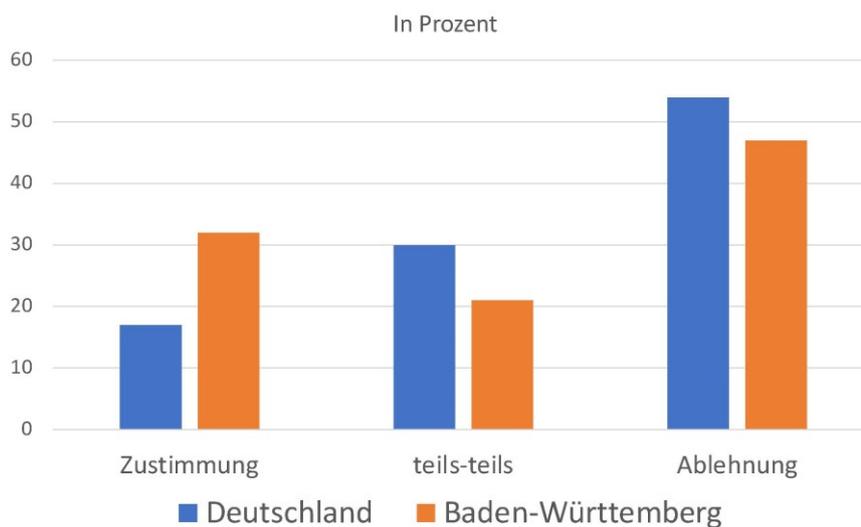


Wie oft hatten Sie das
Gefühl, dass Ihnen der
Zugang zu **öffentliche
Plätzen und Bereichen**
erschwert wurde?



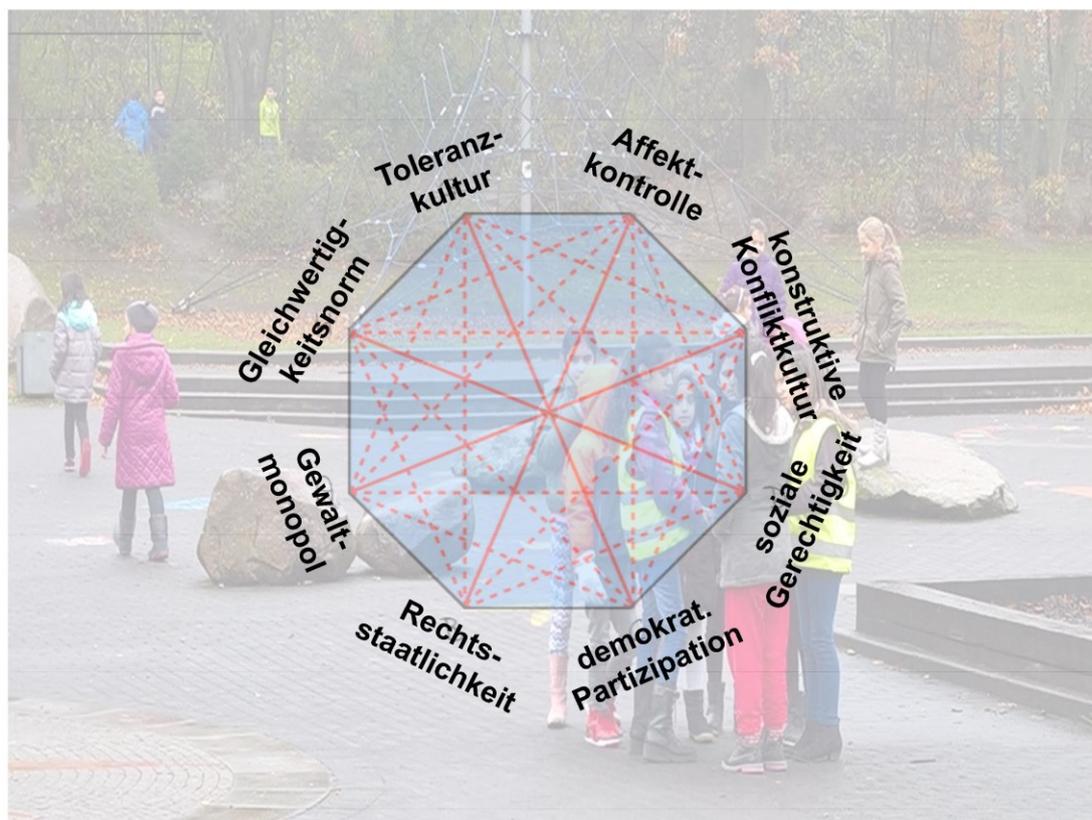
„Schwarze Menschen sind zu empfindlich, wenn von Rassismus die Rede ist“.

Mitte-Studie 2020/21



Gruppen stärken/Empowerment

- (1) Strukturelle und institutionelle Formen der Diskriminierung und des ‚Othering‘ verhindern (DisKrimination Health Link)
- (2) Institutionelle Formen der Anomie, Einsamkeit ermitteln (Überbrückungs- und Bindungskräfte stärken)
- (3) Vernetzte Beratungslandschaft aufbauen; Weiterbildung bereitstellen und ermöglichen
- (4) Gruppen bei Antragsentwicklung helfen
- (5) Entwicklungsnischen ausbauen: Schutz- Fürsorge, Alltagssetting, Psychologie der versorgenden Akteure stärken
- (6) Zentrifugale Zusammenhaltskräfte stärken (Identität, Vertrauen, Gemeinschaft, Zugehörigkeit, Teilhabe, Kontakt)
- (7) Würdevolle Räume schaffen basierend auf →



Aktuelle Polarisierungsphänomene: Anti-demokratische Haltungen, Polarisierung und Krisennavigation

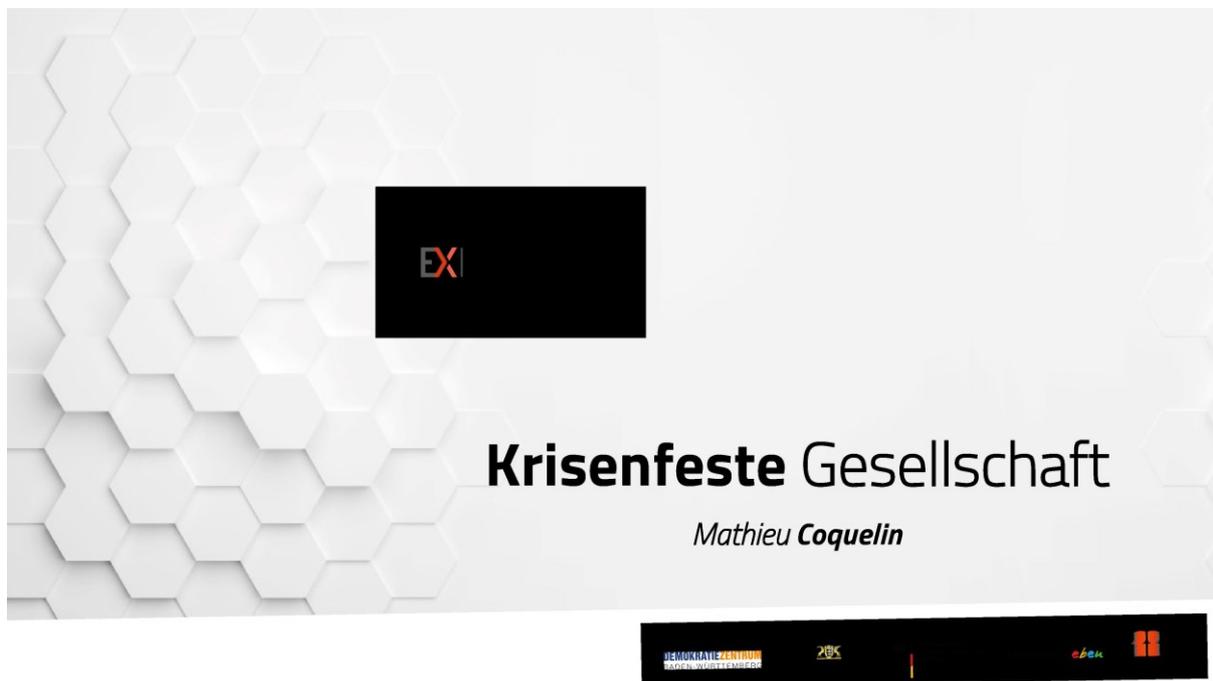
Inklusiver und exklusiver Zusammenhalt - Zusammenhaltsparadoxon

Resilienzstärkung durch Krisen- und Gewaltprävention und -intervention

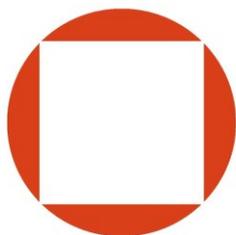
Empowerment und Minderheitenschutz - würdevolle Räume

Forschung stärken, Wissen einbinden und nutzen

- (1) Soziale und demokratieorientierte **Gefahren-, Risiko- und Risikofolgeabschätzung**
- (2) Strukturelle und institutionelle Formen der **Exklusion** systematisch ermitteln, berichten, analysieren; da helfen, wo Institutionen es selbst nicht können aber möchten (proaktive Forschungs- und Forschungstransferbegleitung)
- (3) **Gewaltforschung** stärken (inkl. Prävention, Intervention, Beratung)
- (4) **Wissenschaftstransferkommunikation** stärken (viel Wissen, das vermittelt werden kann)
- (5) Missachtung und **Minderheitenperspektiven** auf das Leben in BW (Es sind nicht alle Gruppen gleichermaßen von Krisen betroffen!)
- (6) Systematische **Auswertung vorhandener Daten** zu BW (Sekundäranalysen, Forschungssynthesen, Meta-Analysen)
- (7) Primärdaten: **Monitoring** (GMF, Rassismus, anti-demokratische Ressentiments) (z.B. zusammenhaltsorientiertes Integrationsmonitoring)
- (8) **Längsschnittstudie**: Auswachsen, Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit in BW („Next Generation BW“)



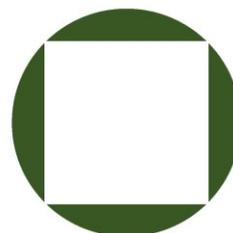
Ablaufplan



Fachstellen

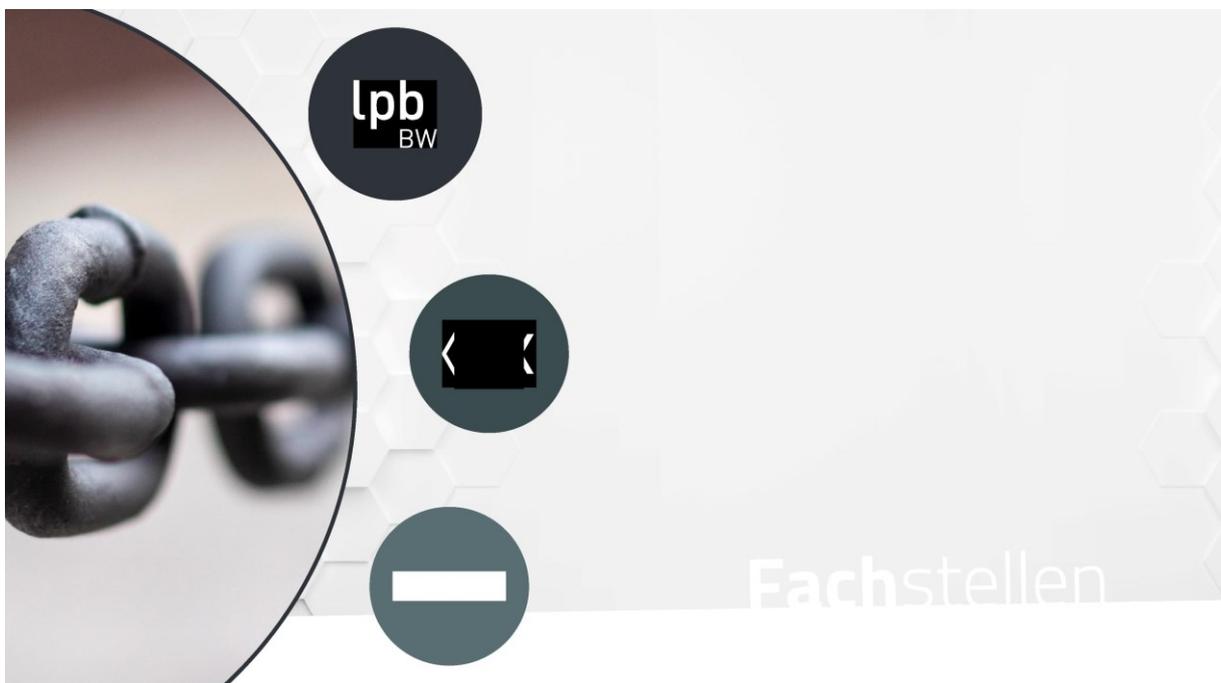
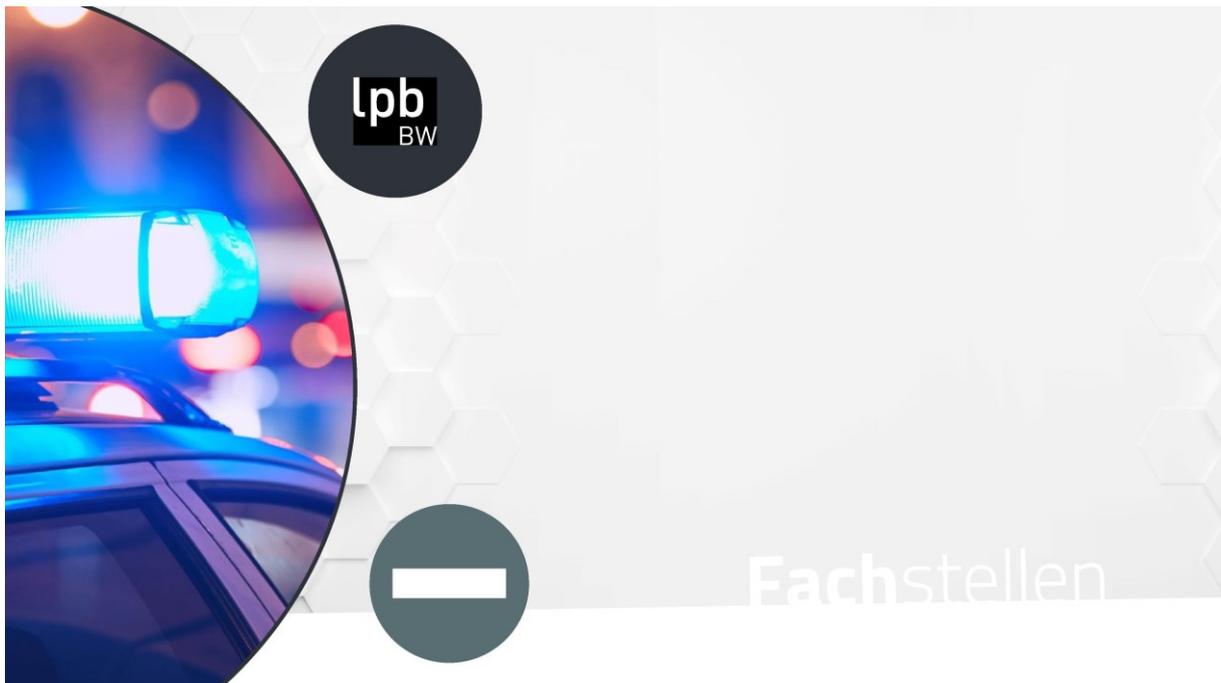


Regelstrukturen



Professionalisierung







EXI

Regelstrukturen



EXI

Regelstrukturen

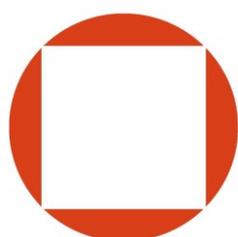
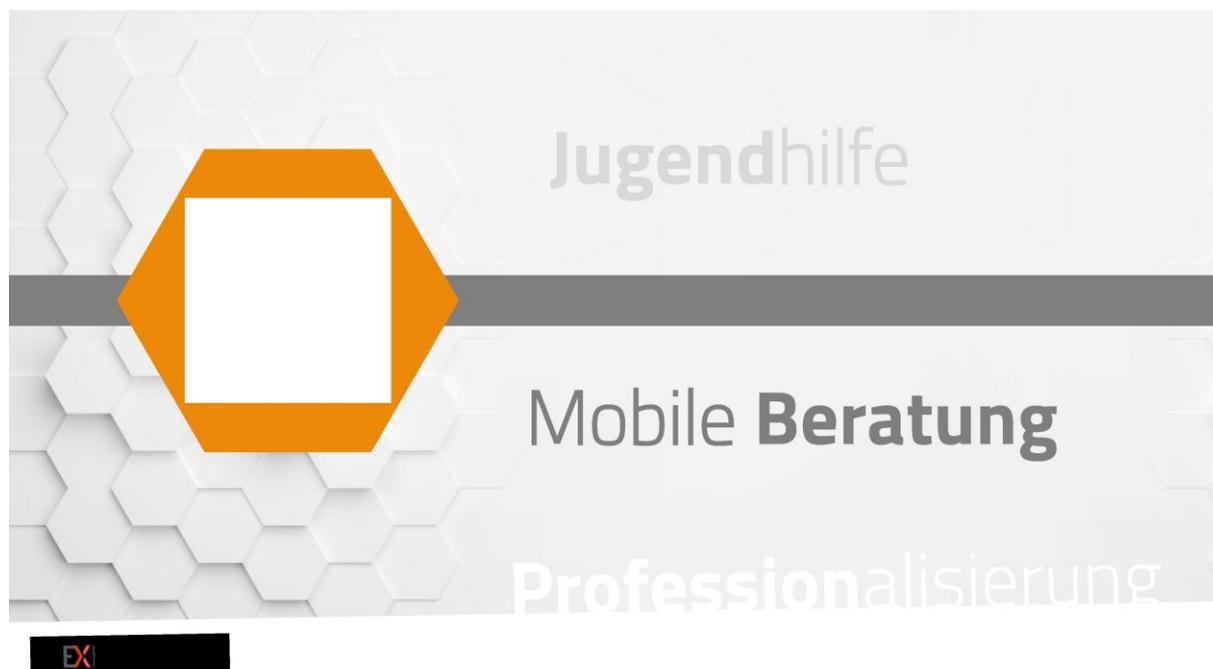


Professionalisierung

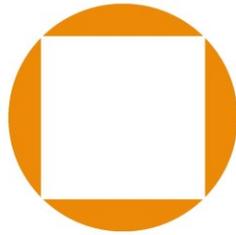


Jugendhilfe

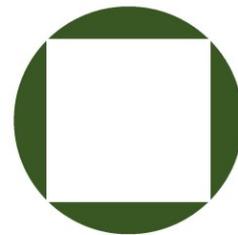
Professionalisierung



Erkennen



Deuten



Handeln



**Sachverständigenanhörung am 21.07.2023
zum Thema
„Gesellschaftliche Polarisierung und
gesellschaftlicher Zusammenhalt“**

Frank Dittrich
Landesamt für Verfassungsschutz
Baden Württemberg

These 1

Die Corona-Pandemie hat neben demokratisch legitimem Protest ein bisher nicht bekanntes Maß an Staatsfeindlichkeit zu Tage gefördert.



1

- Die Corona-Protestbewegung hat die Polarisierung der Gesellschaft befördert:
 - Gegner und Befürworter staatlicher Schutzmaßnahmen
 - Allianzen zwischen Extremisten und Nicht-Extremisten
- Neue Erscheinungsform des Extremismus mit hoher Anschlussfähigkeit
- Wechselwirkung mit Einflussnahmeversuchen auswärtiger autoritärer Regime durch gezielte Desinformation
- Der beschworene „heiße Herbst 2022“ und der „Wutwinter“ sind ausgeblieben, die Protestthemen variieren und die Akteure sind geblieben

3



These 2

Diese Polarisierung ist nicht aus dem Nichts entstanden und ist nicht so spontan, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag.

Der Vertrauensverlust in die Demokratie ist über die vergangenen Jahre gewachsen.

4



2

- Zunahme der Politikverdrossenheit, distanzierte, kritische bis hin zu feindseliger Haltung zum demokratischen System, Vertrauensverlust in den Staat insgesamt
- Parallelen zur Flüchtlingskrise 2015/2016/ PEGIDA-Bewegung:
 - Deutliche Zunahme an Demonstrationen und Agitation im Internet
 - Solidarisierung von Teilen des bürgerlichen Spektrums mit Rechtsextremisten
 - Zunahme an politisch motivierten Straf- und Gewalttaten durch bisher unbekannte Personen
- Krisen machen es Extremisten leicht, weiter in die demokratische Mitte vorzudringen oder Teile der Mitte „herauszubrechen“
- Corona-Protteste: nicht Ursprung, sondern Kulminationspunkt einer wachsenden Entfremdung von der repräsentativen Demokratie

5



These 3

Die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen waren Türöffner für Extremisten und Radikalisierungsbeschleuniger in einem.

6

3

- Einfallstor für staatsfeindliche und delegitimierende Propaganda
- Rasche Zunahme an extremistischen Verschwörungserzählungen, z.B. „QAnon“
- Reichsbürger-Narrative als weitere Argumentationsbasis, um sich staatlichem Handeln zu widersetzen
- Radikales Beispiel: die Gruppe um den Prinzen von Reuß
- Protestbewegung hat sich in Teilen auch aus sich selbst heraus radikalisiert, z.B. „Querdenken 711“
- Agitation gegen den Staat kristallisiert sich als gemeinsamer Anknüpfungspunkt der Protestbewegung heraus
- Neues Phänomen „Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“

7

„Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates“

Bestrebungen, die geeignet sind, das Vertrauen in das staatliche System insgesamt zu erschüttern und dessen Funktionsfähigkeit mindestens potenziell zu beeinträchtigen.

- Verächtlichmachung des Staates und seiner Repräsentanten durch systematische Beschimpfungen, Verdächtigungen, Verleumdungen und Verunglimpfungen
- Aufrufe zu Widerstandshandlungen gegen den Staat
- Gewaltdrohungen bis hin zu Mordaufrufen gegen Vertreter der parlamentarischen Demokratie
- Blockade- und Sabotageaktionen gegen staatliche Einrichtungen, Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen

18.07.2023

8



These 4

Es vollzieht sich seit geraumer Zeit eine inhaltliche und personelle Entgrenzung der demokratischen Mehrheitsgesellschaft hin zum Extremismus.

9



4

- Entgrenzung von Teilen der demokratischen Mehrheitsgesellschaft hin zum Extremismus
- Aufweichung des antitotalitären Konsenses
- Parallelen zu 2014/15: Extremisten werden geduldet, zum Teil sogar willkommen geheißen und ihre Propaganda akzeptiert und adaptiert
- Mischszenen, in denen sich auch bislang nicht in extremistischen Zusammenhängen in Erscheinung getretene Personen radikalieren
- Entgrenzung bzgl. der Inhalte: Staat, Regierung, Parteien verlieren Rückhalt und Vertrauen der Mitte

10



4

- Ursachen:
 - Höhere Empfänglichkeit für gegen den Staat gerichtete extremistische Argumentationsmuster
 - Krisen machen bereits existente Empfänglichkeit schneller und deutlicher sichtbar
 - Wirkung langjähriger zielgerichteter Diskursverschiebung durch „Neue Rechte“
 - Effektive Nutzung der neuen Plattformen der Protestbewegung durch Reichsbürger
- Internet und soziale Netzwerke:
 - Verrohung im Netz, Hemmschwellen für Hass und Hetze sinken
 - Geschwindigkeit und Intensität von Radikalisierungen im Internet
 - Ersatz- und Ausgleichsfunktion des virtuellen Raumes

11



These 5

***Verschwörungserzählungen haben Hochkonjunktur.
Sie können Radikalisierungen auslösen und den Boden für
Gewalt bereiten.***

12



5

- Corona-Proteste haben besondere Empfänglichkeit vieler Menschen für Verschwörungserzählungen sichtbar gemacht
- Gemeinsame Plattformen, Verschmelzung von Ideologeelementen, gemeinsames Feindbild
- Verschwörungsmymen bieten wie extremistische Ideologien vermeintlich einfache Lösungen für komplexe Probleme
- Hohes Gefahrenpotenzial, insbesondere aus den propagierten Feindbildern
- Vermeintliche Rechtfertigung für erhebliche, auch gewaltbezogene Widerstands- bzw. Gegenwehrhandlungen bis zur tödlichen Gewaltanwendung
- Potenzielle Radikalisierungsauslöser und Radikalisierungsbeschleuniger

13



These 6

***Auch nach dem Ende der Pandemie ist ein Kern an Staatsdelegitimierern geblieben, ihre Themen sind austauschbar, die Krise ist ihr Lebenselixier.
Die Anschlussfähigkeit ihrer Agitation ist und bleibt hoch.***

14



6

- Neue extremistische Phänomene mit höherer Anschlussfähigkeit für die bürgerliche Mitte
- Suche nach weiteren Agitationsfeldern: Flut, Krieg, Energieversorgung, Inflation.
- Proteste als Basis für ein hohes Konflikt- und Aggressionspotenzial, verstärkt durch
 - gruppendynamische Prozesse bei den Veranstaltungen vor Ort und
 - die Interaktion in den sozialen Netzwerken
- Neue Kommunikationswege, Plattformen, Protestformate und Mobilisierungspotenziale, auf die bereits jetzt und auch in Zukunft zurückgegriffen werden wird
- Klimaschutz, Migration, äußere Sicherheit zeichnen sich als Themen zur Delegitimierung des Staates bereits ab.

15

Was tun?

- **Wir als Gesellschaft, jede/-r Einzelne**
- **Wir als Landesamt für Verfassungsschutz**
- **Wir als Staat**



Wir als Gesellschaft, jede/-r Einzelne

Demokratische Verantwortung ernst nehmen:

- Kritik mit demokratischen Mitteln üben
- Keine gemeinsame Sache mit Extremisten, klare Distanzierung von Verfassungsfeinden und von Gewalt
- Meinungen der Minderheit, auch radikale, ernst nehmen
- Auseinandersetzung inhaltlich und sachlich führen statt stigmatisieren oder polemisieren
- In den sozialen Netzwerken:
 - unterschiedliche Medien nutzen und differenziert bewerten
 - Meinungen anderer zulassen, andere nicht verletzen
 - nicht jede zweifelhafte Meldung teilen

17



Wir als Landesamt für Verfassungsschutz

Unser Auftrag „Beobachten, Informieren Schützen“:

- Extremismusbeobachtung und Terrorismusaufklärung
- Beobachtung ausländischer staatlicher Einflussnahmeversuche
- Radikalisierungsentwicklungen möglichst frühzeitig erkennen
- Information der zuständigen Stellen: Regierung, Parlament, andere Behörden
- Mitwirkung bei waffenrechtlichen Überprüfungen und sonstigen Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen
- Aufklärung der Öffentlichkeit
- Mitarbeit in der Task Force des Kabinettsausschusses „Entschlossen gegen Hass und Hetze“

18



Wir als Staat

Konsequentes staatliches Handeln:

- Ahndung von Straftaten, insb. von Hass und Hetze im Netz
- Einwirken auf Provider, um Inhalte zu löschen
- Entwaffnung von Extremisten
- Prüfung möglicher Verbote verfassungsfeindlicher Organisationen
- Vorbildfunktion der Repräsentanten des Staates: Keine Extremisten im Öffentlichen Dienst, insb. in den Sicherheitsbehörden

19



Wir als Staat

Verantwortungsvolle Kommunikation staatlicher Akteure schafft Vertrauen in die Institutionen des Staates:

- Politik für die Menschen nachvollziehbar und Entscheidungen und ihre Gründe transparent machen
- Politik in Krisenzeiten insbesondere auch in den sozialen Medien klar und adressatenorientiert erklären
- Dadurch den potenziellen Adressatenkreis extremistischer Propaganda reduzieren

20



Wir als Staat

Illegitimer Einflussnahme fremder Staaten durch Desinformation entgegenwirken:

- Methode und Ziel der Desinformation öffentlich entlarven
- Frühzeitige und schnelle kommunikative Reaktion
- Fehlinformation klar benennen und durch Fakten widerlegen
- Adressatenorientiert widerlegen und warnen
- Verwendung einer leichten und verständlichen Sprache
- Das zu Grunde liegendes Muster der Desinformation offenlegen

21



Wir als Staat

Umgang mit Verschwörungserzählungen:

- Komplexität reduzieren: Informationslücken schließen, relevante Informationen auf einfache Art und Weise zugänglich machen, klare und verständliche Kommunikation
- Offenlegen der versteckten Agenda von Verschwörungserzählungen
- Förderung von Medienkompetenz: Fähigkeit und Bereitschaft, sich kritisch aus unterschiedlichen Informationsquellen zu unterrichten und Informationen differenziert zu bewerten
- Bildungsangebote für alle Altersgruppen, vgl. Altersstruktur „Reichsbürger“
- Präventions-, Beratungs- und Hilfeangebote für Betroffene

22



Wir als Staat

Schaffung staatlicher und gesellschaftlicher Resilienz:

- Krisen bergen meist auch Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung
- Krisenvorsorge nicht auf staatliche Akteure beschränken, gilt auch für den Schutz der fdGO
- Bewusstsein in der Bevölkerung verankern
 - sich als Teil einer funktionierenden Krisenbewältigung im Land zu sehen und
 - unabdingbarer Bestandteil unseres demokratischen Gemeinwesens zu sein
- Gemeinsame Verantwortlichkeit für unsere demokratischen Werte schafft mehr Akzeptanz für staatliche Maßnahmen zur Krisenbewältigung
- Akzeptanz stärkt die Demokratie und macht immun gegen Extremismus

23

**Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!**

Frank Dittrich
Landesamt für Verfassungsschutz
Baden Württemberg



Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts



Agenda

- ❖ Aufgaben der Engagementförderung
- ❖ Bedeutung des Bürgerschaftlichen Engagements für den gesellschaftlichen Zusammenhalt
- ❖ Engagement im Wandel
- ❖ Auswirkungen der Pandemie auf das Engagement
- ❖ Was brauchen Engagierte?
- ❖ Handlungsempfehlungen



Aufgaben der Engagementförderung

- ❖ Bürgerschaftliches Engagement stärken und seine Entwicklung fördern
- ❖ Die Verwaltung bürgerorientiert und beteiligungsfreundlich mitgestalten
- ❖ Den BE-Bereich lokal, regional, landes- und bundesweit vertreten und vernetzen



Aufgaben der Engagementförderung

- ❖ Gute Rahmenbedingungen für Bürgerengagement schaffen
- ❖ Engagierte und Organisationen bedarfsgerecht beraten, vermitteln und qualifizieren
- ❖ Über freiwilliges Engagement und Ehrenamt informieren und werben
- ❖ Bürgerschaftliches Engagement anerkennen und wertschätzen



Bedeutung des Bürgerschaftlichen Engagements für den gesellschaftlichen Zusammenhalt

- ❖ Aufbau und Stärkung von sozialem Kapital
- ❖ Gemeinschaftliche Entwicklung
- ❖ Verbesserung der Lebensqualität
- ❖ Empowerment und Partizipation
- ❖ Netzwerkbildung
- ❖ Wissenstransfer



Bürgerschaftliches Engagement im Wandel

Trends und Themen im Engagement

- ❖ Steigende Flexibilität und Vielfalt der Einsatzmöglichkeiten
- ❖ Digitalisierung und soziale Medien
- ❖ Demographischer Wandel und Generationenwechsel
- ❖ Diversität und Inklusion
- ❖ Professionalisierung des freiwilligen Engagements
- ❖ Stärkere Zusammenarbeit
- ❖ Teilweise Monetarisierung des Engagements
- ❖ Engagement als „Krisenbewältiger“



Auswirkungen der Pandemie auf das Engagement

- ❖ Einschränkungen der sozialen Interaktion
 - ❖ Einschränkung bei der Akquise
 - ❖ Beendigungen des Engagements
- ❖ Verlagerung in den virtuellen Raum
- ❖ Zunahme des Unterstützungsbedarfs versch. Zielgruppen
- ❖ Neue Möglichkeiten und Projekte im Engagement
- ❖ Finanzielle Herausforderungen
- ❖ Einsamkeit (im Alter) tritt stärker ins Bewusstsein



Was brauchen Engagierte? I

- ❖ Unterstützung des Engagements auf Augenhöhe
- ❖ Anerkennung der Selbstbestimmtheit des Engagements
- ❖ Flexibles, individuell passendes Engagement
- ❖ Möglichkeit, Kompetenzen und Fähigkeiten einzubringen
- ❖ Möglichkeiten der Mitgestaltung und Mitbestimmung
- ❖ Lebenswerte, flexible, bedarfsgerechte Orte und Räume



Was brauchen Engagierte? II

- ❖ Übergreifende Beratung und Informationen
- ❖ Einführung, Qualifikation, Begleitung
- ❖ Vernetzung, Kooperation und Vermittlung
- ❖ Niederschwellige und nachhaltige Finanzierung
- ❖ Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit



Handlungsempfehlungen I

Infrastruktur und Strategie

- ❖ Stärkung und Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements durch Bereitstellung einer nachhaltigen Infrastruktur für die Engagementförderung
- ❖ Breite und dauerhafte Beteiligung der Zivilgesellschaft am öffentlichen Diskurs
- ❖ Vernetzung von Engagementförderung und Beteiligung und Bereitstellung von niederschweligen Beteiligungsstrukturen
- ❖ Partizipative Entwicklung neuer Instrumente der Engagementförderung



Handlungsempfehlungen II

Sichtbarkeit und Anerkennung

- ❖ Öffentlichkeitsarbeit
 - ❖ um die Bedeutung des Engagements sichtbar zu machen
 - ❖ um bestehende Instrumente und Angebote bekannter machen
- ❖ Aufbau von (zentralen) Infopools/Datenbanken (Räume, Fördermöglichkeiten, Methoden, Fachkräfte etc.)
- ❖ Anerkennung des Engagements solidarisch gestalten
- ❖ Informationen und Empfehlungen zur Vernetzung von Engagement(-förderung) und Unternehmensengagement



Handlungsempfehlungen III

Rahmenbedingungen und Wissenstransfer

- ❖ Unterstützung bei der Initiierung, Etablierung oder Umgestaltung von Orten und Räumen des Engagements
- ❖ Bereitstellung von niederschwellig zugänglichen Förderprogrammen und Beratung bei der Antragsstellung
- ❖ Ermöglichung von Wissenstransfer und Kooperationen (lokal, regional und landesweit)
- ❖ Evaluierung und Forschung zur Bewertung der Effektivität der Maßnahmen und Ermittlung neuer Bedarfe



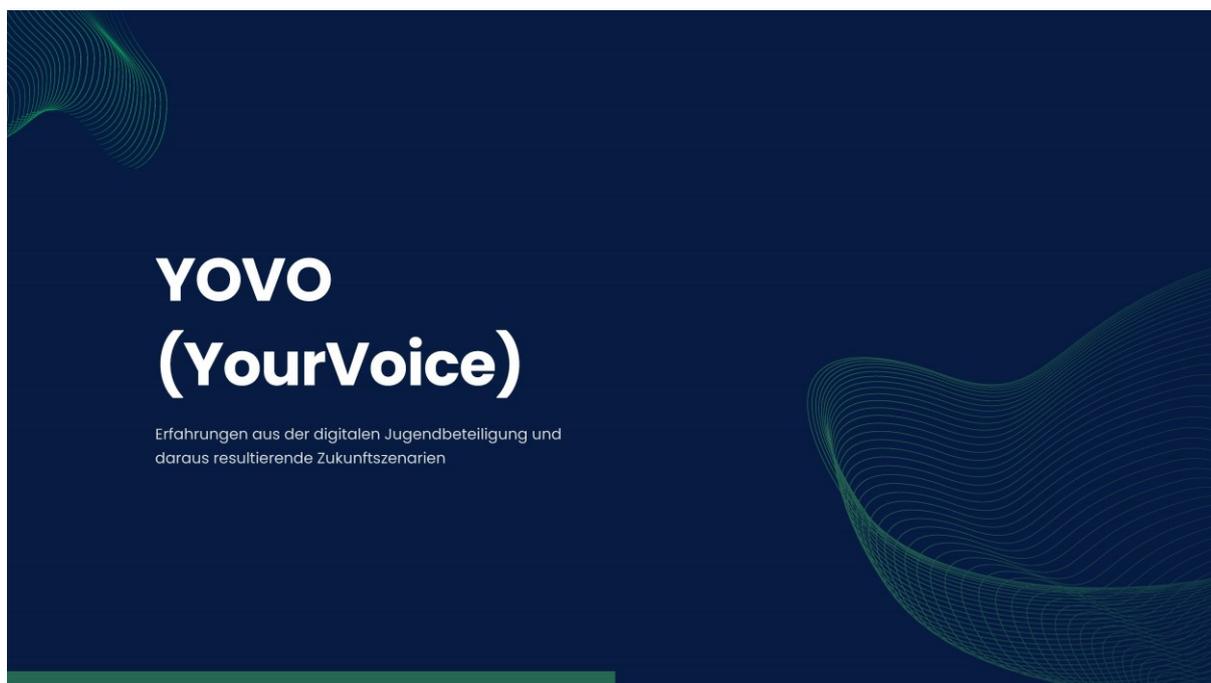
Kontakt

Landeshauptstadt Stuttgart - Haupt- und Personalamt
Förderung Bürgerschaftliches Engagement
Yotrana Youkhana
Kronprinzstr. 13, 70173 Stuttgart

Telefon: 0711 216-57891

E-Mail: Yotrana.Youkhana@stuttgart.de

Website: <https://www.stuttgart.de/buergerengagement>



Matthias Dorn
Dipl. Medieninformatiker
CEO Squadhouse Media

Relevante Milestones

- 2000: Squadhouse.de - Communityportal für Jugendliche
- 2009: Hotpotch - Suchmaschine für Veranstaltungen
- **2018: YOVO - Jugendbeteiligungs-App**
- 2023: StoryWorld - App mit künstlicher Intelligenz zur Leseförderung für Kinder & Jugendliche



squadhouse
_success through innovation

Konzeption und Entwicklung von innovativen
Softwaredienstleistungen im Internet wie bspw.

- K.I.-Anwendungen
- Intelligente Apps
- Fachkräftegewinnung durch Social Media
- Online-Shops
- Portale
- Online-Marketing

The slide is split into two main sections. The left section, on a light grey background, features a portrait of Matthias Dorn, his name and title, and a list of milestones. The right section, on a dark blue background, features the Squadhouse logo and a list of services provided. Both sections have decorative wavy line patterns.

Was bisher geschah

Teil 1: Die Theorie

2018: Konzeption & Umsetzung von "YOVO" als App zur digitalen Jugendbeteiligung

- Kommunal spezifische App als Kanal zur Jugend vor Ort
- Durchführung von Umfragen & Ideenerfassung zu konkreten Projekten in der Kommune
- Kommunikation von News & Events

Ziele:

- Vermittlung demokratischer Grundprozesse
- Erfüllung des §41a GemO
- Stärkung des Interesses an öffentlichen Themen
- Bindung der Jugend an die Kommune vor Ort

Was bisher geschah

Teil 2: Die Konzeption

Zu Beginn:

- Versuch mit ca. 500 Kommunen ins Gespräch zu kommen
- Telefonische Gespräche mit ca. 150 Jugendreferenten aus ganz Baden-Württemberg über deren bisherigen Maßnahmen (Analoge Veranstaltungen, Jugendgemeinderäte...etc.)
- Erläuterung des Konzepts und der Voraussetzungen

Ergebnis:

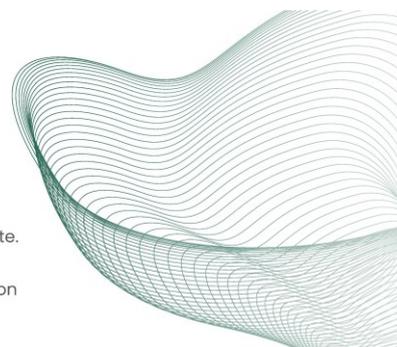
- 149 von 150 Jugendreferenten äußerten enormes Interesse an einer App
- 50% nannten das Budget (ca. 2K / Jahr) als mögliches Problem
- 95% sahen die von uns konzipierte App als guten Weg für die regelmäßige JB

Teil 3: Die Praxis

500 Kommunen kontaktiert. 149 Interessenten. 6 Kunden

Inhalte wurden kaum generiert. Die App nicht vor Ort promoted.
Anfangs interessierte Jugendlichen deinstallierten die App aufgrund mangelnder Inhalte.

Mit einem 6-stelligen finanziellen Verlust wurde der Vertrieb und die Weiterentwicklung von YOVO im Jahr 2020 eingestellt.



<p>Keine Kapazitäten</p> <p>95% der interessierten JGR waren völlig überrascht, dass man die App mit Inhalten füllen müsste.</p> <p>Sie hatten weder die Zeit noch die fachliche Kompetenz um Inhalte für die Umfragen, News...etc. zu erstellen</p>	<p>Kein Budget</p> <p>80% der Interessenten erklärten, dass die Kosten bereits einen großen Teil des freien (!) Budgets für die Jugendarbeit einnehmen würde.</p> <p>Von Seiten der Kommune sei nicht mit zusätzlichen Mitteln auszugehen</p>	<p>Keine Entscheider</p> <p>Endlose und mühsame Wege um mit Entscheidern in den Kommunen zu sprechen und Entscheidungen zu erhalten.</p> <p>Zusätzlich keine Unterstützung von der LpB oder ähnlichen Institutionen bei kommerziellen Projekten.</p>
---	--	---

Lösungskriterien

Entwicklung von Lösungen, die vorhandene Bottlenecks umgehen und die "Jugendbeteiligung" nicht nur simulieren, sondern aktiv erfüllen.



<p>"Gute" Daten</p> <p>Eine stabile Datenbasis ist die Grundlage für die Analyse von Meinungen und Ideen der Bürger.</p> <p>Daten zu allgemeingültige Themen einholen, aber auch kommunal-spezifische Themen ermöglichen</p> <p>Gesunde Balance zwischen Beteiligung und den demokratischen Entscheidungsprozessen.</p>	<p>Künstliche Intelligenz</p> <p>Generierung der umfangreichen Themen, Texte und Bilder durch K.I. zur regelmäßigen Verfügbarkeit neuen Outputs.</p> <p>Zusätzlich intelligente Aufbereitung und Analyse der erhobenen Daten und Informationen.</p>
<p>Automatisierung</p> <p>Veröffentlichung von Umfragen & Datenerhebungen.</p> <p>Aufbereitung der analysierten Daten und Veröffentlichung an die kommunalen Gremien.</p> <p>Nutzung der sozialen Medien und Sharing-Funktionen zur maximalen Verbreitung / Reichweite.</p>	<p>Partner & Verantwortliche</p> <p>Durch KI können die zeitlichen und finanziellen Aufwendungen für die Kommunen gering gehalten werden.</p> <p>Dennoch benötigt man in der Kommune einen Entscheider, der sich unkompliziert "kümmert".</p> <p>Top-Bottom Prinzip von Landesseite in die Kommunen wäre sehr sinnvoll.</p>

YOVO 4.0

Es ist möglich von jeder Kommune in BW / Deutschland aktuelle Daten der jungen Bürger datenschutzkonform zu erheben und als Grundlage für Entscheidungen zu berücksichtigen.

Das Feinkonzept dafür liegt in unserer Schublade, aber:

- Anforderungen aus letzter Folie müssen erfüllt sein (KI, Automation, Unterstützung vor Ort)
- Es kann nur mit Beteiligung des Landes funktionieren (Top-Down, LpB, Finanzierung)

Dankeschön